

**Lebenslage-Forschung in den Sozialwissenschaften,
insbesondere in der Sozialpolitik**
**Dargestellt am Beispiel der Lebenslage
von Arbeitnehmern nach einem Arbeitsplatzverlust**

INAUGURAL-DISSERTATION
zur Erlangung des Doktorgrades
der Sozialwissenschaftlichen Abteilung
der Ruhr-Universität Bochum
1975

vorgelegt von
Diplom-Kaufmann KARL BERNHARD HILLEN
aus Duisburg

1976

**Lebenslage-Forschung in den Sozialwissenschaften,
insbesondere in der Sozialpolitik**
**Dargestellt am Beispiel der Lebenslage
von Arbeitnehmern nach einem Arbeitsplatzverlust**

INAUGURAL-DISSERTATION
zur Erlangung des Doktorgrades
der Sozialwissenschaftlichen Abteilung
der Ruhr-Universität Bochum
1975

vorgelegt von
Diplom-Kaufmann KARL BERNHARD HILLEN
aus Duisburg



Referent: Prof. Dr. L. F. Neumann

Korreferent: Prof. Dr. Th. Thiemeyer

Tag der Promotion: 4. 2. 1976

Druck: aku-Fotodruck, Agentur 5 Köln 41,
Gleueler Str. 217, Tel. 43 72 57

Inhaltsübersicht

	<u>Seite</u>
Einleitung	1
1. Teil: Wege zur Erfassung und Darstellung von Ungleichheit in der Gesell- schaft	4
0. Vorbemerkungen zur Bildung und Verwendung von Begriffen	4
1. Ungleichheit und Schichtung als Kennzeichen der menschlichen Gesellschaft	9
2. Historische Ansätze zur Erfassung sozialer Strukturen	20
2.1 Stand und Klasse	21
2.2 Der Klassenbegriff von Karl Marx / zu Max Weber	26
2.3 Das Schichtungs-Konzept Theodor Geigers	35
3. Darstellung der gesellschaftlichen Verhältnisse durch die Bestimmung von Lebenslagen	41
3.1 Bedeutung eines Lebenslage- Begriffs	41
3.2 Die Entwicklung des Begriffs ..	57
3.3 Die Nutzbarmachung des Begriffs für die Sozialpolitik durch Gerhard Weisser	67
3.4 Ein "pragmatischer" Lebenslage- Begriff	78

2. Teil: Empirische Untersuchung über Auswirkungen eines Arbeitsplatzverlustes auf die Lebenslage betroffener Arbeitnehmer	94
1. Methode der Untersuchung	94
2. Die äußeren Verhältnisse	97
2.1 Gesamtgesellschaftliche Situation	97
2.2 Einflußfaktoren der Wirtschaftsentwicklung	99
2.3 Regionale und betriebliche Gegebenheiten	106
2.4 Die Stilllegung der Betriebe ...	108
3. Demographische Kennzeichnung der Lebenslage der betroffenen Arbeitnehmer	114
3.1 Altersstruktur	114
3.2 Berufliche Verhältnisse	116
3.3 Haushalt und Einkommen	120
4. Veränderungen im Bereich der Einkommenserzielung	128
4.1 Arbeitslosigkeit	129
4.2 Umstellung auf neue Betriebe und Arbeitsplätze	133
4.3 Beurteilung der beruflichen Lage	140
4.4 Einschätzung der sozialen Position	150
4.5 Einkommensänderungen	158

	<u>Seite</u>
5. Konsequenzen im Bereich der Einkommensverwendung	163
5.1 Umstellungen in der Krise	166
5.2 Anschaffungen der Haushalte ..	172
5.3 Anschaffungen im Vergleich zur Gesamtbevölkerung	182
5.4 Einstellungsänderung zum Konsum	185
5.5 Lagebeurteilung und Erwar- tungen	189
6. Folgerungen für wirtschafts- und sozialpolitische Aussagen	198
6.1 Aktive Gestaltung der Gesell- schaft	198
6.2 Verringerung der Lebenslage- Risiken	202
6.3 Schlußbemerkungen	215
Literaturverzeichnis	219



Digitized by the Internet Archive
in 2026

https://archive.org/details/IA41546603_0010

Einleitung

Die Rezession 1966/67 hat - nach Jahren großer Knappheit des Faktors Arbeit - zum erstenmal wieder gezeigt, daß die Existenzsicherheit der Arbeitnehmer trotz vorhandener sozialer Einrichtungen noch nicht hinreichend garantiert ist.¹⁾ "Der Wechsel der Lebenslage vom gesicherten, guten Erwerb in den Status des Arbeitslosen oder des Kurzarbeiters vollzieht sich allzu jäh und bringt damit ein bössartiges Element der Unsicherheit, des ständigen Bedrohtseins in das Leben von 80 v. H. der Erwerbstätigen."²⁾

Die Lebenslage sozial schwacher oder gefährdeter Personenmehrheiten zu verbessern, ist das Ziel sozialpolitischer Aktivitäten.³⁾ Wenn die

-
- 1) Vgl. W. Schreiber: Soziale Ordnungspolitik heute und morgen. Betrachtungen nach Abschluß der Sozialenquete. Stuttgart-Berlin-Köln-Mainz 1968, S. 151 ff.
 - 2) Ebd., S. 155.
 - 3) Vgl. G. Weisser: Artikel "Soziale Sicherheit". In: HdSW, 9. Band. Stuttgart-Tübingen-Göttingen 1956, S. 396. - Ders.: Einige Grundbegriffe der Sozialpolitiklehre. Verv. Manuskript (Seminar für Sozialpolitik der Universität Köln). Köln 1957, S. 3. - I. Nahnsen: Der Systematische Ort der Sozialpolitik in den Sozialwissenschaften. In: Soziale Sicherheit. Hrsg. B. Kulp u. W. Schreiber. Köln 1971, S. 100 ff. - Zur noch nicht abgeschlossenen Diskussion über den Begriff Sozialpolitik vgl.: E. Boettcher: Sozialpolitik und Sozialreform. In: Sozialpolitik und Sozialreform. Hrsg. E. Boettcher, Tübingen 1957. S. 4 ff. - H. Lampert: Artikel "Sozialpolitik". In: Evangelisches Soziallexikon. Stuttgart 1966, Sp. 2077. - G. Kleinhenz: Probleme wissenschaftlicher Beschäftigung mit der Sozialpolitik. Berlin 1970, S. 28 ff.

Aufgabe der "praktischen" Sozialpolitik darin besteht, Krankheitserscheinungen in der Gesellschaft, die aus der Existenz sozial schwacher Personenmehrheiten erwachsen, zu verhindern oder zu heilen, so hat die "wissenschaftliche" Sozialpolitik die Voraussetzungen und Eigenarten "partieller gesellschaftlicher Krisensituationen, soweit sie auf der relativen sozialen Schwäche" solcher Personenmehrheiten beruhen, zu erforschen.¹⁾ "Was wir studieren müssen, um den richtigen Blickpunkt für die notwendigen sozialen Reformen zu gewinnen, ist die Lebenslage der Menschen."²⁾

Dabei kommt es auf eine Analyse der Gesamtheit der Interessen der Menschen an. Es ist durchaus denkbar, "daß die Mitglieder einer Gesellschaftsschicht materiell hinreichend gesichert sein können und doch als sozial schwach bezeichnet werden müssen, weil sie ihre immateriellen Interessen nur unbefriedigend verwirklichen können."³⁾ Nicht einfach "wirtschaftliche" Schwäche, sondern "soziale" Schwäche und damit alle Aspekte der sozialen Existenz sind Objekt der Sozialpolitik.⁴⁾

Hier ergibt sich das methodische Problem, auf welche Weise bestimmte Personenmehrheiten erfaßt werden können, etwa solche, die durch

-
- 1) I. Nahnsen: Der systematische Ort der Sozialpolitik in den Sozialwissenschaften. A.a.O., S. 106.
 - 2) W. Schreiber im "Schreiberplan": Existenzsicherheit in der industriellen Gesellschaft. In: Sozialpolitik und Sozialreform. Hrsg. E. Boettcher. Tübingen 1957, S. 79. - Vgl. auch Ders.: Sozialpolitik in einer freien Welt. Osnabrück 1961, S. 12.
 - 3) I. Nahnsen: Der systematische Ort der Sozialpolitik in den Sozialwissenschaften. A.a.O., S. 101.
 - 4) Vgl. ebd., S. 98 ff.

gleiche Merkmale ihrer Lebenslage miteinander verbunden sind und die den Forscher wegen eines oder mehrerer dieser Merkmale interessieren.

In der sozialwissenschaftlichen Literatur finden sich verschiedene Ansätze zur Erfassung und Darstellung der sozialen Wirklichkeit. Darauf wird im ersten Teil dieser Arbeit eingegangen.

Ein Instrument, das 1. eine möglichst vollständige Beschreibung der Lage von Menschen erlaubt, das 2. durch Zusammenfassung von Menschen vergleichbarer Lage zu bestimmten Typen (Schichten) eine Beschreibung der Sozialstruktur gestattet, bietet sich in dem Begriff der "Lebenslage". (Als Lebenslage wird der Spielraum bezeichnet, der einem Menschen bzw. einer Mehrzahl von Menschen für die Verwirklichung seiner/ihrer Interessen zur Verfügung steht.) Entwicklung und Verwendbarkeit dieses Begriffs-Instruments werden im 3. Kapitel des ersten Teils dargestellt.

Wichtig für Sozialforschung und Sozialpolitik ist, neben der Feststellung gegebener sozialer Verhältnisse, die Analyse von Veränderungen und der Folgen von Veränderungen. In Anwendung des Lebenslage-Begriffs wird im zweiten Teil dieser Arbeit an einem konkreten Beispiel dargestellt, wie eine wesentliche Änderung der Gegebenheiten infolge eines Arbeitsplatzverlustes sich auswirkt auf die Lebenslage einer bestimmten Gruppe von Arbeitnehmern.

1. Teil: Wege zur Erfassung und Darstellung von
=====

Ungleichheit in der Gesellschaft
=====

O. Vorbemerkungen zur Bildung und
 Verwendung von Begriffen

Im ersten Teil dieser Arbeit werden verschiedene Begriffe erörtert, es wird schließlich ein bestimmter Begriff (Lebenslage) als für die Sozialpolitik besonders geeignet vorgeschlagen. Vorab soll klargestellt werden, welche methodischen Aspekte für den Verfasser bei der Bildung und Verwendung von Begriffen maßgebend sind.

Sozialwissenschaftliche Aussagen müssen interpersonal überprüfbar (falsifizierbar) sein. Über die bei den Aussagen verwendeten Begriffe muß deshalb Klarheit herrschen.

Mit der Definition eines Begriffs wird eine Entscheidung getroffen über seine Zuordnung zu bestimmten Bereichen der sozialen Wirklichkeit.¹⁾ Ausschlaggebend ist dabei, "ob die Begriffsbildung dem Erkenntnisziel entspricht und dienlich ist".²⁾ Über die Qualität eines Begriffs entscheidet somit seine Fruchtbarkeit

-
- 1) Vgl. G. Kleinhenz: Probleme wissenschaftlicher Beschäftigung mit der Sozialpolitik. A.a.O., S. 59. - G. Weisser: Beitrag zur Diskussion über den Begriff 'Gemeinnützigkeit'. In: Archiv f. ö. u. f. U., 7. Bd. (1965), H. 1/2, S. 9.
- 2) T. Geiger: Die Klassengesellschaft im Schmelztiegel. Köln-Hagen 1949, S. 23.

(Ergiebigkeit) im Hinblick auf das Erkenntnisanliegen.¹⁾ Denn Begriffe sind "Denkinstrumente" (Weisser) bzw. "Werkzeuge wissenschaftlichen Erkennens".²⁾

Die Entscheidung über die Ausstattung eines zu bildenden Begriffs ist prinzipiell frei: "Es gibt keine Regel, die vorschreibt, wie das, was in der Wirklichkeit zu beobachten ist, gedanklich zu fassen und begrifflich zu strukturieren ist."³⁾ Es dürfte jedoch in vielen Fällen nützlich sein, bei einer wissenschaftlichen Begriffsbildung den allgemeinen Sprachgebrauch zu berücksichtigen.⁴⁾

-
- 1) Begriffe sollten außerdem geeignet sein, die Verständigung innerhalb der Wissenschaft wie auch zwischen Wissenschaft und Praxis zu verbessern. - Vgl. H. L. Zetterberg: Theorie, Forschung und Praxis in der Soziologie. In: Hb. der empirischen Sozialforschung, 2. Bd., 2. Aufl., Stuttgart 1967, S. 65. - G. Kleinhenz: Probleme wissenschaftlicher Beschäftigung mit der Sozialpolitik. A.a.O., S. 59 f. - K. D. Opp: Methodologie der Sozialwissenschaften. Reinbek 1970, S. 135 ff.
 - 2) Vgl. G. Weisser: Einige Grundbegriffe der Sozialpolitiklehre. A.a.O., S. 1. - Ders.: Logische Bemerkungen über den Begriff 'Genossenschaft'. In: Betriebswirtschaftliche Strukturfragen, Festschrift für R. Henzler. Hrsg. K. Alewell. Wiesbaden 1962, S. 13. - Ders.: Beitrag zur Diskussion über den Begriff 'Gemeinnützigkeit'. A.a.O., S. 9. - K. Holm: Zum Begriff der Macht. In: KZfSS, 21. Jg. (1969), S. 269. - T. Geiger: Die Klassengesellschaft im Schmelztiegel. A.a.O., S. 23.
 - 3) K. Holm: Zum Begriff der Macht. A.a.O., S. 269.
 - 4) G. Weisser: Einige Grundbegriffe der Sozialpolitiklehre. A.a.O., S. 2. - G. Kleinhenz: Probleme wissenschaftlicher Beschäftigung mit der Sozialpolitik. A.a.O., S. 67.

Ein für fruchtbar gehaltener Begriff besteht regelmäßig aus einem Bündel von Merkmalen, die im Hinblick auf das Erkenntnisziel interessieren und die den Inhalt des Begriffs ausmachen.¹⁾ (Durch die Entscheidung für ein bestimmtes Merkmale-Bündel werden zugleich - um den Begriff nicht zu überlasten - andere, nicht interessierende Merkmale im Dunkel gelassen.²⁾)

Die einem Begriff zugeordneten Merkmale müssen eindeutig festgelegt und voneinander abgehoben werden. Im Rahmen einer empirisch orientierten Sozialwissenschaft (bzw. speziell: Sozialpolitik) sollten sie außerdem "einer prinzipiellen Beobachtung und Messung zugänglich sein" (Operationalisierung).³⁾ Die einzelnen Begriffselemente könnten in Form eines "deskriptiven Schemas" angeordnet sein, welches den Forscher an den Untersuchungsgegenstand heranführt.⁴⁾ (Gleichzeitig muß bei der Begriffsbildung darauf geachtet werden, daß in dem Denkinstrument Begriff nicht schon bestimmte Hypothesen enthalten sind oder bestimmte Wertungen und Postulate aus ihm gefolgert werden können.⁵⁾)

-
- 1) G. Weisser: Logische Bemerkungen über den Begriff 'Genossenschaft'. A.a.O., S. 13. - Ders.: Beitrag zur Diskussion über den Begriff 'Gemeinnützigkeit'. A.a.O., S. 8.
 - 2) Ebd.
 - 3) J. Wössner: Das soziale Feld. Versuch zu einer soziologischen Grundkategorie. In: KZfSS, 21. Jg. (1969), S. 16. - G. Kleinhenz: Probleme wissenschaftlicher Beschäftigung mit der Sozialpolitik. A.a.O., S. 60.
 - 4) G. Kleinhenz: Probleme ... A.a.O., S. 60. - H. L. Zetterberg: Theorie, Forschung und Praxis in der Soziologie. A.a.O., S. 74.
 - 5) G. Kleinhenz: Probleme ... A.a.O., S. 60. - H. L. Zetterberg: Theorie ... A.a.O., S. 69. - G. Weisser: Beitrag zur Diskussion über den Begriff 'Gemeinnützigkeit'. A.a.O., S. 9 f.

Auch Typenbegriffe (auf die in dieser Arbeit ebenfalls einzugehen sein wird) sind Konstruktionen, die durch Entscheidungen der Forscher entstanden sind.¹⁾ "In den Wirtschafts- und Sozialwissenschaften spielen Typenbegriffe in vergleichenden Analysen vieler Art eine Rolle, meist aber ohne ausdrückliche Benennung der zugrundeliegenden Begriffe als 'Typen'."²⁾

Generell werden Typen gebildet "zum Zwecke der Ordnung, Klassifizierung und Abgrenzung der wissenschaftlichen Gegenstandsbereiche".³⁾ In den Sozialwissenschaften dienen sie entsprechend als Instrumente zur Erkenntnis der komplexen sozialen Wirklichkeit,⁴⁾ deren wesentliches Kennzeichen fließende Übergänge zwischen den verschiedenen Phänomenen sind.⁵⁾

Auch beim Typusbegriff entscheidet sich der Forscher für eine begrenzte Zahl ihn interessierender Merkmale, vor allem solcher, die eine Korrelation zwischen verschiedenen Typen gewährleisten.⁶⁾ Durch Feststellung der unterschiedlichen

-
- 1) W. W. Engelhardt: Grundprobleme der Einzelwirtschaftstypologie. Diss. Köln 1957, S. 69.
 - 2) Ebd., S. 68.
 - 3) K. Lenk: Artikel "Soziologische Typologie". In: Wb. der Soziologie, 2. Aufl., Hrsg. W. Bernsdorf. Stuttgart 1969, S. 1088.
 - 4) K. Lenk: Artikel "Soziologische Typologie". A.a.O., S. 1089 f.
 - 5) W. W. Engelhardt: Grundprobleme ... A.a.O., S. 60. - J. Winckelmann: Artikel "Idealtypus". In: Wb. der Soziologie, 2. Aufl., Hrsg. W. Bernsdorf. Stuttgart 1969, S. 438.
 - 6) J. Winckelmann: Artikel "Idealtypus". A.a.O., S. 438.

"Ausprägungsgrade" eines oder mehrerer Merkmale kann die "relative Lage" von Objekten zueinander bestimmt werden.¹⁾ Durch die Methode des Vergleichs wird also - gerade auch in empirischen Analysen - eine Ordnung der gegebenen konkreten Zusammenhänge möglich.^{2) 3)}

-
- 1) W. W. Engelhardt: Grundprobleme ... A.a.O., S. 60 f., S. 74.
 - 2) Ebd., S. 80. - K. Lenk: Artikel "Soziologische Typologie". A.a.O., S. 1089.
 - 3) Neben dieser die reine Ausprägung eines empirisch gegebenen Sachverhalts wiedergebenden Bedeutung des Typenbegriffs gibt es zwei weitere: die des "Durchschnittstypus" und des "Idealtypus". - Vgl. K. Lenk: A.a.O., S. 1089. - J. Winckelmann: A.a.O., S. 438 f.

1. Ungleichheit und Schichtung als Kennzeichen der menschlichen Gesellschaft

Die soziale Wirklichkeit ist durch Ungleichheit zwischen Menschen gekennzeichnet, die sich in einer hierarchischen, geschichteten Ordnung der Gesellschaft äußert.¹⁾ "Soziale Schichtung bedeutet definitionsgemäß stets Ungleichheit zwischen Menschen."²⁾ Die Struktur einer bestimmten Gesellschaft ist durch ihre Schichtgliederung entscheidend determiniert und so von anderen unterscheidbar.³⁾

Zwar besitzt der Begriff "Schicht" keinen übereinstimmend anerkannten Bedeutungsgehalt;⁴⁾ ebensowenig genügen die vorliegenden empirischen Ergebnisse für gesicherte Aussagen über den geschichteten Aufbau der Gesellschaft.⁵⁾

-
- 1) Vgl. R. Mayntz: Gedanken und Ergebnisse zur empirischen Feststellung sozialer Schichten. In: KZfSS, Sonderheft 1 (1956), 3. Aufl. 1966, S. 79 ff. - K. M. Bolte, D. Kappe u. F. Neidhardt: Soziale Schichtung. In: Deutsche Gesellschaft im Wandel. Hrsg. K. B. Bolte. Opladen 1967, S. 233 ff. - R. Dahrendorf: Über den Ursprung der Ungleichheit unter den Menschen. In: Recht und Staat in Geschichte und Gegenwart, H. 232, Tübingen 1961.
 - 2) M. R. Lepsius: Ungleichheit zwischen Menschen und soziale Schichtung. In: KZfSS, Sonderheft 5 (1961), 4. Aufl. 1970, S. 54.
 - 3) T. Geiger: Artikel "Schichtung". In: Wb. der Soziologie. Hrsg. W. Bernsdorf u. F. Bülow. Stuttgart 1955, S. 438. - R. Mayntz: Gedanken ... A.a.O., S. 88.
 - 4) R. Mayntz: Artikel "Soziale Schichtung". In: Wb. der Soziologie, 2. Aufl., Hrsg. W. Bernsdorf. Stuttgart 1969, S. 989. - K. M. Bolte und Mitarb.: Soziale Schichtung. A.a.O., S. 247.
 - 5) K. M. Bolte und Mitarb.: Soziale Schichtung. A.a.O., S. 343.

Immerhin geht eine verbreitete Auffassung davon aus,¹⁾ daß sich die Gesellschaft aus verschiedenen Teilstrukturen zusammensetzt (Beruf, Einkommen usw.). Innerhalb dieser Teilstrukturen nimmt der einzelne jeweils eine bestimmte Lage (Status) ein, der jeweils eine spezifische Wertschätzung zukommt. Aus der Gesamtheit der Lagen resultiert der mit einer bestimmten Wertschätzung versehene "soziale Status" eines Menschen, der seine Position gegenüber anderen Menschen kennzeichnet. Eine Schicht könnte dann eine Mehrheit von Personen sein, die einen in der Zusammensetzung und der Wertschätzung ähnlichen, von anderen Personenmehrheiten unterschiedenen, sozialen Status besitzen.²⁾

Wenn auch zwischen den geschichteten sozialen Kräften der Gesellschaft ein erkennbarer "Wirkungszusammenhang" besteht,³⁾ so sind doch (wenn auch empirisch schwer bestimmbare) Grenzen vor-

-
- 1) Vgl. R. Mayntz: Artikel "Soziale Schichtung". A.a.O., S. 990 f. - Dies.: Gedanken und Ergebnisse zur empirischen Feststellung sozialer Schichten. A.a.O., S. 79 ff. - K. M. Bolte und Mitarb.: Soziale Schichtung. A.a.O. - Gerade die Arbeiten von K. M. Bolte und die von D. Kappe, K. Aschenbrenner und F. Neidhardt (Deutsche Gesellschaft im Wandel, A.a.O.) bringen zahlreiche allgemeine Aussagen über die gesellschaftlichen Verhältnisse, und sie stützen sich dabei auf eine Vielzahl relevanter (nicht nur deutscher) soziologischer Untersuchungen.
 - 2) R. Mayntz: Gedanken und Ergebnisse zur empirischen Feststellung sozialer Schichten. A.a.O., S. 81 f. - K. M. Bolte und Mitarb.: Soziale Schichtung. A.a.O., S. 246 ff.
 - 3) F. Fürstenberg: Die Sozialstruktur der Bundesrepublik Deutschland. Köln-Opladen 1967, S. 10. - Ders.: 'Sozialstruktur' als Schlüsselbegriff der Gesellschaftsanalyse. In: KZfSS, 18. Jg. (1966), S. 441.

handen: die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Schicht ist für die jeweiligen Angehörigen der Schicht von spezifischer, "schicksalsbestimmender" (T. Geiger) Wirksamkeit.¹⁾

Im Bewußtsein der Gesellschaftsmitglieder ist die Tatsache eines sozialen "Höher und Tiefer" durchaus verankert.²⁾ Heinrich Popitz und Mitarbeiter³⁾ hatten z. B. bei ihren Untersuchungen in der deutschen Hüttenindustrie (1953/54) festgestellt, daß die Arbeiter die Gesellschaft "dichotomisch" sehen, d. h. zweigeteilt in ein Oben und Unten. Man entdeckte ein soziales Zusammengehörigkeitsgefühl ("Arbeiterbewußtsein", resultierend aus "Kollektivbewußtsein" und "Leistungsbe-
wußtsein"), das zur Abgrenzung gegenüber den "Anderen" führt.⁴⁾

-
- 1) T. Geiger: Artikel "Schichtung". A.a.O., S. 438. - R. Mayntz (Soziale Schichtung und sozialer Wandel in einer Industriegemeinde. Stuttgart 1958, S. 81.) bezeichnet in Anlehnung an T. Geiger eine soziale Schicht als "eine größere Bevölkerungsgruppe, die sich gemeinsam in einer durch objektive Faktoren bestimmten und für ihre Lebenschancen und Lebensweise entscheidenden Lage befindet und die überdies gegen andere Bevölkerungsgruppen so abgegrenzt ist, daß sich ein Übereinander der einzelnen Schichten ergibt".
 - 2) Vgl. H. Moore und G. Kleinig: Soziale Selbsteinstufung (SSE). In: KZfSS, 20. Jg. (1968), S. 512 f. Dort werden als Beleg zahlreiche empirische Untersuchungen angeführt.
 - 3) H. Popitz, H. P. Bahrdt, E. A. Jüres und H. Kesting: Das Gesellschaftsbild des Arbeiters. Tübingen 1957.
 - 4) Die Autoren faßten ihre Ergebnisse so zusammen: "Alle Arbeiter, mit denen wir gesprochen haben und die überhaupt ein Gesellschaftsbild in dem von uns definierten Sinne entwickeln, sehen die Gesellschaft als - unabwendbare oder abwendbare, unüberbrückbare oder "partnerschaftlich" zu vermittelnde - **D i c h o t o m i e**, und sie beantworten die Frage nach ihrem eigenen gesellschaftlichen Ort durch ein **A r b e i t e r b e w u ß t s e i n**, das es ihnen ermöglicht, sich innerhalb der Gesamtgesellschaft als Teil der Arbeiterschaft zu verstehen." A.a.O., S. 237.

Friedrich Fürstenberg konnte in seiner Studie über die Chemiewerker¹⁾ zwar das Vorhandensein einer strengen Klassensolidarität der Arbeiter nicht mehr feststellen, kam aber gleichfalls zu dem Schluß, daß ihre Aufstiegschancen begrenzt sind und daß sie die "für die Arbeiterschaft typischen Grundhaltungen" zur Gruppenidentifizierung und zur Abgrenzung gegen die anderen benötigten, von denen sie nicht akzeptiert werden.²⁾

Auch für Ferdinand Zweig³⁾ gibt es im Anschluß an verschiedene von ihm durchgeführte Erhebungen keinen Zweifel an der bewußt wahrgenommenen Existenz eines "basic conflict" zwischen Kapital und Arbeit. Er räumt allerdings ein, daß die Konfliktprobleme gewöhnlich in einer Sphäre "sozialer Solidarität" behandelt und somit verschleiert werden.⁴⁾

Ähnlich argumentiert Ralf Dahrendorf, der die soziale Schichtung ein "System der distributiven Ungleichheit" nennt, welches "eine harte Tatsache der modernen wie jeder anderen Gesellschaft" ist und welches die Verantwortung für permanente "industrielle Konflikte" trägt.⁵⁾

-
- 1) F. Fürstenberg: Die Soziallage der Chemiewerker. Neuwied-Berlin 1969.
 - 2) Ebd., S. 228 ff.
 - 3) F. Zweig: The Worker in an Affluent Society. London-Melbourne-Toronto 1961.
 - 4) Ebd., S. 204.
 - 5) R. Dahrendorf: Gesellschaft und Demokratie in Deutschland. München 1965, S. 95 f., S. 198 f.

Durch die Verbesserung des Lebensstandards, durch Erlangen großer Freiheit und Unabhängigkeit im Konsumbereich sind den Arbeitern wichtige Verbesserungen ihrer Lage zuteil geworden; doch diese "neue Arbeiterklasse" (Serge Mallet) wird im Produktionsprozeß nach wie vor beherrscht und eingeengt.¹⁾ Die Aufstiegschancen sind nicht gut,²⁾ und bei den Einkommen existieren - sowohl in der Höhe wie bezüglich der Chancen der Einkommensentwicklung - beträchtliche Unterschiede gegenüber den Nicht-Arbeitern.³⁾ Für Richard F. Hamilton besteht folglich nur "geringe Wahrscheinlichkeit", daß Arbeiter und Nicht-Arbeiter "ihre Lebenslagen für gleichwertig halten".⁴⁾

Auch John H. Goldthorpe und Mitarbeiter widerlegen in ihrer Untersuchung über gutverdienende Arbeiter⁵⁾ die These von der Verbürgerlichung der Arbeiter und stellen lediglich eine "Anpas-

-
- 1) S. Mallet: *La nouvelle classe ouvrière*. Paris 1964. Deutsche Übersetzung: S. Mallet: *Die neue Arbeiterklasse*. Neuwied und Berlin 1972. - Vgl. T. B. Bottomore: *Die sozialen Klassen in der modernen Gesellschaft*. München 1967, S. 36, S. 96 f. - Vgl. F. Fürstenberg: *Die Sozialstruktur der Bundesrepublik Deutschland*. A.a.O., S. 128.
 - 2) R. F. Hamilton: *Einkommen und Klassenstruktur. Der Fall der Bundesrepublik*. In: *KZfSS*, 20. Jg. (1968), S. 250 ff. - Vgl. F. Fürstenberg: *Die Soziallage der Chemiewarbeiter*. A.a.O. - Vgl. R. Wald: *Industriearbeiter privat*. Stuttgart 1966.
 - 3) R. F. Hamilton: *Einkommen und Klassenstruktur*. A.a.O., S. 257 f.
 - 4) Ebd., S. 261.
 - 5) J. H. Goldthorpe, D. Lockwood, F. Bechhofer, J. Platt: 1. *The Affluent Worker: Industrial Attitudes and Behaviour*. Cambridge 1968. - Dies.: 2. *The Affluent Worker: Political Attitudes and Behaviour*. Cambridge 1968. - Dies.: 3. *The Affluent Worker in the Class Structure*. Cambridge 1969.

sung alter Normen an neue Erfordernisse und Möglichkeiten"¹⁾ fest, was sich in einer "instrumentellen" Einstellung zur Arbeit und in dem Bemühen um strikte Trennung von Arbeit und Freizeit äußert.²⁾ Eine ähnliche Feststellung registrieren Horst Kern und Michael Schumann vor allem bei den qualifizierten deutschen Arbeitern,³⁾ nämlich: Selbstbestätigung außerhalb der Arbeit zu suchen und die Arbeit nur als Beschaffungsmittel für die Bedürfnisbefriedigung zu sehen.⁴⁾ Aber auch eine "konfliktverdünnte" Arbeitssituation,⁵⁾ kombiniert mit einem gewissen "Zerfall kollektiven Denkens",⁶⁾ verhindert nicht ein sich verstärkendes Bewußtsein "kollektiver Unsicherheit",^{7) 8)} das aus der "gemeinsamen Lohnabhängigkeit" und der Erkenntnis genährt wird, durch den technischen Wandel "ersetzbar und potentiell überflüssig" zu werden.⁹⁾ Da auch die Bereiche Einkommen, Vermögen, Bildung, Wohnen usw. trotz unverkennbarer Verbesserungen durch

1) Ebd., Bd. 3, S. 158 (Übers. v. Verf.).

2) Ebd., Bd. 1, S. 38 f., Bd. 3, S. 164.

3) H. Kern u. M. Schumann: Industriearbeit und Arbeiterbewußtsein. Eine empirische Untersuchung über den Einfluß der aktuellen technischen Entwicklung auf die industrielle Arbeit und das Arbeiterbewußtsein. Teil I. (Teil II = Anmerkungen und Anhang.) Frankfurt/M. 1970.

4) Ebd., S. 285.

5) Ebd., S. 284.

6) Ebd., S. 276.

7) Ebd.

8) 73 % der befragten Arbeitnehmer sehen als Konsequenz der technischen Entwicklung eine zunehmende Bedrohung ihres Arbeitsplatzes und damit ihrer Statuissicherheit. Ebd., S. 255.

9) Ebd., S. 276.

"deutliche Unterprivilegierung" gekennzeichnet seien,¹⁾ habe "das dichotome Bild von der Gesellschaft noch strukturierende Kraft auf die Erwartungen der Mehrheit der Arbeiter".²⁾

Wenn auch die Interessenkonflikte ("Klassenkonflikte") kaum noch gewaltsam ausgetragen werden,³⁾ so haben doch die gesellschaftlichen Veränderungen "nicht zu einer Aufhebung der Klassen" geführt.⁴⁾ Morris Janowitz stellte bei seiner Schichtanalyse⁵⁾ fest, daß die individuelle Mobilität innerhalb der Gesellschaft zwar beachtlich ist, dies sich aber kaum auf die "relative Stabilität" der Schichtung auswirkt. Gerhard Kleining registrierte bei seinen Untersuchungen "stabile Barrieren zwischen den sozialen Schichten", durch die die Mobilitätschancen, also vor allem die Chancen zu sozialem Aufstieg im Zeitablauf, ziemlich gering sind; etwas durchlässiger zeigten sich dagegen lediglich die "Berufskreise".⁶⁾

1) Ebd., S. 25.

2) Ebd., S. 276.

3) R. Dahrendorf: Gesellschaft und Demokratie in Deutschland. A.a.O., S. 191 ff. - Ders.: Soziale Klassen und Klassenkonflikte in der industriellen Gesellschaft. Stuttgart 1957. - T. B. Bottomore: Die sozialen Klassen in der modernen Gesellschaft. A.a.O., S. 96. - F. Zweig: The Worker in an Affluent Society. A.a.O.

4) T. B. Bottomore: Die sozialen Klassen ... A.a.O., S. 9.

5) M. Janowitz: Soziale Schichtung und Mobilität in Westdeutschland. In: KZfSS, 10. Jg. (1958), S. 1 ff.

6) G. Kleining: Struktur- und Prestigemobilität in der Bundesrepublik Deutschland. In: KZfSS, 23. Jg. (1971), S. 1 ff. - Ders.: Die Veränderungen der Mobilitätschancen in der Bundesrepublik Deutschland. In: KZfSS, 23. Jg. (1971), S. 789 ff.

Ein Nivellierungsprozeß innerhalb des Gesellschaftsgefüges wird von den genannten Autoren nicht gesehen. Auch sehr viele andere Forscher kommen zu dem Ergebnis, daß in unserer Gesellschaft zwar eine stärkere Tendenz zu den Mittellagen festzustellen ist,¹⁾ daß aber weiterhin Differenzierungen und Ungleichheiten bestehen.²⁾ In ihren bekannten Untersuchungen konnten Karl Martin Bolte, Renate Mayntz, Harriet Moore/Gerhard Kleining sowie Erwin K. Scheuch - trotz voneinander abweichender methodischer Ansätze - zeigen, daß unsere Gesellschaft eine Schichtung von oben nach unten aufweist, zumindest aber - sofern eine Schichtung wegen fehlender klarer Grenzen zwischen den Schichten nicht ohne weiteres nachweisbar war -

-
- 1) Helmut Schelsky hatte behauptet, die größere Mobilität führe zur Einebnung der Schichtunterschiede und damit zu einer "nivellierten Mittelstandsgesellschaft". Vgl. H. Schelsky: Wandlungen der deutschen Familie in der Gegenwart. Dortmund 1953, S. 218, S. 228. - Ders.: Die Bedeutung des Schichtbegriffs für die Analyse der gegenwärtigen deutschen Gesellschaft (1953). In: Ders.: Auf der Suche nach Wirklichkeit. Düsseldorf 1965, S. 131 ff.
 - 2) K. M. Bolte und Mitarb.: Soziale Schichtung. A.a.O., S. 309 ff. Die Verfasser kommen zu dem Resultat, daß unsere heutige Gesellschaftsstruktur die Form einer Zwiebel hat: Rund 60 % aller Gesellschaftsmitglieder liegen in der breiten Mitte, die in sich abgestuft ist; die übrigen schließen sich nach oben oder unten an.

daß es einen vertikalen Aufbau von Statuspositionen gibt.¹⁾ Theodor Geiger hatte bereits für die Zeit um 1925 Feststellungen über die Schichtung des deutschen Volkes gemacht.²⁾

"Wir können aus den verfügbaren Daten schließen, daß unter den verschiedenen Gesichtspunkten der wirtschaftlichen Lage, der beruflichen Stellung, des Bildungsniveaus und der sozialen Selbst einschätzung von einer allgemeinen Einebnung vertikaler sozialer Schichtungsgrenzen nicht die Rede sein kann."³⁾

Eine Analyse der Schichtstruktur einer Gesellschaft erfordert vor allem zweierlei: Einen Maßstab für die Dimensionen des Oben und Unten sowie die Existenz von Grenzen zwischen den Schichten.⁴⁾

-
- 1) Vgl. K. M. Bolte: Typen sozialer Schichtung in der Bundesrepublik Deutschland. In: Hamb. Jb., 8. Jg. (1963). - Ders.: Sozialer Aufstieg und Abstieg. Stuttgart 1959. - R. Mayntz: Soziale Schichtung und sozialer Wandel in einer Industriegemeinde. A.a.O. - Dies.: Gedanken und Ergebnisse zur empirischen Feststellung sozialer Schichten. A.a.O. - H. Moore und G. Kleining: Das soziale Selbstbild der Gesellschaftsschichten in Deutschland. In: KZfSS, 12. Jg. (1960), S. 86 ff. - Dies.: Das Bild der sozialen Wirklichkeit. In: KZfSS, 11. Jg. (1959). - E. K. Scheuch, unter Mitarbeit von H. Daheim: Sozialprestige und soziale Schichtung. In: KZfSS, Sonderheft 5 (1961), 4. Aufl. 1970, S. 65 ff.
 - 2) T. Geiger: Die soziale Schichtung des deutschen Volkes. Stuttgart 1932.
 - 3) F. Fürstenberg: Die Sozialstruktur der BRD. A.a.O., S. 124.
 - 4) R. Mayntz: Gedanken und Ergebnisse ... A.a.O., S. 79. - Dies.: Soziale Schichtung und sozialer Wandel ... A.a.O., S. 79 ff.

Die Anzahl der registrierten Schichten ist je nach dem Untersuchungsansatz verschieden.¹⁾ Den Vorstellungen der Gesellschaftsmitglieder selbst kommt eine Einteilung in drei oder vier Schichten am nächsten.²⁾

Auch die verwendeten Maßstäbe und Kriterien zur sozialen Einordnung der Menschen sind verschieden. Keinesfalls genügt die bloße Feststellung des Einkommens.³⁾ Besonders aussagestark ist offenbar die jeweilige Berufsposition, denn sie bietet am ehesten bestimmte Verbindungen zu anderen Merkmalen wie Einkommen, Lebensstil usw.; durch den Beruf werden weitgehend jene Faktoren wirksam, die die soziale Wertschätzung bestimmen.⁴⁾

-
- 1) Bei Janowitz (a.a.O.) z. B. ist die deutsche Nachkriegsgesellschaft in vier, bei Moore und Kleining (a.a.O.) in sieben Schichten aufgeteilt.
 - 2) Vgl. R. Mayntz: Soziale Schichtung und sozialer Wandel ... A.a.O., S. 86. - H. Moore und G. Kleining: Das Bild der sozialen Wirklichkeit. A.a.O., S. 364. - G. Kleining: Über soziales Image. In: KZfSS, Sonderheft 5 (1961), 4. Aufl. 1970, S. 158.
 - 3) Wenn dieses auch auf keinen Fall vernachlässigt werden sollte. Vgl. Gösta Carlsson: Ökonomische Ungleichheit und Lebenschancen. In: KZfSS, Sonderheft 5 (1961), 4. Aufl. 1970, S. 189 ff. - Ebenso E. K. Scheuch: Sozialprestige und soziale Schichtung. A.a.O., S. 67, S. 91. Scheuch verwendet 3 gleichwertige Haupt-Klassifizierungsmerkmale: Einkommen, Berufszugehörigkeit, kulturelles Niveau.
 - 4) Zusammenfassend zur "Dominanz der Berufsposition" vgl. K. M. Bolte und Mitarb.: Soziale Schichtung. A.a.O., S. 313. - Im einzelnen vgl. T. Geiger: Die soziale Schichtung des deutschen Volkes. A.a.O. (passim); - M. Janowitz: Soziale Schichtung und Mobilität ... A.a.O., S. 6; - K. M. Bolte: Sozialer Aufstieg und Abstieg. Stuttgart 1959, S. 8; - R. Mayntz: Gedanken und Ergebnisse ... A.a.O., S. 92; - H. Moore und G. Kleining: Das soziale Selbstbild ... A.a.O., S. 87 f.; - Dies.: Soziale Selbsteinstufung (SSE). A.a.O., S. 511.

Die Verwendung zahlreicher verschiedener Indikatoren beweist jedoch, daß es in unserer Gesellschaft kein eindeutig festgelegtes Merkmal zur Statusdifferenzierung bzw. Schichtzuordnung und damit "keine so eindeutig abgrenzbaren sozialen Schichten" (Dahrendorf) gibt.¹⁾

Die Schichtungsstruktur ist undeutlich geworden. Da die Menschen in der "mehrdimensionalen" Gesellschaft mehrere Status einnehmen, ist eine mehrdimensionale Analyse erforderlich.²⁾

-
- 1) R. Mayntz: Gedanken und Ergebnisse ... A.a.O., S. 79 f. - K. M. Bolte und Mitarb.: Soziale Schichtung. A.a.O., S. 312 ff. - R. Dahrendorf: Gesellschaft und Demokratie ... A.a.O., S. 101.
 - 2) R. Mayntz: Gedanken und Ergebnisse ... A.a.O., S. 81. - Dies.: Begriff und empirische Erfassung des sozialen Status. In: KZfSS, 10. Jg. (1958), S. 72. - K. M. Bolte und Mitarb.: Soziale Schichtung. A.a.O., S. 312. - F. Fürstenberg: Die Sozialstruktur der BRD. A.a.O., S. 13 f. - T. Geiger: Artikel "Schichtung". A.a.O., S. 439.

2. Historische Ansätze zur Bestimmung sozialer Strukturen

Im Laufe der Geschichte haben sich Strukturveränderungen in der menschlichen Gesellschaft vollzogen, in deren Folge allerdings die Ungleichheiten zwischen den Menschen nicht verschwanden, sondern nur andere Formen annahmen. Bei der Darstellung der jeweiligen gesellschaftlichen Verhältnisse wurden und werden verschiedene Begriffe verwandt (z. B. Stand, Klasse, Schicht), die in ihrem Bedeutungsgehalt je nach der geschichtlichen Epoche und nach dem Standort des Betrachters stark voneinander abweichen können.¹⁾

Drei Haupttypen der Gesellschaftsform hat die Geschichte hervorgebracht:²⁾ Die "primitive Klassengesellschaft", die "ständische Gesellschaft", die "kapitalistische Klassengesellschaft".

1) Es darf "die historische Erfüllung konkreter Schichtenbegriffe nicht übersehen werden. Neutral kann zunächst überall, wo geschichtete Gesellschaften anzutreffen sind, nur von Schichten gesprochen werden. Der Begriff der 'Klasse' hingegen ist nur beschränkt generalisierbar, da er ganz bestimmten sozialgeschichtlichen Situationen entsprungen ist. 'Klassen', 'Stände' und 'Kasten' sind als bestimmte historische Typen von gesellschaftlichen Schichten zu unterscheiden". - W. E. Mühlmann: Artikel "Schicht". In: Wb. der Soziologie, 2. Aufl., Hrsg. W. Bernsdorf. Stuttgart 1969, S. 910.

2) W. Bernsdorf: Artikel "Gesellschaftsform, herrschaftliche". In: Wb. der Soziologie, 2. Aufl., Hrsg. W. Bernsdorf. Stuttgart 1969, S. 364 f.

2.1 Stand und Klasse

In Mittel- und Westeuropa gab es in der bäuerlich geprägten spätgermanischen Zeit bereits eine klare soziale Gliederung mit einer Dreiteilung in Adel, Freie und Unfreie.¹⁾ Daraus entwickelte sich im Mittelalter infolge "funktionaler Spezialisierung" (insbesondere Hinzukommen von Beamten und Kriegern) die ständisch gegliederte Feudalgesellschaft.²⁾

Diese setzte sich aus den folgenden, in einem Verhältnis von Über- und Unterordnung befindlichen Ständen zusammen: Adel, Klerus und Volk (Bauern und - im späteren Mittelalter - Bürger);³⁾ durch Untergruppierungen innerhalb der Stände war die Gesellschaftsstruktur erheblich differenzierter.⁴⁾

Tatsächlich waren aber nur die Angehörigen der herrschenden Gruppen (Adel, Klerus und später Patrizier) mit bestimmten Rechten ausgestattete "Standespersonen", nur diese waren im "Reichsrat" vertreten; die Masse der Übrigen war "nicht von Stande" und folglich in ihren Rechten beschränkt.⁵⁾

-
- 1) K. M. Bolte und Mitarb.: Soziale Schichtung. A.a.O., S. 261. - W. Bernsdorf: Artikel "Gesellschaftsform, herrschaftliche". A.a.O., S. 364.
 - 2) K. M. Bolte und Mitarb.: A.a.O., S. 261. - W. Bernsdorf: A.a.O., S. 365.
 - 3) K. M. Bolte und Mitarb.: A.a.O., S. 262. - W. Bernsdorf: A.a.O., S. 365. - O. v. Nell-Breuning: Artikel "Stand und Ständewesen". In: Wb. der Soziologie, 2. Aufl., Hrsg. W. Bernsdorf. Stuttgart 1969, S. 1122.
 - 4) K. M. Bolte und Mitarb.: A.a.O., S. 262, S. 268 f.
 - 5) R. Herrnstadt: Die Entdeckung der Klassen. (Die Geschichte des Begriffs Klasse von den Anfängen bis zum Vorabend der Pariser Julirevolution 1830.) Berlin 1965, S. 13, S. 68. - O. v. Nell-Breuning: A.a.O., S. 1122.

Die Menschen wurden in ihren Stand¹⁾ hineingeboren, blieben gewöhnlich ihr ganzes Leben darin und entwickelten jeweils eigene Lebensformen. Sie waren sich ihrer Ungleichheit bewußt und billigten diese prinzipiell als gottgewollt. Die Stände waren weitgehend gegeneinander abgeschlossen; sie konzentrierten sich jeweils um bestimmte gesellschaftliche Funktionen, die sie zum Wohle des übergeordneten Ganzen ausübten. Das Ökonomische trat gegenüber den sonstigen Bereichen des Gesellschaftslebens zurück, es hatte nur eine Bedeutung im Dienste höherer Ziele.²⁾

Der Begriff Stand wird hier also zur Beschreibung einer bestimmten, räumlich und zeitlich fixierbaren³⁾ Gesellschaftsstruktur verwendet.⁴⁾

-
- 1) Einschl. des "Nicht-Standes" der Ständelosen, was ja auch eine, wenn auch negative, gesellschaftliche (Rechts-)Stellung war. Vgl. R. Herrstadt: A.a.O., S. 13.
 - 2) K. M. Bolte und Mitarb.: A.a.O., S. 261 ff., S. 268 f. - W. Bernsdorf: A.a.O., S. 365. - R. Herrstadt: A.a.O., S. 19. - G. Albrecht: Die sozialen Klassen. Leipzig 1926, S. 61 ff., S. 69.
 - 3) Ständische Gesellschaften hat es nicht nur im mittelalterlichen West- und Mitteleuropa gegeben, sondern seit Jahrtausenden auch in anderen Gegenden der Erde. Vgl. W. Bernsdorf: A.a.O., S. 365.
 - 4) Unberücksichtigt lassen wir hier die Verwendung des Standes-Begriffs zur Darstellung einer ständisch gegliederten Gesellschaft z. B. in Teilen der katholischen Soziallehre oder bei Othmar Spann. Vgl. O. H. v. d. Gablentz: Artikel "Ständestaat - Ständische Ordnung". In: Evangelisches Soziallexikon. Hrsg. F. Karrenberg, 5. Aufl. 1965, Sp. 1202 f. - O. v. Nell-Breuning: Artikel "Stand und Ständewesen". A.a.O., S. 1122 f. - Ders.: Artikel "Ständestaat". In: Wb. der Soziologie, 2. Aufl., Hrsg. W. Bernsdorf. Stuttgart 1969, S. 1121.

Er bezeichnet den Zustand der zu einem festgefügtten Ganzen gehörenden, in sich abgeschlossenen sozialen Gruppen.¹⁾ Die der Kennzeichnung eines Standes wie auch der Zuordnung einer Person zu einem Stand dienenden Merkmale standen weitgehend fest und wurden mit der Geburt erworben.

- Als Instrument zur Darstellung der differenzierten und mobilen Verhältnisse in einer modernen Gesellschaft ist ein solcher Begriff nicht geeignet.²⁾ -

Politische und wirtschaftliche Veränderungen im Laufe der Jahrhunderte, schließlich die "industrielle Revolution" mit der Entstehung neuer Berufsgruppen, wirkten sich allmählich auf die Struktur der ständischen Gesellschaft aus. Doch hatte diese den Veränderungen über Jahrhunderte hinweg starke bewahrende Kräfte entgegensetzen.³⁾⁴⁾

-
- 1) O. v. Nell-Breuning: A.a.O., S. 1122. - E. Thier: Artikel "Stand". In: Evangelisches Soziallexikon. Hrsg. F. Karrenberg, 5. Aufl. 1965, Sp. 1198.
 - 2) Auch ein Ständestaat bzw. eine berufsständische Ordnung im Sinne Othmar Spann's bzw. von Teilen der katholischen Soziallehre kommt nicht in Frage, weil diese nicht als Instrument zur Darstellung sozialer Verhältnisse gedacht sind, sondern als Normen zur Einflußnahme auf die Gestaltung der Gesellschaft.
 - 3) K. M. Bolte und Mitarb.: Soziale Schichtung. A.a.O., S. 269 ff. - R. Herrnstadt: Die Entdeckung der Klassen. A.a.O., S. 14, S. 75.
 - 4) Noch in der Mitte des vergangenen Jahrhunderts zeigte sich z. B. Wilh. Heinr. Riehl in seiner mehrbändigen "Naturgeschichte des Volkes" von der "inneren Wahrheit der Grundgedanken des Ständewesens" (S. 9) überzeugt. Er teilte die deutsche Gesellschaft seiner Zeit in Bauernstand, Aristokratenstand, Bürgerstand (als den wichtigsten) und vierten Stand (die Arbeiter als "Proletarier der materiellen Arbeit") auf. Obwohl er sich darüber im klaren war, daß er am Wendepunkt einer alten und neuen Zeit lebte, gab es für Riehl keinen Zweifel, daß "ein Unterschied der Stände ... in der Natur und dem Bewußtsein des Volkes wurzele" (S. 25). W. H. Riehl: Die Naturgeschichte des Volkes als Grundlage einer deutschen Sozial-Politik. Bd. 2: Die bürgerliche Gesellschaft. 2. Aufl., Stuttgart und Tübingen 1854.

Am Ende reichte der Begriff Stand nicht mehr aus, um einen Zugang zur "unaufhaltsam fortschreitenden Differenzierung der Gesellschaft" zu gewähren; "ein grundsätzlich anderer Begriff der Gesellschaftsteilung" wurde nötig: der Begriff der Klasse.¹⁾ "Der Begriff Klasse entstand aus der Überwindung des Begriffs Stand."²⁾

Zunächst bestanden jedoch die beiden Begriffe nebeneinander; noch um die Zeit der Französischen Revolution wurde vom "Volk" als dem "vierten Stand" gesprochen (neben Weltlichem Adel, Geistlichem Adel, Bürgertum).³⁾

Karl Marx und Friedrich Engels stützten sich bei der Formulierung ihres Klassen-Begriffs auf die französische Geschichte mit der Großen Revolution.⁴⁾

Der Begriff Klasse war anfangs nur ein wissenschaftlicher Einteilungsbegriff. Er wurde z. B. von den Physiokraten im "Tableau économique" zur Einteilung der Nation in drei Klassen von Bürgern verwandt.⁵⁾

1) R. Herrstadt: Die Entdeckung der Klassen. A.a.O., S. 102.

2) Ebd., S. 6.

3) Ebd., S. 116, S. 130.

4) Ebd., S. 103.

5) Ebd., S. 105, S. 118 ff. (Die Einteilung der Physiokraten: 1. die "produktive Klasse" der landwirtschaftlichen Pächter, 2. die "Klasse der Grundeigentümer", 3. die "sterile Klasse" aller Nicht-Agrarier.)

Im Rahmen eines sich zuerst entwickelnden "bürgerlichen Klassenbegriffs"¹⁾ wurde die Gesellschaft (in Frankreich, Ende des 18., Anfang des 19. Jahrhunderts) einfach als eine Gesellschaft von Klassen gesehen, die unterschiedlich erfaßt und definiert wurden. Man stellte schließlich die Herausbildung zweier neuer Hauptklassen fest, der "Besitzenden" (Aristokratie und Bürgertum) und der "Arbeiter". Die ehemals polare Klasse der Bauern wurde zur "Mittelklasse".²⁾ Erst der alte Saint-Simon wies auf das Wesentliche hin: "den Gegensatz zwischen Bourgeoisie und Proletariat"; er rückte "die Produktion der materiellen Güter in den Mittelpunkt der Geschichtsbetrachtung".³⁾ (Schon zur Zeit der Großen Revolution hatte "das Volk" den Klassenbegriff aufgenommen: "Daß zur 'produktiven Klasse' alle Menschen gehören, die durch eigene Arbeit Werte schaffen oder schaffen möchten ... im Gegensatz zu den Ausbeutern."⁴⁾)

Allmählich, mit den Veränderungen der realen Welt durch den Beginn der Industrialisierung, entwickelte sich der "proletarische Klassenbegriff". Das "objektive Kriterium" zur Bestimmung einer Klasse wurde "das Verhältnis des einzelnen oder der einzelnen sozialen Gruppe zu den Produktionsmitteln, ihre Stellung im Produktionsprozeß".⁵⁾

1) R. Herrnstadt, a.a.O., weist u. a. auf folgende Autoren hin: Mirabeau (S. 103), Babeuf (S. 217 ff.), Constant (S. 300 ff.), Saint-Simon (S. 305 ff.), Guizot, Thierry, Mignet (S. 366).

2) Vgl. ebd., S. 221 ff., S. 315.

3) Ebd., S. 326 ff.

4) Ebd., S. 129

5) Ebd., S. 366, S. 304.

"Die Geschichte des Begriffs Klasse ist auf ihre Weise die Geschichte der Entfaltung des gesellschaftlichen Bewußtseins. Sie zeigt, wie auf einem bestimmten Gebiet - dem der Struktur der Gesellschaft - die geistige Aneignung der Wirklichkeit schrittweise erfolgt."¹⁾

Als Marx und Engels das Kommunistische Manifest verfaßten (1847), sahen sie sich bereits einer "differenzierten bürgerlichen Gesellschaft" gegenüber, "in der das Proletariat als selbständige Klasse hervorgetreten war".²⁾ Die Angehörigen dieser Klasse waren im Laufe der Industrialisierung meist ohne eigenes Verschulden in Abhängigkeit, materielle Not und soziale Unsicherheit geraten.³⁾ Das Problem der sozialen Ungleichheit, die "soziale Frage", und damit die beherrschende Bedeutung des Ökonomischen, war in den Vordergrund getreten; es fand im Begriff der Klasse seinen unverwechselbaren Niederschlag.

2.2 Der Klassenbegriff von Karl Marx zu Max Weber

Die "reale Basis", auf der nach der marxistischen Lehre eine Gesellschaft (einschließlich ihres juristischen und politischen Überbaus) errichtet ist, ist ihre ökonomische Struktur,

1) Ebd., S. 367.

2) Ebd., S. 211.

3) Vgl. z. B. F. Engels: Die Lage der arbeitenden Klasse in England. (Leipzig 1845). Berlin 1964.

und diese wird gebildet durch die "Produktionsverhältnisse".¹⁾ Die Produktionsverhältnisse, "also sämtliche gesellschaftlichen Verhältnisse"²⁾ (d. h. sowohl die Beziehungen von Menschen zu Realien - "Eigentumsverhältnis" - wie die von Mensch zu Mensch - "Klassenverhältnis" -), ergeben dann die Sozialstruktur der Gesellschaft.³⁾ Maßgebend für die Differenzierung der Gesellschaftsmitglieder ist ihr Verhältnis zu den Produktionsmitteln, d. h. deren Besitz oder Nichtbesitz. "Karl Marx formuliert die Eigentumsfrage an den Produktionsmitteln als Grundfrage der Wirtschaft und Gesellschaft."⁴⁾ Die durch Eigentum oder Nichteigentum an Produktionsmitteln festgelegten Funktionen im Produktionsprozeß sind ausschlaggebend für die Bildung der Klassen, von denen schließlich die einander feindlichen Klassen der Bourgeoisie und des Proletariats übrig bleiben.⁵⁾

-
- 1) K. Marx und F. Engels: Ober den Klassenbegriff. In: Klassik der Soziologie. Hrsg. C. W. Mills. Frankfurt/M. 1960, S. 93.
 - 2) K. Marx und F. Engels: Manifest der kommunistischen Partei. Berlin 1964 (nach der Ausgabe von 1890), S. 46.
 - 3) Vgl. T. Geiger: Zur Theorie des Klassenbegriffs und der proletarischen Klasse. (Ursprünglich in: Schmollers Jahrbuch, Bd. 54, 1930.) In: Theodor Geiger: Arbeiten zur Soziologie. Hrsg. P. Trappe. Neuwied-Berlin 1962, S. 210. - Ders.: Die Klassengesellschaft im Schmelztiegel. A.a.O., S. 15. - Vgl. auch: Politische Ökonomie des Sozialismus und ihre Anwendung in der DDR. Berlin 1969, S. 216 ff.
 - 4) R. Sieber und H. Richter: Die Herausbildung der marxistischen politischen Ökonomie. Berlin 1969, S. 35.
 - 5) K. Marx und F. Engels: Manifest. A.a.O., S. 42.

"Klassen sind also die während der antagonistischen Phase der Menschheitsgeschichte aus der gesellschaftlichen Produktion entspringenden Widerspruchspartner, mittels deren sich die geschichtliche Bewegung vollzieht."¹⁾²⁾ Bei der Erörterung der der antagonistischen Endphase vorausgehenden Verhältnisse wird der Begriff "Klasse" bei Marx und in der marxistischen Lehre allerdings nicht ausschließlich verwendet, sondern neben ihm auch der Begriff "Schicht".³⁾ Außerdem werden nicht nur Bourgeoisie und Proletariat als Klassen bezeichnet, sondern gleichermaßen "die Mittelstände, der kleine Industrielle, der kleine Kaufmann, der Handwerker, der Bauer": sie alle sind "die übrigen Klassen" (neben dem Proletariat),

-
- 1) R. Herrnstadt: Die Entdeckung der Klassen. A.a.O., S. 137.
 - 2) Bemerkenswert ist der objektivistische Gesichtspunkt der marxistischen Gesellschaftslehre: Die Angehörigen einer Klasse haben gleichgerichtete wirtschaftliche und soziale Interessen. "Die Interessen, die Lebenslagen innerhalb des Proletariats gleichen sich immer mehr aus." (K. Marx und F. Engels: Manifest. A.a.O., S. 53.) Der Einzelne befindet sich, auch wenn er sich seiner Lebenslage und seiner Interessen noch nicht bewußt ist, "in der objektiven Klassenlage", er "hat" die Interessen. (Vgl. T. Geiger: Die Klassengesellschaft im Schmelztiegel. A.a.O., S. 19.) - Eine allmähliche Bewußtwerdung führt zu einem "Klassenbewußtsein", das dann zur Triebfeder für den "Klassenkampf" wird; Ziel ist eine klassenlose Gesellschaft.
 - 3) Beispiel: Im Kommunistischen Manifest wird kurz hintereinander u. a. vom Proletariat als der "revolutionären Klasse", vom "Lumpenproletariat" als den untersten Schichten der alten Gesellschaft, vom Proletariat als der "untersten Schicht der jetzigen Gesellschaft", schließlich vom "Gegensatz unterdrückender und unterdrückter Klassen" gesprochen. Vgl. K. Marx und F. Engels: Manifest. A.a.O., S. 54-56.

"welche heutzutage der Bourgeoisie gegenüberstehen".¹⁾ In der Bourgeoisie wiederum besteht ein Unterschied zwischen "einer Klasse von Geldkapitalisten" und "einer Klasse von industriellen Kapitalisten".^{2) 3)}

Im Marx'schen Konzept werden sich die Menschen durch ihre konkreten, täglich erfahrenen Lebensbedingungen des Klassencharakters der Gesellschaft bewußt, und damit ihrer eigenen Klassenzugehörigkeit (was schließlich nach Marx zur revolutionären Aktion führt).⁴⁾

1) Ebd., S. 54 f.

2) K. Marx: Ökonomische Schriften. Hrsg. K. Kühne. Stuttgart 1970, S. 60.

3) Es soll hier nur kurz angedeutet werden, daß in der modernen sozialistischen Literatur die Begriffe "Klasse" und "Schicht" offensichtlich mit unterschiedlicher Bedeutung verwendet werden: Es gibt "die Arbeiterklasse und die mit ihr verbündeten Klassen und Schichten". Die Arbeiterklasse - als "zahlenmäßig stärkste Klasse" - ist eine der beiden "Grundklassen" (die andere: Bourgeoisie), die Genossenschaftsbauern sind eine verbündete "Nebenklasse"; hinzu kommen in vielen sozialistischen Gesellschaften "noch soziale Schichten" (Intelligenz, Handwerker, kleine Unternehmer, Leiter der Betriebe mit staatlicher Beteiligung). - Vgl. hierzu u. a. die Artikel "Arbeiterklasse", "Klasse". In: Wörterbuch der Ökonomie, Sozialismus. 2. Aufl., Berlin 1969, S. 47 ff. bzw. S. 417 ff.; außerdem R. Sieber und H. Richter: Die Herausbildung der marxistischen politischen Ökonomie. A.a.O., z. B. S. 21. Außerdem: Politische Ökonomie des Sozialismus. A.a.O., S. 882. - Vgl. auch Lehrbuch der marxistischen Philosophie. Berlin 1967.

4) Vgl. K. Marx: Das Kapital. Bd. I. Berlin 1959, S. 803. - Vgl. K. Marx und F. Engels: Die heilige Familie und andere philosophische Frühschriften. Berlin 1953, S. 138.

Marx' Klassen aber "sind eigentlich in erster Linie ökonomische, nicht soziologische Kategorien, abgeleitet aus Einkommensarten".¹⁾ Karl Marx hat zwar "die erste moderne Antwort" auf die Frage gegeben, nach welchen Kriterien die Angehörigen einer Gesellschaft geschichtet sind.²⁾ Er beschränkt sich jedoch bei der Einteilung der Menschen in Klassen auf eine einzige, die ökonomische Komponente. "Aus der Gesamtheit der gesellschaftlichen Beziehungen und Verhältnisse hebt Karl Marx die ökonomischen Verhältnisse als die bestimmenden hervor."³⁾ Wenn Marx von der "gesellschaftlichen Lage" des Arbeiters spricht, so meint er dessen ökonomische Lage (die er gegenüber der des Kapitalisten immer ungünstiger werden sieht).⁴⁾ Alle menschlichen Verhältnisse in der kapitalistischen Gesellschaft reduzieren sich für Marx im Grunde auf die Relation "Kauf und Verkauf".⁵⁾ So ist auch der "Wert der Arbeitskraft" ausschließlich durch ihren Marktpreis bestimmt.⁶⁾ Hierfür gibt es allerdings ein "physisches" und ein "soziologisches Minimum"; erstens "die zum Leben und zur Fortpflan-

-
- 1) K. Kühne: Einleitung zu: Karl Marx. Ökonomische Schriften. Hrsg. K. Kühne. Stuttgart 1970, S. XXII.
 - 2) L. Reissman: Artikel "Klasse". In: Wb. d. Soziologie, 2. Aufl., Hrsg. W. Bernsdorf. Stuttgart 1969, S. 542.
 - 3) R. Sieber und H. Richter: Die Herausbildung ... A.a.O., S. 12.
 - 4) K. Marx: Ökonomische Schriften. A.a.O., S. 104.
 - 5) K. Kühne: Einleitung. A.a.O., S. XXI.
 - 6) K. Marx: Ökonomische Schriften. A.a.O., S. 114.

zung absolut unentbehrlichen Lebensmittel", zweitens den "traditionellen Lebensstandard", d. h. "die Befriedigung bestimmter Bedürfnisse, entspringend aus den gesellschaftlichen Verhältnissen, in die die Menschen gestellt sind und unter denen sie aufwachsen".¹⁾ Mit dieser Feststellung bringt Marx ein soziologisches Element in die Betrachtung, doch bleiben die ökonomischen Verhältnisse letztlich maßgebend für alle Überlegungen.

Die durch das ökonomische System determinierte Klasse ist ausschlaggebend für alle anderen sozialen Kategorien (Religion, Erziehung, Wissenschaft, Familie, politische Ordnung), auch für den individuellen Bereich (Ideen, Verhaltensweisen, soziale Beziehungen).²⁾ Und die Klassenlage des einzelnen bestimmt seine Stellung in der Gesellschaft und in den verschiedenen Institutionen der Gesellschaft.³⁾

Es ist sicher falsch, von "marxistischem Ökonomismus" zu reden. ("Marx hat nie behauptet, daß sich alles menschliche Handeln auf ökonomische Motive zurückführen lasse.")⁴⁾ Karl Marx

-
- 1) K. Marx: Ökonomische Schriften. A.a.O., S. 114 f.
 - 2) L. Reissman: Artikel "Klasse". In: Wb. der Soziologie. 2. Aufl., Hrsg. W. Bernsdorf. Stuttgart 1969, S. 542.
 - 3) L. Reissman: Artikel "Klassengesellschaft". In: Wb. der Soziologie. 2. Aufl., Hrsg. W. Bernsdorf. Stuttgart 1969, S. 551.
 - 4) L. F. Neumann: Prolegomena zu den sozialphilosophischen, wissenschaftstheoretischen und sozialpsychologischen Grundlagen des freiheitlichen, demokratischen Sozialismus. In: Freiheitlicher Sozialismus. Hrsg. H. Flohr, K. Lampe, L. F. Neumann. Gerhard Weisser zum 75. Geburtstag. Bonn-Bad Godesberg 1973, S. 63.

hat zweifellos die überragende Bedeutung des ökonomischen in der menschlichen Gesellschaft erkannt.

Jedoch macht die in seinem Klassen-Begriff manifestierte, einseitig auf die ökonomischen Faktoren abgestellte Gesellschaftsbetrachtung diesen Begriff ungeeignet für eine Analyse der komplexen sozialen Zusammenhänge. Diese Einseitigkeit des Marx'schen Begriffs ist es, die Theodor Geiger als "panökonomischen Determinismus" kritisierte,¹⁾ und die Max Weber zu dem Hinweis veranlaßte, Marx habe "ökonomisch Relevantes" mit "ökonomisch Determiniertem" verwechselt.²⁾ Max Weber hat die große Bedeutung wirtschaftlicher Faktoren zwar gesehen; er hat aber betont, daß bei der sozialen Schichtung auch andere Determinanten eine Rolle spielen. Die Mehrdimensionalität des Gesellschaftsaufbaus³⁾ erhielt bei Max Weber formalen Ausdruck.

-
- 1) T. Geiger: Zur Theorie des Klassenbegriffs. A.a.O., S. 206.
 - 2) M. Weber: Wirtschaft und Gesellschaft (Grundriß der Sozialökonomik). Zit. n. L. Reissman: Artikel "Klasse". A.a.O., S. 543.
 - 3) Schon Ende des 19. Jahrhunderts hatte z. B. Georg Simmel nachdrücklich auf die Vieldimensionalität der sozialen Schichtung hingewiesen; er zeigte, daß ein Mensch verschiedenen "sozialen Kreisen" (z. B. Familie, berufliche, politische, religiöse Gruppen) angehört und darin jeweils "verschiedene relative Stellungen" zwischen Hoch und Niedrig einnehmen kann. Durch die "Kreuzung der sozialen Kreise" wird die soziale Position des Menschen bezeichnet. Vgl. G. Simmel: Über soziale Differenzierung. Leipzig 1890, S. 102 ff. - Ders.: Soziologie. Untersuchungen über die Formen der Vergesellschaftung. 3. Aufl., München-Leipzig 1923. (Abschnitt: Die Kreuzung sozialer Kreise. S. 305 ff.).

In seiner Analyse der Machtverteilung und der (nach seiner Auffassung) sich daraus ergebenden sozialen Schichtung unterschied Weber die Hierarchien der wirtschaftlichen Klasse, des sozialen Standes und der politischen Macht; in den drei Gesellschaftsbereichen kann ein Individuum jeweils verschieden hohe Stellungen einnehmen, woraus sich dann seine Position innerhalb der Gesellschaft und damit seine Schichtzugehörigkeit ergibt.¹⁾ Maßgebend ist also nicht allein die Klassenlage.

Der Klassenbegriff für sich ist auch bei Weber eine ökonomische Aussage. Klassenlagen sind auch bei ihm "letztlich: 'Marktlagen'".²⁾ Doch Weber geht über die enge Marx'sche Begriffsbildung hinaus: die Grundkategorien "Besitz" und "Nichtbesitz" (an Produktionsmitteln) sind wichtig, aber nicht ausschließlich determinierend; denn die Klassenlagen können sich innerhalb dieser Kategorien weiter differenzieren, je nach Art des verwertbaren Besitzes einerseits, der anzubietenden Arbeitsleistung der Nichtbesitzenden andererseits.³⁾ Klassen sind Personenmehrheiten mit gleichar-

-
- 1) M. Weber: Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriß der verstehenden Soziologie, 2. Hbd., 4. Aufl., Hrsg. J. Winckelmann. Tübingen 1956. Kap. "Klassen, Stände, Parteien". S. 531 ff. - Vgl. L. Reissman: Artikel "Klassengesellschaft". A.a.O., S. 552. - Vgl. Ders.: Artikel "Klasse". A.a.O., S. 543 f.
 - 2) M. Weber: Wirtschaft und Gesellschaft. A.a.O., S. 532.
 - 3) Ebd., S. 532.

tigen ökonomischen Lebenschancen,¹⁾ mit gleichen oder ähnlichen Interessenlagen.²⁾ Wirtschaftliche Macht und damit Klassenunterschiede können bedingt sein durch den Besitz an Produktionsmitteln, aber auch durch die wirtschaftlichen Erfolgsmöglichkeiten (Chancen), die dem Einzelnen durch Beruf, Erziehung, Fähigkeit zu Monopolbildung oder Güterakkumulation usw. geboten sind.³⁾

Weber hat damit den Klassenbegriff spezifischer und zugleich differenzierter gefaßt als Marx. Er bietet ein verbessertes Instrument zur Analyse ökonomischer Strukturen.

Eine Analyse gesellschaftlicher Zusammenhänge wie der der sozialen Schichtung muß nach Max Weber neben der Klasse auch die beiden übrigen genannten Dimensionen (sozialer Stand und politische Macht) berücksichtigen. Dabei ist für den Stand die "soziale Ehre (Prestige)" sowie eine "spezifisch geartete Lebensführung" kennzeichnend; unterschiedliche politische Macht geht auf den Grad von Autorität oder Einfluß zurück, über den der einzelne verfügt.⁴⁾

-
- 1) Ebd., S. 531. Wörtlich: "Wir wollen da von einer 'Klasse' reden, wo 1. einer Mehrzahl von Menschen eine spezifische ursächliche Komponente ihrer Lebenschancen gemeinsam ist, soweit 2. diese Komponente lediglich durch ökonomische Güterbesitz- und Erwerbsinteressen und zwar 3. unter den Bedingungen des (Güter- oder Arbeits-) M a r k t s dargestellt wird ('Klassenlage')."
 - 2) Ebd., S. 177.
 - 3) Ebd., S. 532. - Vgl. G. Albrecht: Die sozialen Klassen. A.a.O., S. 41; sowie L. Reissman: Artikel "Klasse. A.a.O., S. 543.
 - 4) Vgl. M. Weber: Wirtschaft und Gesellschaft. A.a.O., S. 531 ff. - L. Reissman: Artikel "Klasse". A.a.O., S. 543 f.

Max Weber hat die Gesellschaft als ein in mehrere einander überschneidende Richtungen gegliedertes Ganzes erkannt. Allerdings ist auch sein Ansatz für die Analyse der modernen Gesellschaft noch nicht ausreichend, weil er sich auf drei - wenn auch sehr wichtige - Dimensionen beschränkt.

2.3 Das Schichtungs-Konzept Theodor Geigers

Theodor Geiger hat sich in seinen Veröffentlichungen über Jahrzehnte hinweg mit Fragen der sozialen Schichtung intensiv auseinandergesetzt. Er ist schließlich zu einem "erfahrungssoziologischen Begriff der Gesellschaftsschicht"¹⁾ gelangt, der sich zur Erfassung und Darstellung vieldimensionaler sozialer Strukturen eignet.

Angelpunkt auch der Geiger'schen Betrachtungen war zunächst der Klassen-Begriff. Teils unter dem Eindruck der marxistischen Lehre,²⁾ teils in bewußter methodischer Beschränkung³⁾ konzentrierte er sich in seinen ersten Schriften - "Zur Theorie des Klassenbegriffs und der proletarischen Klasse" (1930) und "Die soziale Schichtung des deutschen Volkes" (1932) - vor allem auf die ökonomische Seite der Lage und

1) T. Geiger: Artikel "Schichtung". In: Wb. der Soziologie. Hrsg. W. Bernsdorf und F. Bülow. Stuttgart 1955, S. 435.

2) T. Geiger: Zur Theorie des Klassenbegriffs und der proletarischen Klasse. (Zuerst erschienen in Schmollers Jahrbuch, Bd. 54, Berlin 1930.) In: T. Geiger. Arbeiten zur Soziologie. Ausgew. u. eingel. von P. Trappe. Neuwied und Berlin 1962, S. 206 ff.

3) T. Geiger: Die soziale Schichtung des deutschen Volkes. Stuttgart 1932, S. 81.

des Verhaltens von Menschen. Geiger ging zunächst davon aus, daß in der kapitalistischen Gesellschaft "Verschiedenheiten der sachlich-ökonomischen Existenzbedingungen" (wozu sehr wesentlich die "Verfügungs- und Nutzungsgewalt" über Produktionsmittel gehört) die Entstehung von Klassen motivieren.¹⁾ Wegen der Dominanz des Ökonomischen in dieser Gesellschaft ist die Klassenschichtung die für das gesamte soziale (nicht nur wirtschaftliche) Leben entscheidende.²⁾ Geiger wies jedoch darauf hin, daß neben der "ökonomischen Schichtung" noch zahlreiche Gruppierungen in der Gesellschaft bestehen (politisch, beruflich, geistig), die sich vielfach überschneiden.³⁾

Er verwendete bereits in dieser Veröffentlichung von 1930 die Begriffe "soziale Schichtung", "soziale Schicht" als Oberbegriffe; der Klassen-Begriff umschreibt dann einen bestimmten Typus der Schichtung.⁴⁾ In seiner empirisch belegten⁵⁾ Untersuchung über "die soziale Schichtung des deutschen Volkes" (1932)

-
- 1) T. Geiger: Zur Theorie des Klassenbegriffs ... A.a.O., S. 206, S. 222.
 - 2) Ebd., S. 224, S. 206, S. 208, S. 231.
 - 3) Ebd., S. 221, S. 224, S. 231 ff. - Vgl. auch T. Geiger: Die Klassengesellschaft im Schmelztiegel. Köln-Hagen 1949, S. 29.
 - 4) T. Geiger: Zur Theorie des Klassenbegriffs ... A.a.O., S. 207 f. - Vgl. auch Ders.: Die Klassengesellschaft im Schmelztiegel. A.a.O., S. 35. - Ders.: Artikel "Schichtung". A.a.O., S. 432, S. 442.
 - 5) Basis: Statistische Berufszählung von 1925.

charakterisierte Geiger eine soziale Schicht so: In ihr ist "ein durch objektiv faßbare Merkmale gekennzeichneter Menschentypus ... vorwiegend vertreten";¹⁾ zusätzlich nannte er das Kriterium der "schichttypischen Mentalität".²⁾³⁾

In den Nachkriegsveröffentlichungen Theodor Geigers (bzw. in denen aus dem Nachlaß), insbesondere "Die Klassengesellschaft im Schmelztiegel" und Artikel "Schichtung", wurde der Ansatz zu einer universellen Gesellschaftsbetrachtung weiter vertieft. Geiger verwandte jetzt auch den Terminus "Sozialstruktur" und verstand darunter "die Art und Weise, in der ein zusammenhängendes Gesellschaftsganzes aus Bestandteilen sich aufbaut".⁴⁾

Er stellte in seiner Analyse aus dem Jahre 1948⁵⁾ fest, daß Stellung und Schicksal des einzelnen in der Gesellschaft weitgehend durch äußere Umstände bzw. äußere Merkmale

-
- 1) T. Geiger: Die soziale Schichtung des deutschen Volkes. A.a.O., S. 12.
 - 2) Ebd., S. 14. - Soziale Schichten sind danach Gruppen mit verwandter (typischer) Mentalität. Mentalität ist "unmittelbare Prägung des Menschen durch seine soziale Lebenswelt und die von ihr ausstrahlenden, an ihr gemachten Lebenserfahrungen". Ebd., S. 77.
 - 3) Geiger kam für die deutsche Gesellschaft von 1925 zu fünf Hauptschichten, die er entsprechend ihren "Soziallagen und Figuren der Mentalität" unterschied: Kapitalisten, alter Mittelstand, neuer Mittelstand, Proletaroiden, Proletariat. Ebd., S. 73, S. 82 ff.
 - 4) T. Geiger: Die Klassengesellschaft im Schmelztiegel. A.a.O., S. 29.
 - 5) Ebd., S. 29.

bestimmt sind.¹⁾ Gesellschaftsmitglieder, "die kraft ungefähr gleichartiger äußerer Lebensumstände annähernd (eine) gleichartige Stellung in der organisierten Gesellschaft einnehmen",²⁾ sind Angehörige einer, derselben Schicht.

Aus diesem Gedanken ging schließlich die endgültige Konzeption Theodor Geigers hervor, die er 1955 veröffentlichte:³⁾ Mit dem "Begriff der Schicht" (als einem möglichst wertfreien Oberbegriff⁴⁾) sind "die in gleichartiger Lage befindlichen Gesellschaftsmitglieder" erfaßt.⁵⁾

Die Lage eines Individuums nun wird durch zahlreiche Merkmale bestimmt. Es müssen aus der Vielzahl der denkbaren Merkmale die ausgewählt werden, die sich "als schicksalsbestimmend aufdrängen",⁶⁾ denen aufgrund von "Alltagsbeobachtungen" "gesellschaftliche Signifikanz" zukommt.⁷⁾ Einer möglichen "Vergewaltigung der gesellschaftlichen Wirklichkeit" durch Begrenzung der Lage-Varianten auf eine einzige kann - im Hinblick auf die "vielgestaltigen Gesellschaften der Neuzeit" - entgangen werden durch Verwendung eines "mehrdimensionalen Schichtmodells".⁸⁾ (Merkmale, aufgrund derer man Personen einer bestimmten Schicht zurechnet, nennt Geiger "Schicht-Determinanten".⁹⁾)

1) Ebd., S. 29 f.

2) Ebd., S. 30.

3) T. Geiger: Artikel "Schichtung". A.a.O.

4) Ebd., S. 432.

5) Ebd., S. 438.

6) Ebd., S. 438.

7) Ebd., S. 435.

8) Ebd., S. 439.

9) Ebd., S. 432. Geiger wies auf eigene Untersuchungen hin, in denen er Wirtschaftszweig, Stellung im Beruf, Einkommenshöhe sowie Art und Grad der Ausbildung als Lagemerkmale verwendete. Ebd., S. 439.

Personen einer Schicht sind - nach Geiger - außer durch gemeinsame "Lebensbedingungen" (Lage-Merkmale) auch durch verwandte "gesellschaftliche Haltung" (Mentalität) charakterisiert.¹⁾

Beide müssen empirisch zunächst getrennt erfaßt werden, lassen sich dann einander zuordnen, da "gewisse Haltungen als typisch für gewisse Lagen" zu erkennen seien.²⁾ Ein besonderes Schicht-Bewußtsein dürfe jedoch nicht unterstellt werden; das gelte gerade auch für bestimmte Schichten, die als "objektiv-sozialer Typus" gegeben seien (Beispiel: Büroangestellte). Auch in der gegenwärtigen Gesellschaft seien immerhin "verschiedene Moralvorstellungen, ... typische Lebensstile usw." vorhanden, die bewirkten, daß z. B. "Arbeiter, Bauern, selbständige Gewerbetreibende usw. ... sich kraft dieser Ähnlichkeiten einander verwandt und von anderen Schichten verschieden (fühlen)".³⁾

Als Konsequenz ist schließlich festzuhalten: Gesellschaftsmitglieder einer Schicht, d. h. gleichartiger, "schichttypischer Soziallage"⁴⁾

1) Ebd., S. 435.

2) Ebd., S. 438.

3) Ebd., S. 443 f.

4) Ebd., S. 444, S. 432. - Vgl. auch T. Geiger: Soziale Umschichtungen in einer dänischen Mittelstadt. Aarhus 1951, S. 7 (Anm. 11/III). Dort bezeichnete Geiger Gesellschaftsschichten kurz als "Bevölkerungsteile in gleichartiger (verwandter) Soziallage".

sind nach Geiger in "Lebensstandard, Chancen und Risiken, Glücksmöglichkeiten, aber auch Privilegien und Diskriminationen, Rang und öffentlichem Ansehen" gleich oder ähnlich.¹⁾

Geigers Begriff der sozialen Schicht berücksichtigt die Vielzahl der möglichen Schichtdeterminanten und ermöglicht zugleich eine pragmatische Auswahl der Unterscheidungsmerkmale (Gesichtspunkte: "schicksalsbestimmend", "gesellschaftliche Signifikanz"). Die mit der Darstellung sozialer Strukturen notwendig verbundene Erfassung von "Lagen" führt hier zur näheren Aufdeckung sozialer Ungleichheiten.

Das ermöglicht dann die Setzung und Verfolgung sozialpolitischer Ziele. Hier zeigt sich eine Verwandtschaft zwischen dem soziologisch determinierten Geiger'schen Begriff der sozialen Schicht und dem sozialpolitisch motivierten (von Gerhard Weisser angewendeten) Begriff der Lebenslage.

1) T. Geiger: Artikel "Schichtung". A.a.O., S. 432.

3. Darstellung der gesellschaftlichen
Verhältnisse durch die Bestimmung
von Lebenslagen

3.1 Bedeutung eines Lebenslage-Begriffs

Sowohl bei der makro-soziologisch orientierten Betrachtung sozialer Schichtung wie bei einer durch den mikro-soziologischen Aspekt gekennzeichneten Untersuchung der Lebenssituation von Personen oder Personenmehrheiten kommt es darauf an, daß prinzipiell die Gesamt-Situation der Menschen in Betracht gezogen wird (wenn auch aus technischen Gründen dann immer nur ein - möglichst aussagekräftiger - Ausschnitt demonstriert werden kann).

Nach den Arbeiten von T. Geiger haben in jüngerer Zeit auch andere Soziologen die Vieldimensionalität der sozialen Wirklichkeit und die Notwendigkeit eines entsprechenden Forschungsansatzes hervorgehoben. Es wird immer wieder deutlich, daß eine Einordnung der Menschen (z. B. in soziale Schichten) wegen der Heterogenität der sozialen Determinanten sehr schwierig ist und daß stets verschiedene Teilwerte zu einer Gesamtvorstellung verschmolzen werden müssen.¹⁾ Möglichst viele "sozial relevante" Merkmale²⁾ sollten erhoben werden. Zwar wird meist von einem "dominanten Einfluß der

1) Vgl. z. B. K. M. Bolte: Die Mobilität in unserer Gesellschaft. In: KZfSS, 10. Jg. (1958), S. 41. - R. Mayntz: Begriff und empirische Erfassung des sozialen Status. A.a.O., S. 72.

2) K. M. Bolte und Mitarb.: Soziale Schichtung. A.a.O., S. 248.

sozialen Position und der ökonomischen Lage" ausgegangen,¹⁾ die gesellschaftliche Lage der Menschen und damit ihre Schichtzugehörigkeit ist jedoch eine "Mischung" aus vielen Merkmalen, die im Rahmen des sozialen Wertesystems "kumulativ" geschätzt werden.²⁾

Ralf Dahrendorf nannte im Zusammenhang mit Überlegungen über den sozialen Status die Faktoren, die ("nach soziologischer Übereinkunft") die Stellung von Menschen in der Gesellschaftshierarchie vor allem bestimmen: Einkommen bzw. Eigentum, Sozialprestige, Autorität, Ausbildungs- oder Erziehungsniveau.³⁾ Später wies er dann auf ein verbreitetes Verständnis des Begriffs des sozialen Status hin, nämlich das "vom 'sozio-ökonomischen Status', in den Einkommensverhältnisse, Beruf, Prestige und häufig noch andere Maßstäbe der Schichtstellung eingehen."⁴⁾ Ein derartiger Begriff dient nach Dahrendorf "der Beschreibung von Lebenslagen".⁵⁾ Hier zeigt sich in soziologischer Terminologie eine gewisse Annäherung an den von uns befürworteten, sozialpolitisch relevanten Lebenslage-Begriff. Allerdings ist der Ansatz für die gewünschte umfassende Explikation der Lagen noch nicht ausreichend.

1) M. M. Tumin: Schichtung und Mobilität. 2. Aufl., München 1970, S. 81.

2) Ebd., S. 45 f.

3) R. Dahrendorf: Reflexionen über Freiheit und Gleichheit. In: Hamb. Jb., 4. Jg. (1959), S. 56-81. Hier S. 69.

4) R. Dahrendorf: Artikel "Sozialer Status". In: Wb. der Soziologie, 2. Aufl., Hrsg. W. Bernsdorf. Stuttgart 1969, S. 1011.

5) Ebd.

Autoren aus dem sozialistischen Bereich gehen ebenfalls von der Gesamt-Situation der von ihnen untersuchten Menschen aus. Das (bereits bei Marx und Engels aufgetauchte¹⁾) Wort "Lebenslage" wird in der Politischen Ökonomie synonym verwendet mit "Lage der Werktätigen", "Lage einer Klasse oder Schicht".²⁾ Es beinhaltet also die Situation einer Vielzahl von Menschen, die - im marxistischen Sinn - durch die Produktionsverhältnisse bestimmt ist. Gemeint ist die durch die ökonomischen, politischen, sozialen, rechtlichen und geistig-kulturellen Bedingungen in der Gesellschaft determinierte Gesamtlage der Menschen, wozu z. B. auch die Verhältnisse in der Familie und am Arbeitsplatz gerechnet werden.

In seinem Werk über die Geschichte der Lage der Arbeiter versteht Jürgen Kuczynski unter "Lage der Arbeiter" "die Gesamtheit der Bedingungen ihres ausgebeuteten Lebens und nicht nur die Lage der Löhne".³⁾ Er nennt - unter Hinweis auf Untersuchungen von Marx und Engels- Einzelheiten

-
- 1) Friedrich Engels wie Karl Marx wiesen immer wieder auf die Vielseitigkeit der (physischen, geistigen und sozialen) Bedürfnisse der Menschen hin. Der Terminus Lebenslage wurde dabei verwandt wie - bedeutungsgleich - die Termini Lage, Situation, Zustand, Verhältnisse. - Vgl. F. Engels: Die Lage der arbeitenden Klasse in England. (Leipzig 1845.) Berlin 1964. Passim. - K. Marx: Das Kapital, 1. Bd. (Hamburg 1867.) Berlin 1962, S. 595 ff.
 - 2) Vgl. Wörterbuch der Ökonomie. Sozialismus. A.a.O., S. 474.
 - 3) J. Kuczynski: Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus. Bd. VII: Die Theorie der Lage der Arbeiter, 3. Aufl., Berlin 1955, S. 10.

der Wohnbedingungen, Arbeitsverhältnisse, Ernährung, Gesundheitsverhältnisse, Familienverhältnisse, Kriminalität als weitere wichtige Faktoren, die die Lage der Arbeiter mitbestimmen.¹⁾

Gerade die Sozialpolitik mit der ihr gestellten Aufgabe, soziale Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten zu korrigieren, benötigt Angaben nicht nur über Einkommenshöhe und -verwendung, sondern sie braucht Aufschluß über die Gesamtlage und damit über möglichst viele Lage-Merkmale. Außer bei Gerhard Weisser, der diese Erkenntnis in seinem Lebenslage-Begriff berücksichtigte,²⁾ kommt die Vielgestaltigkeit der menschlichen Lebenssituation auch bei zahlreichen anderen sozialpolitischen Autoren zum Ausdruck.

Wilfried Schreiber z. B. zeigte, daß das (kulturelle) Existenzminimum, eine heterogene und weitgehend subjektive Größe, auf Wertungen beruht, die "mit der Skalenbreite des Bedürfnisspektrums" des jeweiligen Subjekts variieren; daß außerdem die Umweltbedingungen (Stadt, Land, Beruf, gesellsch. Milieu) zu Schwankungen führen.³⁾

Auch bei Heinz Lampert werden verschiedenartige Interessen der Menschen in die sozialpolitischen Überlegungen einbezogen, wenn er etwa als Aufgabe der Sozialpolitik heraushob, sie

1) Ebd., S. 10, S. 57 f.

2) S. unten Kap. 3.3.

3) W. Schreiber: Artikel "Existenzminimum". In: Staatslexikon, Bd. 3, Freiburg 1959, Sp. 212 ff. Hier Sp. 213.

habe "die wirtschaftlichen Lebensbedingungen von Einzelnen und sozialen Gruppen sowie deren soziale Stellung ... zu beeinflussen".¹⁾

In einem Aufsatz über "Soziale Strukturpolitik" stellte Oswald von Nell-Breuning²⁾ fest, besser als die (in der klassischen Sozialpolitik übliche) Redisposition unbefriedigend verteilter Einkommen sei eine direkte richtige Verteilung, gewährleistet durch gestalterische Maßnahmen in der Wirtschaftspolitik. Es müsse "für eine Verteilung nicht nur des Eigentums und Einkommens, sondern auch dessen, was man neuerdings Lebenslagen nennt, gesorgt (werden)".³⁾ (Der von Nell-Breuning anscheinend nicht klar definierte Begriff Lebenslage steht zunächst komplementär zu Eigentum und Einkommen: "Verteilung des Eigentums, des Einkommens und der Lebenslagen."⁴⁾ Etwas später aber, wenn davon gesprochen wird, daß die "gerechte Verteilung der Lebenslagen" die Wirkungsmöglichkeiten der Wirtschaftspolitik überfordert, und wenn unter Hinweis auf notwendige Maßnahmen hervorgehoben wird, daß nicht "Einkommen und Vermögenslage allein die Lebenslage des Menschen" bestimmen,⁵⁾ wird Lebenslage offenbar

-
- 1) H. Lampert: Artikel "Sozialpolitik". In: Evangelisches Soziallexikon. Stuttgart 1966, Sp. 2077 ff. Hier Sp. 2085.
 - 2) O. v. Nell-Breuning: Soziale Strukturpolitik. In: Offene Welt, Nr. 40, 1955, S. 12 ff.
 - 3) Ebd., S. 13.
 - 4) Ebd., S. 13. (Sperrung vom Verf.).
 - 5) Ebd., S. 14.

als Oberbegriff - im Weisser'schen Sinn¹⁾ - gesehen.)²⁾ In einer späteren Veröffentlichung sprach Nell-Breuning (zusammen mit H. Sacher) vom "Lebensraum" der Menschen;³⁾ gemeint ist damit die Vielzahl der körperlichen, geistigen und seelischen Faktoren, die zusammen die Situation der Menschen kennzeichnen. Es wird unterschieden⁴⁾ zwischen dem geistigen Lebensraum (Weltanschauung), dem sozialen Lebensraum (Familie, Gemeinde, Beruf usw.), dem wirtschaftlichen Lebensraum (einschließlich Erwerbstätigkeit, "die Daseinsbedingungen, die sich unmittelbar auf die Versorgung des Menschen mit den stofflichen Unterhaltungsmitteln beziehen", Mindestmaß: Existenzminimum) und schließlich dem geographisch-politischen Lebensraum.

Der von Alexander Rüstow eingeführte Begriff der "Vitalsituation"⁵⁾ ist besonders geeignet für konkrete sozialpolitische Zielsetzungen (zugleich für die Anlage empirischer Untersuchungen). Rüstow forderte in seinem Beitrag dazu auf, sich einzurichten in der Welt, wie sie ist, und damit zu einer neuen Bewertung "der nächstliegenden, trivialsten Dinge, wie Essen, Trinken, Wohnen usw." zu kommen.⁶⁾ Auch

1) S. unten Kap. 3.3.

2) Nell-Breuning wies auf verbesserungsbedürftige Dinge im Bereich des "Lohnarbeitsverhältnisses" (Mitbestimmung, Aufstiegsmöglichkeit), auf Förderung von Eigentum ("auch an Produktionsmitteln"), sowie auf nötige sozialpolitische Maßnahmen im Bereich der Familie (u. a. Familienlastenausgleich) hin. Ebd., S. 14 ff.

3) O. v. Nell-Breuning und H. Sacher: Zur sozialen Frage. 2. Aufl., Freiburg 1958 (Artikel: "Lebensraum").

4) Ebd., Sp. 9-22.

5) A. Rüstow: Die existentielle Bedeutung der Vitalsituation. In: Offene Welt, Nr. 40, 1955, S. 19 ff.

6) Ebd., S. 21.

die staatliche Politik müsse sich - statt "höhere Zwecke" zu verfolgen - mehr um die "vitalen Umstände" kümmern, damit "die Lebenslage, die Vitalsituation des Menschen verbessert (wird)".¹⁾ Die herkömmliche Sozialpolitik müsse ausgeweitet werden auf die Dinge, "die für die wirkliche Vitalsituation der Menschen entscheidend sind" ("Vitalpolitik").²⁾ - Rüstow gab einige Beispiele, erläuterte die Bedeutung der Wohnung, der Familie, der Kindererziehung, sowie der Schulbildung für die Vitalsituation und wies auf notwendige politische Maßnahmen hin.

All diese Hinweise unterstreichen, daß ein breiter Konsens darüber besteht, daß zu einer Beurteilung der Lage von Individuen in einer Gesellschaft (bzw. von Gruppen von Individuen) mehrere geeignete, vor allem auch nicht-ökonomische Indikatoren herangezogen werden müssen, wenn auch über Zahl und Art der Indikatoren sowie über brauchbare Maßstäbe und Methoden kaum Einmütigkeit besteht.

Inzwischen ist auch im Zusammenhang mit gesamtgesellschaftlichen ("Makro-") Analysen bei Wissenschaftlern, aber gerade auch bei Parteien und Regierung die Erkenntnis ständig gewachsen, "daß die bestimmenden Kriterien für die Gestaltung von Gesellschaft und Wirtschaft außerökonomischer Art sind".³⁾ Ausdruck für diese Erkenntnis ist

1) Ebd.

2) Ebd., S. 26 f.

3) L. F. Neumann: Prolegomena ... A.a.O., S. 63 (hier in einer Stellungnahme zum sozialdemokratischen Parteiprogramm).

der neuerdings die Politik beherrschende Hinweis auf eine bessere "Qualität des Lebens", den die Regierungen¹⁾ wie die Parteien²⁾ in ihre Programme aufgenommen haben. Die IG Metall hatte ihre internationale Arbeitstagung 1972 der Zukunftsaufgabe Lebensqualität gewidmet.³⁾

Es setzt sich das Bewußtsein durch, daß das Brutto-sozialprodukt keinen aussagefähigen Wohlstands-indikator darstellt, daß es durch ein System "sozialer Indikatoren" ergänzt werden muß, daß also generell die Fragestellung gegenüber früher eine andere sein muß. "Die neuen Indikatoren sollen die nichtwirtschaftliche Entwicklung der Ge-

-
- 1) Ein Beispiel für viele: Die Bundesregierung im Sozialbericht 1973 (Bundestags-Drucksache 7/1167, S. I): "Humanisierung des Arbeitslebens ... zielt über eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen auf eine Erhöhung der Lebensqualität der erwerbstätigen Menschen ...".
 - 2) Vgl. den Bericht der Grundsatz-Kommission der CDU für den Parteitag Wiesbaden, 9. 10. 1972, vorgetragen vom Vorsitzenden R. v. Weizsäcker. (Es wird auf den "Begriff von der neuen Qualität des Lebens" hingewiesen und danach festgestellt: "... in der qualitativen Steuerung des Wachstums liegt die Aufgabe.") Vgl. das Dortmunder Wahlprogramm der SPD 1972, hier zit. nach Erh. Eppler: Kein Zwang zum Glück. Der Streit um die Lebensqualität. In: Die Zeit v. 14. 10. 1973, S. 64. (Darin wird sogar im einzelnen dargelegt, was unter Lebensqualität verstanden werden soll: "Lebensqualität ist mehr als höherer Lebensstandard. Lebensqualität setzt Freiheit voraus, auch Freiheit von Angst. Sie ist Sicherheit durch menschliche Solidarität, die Chance zur Mitbestimmung und Selbstverwirklichung, zum sinnvollen Gebrauch der eigenen Kräfte in Arbeit, Spiel und Zusammenleben, zur Teilhabe an der Natur und den Werten der Kultur, die Chance, gesund zu bleiben oder zu werden. Lebensqualität meint Bereicherung unseres Lebens über den materiellen Konsum hinaus.")
 - 3) Aufgabe Zukunft: Qualität des Lebens. (Beiträge zur 4. internationalen Arbeitstagung der IG Metall für die Bundesrepublik Deutschland 11. bis 14. April 1972 in Oberhausen.) Bd. 1: Qualität des Lebens. Redaktion: G. Friedrichs. Frankfurt/M. 1973.

sellschaft messen und so über das Wohlbefinden der Gesellschaft, über die Qualität des Lebens informieren."¹⁾ Es geht um den "Übergang vom ökonomischen zum ökologischen Denken, vom Pro-Kopf-Einkommen zur Lebensqualität".²⁾

Die Gedanken, die sich mit der Idee von der Qualität des Lebens verbinden, sind nicht neu in den Sozialwissenschaften. In jüngerer Zeit hatte vor allem Gerhard Weisser wiederholt bemängelt, daß aufgrund des erreichbaren statistischen Materials Feststellungen über die Bevölkerung nur nach der "sog. materiellen Seite" der Lebenslagen möglich seien: "Alles, was in Preisen nicht ausdrückbar ist, (bleibt) weitgehend unberücksichtigt."³⁾ Weisser setzte sich schon früher mit den Nachteilen "ökonomischen Denkens" auseinander und kritisierte die Maximierung des Sozialprodukts als wirtschaftspolitisches Hauptziel.⁴⁾

Daß der Umdenkprozeß nicht bei den zuvor genannten Forderungen stehen bleibt, zeigt Wolfgang Zapf in seiner Untersuchung zur Messung der Lebensqualität.⁵⁾ Eine Kommission der amerikanischen Regierung z. B. erklärte in ihrem

1) Walter Arendt in: Aufgabe Zukunft: Qualität des Lebens. A.a.O., S. 22.

2) Erhard Eppler in: Aufgabe Zukunft: Qualität des Lebens. A.a.O., S. 94.

3) G. Weisser: Einige deskriptive Angaben über die Lebenslage der sozial Schwachen. Verv. Man. (Seminar für Sozialpolitik der Universität Köln). Köln 1960, S. 42, S. 11.

4) G. Weisser: Über die Unbestimmtheit des Postulats der Maximierung des Sozialprodukts. In: Leonard Nelson zum Gedächtnis. Hrsg. M. Specht und W. Eichler. Göttingen 1953, S. 151 ff.

5) W. Zapf: Zur Messung der Lebensqualität. In: Zeitschr. f. Soziologie. Jg. 1 (1972), H. 4, S. 353 ff.

Bericht "Toward Balanced Growth: Quantity with Quality" (1970) "die Lebensqualität zu einem dem Wachstum gleichwertigen Oberziel", indem sie diese "explizit zu dem üblichen Zielbündel der Ökonomen hinzugefügt (hat)".¹⁾ Nach Prüfung der mittlerweile zu diesem Komplex vorliegenden Literatur kommt Zapf zu dem Resultat, daß wegen der Mängel auch einer erheblich modifizierten volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung eine umfassende (wohlfahrts-orientierte) Sozialberichterstattung sowie ein System sozialer Indikatoren bereitgestellt werden müsse.

Die Sozialberichterstattung soll danach weit über die bisher praktizierte hinausgehen, und zwar u. a. durch Ausbau der (amtlichen) Sozialstatistik, Analysen über "individuelle Aspirationen und Gruppeninteressen", Sozialprognosen usw.; Umfrageforschung mit einer "Situationsdefinition der Individuen" soll einen "direkten Zugang zur Messung der Lebensqualität" ermöglichen.²⁾ (Wenn sich hier aus den Arbeiten verschiedener namhafter Autoren³⁾ ergibt, daß objektiv ermittelte und subjektiv wahrgenommene Lebensqualität differieren können - z. B. infolge "relativer Deprivation" - , oder daß die Nachfrage nach "superioren" Gütern erst nach einer gewissen Wohlfahrtsschwelle einsetzt, oder daß die Diskussion um "menschliche Grundbedürfnisse" wieder an Aktualität gewonnen habe,⁴⁾

1) W. Zapf: A.a.O., S. 355 f.

2) Ebd., S. 365.

3) A. Campbell: Aspiration, Satisfaction and Fulfillment (1972). - A. Mitchell et al.: An Approach to Measuring the Quality of Life (1971). - A. Etzioni: The Active Society (1968). - A. Maslow: A Theory of Human Motivation (1943). Die Hinweise finden sich bei W. Zapf, a.a.O.

4) W. Zapf: A.a.O., S. 365 f.

so zeigt sich auch dabei eine gewisse gedankliche Nähe zum Lebenslage-Konzept Gerhard Weissers, auf das weiter unten eingegangen werden wird.¹⁾)

Die geforderten sozialen Indikatoren (in der Regel Statistiken) sollen nicht Aufwendungen messen, sondern Leistungen, sich also auf die Wohlfahrt des einzelnen beziehen, und dabei über Wandlungsprozesse informieren.²⁾ Sie sollen als ein "direktes Wohlfahrtsmaß" die Beurteilung der wichtigsten gesellschaftlichen Lebensbedingungen erläutern.³⁾ In diesem Sinne ist auch das "Program of Work on Social Indicators" der O.E.C.D. zu verstehen, das entsprechende Untersuchungen in den Mitgliedsländern vornehmen will, mit der ausdrücklichen Absicht, "die künftige Wachstumspolitik am Ziel der Lebensqualität auszurichten".⁴⁾ Dabei soll anhand sehr differenzierter Indikatoren (Gesundheit, Erziehung, Arbeitsqualität, Freizeit, Einkommen und Eigentum, Umwelt, Sicherheit, Chancen und Kontakte, Politische Situation) "die Lebensqualität einer Gesellschaft" gemessen und mit anderen verglichen werden.⁵⁾ "Lebensqualität" beschreibt dann das (gemessene) "System optimaler Leistungen in den zentralen Zielbereichen".⁶⁾

1) Vgl. unten Kapitel 3.3.

2) W. Zapf: A.a.O., S. 367.

3) Ebd.

4) W. Zapf: A.a.O., S. 369.

5) W. Zapf: Ebd. - E. Eppler: Kein Zwang zum Glück. Der Streit um die Lebensqualität. A.a.O.

6) W. Zapf: A.a.O., S. 372. - Vgl. hierzu auch B. Külpe: Argumente gegen den Indikator "Sozialprodukt". In: Wirtschaftswoche Nr. 27/1972.

Auch ohne ausdrückliche Bezugnahme auf den Begriff der Lebensqualität sind in der Vergangenheit bereits Untersuchungen vorgenommen worden, um Indikatoren für den "Volkswohlstand" zu finden: In zwei Veröffentlichungen der Vereinten Nationen¹⁾ wird bereits von einer sehr breit gefächerten Bedürfnisskala ausgegangen, die bei der Definition und Bemessung des "Lebensniveaus" (level of living) berücksichtigt werden müsse. Diese Skala reicht von den gewöhnlichen biologischen Bedürfnissen bis zu differenzierten kulturellen Anliegen. In der Studie von 1961 werden zwölf "Sektoren" als Teile der "gesamten Lebensumstände" unterschieden, die von Gesellschaft zu Gesellschaft verschiedenes Gewicht haben können: Gesundheit, Ernährung, Erziehung, Arbeitsbedingungen, Beschäftigungslage, Konsum und Sparen, Verkehr, Wohnung, Kleidung, soziale Sicherheit, persönliche Freiheit.

Eine interessante Studie des "Zentrums Berlin für Zukunftsforschung" aus dem Jahre 1969²⁾ nennt sogar 53 Indikatoren für das Lebensniveau, wobei die einzelnen Indikatoren mit unterschiedlicher Gewichtung berücksichtigt werden. Auf dieser Basis werden Zielvorstellungen für das Jahr 1980 formuliert. Wichtig ist auch hier, daß man nicht nur den Konsumstandard zu definieren und zu messen versucht, sondern eine möglichst breite Skala menschlicher Bedürfnisse.

-
- 1) UNO, Hrsg.: Report on International Definition and Measurement of Standards and Levels of Living. New York 1954. - UNO, Hrsg.: International Definition and Measurement of Standards and Levels of Living: An Interim Guide. New York 1961.
 - 2) Zentrum Berlin für Zukunftsforschung: Strukturentwicklung der Wirtschaft und Gesellschaft von Einzelstaaten und Staatengruppen am Beispiel des Lebensstandards in den EWG-Ländern. Berlin 1969.

Auch diese Untersuchungen, die methodisch durchaus anfechtbar sind, wollen möglichst viele (gerade auch nicht-wirtschaftliche) Lebensumstände der Menschen erfassen, die letztlich nichts anderes als die "Lebensqualität" (die Möglichkeit zur Selbstverwirklichung im weitesten Sinne¹⁾) darstellen. Allerdings wollen wir bei aller Relevanz dieser und der zuvor besprochenen Ansätze zur Lebensqualität (im Hinblick auf die postulierte Vielseitigkeit der Lagemerkmale) festhalten, daß es sich bei "Lebensqualität" um "Leistungsbewertung auf der Makro-Ebene" handelt, um "die Bewertung ... der Gesellschaft insgesamt", zwar "im Hinblick auf die Lebensumstände jedes einzelnen Bürgers", aber eben auf die durchschnittlichen Umstände.²⁾

Dies gilt überwiegend auch für viele andere Untersuchungen über die Situation von Menschen, wie z. B. die informative Studie des Soziologischen Forschungsinstituts Göttingen "zur Lebens- und Arbeitssituation der Industriearbeiter in der BRD".³⁾ Es handelt sich um eine Sammlung und deskriptive Aufbereitung vorliegender Daten aus amtlichen und nichtamtlichen Statistiken, unveröffentlichten und veröffentlichten Erhebungsdaten der Forschungsinstitute sowie einschlägigen Buchpublikationen. Damit soll "eine Lücke in der Forschung (geschlossen werden), die heute auch dort besteht, wo es nur

1) Vgl. J. Galtung in: Aufgabe Zukunft: Qualität des Lebens. A.a.O., S. 227.

2) W. Zapf: A.a.O., S. 354. - Vgl. E. Eppler: Kein Zwang zum Glück. Der Streit um die Lebensqualität. A.a.O.

3) M. Osterland, W. Deppe, F. Gerlach, U. Mergner, K. Pelte und M. Schlösser: Materialien zur Lebens- und Arbeitssituation der Industriearbeiter in der BRD. 5. durchges. Aufl., Frankfurt/M. 1973.

um eine Beschreibung der Lebens- und Arbeitssituation der Industriearbeiter geht".¹⁾ Erfasst werden unter Berücksichtigung der ökonomischen Entwicklung und des Strukturwandels der Erwerbsbevölkerung: Arbeitssituation und Arbeitsbedingungen, ökonomische Situation, Wohnsituation, Familiensituation, Ausbildungssituation und Situation in der Freizeit. (Die Arbeit ist gedacht als Bestandsaufnahme, um die Ergebnisse in späteren Arbeitsschritten "in den Zusammenhang von sozialer Lage und gesellschaftlichem Bewußtsein zu überführen".²⁾)

Nach diesem Exkurs wollen wir zurückkommen auf den Zweck unserer Arbeit: Wir suchen - im Unterschied zu den zuletzt genannten, an der Makro-Ebene orientierten Ansätzen - als Arbeitsinstrument für Untersuchungen im "Mikro-Bereich" einen Begriff, der der Forderung nach einer möglichst vielseitigen Erfassung der Lebenssituation von Einzel-Menschen gerecht wird. Er soll zugleich im Rahmen der Möglichkeiten der Sozialforschung anwendbar sein. Unter diesem Blickwinkel wird im Laufe der nun folgenden Ausführungen der Entwicklung und Verwendung des Terminus "Lebenslage" nachgegangen. Dabei liegt das Schwerpunkt bei dem von Gerhard Weisser für die Sozialpolitik nutzbar gemachten Lebenslage-Begriff. Schließlich wird dann versucht, den Begriff in einer Ausstattung bereitzustellen, die eine zweckmäßige Anwendung in der Sozialforschung und der Sozialpolitik gewährleistet. Einen solchen praktisch anwendbaren, insbesondere auch für die empirische Forschung tauglichen Lebenslage-Begriff wollen wir "pragmatisch" nennen.

1) Ebd., Vorbemerkung.

2) Ebd.

Wenn wir als Lebenslage¹⁾ den Spielraum bezeichnen, den ein Mensch zur Verwirklichung seiner (gesamten) Interessen hat bzw. - unter gesamtgesellschaftlichem Aspekt - den "die Angehörigen der jeweiligen Schicht"²⁾ zur Verwirklichung ihrer Interessen haben, so erscheint uns ein solcher Begriff zum Zwecke der Gesellschafts-Analyse und anschließender sozialpolitischer Beratung fruchtbarer als z. B. der Klassen-Begriff.

Unzweifelbar ist die Schichtung in Klassen ein wichtiges Merkmal der Industriegesellschaft.³⁾ Und man wird dieser Gesellschaft "nicht beikommen, wenn man den richtigen Kern der alten soziologischen Klassentheorie von vornherein ausschließt".⁴⁾ Doch ist im Hinblick auf die Differenziertheit der gesellschaftlichen Realität "eine Vielfalt deskriptiver Aspekte"⁵⁾ unerlässlich. Während bei der "Klasse" ökonomische Gesichtspunkte im Vordergrund stehen, berücksichtigt die "Lebenslage" die Gesamtheit der menschlichen Bedürfnisse. (Durch die Möglichkeit der Fixierung bestimmter relevanter Bedürfnisse bzw. Lage-Merkmale erhält der Lebenslage-Begriff

-
- 1) Vorbehaltlich einer späteren genauen Definition. S. unten Kap. 3.4.
 - 2) Vgl. z. B. S. Münke und Mitarb.: Die Armut in der heutigen Gesellschaft. Berlin 1956, S. 29.
 - 3) L. Reissman: Artikel "Klassengesellschaft". A.a.O., S. 550.
 - 4) F. Karrenberg: Artikel "Klasse". In: Evang. Soziallexikon. Hrsg. F. Karrenberg. 5. Aufl., Stuttgart-Berlin 1965, Sp. 700.
 - 5) Ebd.

überdies den Vorzug der Operationalität, d. h. die Möglichkeit der Konzentration auf solche Probleme, die mit den Methoden empirischer Analyse zu bewältigen sind.¹⁾ Bei der "Klasse" liegt das Augenmerk auf gesellschaftlichen Gruppen (für die meist noch das Vorhandensein eines Klassenbewußtseins unterstellt wird), bei der "Lebenslage" dagegen wird stets vom Einzelmenschen ausgegangen.²⁾

Während der Klassen-Begriff eher abstrakt angelegt ist und ein deduktives Vorgehen provoziert, ist der Lebenslage-Begriff eng verknüpft mit einem konkret-empirischen Ansatz und bietet damit einen Ausgangspunkt zu induktivem Vorgehen.

Gerade für die Sozialpolitik ist der hier angestrebte Lebenslage-Begriff sehr gut brauchbar, weil seine Verwendung nicht von vornherein die Aufteilung der Gesellschaft nach bestimmten Kriterien unterstellt (wie etwa der Begriff Klasse - und z. T. auch der Begriff Schicht³⁾), weil er es vielmehr gestattet, neutral nur von "P e r s o n e n m e h r h e i t e n mit in bezug auf bestimmte Merkmale gleichartigen Lebenslagen zu sprechen".⁴⁾

-
- 1) Vgl. T. Thiemeyer: Die Überwindung des wohlfahrts-ökonomischen Formalismus bei Gerhard Weisser. In: Sozialwissenschaft und Gesellschaftsgestaltung. Festschrift für Gerhard Weisser. Hrsg. F. Karrenberg und H. Albert. Berlin 1963, S. 140 f.
 - 2) S. unten Kap. 3.3 und 3.4.
 - 3) Wenn z. B. - bei Verwendung sehr weniger oder nur einer Schichtdeterminante - der Eindruck erweckt wird, als seien Schichten eindeutig abgrenzbar.
 - 4) G. Kleinhenz: Probleme wissenschaftlicher Beschäftigung mit der Sozialpolitik. A.a.O., S. 69.

3.2 Die Entwicklung des Begriffs

Der von uns angestrebte Lebenslage-Begriff geht auf Otto Neurath zurück, sowie auf Kurt Grelling in seinen frühen Schriften und auf Gerhard Weisser.

Otto Neurath hatte bereits 1909 in einem Diskussionsbeitrag zu den Verhandlungen des Vereins für Socialpolitik darauf hingewiesen, daß in der Sozialforschung zu sehr "das Einkommen ... in den Mittelpunkt gestellt" würde.¹⁾ Bei der Beurteilung der Lage von Menschen, ihrer Entscheidungen und ihres Verhaltens (Neuraths Beispiel: Berufswahl) seien aber viele Dinge von Bedeutung. Es komme darauf an, "die Gesamtlage einer Menschengruppe zu erfassen",²⁾ und dazu müsse man "einen Komplex von Lust und Unlust als Ganzes"³⁾ in die Betrachtung einbeziehen. Die natürlich notwendige Untersuchung von Einzelmerkmalen habe "immer wieder im Hinblick auf das Ganze" zu erfolgen (erforderlich sei in der Sozialforschung eine "gegenseitige Ergänzung der Erforschung des Gesamtlebens und seiner Teile").⁴⁾ Die hier angerissene methodische Grundforderung fand in Neuraths Schriften dann konsequent Beachtung.

-
- 1) O. Neurath: Diskussionsbeitrag zur Verhandlung des Vereines für Socialpolitik in Wien 1909 (III. "Die Produktivität der Volkswirtschaft"). In: Schriften des V. f. S., Bd. 132. Leipzig 1910, S. 599 ff.
 - 2) Ebd., S. 599.
 - 3) Ebd., S. 600.
 - 4) Ebd., S. 602.

Ein Jahrzehnt später erschienen aus der Feder Otto Neuraths mehrere Veröffentlichungen, in denen er sich sehr eingehend und konkret mit den Notwendigkeiten und Zielen einer Sozialisierung der Wirtschaft sowie den damit verbundenen Maßnahmen befaßte. In diesen Ausführungen verwendete er häufig den Lebenslage-Begriff, den er dabei ständig weiterentwickelte und präziserte.

Eine Sozialisierung sollte die Veränderung bzw. Neuverteilung der Lebenslagen bewirken:¹⁾ An die Stelle einer "Herrschaftswirtschaft" mit "Vorzugslebenslagen" sollte eine "Gemeinwirtschaft" treten, in der alles, "was zur 'Lebenslage' zählt, ... nach allgemeinen Grundsätzen" verteilt wird.²⁾

Worauf es Neurath konkret ankam, sagte er schon Anfang 1919 in einem "gesellschaftstechnischen Gutachten" für den Münchener Arbeiterrat: Maßnahmen, die "unsere Wohnung, Nahrung, Kleidung,

1) Vgl. u. a. O. Neurath und W. Schumann: Können wir heute sozialisieren? Jena 1919, S. 59, S. 68. - O. Neurath: Betriebsräte, Fachräte, Kontrollrat und die Vorbereitung der Vollsozialisierung. Berlin 1920, S. 10. - Detaillierte Vorstellungen von dem, was er politisch unter Sozialisierung verstand, entwickelte Neurath z. B. auch im ersten von drei Referaten vor dem Arbeiter- und Soldatenrat des Industriebezirks Chemnitz über "Wirtschaftsplan und Verwaltungswirtschaft": Sozialisierung hieß, "daß die ganze Wirtschaft planmäßig durch die Gesellschaft für die Gesellschaft verwaltet wird". Vgl. O. Neurath: Die Sozialisierung Sachsens. Drei Vorträge. Chemnitz 1919, S. 9.

2) O. Neurath: Betriebsräte ..., a.a.O., S. 8. - Ders.: Vollsozialisierung. Jena 1920, S. 11.

Arbeitszeit, kurz unsere Lebenslage beeinflussen".¹⁾ In den danach folgenden Veröffentlichungen vervollständigte Neurath die Skala der von ihm herausgestellten "Bestimmungstücke oder Teile unserer Lebenslage", hinzugefügt wurde auch "das vielleicht wichtigste", die Bildung.²⁾

Lebenslage hieß dann "die Summe von": Nahrung, Kleidung, Wohnung, Vergnügen, Bildung; dazu die Verteilung der Zeit auf Arbeit, Vergnügen, Schlaf; außerdem die körperliche und seelische Gesundheit während des Lebens.³⁾ (Hier tauchte bei Neurath auch erstmals der Terminus "Lebensstimmung" auf, d. h. "Glück und Unglück" der Menschen; die Lebensstimmung sei abhängig von der jeweiligen Lebenslage.⁴⁾)

Nach diesen ersten Ansätzen versuchte Neurath 1925⁵⁾ eine "begriffliche Grundlage für die Wirtschaftlichkeitsbetrachtung des Sozialismus" zu geben.^{6) 7)} Dabei hob er die Eignung von "Le-

1) O. Neurath: Wesen und Weg der Sozialisierung. (Gesellschaftstechnisches Gutachten, vorge-
tragen in der 8. Vollsitzung des Münchener
Arbeiterrates am 25.1.1919.) 6. und 7. Aufl.,
München 1919, S. 3.

2) O. Neurath und W. Schumann: Können wir heute
sozialisieren? A.a.O., S. 27 ff.

3) Ebd., S. 20 ff. - O. Neurath: Vollsoziali-
sierung. A.a.O., S. 11.

4) O. Neurath: Vollsozialisierung. A.a.O., S. 11.

5) O. Neurath: Wirtschaftsplan und Naturalrech-
nung. Berlin 1925.

6) Ebd., S. 8.

7) Die "Wirtschaftlichkeit" von Entschlüssen
und Maßnahmen in der Wirtschaftspolitik sei
zu messen an ihren Auswirkungen auf die Le-
bensstimmung. Vgl. Ebd., S. 30.

benslagen" für die "konkrete Forschung" und für die politische Arbeit hervor. Es ließen sich "gewisse Typen von Lebenslagen" abgrenzen, die höher oder niedriger sein könnten; es ließen sich auch Lebenslagen, die "inhaltlich verschieden" sind (z. B. Handwerker und Bauern), "gleich hoch ansetzen".¹⁾ Wichtig sei, daß nicht einzelne Lebenslagenteile (z. B. Einkommen), sondern nur "Lebenslagegesamtheiten" miteinander verglichen werden könnten!²⁾³⁾

Er unterschied methodisch zwischen "Lebenslagentheorie" ("Welcher Inbegriff von Aussagen ist über Lebenslagen und Lebenslagenverteilungen überhaupt möglich?") und "Lebenslagenforschung" ("Welche empirischen Lebenslagen können wir zu bestimmten Zeiten, an bestimmten Orten, bei bestimmten Gruppen feststellen?").⁴⁾

Die Wirtschaftsforschung (in dem gekennzeichneten sozialistischen Sinn) hat sich mit den Wirkungen gesellschaftlichen Handelns auf die Lebensstimmung der Menschen zu befassen.⁵⁾ Bedingungen von Lebensstimmung und der zugrunde liegenden Lebenslage sind nach Neurath der "Lebensboden" ("ein Stück Welt mit all seinen Bestandteilen, Einrichtungen") und die "Lebensordnung" ("die Gesamtheit der Maßnahmen, Einrichtungen, Gebräuche").⁶⁾

1) Ebd., S. 31, S. 36 f.

2) Ebd., S. 37 f. (Genaugenommen bezeichnet der Begriff Lebenslage für sich schon eine "Gesamtheit").

3) Der "Wirtschaftsplan", der - in Neuraths Konzept - einen "Produktionsplan" und einen "Konsumplan" enthält, hat die Lebenslagegesamtheit ("als Ergebnis der Maßnahmen eines Wirtschaftsabschnitts") zum Inhalt. Die "Naturalrechnung" bildet die "geldfreie Grundlage" des Wirtschaftsplanes. Ebd., S. 41 ff.

4) Ebd., S. 18 f.

5) Ebd., S. 28 f.

6) Ebd., S. 30 f.

In seinen späteren Veröffentlichungen ordnete Neurath den Lebenslage-Begriff in ein soziologisches Gedankengebäude ein. Er wollte (jetzt unabhängig von politischen Zielsetzungen) "die 'Gesellschaftsstruktur' und ihre Verknüpfungen begrifflich formulieren".¹⁾²⁾ Auch hier nannte er wieder den Lebensboden und die Lebensordnung als Voraussetzung für die Lebenslagen.³⁾ Wenn auch diese Begriffe in einem "empiristisch" ausgerichteten System⁴⁾ wegen ihrer Verschwommenheit eher störend wirken, so soll doch nicht übersehen werden, daß Neurath bei einer Betrachtung von Lebenslagen die Berücksichtigung der äußeren Gegebenheiten für unumgänglich hielt.

Wenn man von Neuraths Verständnis der Soziologie ("Soziologie als Lehre von konkreten menschlichen *V e r h a l t u n g s w e i s e n*"⁵⁾) ausgeht und dann diese Definition liest: "Lebenslage ist der Inbegriff all der Umstände, die verhältnismäßig unmittelbar die *V e r h a l t u n g s w e i s e* eines Menschen, seinen Schmerz, seine Freude bedingen ...",⁶⁾ dann wird

-
- 1) O. Neurath: Empirische Soziologie. Der wissenschaftliche Gehalt der Geschichte und Nationalökonomie. Wien 1931, S. 109.
 - 2) Er wollte dabei zugleich ein Begriffssystem erhalten, "das sich mit dem anderer Realwissenschaften gut verträgt". (Ebd.) Dies entspricht Neuraths Vorstellung von der "Einheitswissenschaft", in der "alle wissenschaftlichen Aussagen ... miteinander verknüpfbar (sind)". (Ebd., S. 2.).
 - 3) Vgl. Ebd., S. 112. - Verwendung der Begriffe wie oben angegeben.
 - 4) Vgl. Ebd., S. 3.
 - 5) Ebd., S. 109. (Sperrung v. Verf.).
 - 6) Ebd., S. 125. (Sperrung v. Verf.).

klar, daß Neurath letzten Endes die Soziologie als Lehre von den Lebenslagen sieht.¹⁾ (Die hier gegebene Definition von "Lebenslage" ist allerdings unpräzise: "... verhältnismäßig un-mittelbar ..."; sie wird von uns nicht weiter verwendet.)²⁾

Maßgebend für die soziale Einordnung von Lebenslagen ist bei Neurath die (lebenslage-abhängige) Lebensstimmung. Neurath hätte gern die Lebensstimmung von Menschen miteinander verglichen und sie in ihrem Verhältnis zueinander in einer Skala geordnet.³⁾ In Anbetracht der damit verbundenen methodischen Schwierigkeiten aber begnügte er sich (für die "groben Untersuchungen der Wirtschaftslehre") mit der Feststellung der Lebenslagen, "die man verschieden ausführlich beschreibt, je nachdem, wie genau man die Le-

-
- 1) Entsprechend auch die "Wirtschaftslehre": Diese hat sich "mit dem Einfluß bestimmter Einrichtungen und Maßnahmen auf die Lebenslagen" zu befassen. - Vgl. O. Neurath: Was bedeutet rationale Wirtschaftsbetrachtung? Wien 1935, S. 14.
 - 2) Noch eine Bemerkung zum I n h a l t der Lebenslage-Definition: Analog seiner Auffassung von den Lebenslagen als Bedingungen für Verhaltensweisen kam Neurath - zumindest für bestimmte Gruppen - folgerichtig zu der Aussage, daß Gruppen mit gleicher Lebenslage sich solidarisch verhalten; Arbeiter könnten ihre Lage nicht individuell, sondern nur als Gesamtheit verbessern: "Die Solidarität des Schicksals führt zur Solidarität des Verhaltens". Vgl. O. Neurath: Empirische Soziologie, a.a.O., S. 135. (Diese gedankliche Konsequenz Otto Neuraths konnte 25 Jahre später von Heinrich Popitz und Mitarbeitern als noch existentes "Arbeiterbewußtsein" empirisch nachgewiesen werden. Vgl. H. Popitz und Mitarb.: Das Gesellschaftsbild des Arbeiters. Tübingen 1957. S. auch oben Kap. 1.)
 - 3) Vgl. O. Neurath: Was bedeutet rationale Wirtschaftsbetrachtung? A.a.O., S. 12 f.

bensstimmungen festlegen will, die man mit gewisser Wahrscheinlichkeit aus den Angaben über die Lebenslagen ableiten mag".¹⁾ Als keinesfalls ausreichend für eine eindeutige Zuordnung zu "soziologischen Phänomenen" bezeichnete Neurath die "Zahlen der Geldrechnung".²⁾ Benötigt würden "Angaben über: Wohnung, Nahrung, Kleidung, Bildungsmittel, Erholungsmöglichkeiten, Arbeitszeit, Arbeitsmühe, Morbidität, Mortalität usw.",³⁾ eben Angaben über die gesamte Lebenslage ("Lebenslagengesamtheit").

Man kann die Lebenslage einzelner Menschen "auf Grund objektiv angebbarer Merkmale" miteinander vergleichen und - innerhalb gewisser Grenzen - sagen, welche die bessere (höhere) ist.⁴⁾ "Man kann aber auch verwandte Gruppen zusammenfassen und eine Art Durchschnitt herstellen; etwa Bevölkerungsklassen auf ihre Lebenslage hin untersuchen."⁵⁾

Will man schließlich die Verteilung der Lebenslagen innerhalb einer Gesellschaft aufzeichnen, so muß man (mit Neurath) "die Lebenslagen in Typen zusammenfassen, die durch bestimmte - womög-

1) Ebd., S. 13.

2) O. Neurath: Empirische Soziologie. A.a.O., S. 121.

3) O. Neurath: Was bedeutet rationale Wirtschaftsbetrachtung? A.a.O., S. 13.

4) O. Neurath: Empirische Soziologie. A.a.O., S. 125.

5) Ebd., S. 126.

lich meßbare - Elemente gekennzeichnet sind".¹⁾²⁾
Das "Lebenslagenrelief" zeigt dann an, "wie die
Lebenslagen geschichtet sind".³⁾

Der Terminus Lebenslage, so wie er bei Otto Neurath Verwendung findet, bietet gute Ansätze zu einem "pragmatischen" Lebenslage-Begriff. Denn es wird prinzipiell die Gesamtheit der Merkmale menschlicher Lagen berücksichtigt, auch die äußeren Gegebenheiten; es besteht außerdem die Möglichkeit, Typen von Lebenslagen zusammenzufassen. Alle Faktoren können in einer operationalisierten Form empirisch erhoben werden, d. h. empirische Forschungsmethoden sind anwendbar.

Um die gleiche Zeit, als Otto Neurath mit seinen Schriften über Probleme der Sozialisierung herauskam, befaßte sich Kurt G r e l l i n g mit einer ähnlichen Fragestellung. Er setzte sich unter sozialpolitischem Aspekt mit der Frage nach der besten und gerechtesten Wirtschaftsform (Güterverteilungspolitik) auseinander und bemühte sich insbesondere um einen Ausbau seiner Modelle über die Güterverteilung,

1) O. Neurath: Was bedeutet rationale Wirtschaftsbetrachtung? A.a.O., S. 17.

2) Neurath war sich der Schwierigkeiten bei einem solchen Vorgehen (Vergleichbarkeit) bewußt: Wenn z. B. zwei aus verschiedenen Bestandteilen zusammengesetzte "Lebenslagenphysiognomien" zur gleichen Lebenslagenhöhe führen: sollen sie demselben Lebenslage-Typus angehören oder nicht? Vgl. Ebd., S. 18.

3) Ebd., S. 18.

die möglichst auch quantitative Vergleiche gestatten sollten. Er verwendete dabei in der (vor allem in den "Wirtschaftswissenschaftlichen Rundbriefen" des Internationalen Jugend-Bundes geführten) wissenschaftlichen Diskussion den Begriff "Lebenslage" bewußt als Denkinstrument; Grelling führte den Begriff (nach Ansicht Gerhard Weissers) in die Sozialpolitik ein.¹⁾ Allerdings ist Grellings Verwendung des Lebenslage-Begriffs für eine "pragmatische" Begriffsbildung nicht sehr zweckmäßig, sie soll deshalb nur kurz erörtert werden.

Grelling ging davon aus, daß jeder Mensch eine Vielzahl von Interessen hat, die niemals alle voll befriedigt werden können. Den Teil der Interessen eines Menschen, der in einer bestimmten Periode seines Lebens befriedigt wird, nannte er "Lebenshaltung" (dabei ist für jedes einzelne Interesse der Grad seiner Befriedigung festzustellen). Die verschiedenen m ö g l i c h e n Lebenshaltungen nun, zwischen denen der Mensch am Anfang einer Periode insgesamt wählen kann, sind nach Grelling die "Lebenslage". Eine der möglichen Lebenshaltungen innerhalb jeder Lebenslage ergibt die höchstmögliche Interessenbefriedigung, die "maximale in der Lebenslage erreichbare Zufriedenheit".

1) K. Grelling: Das Prinzip der Güterverteilungs- politik. In: Neunter Wirtschaftswissenschaftlicher Rundbrief, 1921 (unveröff.). Hierauf beziehen sich, sofern nichts anderes angegeben ist, die im Text folgenden Ausführungen und Zitate. - Der Verfasser verdankt seine Kenntnis über den Beitrag Grellings außer einem Hinweis von Gerhard Weisser (in: Einige Grundbegriffe ..., a.a.O., S. 5) der Arbeit von Lothar F. Neumann: Elemente der "kritischen Philosophie" in der Sozialphilosophie Kants, Fries's, Apelts und der Neufries'schen Schule. Göttingen 1969. (Verv. Man. im Forschungsinstitut für Gesellschaftspolitik und beratende Sozialwissenschaft e.V., Göttingen.)

Nach Maßgabe dieser maximalen in ihr erreichbaren Zufriedenheit wollte Grelling jeder Lebenslage einen "objektiven Wert" zuordnen; dadurch ließen sich dann die Lebenslagen verschiedener Personen vergleichen und auch Aussagen über die Verteilung der Lebenslagen in einer Gesellschaft machen: Innerhalb jeder Schicht hätte die Lebenslage der Menschen den gleichen Wert.

Die Ansätze von Neurath und Grelling haben die Überlegungen Gerhard Weissers stark beeinflusst. Mit Grelling hatte Weisser im Rahmen der Diskussionen in den Wirtschaftswissenschaftlichen Rundbriefen zeitweilig direkten Kontakt.

Im Zusammenhang mit Gedanken über eine Theorie der Zwangswirtschaft sowie über das Problem der sozialen Sicherheit im Rahmen der Verteilungspolitik unternahm Weisser einen Schritt zur Fortentwicklung des bei Neurath und Grelling verwendeten Lebenslage-Begriffs.^{1) 2)} Auch Weisser war darum bemüht, zur Darstellung der Situation von Menschen über den herkömmlichen Einkommens-Begriff hinauszugelangen.

-
- 1) Vgl. G. Weisser: Bemerkungen zur Theorie der Zwangswirtschaft. Ein Versuch. In: Siebter Wirtschaftswissenschaftlicher Rundbrief, 1921. - Außerdem: Elfter Wirtschaftswissenschaftlicher Rundbrief. (Unveröff.) - Hierauf beziehen sich die folgenden Ausführungen und Zitate. - Den Zugang zu diesen Schriften Weissers verdankt der Verfasser der Arbeit von Lothar F. Neumann: Elemente der "kritischen Philosophie" ..., a.a.O.
 - 2) Vgl. auch G. Weisser: Einige Grundbegriffe der Sozialpolitiklehre. Verv. Manuskript (Seminar für Sozialpolitik der Universität Köln). Köln 1957, S. 5.

Er ging aus von den einem Menschen zur Verfügung stehenden Mitteln und dem bei deren vernünftiger Verwendung erreichbaren subjektiven Wohlbefinden ("Zufriedenheit"). Diese relative "Wohlstands"-Höhe bezeichnete er - wie Grelling und in Anlehnung an Neurath - als "Lebenslage". Er umschrieb also (wie Grelling) mit dem Lebenslage-Begriff eine (zwar reale, aber nicht unbedingt realisierte) potentielle Größe: das erreichbare Wohlbefinden.

In Weissers anschließenden Überlegungen spielte schon damals die Gegenüberstellung der Lebenslagen verschiedener Gruppen und z. B. die Entwicklung der Abstände zwischen den Lebenslagen einzelner Schichten eine wichtige Rolle.

3.3 Die Nutzbarmachung des Begriffs für die Sozialpolitik durch Gerhard Weisser

Die zuletzt angedeuteten Gedanken hat Gerhard Weisser in seinen späteren wissenschaftlichen Arbeiten weiterverfolgt. In wichtigen Teilen der inzwischen von ihm herausgebildeten Sozialpolitik-Lehre nimmt der Lebenslage-Begriff eine zentrale Stellung ein:

Weisser geht davon aus, "daß die Eigenschaften der Lebenslagen den Sozialpolitiker unmittelbar interessieren".¹⁾ So hat es die Sozialpolitik generell "mit Maßnahmen zur Be-

1) G. Weisser: Einige deskriptive Angaben über die Lebenslage der sozial Schwachen. Verv. Man. Köln 1960, S. 12.

einflussung der Lebenslage der sozial schwachen Gesellschaftsgruppen zu tun",¹⁾ oder, etwas weniger allgemein, sie stellt den "Inbegriff derjenigen Maßnahmen (dar), die bestimmt sind, die Lebenslage der sozial schwachen oder gefährdeten Bevölkerungsschichten zu verbessern".²⁾ Zu den "sozial schwachen Schichten" gehört, wessen "Lebenslage von der in der Öffentlichkeit vorherrschenden Meinung als nicht zumutbar angesehen wird" (d. h. sie liegt unter dem "sozialen Existenzminimum"); wessen Lebenslage Gefahr läuft, auf ein solches Niveau abzusinken, der gehört zu den "sozial gefährdeten Schichten".³⁾

Forschungsgegenstand des explikativen Teils der Sozialpolitik-Lehre ist deshalb die tatsächliche Lebenslage von Menschen aus sozial schwachen oder gefährdeten Schichten. (Die Erkenntnis der sozialen Schwäche einzelner Schichten setzt allerdings eine Bestimmung der Lebenslagen aller Schichten in einer Gesellschaft voraus.)

Bei der Entwicklung des benötigten Lebenslage-Begriffs baute Weisser auf seinen bereits erwähnten früheren Überlegungen auf. Er sagte, jeder Mensch sei "Träger von Interessen". Zu ermitteln sei das Maß der Möglichkeit zur Befriedigung dieser Interessen, "die Lebenslage" (nicht so sehr dagegen, inwieweit die Möglichkeit zur Interessen-Befriedigung wirklich wahr-

1) G. Weisser: Artikel "Soziale Sicherheit". In: HdSW, Bd. 9. Stuttgart-Tübingen-Göttingen 1956, S. 396.

2) G. Weisser: Einige Grundbegriffe der Sozialpolitiklehre. A.a.O., S. 3.

3) Ebd.

genommen wird). Je größer die Zahl und je stärker der Grad der Befriedigungs-Möglichkeiten, um so günstiger die Lebenslage^{1) 2)}

1955 gab Weisser dann im Handbuch der Soziologie folgende Definition für den Begriff "Lebenslage": "Spielraum, den einem Menschen (einer Gruppe von Menschen) die äußeren Umstände nachhaltig für die Befriedigung der Interessen bieten, die den Sinn seines Lebens bestimmen."³⁾

Fundamentaler Bestandteil des Begriffs sind also die Interessen bzw. Bedürfnisse⁴⁾ der jeweils analysierten Personen. (Die Definition enthält explizit den Hinweis, daß die Lebenslage einer

-
- 1) Vgl. hierzu G. Weisser: Hauptmerkmale des Begriffs "Lebenslage" (Erläuterungen zum Ersten Teil meiner Vorlesung über Sozialpolitik). Verv. Manuskript. Köln 1952.
 - 2) Im Jahre 1908 war Lujo Brentano in seinem "Versuch einer Theorie der Bedürfnisse" nach einer ausführlichen Darstellung der verschiedenartigen menschlichen Bedürfnisse bereits zu einer ähnlichen Schlußfolgerung gekommen: Das "Maß des Wohlgefühls", das die Befriedigung von Bedürfnissen bringt, ist abhängig von der Stärke und der Dauer der Befriedigung. - L. Brentano: Versuch einer Theorie der Bedürfnisse. In: Ders.: Konkrete Grundbedingungen der Volkswirtschaft. Leipzig o. J. (1924), S. 103 ff. Hier S. 142.
 - 3) G. Weisser: Artikel "Wirtschaft". In: Handb. der Soziologie. Hrsg. W. Ziegenfuß, Bd. II, Stuttgart 1955, S. 986.
 - 4) Weisser verwendete beide Ausdrücke; an einer anderen Stelle nannte er die Lebenslage eines Menschen den "Spielraum für die Befriedigung seiner Bedürfnisse (Interessen) ..." - Vgl. G. Weisser: Sozialpolitik. In: Aufgaben Deutscher Forschung, Bd. I: Geisteswissenschaften. 2. Aufl., Köln und Opladen 1956, S. 411. - Synonym mit "Interessen" und "Bedürfnisse" steht bei Weisser außerdem "Anliegen". Ausdrückliche Hinweise darauf z. B. in: Bemerkungen zur anthropologischen Grundlegung ... A.a.O., S. 3, S. 8; Über die Unbestimmtheit ... A.a.O., S. 160.

einzelnen Person oder einer Personenmehrheit - Gruppe - betrachtet werden kann.) Es ging Weisser zunächst einmal darum, a l l e wichtigen Interessen (Bedürfnisse) zu berücksichtigen, "deren optimale Befriedigung dem menschlichen Leben Sinn und Würde verleiht";¹⁾ dazu gehören auch "nicht materielle" und solche Interessen, die sich nicht exakt quantitativ bestimmen lassen. Je nach Neigung, Fähigkeit, Temperament und Willenskraft können die Interessen der Einzelnen sehr verschieden sein.²⁾ Relevant sind die Interessen (eines Menschen), "die den Sinn seines Lebens bestimmen". Hierauf wird noch einzugehen sein.

Der "Spielraum" zur Interessen-Befriedigung - als Kennzeichen der Lebenslage - wird nach der Definition bestimmt durch die "äußeren Umstände". Leider findet sich bei Weisser keine ausdrückliche, eindeutige Definition der zu seinem Lebenslage-Begriff gehörenden äußeren Umstände. Aus dem Kontext wird aber klar, daß es sich dabei einmal um die durch die Gesellschaft gesetzten Bedingungen handelt,³⁾ d. h. um "die Gegebenheiten, die der Einzelne nicht beeinflussen kann".⁴⁾

-
- 1) G. Weisser: Bemerkungen zur anthropologischen Grundlegung der für die Sozialpolitiklehre erforderlichen Lebenslagen-Analysen. Verv. Man. Köln 1956, durchges. u. korr. 1962, S. 3.
 - 2) Vgl. G. Weisser: Artikel "Distribution II, Politik". In: HdSW, Bd. 2. Stuttgart-Tübingen-Göttingen 1959, S. 638.
 - 3) Also das, was Neurath mit "Lebensboden" und "Lebensordnung" zu umschreiben versuchte.
 - 4) G. Weisser: Einige Grundbegriffe der Sozialpolitiklehre. A.a.O., S. 6.

Die Entwicklung der Lebenslagen ist ein Prozeß, der sich im Rahmen der Gesellschaft vollzieht und in vielen Dingen direkt von der Gesellschaft beeinflußt ist.¹⁾ Menschen können z. B. sozialen Abstieg erfahren, der "unabhängig von ihrer Einsicht und Willenskraft",²⁾ durch gesellschaftliche Vorgänge ausgelöst worden ist. Eine Verschlechterung der äußeren Gegebenheiten hat dann eine negative Veränderung der Lebenslage bewirkt, die besonders hart empfunden wird.³⁾ Die äußeren Bedingungen können sich auch auf die Interessen direkt auswirken, bzw. neue Interessen hervorrufen. Betriebliche Verhältnisse können zu Abstumpfung, einseitiges Informationsangebot kann zu kultureller Verflachung führen, usw.⁴⁾

Weisser subsumierte unter der Bezeichnung "äußere Umstände" aber offenbar auch alle die Faktoren, die die Lebenslage charakterisieren (Lebenslage-Merkmale). Sämtliche Komponenten zusammen bilden dann den "Spielraum" zur Interessenbefriedigung (der nach Weisser den "Wert der Lebenslage" ausmacht).⁵⁾

Nach der zitierten Definition soll der Spielraum zur Interessenbefriedigung "nachhaltig" bestehen. Eine solche Einschränkung erscheint unzweckmäßig, weil dann kurzfristige Schwankungen im Entwicklungsprozeß von Lebenslagen nicht genügend berücksichtigt werden können.⁶⁾ Weisser hat dem

1) Vgl. Weisser: Artikel "Soziale Sicherheit". A.a.O., S. 403.

2) Ebd., S. 402.

3) Vgl. G. Weisser: Einige Grundbegriffe der Sozialpolitiklehre. A.a.O., S. 9.

4) Vgl. Ebd., S. 6-8.

5) Ebd., S. 8.

6) Vgl. dazu auch G. Kleinhenz: Probleme wissenschaftlicher Beschäftigung mit der Sozialpolitik. Berlin 1970, S. 74.

bei späteren Begriffs-Bestimmungen Rechnung getragen und den Zusatz "nachhaltig" weggelassen: "Als Lebenslage gilt der Spielraum, den die äußeren Umstände dem Menschen für die Erfüllung der Grundanliegen bieten, die er bei unbehinderter und gründlicher Selbstbesinnung als bestimmend für den Sinn seines Lebens ansieht."¹⁾

Nachdem Weisser vorher allgemein von der "Befriedigung der Interessen" gesprochen hatte, betonte er nun, daß es auf die "Erfüllung der Grundanliegen ..." ankomme. Mit dem Terminus "Grundanliegen" oder (synonym verwendet) "unmittelbare Interessen" meinte Weisser²⁾ solche - den "Sinn des Lebens" bestimmenden - sinnlichen und geistigen Interessen (bzw. Anliegen), die "unmittelbar um ihrer selbst willen geschätzt" werden.³⁾ ("Sinnlich" sind dabei alle Interessen, "die sich unmittelbar auf die physische Existenz und auf physischen Genuß erstrecken".⁴⁾ - "Geistig" sind "Aufgaben-stellende Interessen", und zwar kulturelle, sittliche sowie religiöse Interessen bzw. Bindungen.⁵⁾

1) Identisch in: Einige Grundbegriffe der Sozialpolitiklehre. A.a.O. (1957), S. 5 und Artikel "Distribution II". A.a.O. (1959), S. 635.

2) Weisser stützte sich dabei auf die Lehre Leonard Nelsons; vgl. dessen Hauptwerk: Kritik der praktischen Vernunft. Göttingen 1917, bes. S. 346 ff.

3) Vgl. G. Weisser: Bemerkungen zur anthropologischen Grundlegung ... A.a.O., S. 12 f. (Vgl. auch Ders.: Artikel "Wirtschaft". A.a.O., S. 282. - Ders.: Über die Unbestimmtheit des Postulats der Maximierung des Sozialprodukts. A.a.O., bes. S. 163 ff.)

4) Ebd., S. 12.

5) Vgl. Ebd., S. 14 ff. (Vgl. auch: Artikel "Distribution II". A.a.O., S. 638.)

Von den unmittelbaren Interessen oder Grundanliegen unterschied Weisser die "mittelbaren Interessen", die auf die Bereitstellung von Mitteln der Bedarfsdeckung (Gütern und Diensten) gerichtet sind. Diese - wirtschaftlichen - Interessen stehen immer im Dienste "letzter Zwecke", gehen immer auf "metaökonomische Grundanliegen" zurück.¹⁾

Die zuletzt zitierte Definition des Weisser'schen Lebenslage-Begriffs enthält eine wichtige Ergänzung: Die Grundanliegen müssen "bei unbehinderter und gründlicher Selbstbesinnung" als bestimmend für den Sinn des Lebens angesehen werden. Es werden also einmal die "tatsächlich vorgefundenen Interessen" untersucht; wichtig für die Fruchtbarkeit des Begriffs ist nach Weisser aber, daß zusätzlich auch solche Interessen (Anliegen) berücksichtigt werden, deren sich der Mensch infolge der ihn beeinflussenden äußeren Bedingungen nicht bewußt ist, die er jedoch in "nachhaltig anderer Lage" als maßgebend für die Gestaltung seines Lebens ansehen würde.²⁾³⁾

-
- 1) Ebd., S. 8. - Im Gegensatz zu Weissers Auffassung gibt es sicher Menschen, für die (mehr oder weniger pathologisch) wirtschaftliche Interessen zum Selbstzweck geworden sind.
 - 2) Vgl. G. Weisser: Einige Grundbegriffe der Sozialpolitiklehre. A.a.O., S. 6 f. sowie Ders.: Bemerkungen zur anthropologischen Grundlage ... A.a.O., S. 7.
 - 3) Die empirische Lösung entsprechender Fragestellungen ist schwierig. Man hilft sich in der Praxis häufig, indem man indirekt fragt (hypothetische bzw. projektive Fragestellung): "Was würden Sie in einer bestimmten (denkbaren, aber jetzt nicht realen) Situation tun?" "Ein anderer Mensch handelt irgendwie in einer bestimmten Lage; wie beurteilen Sie das?"

Bei Lebenslagen-Analysen kommt es nun - wenn man nach Weissers Konzept vorgeht - darauf an, zunächst einmal den "Inhalt der 'außerökonomischen' unmittelbaren Interessen" zu bestimmen¹⁾ (also das, worauf es den untersuchten Personen im Leben letztlich ankommt). Erst dann können Aussagen über die mittelbaren (wirtschaftlichen) Interessen gemacht werden (also die Mittel zur Erreichung jener letzten Ziele).²⁾³⁾

Da die Menschen sehr viele und sehr verschiedene Anliegen haben können, andererseits die Analyse auf die wichtigen⁴⁾ beschränkt werden muß, muß stets angegeben werden, welche Anliegen als kennzeichnend für die untersuchte Menschengruppe angesehen werden sollen, und auch, welche tatsächlich vorhanden und welche "zusätzlich" (d. h. nur bei veränderter Lage relevant) sind.⁵⁾

1) G. Weisser: Bemerkungen zur anthropologischen Grundlegung ... A.a.O., S. 12.

2) Ebd., S. 4 f.

3) Zwischenbemerkung: Hier liegen die Schwierigkeiten des Weisser'schen Ansatzes: 1. Bestimmung der Grundanliegen bzw. unmittelbaren Interessen, 2. Zuordnung eines mittelbaren Interesses zu einem oder mehreren unmittelbaren Interessen, 3. Auseinanderhalten von unmittelbaren und mittelbaren Interessen. (Weisser selbst wies auf die Möglichkeit hin, daß für den gleichen Gegenstand sowohl ein unmittelbares Interesse als auch - "im Dienste anderer unmittelbarer Interessen" - ein mittelbares Interesse bestehen kann (Sein Beispiel: Betriebsklima). - Vgl. G. Weisser: Bemerkungen zur anthropologischen Grundlegung ... A.a.O., S. 13.) 4. Hinzu kommt das schon erwähnte Problem der Erfassung der Interessen, die bei gründlicher Selbstbesinnung, in nachhaltiger anderer Lage, bestehen würden.

4) Wichtig sind nach Weisser die Anliegen (Interessen), die maßgebend sind für das "Leitbild", d. h. für das, was den Sinn des Lebens ausmacht. - Vgl. G. Weisser: Einige Grundbegriffe der Sozialpolitiklehre. A.a.O., S. 6.

5) G. Weisser: Bemerkungen zur anthropologischen Grundlegung ... A.a.O., S. 13.

Je nach dem Untersuchungsziel lassen sich "Typen von Lebenslagen" bilden: Durch die Zusammenstellung einzelner Bedürfnisse (Interessen, Anliegen), auf deren Befriedigung es ankommt, sowie verschiedener Unwerte (negativer Interessen, z. B. an Anstrengung, Abhängigkeit) kommt man zu einem Katalog von Lebenslage-Merkmalen und damit zu einem "Leitfaden" für die empirische Lebenslagenforschung.¹⁾

In dem von Weisser beispielhaft vorgelegten - auf den wichtigen Bereich des Wirtschaftens im weiteren Sinne konzentrierten - Katalog von Interessen²⁾ sind sowohl mittelbare Interessen (z. B. an den "Ergebnissen" des Wirtschaftens, für die "Bedarfsdeckung") als auch unmittelbare Interessen (am "Vollzug" des Wirtschaftens)³⁾ enthalten.

1) Ebd., S. 3, S. 20 f.

2) Ebd., S. 21 ff. (Weissers Katalog setzt sich aus folgenden Interessen zusammen: Wohlstandstreben, soziales Existenzminimum, Einkommen, Vermögen, Gegenstände des Gemeinbedarfs, Vorsorge, keine Steuern, keine Abhängigkeit, aktive Teilnahme am Wirtschaftsleben, Selbstbestimmung des wirtschaftlichen Handelns, Gemeinschaft beim Wirtschaften, Deckung fremden Bedarfs und Gemeinbedarfs, Arbeitsfreude, wenig Arbeitsmühe, Freiheit der Berufswahl, Freizügigkeit, gesellschaftliches Ansehen aus der Wirtschaftstätigkeit, sozialer Aufstieg.)

3) Weisser hob die Bedeutung der Werte und Unwerte, die sich aus dem Vollzug des Wirtschaftens ergeben und die "im Geldeinkommen besonders unvollständig zum Ausdruck kommen", hervor: "Hier wird die These vertreten, daß die Bestimmung der Lebenslagen sozialer Gruppen durchaus unvollständig gelingt, wenn nicht systematisch auch auf die positiven und negativen Interessen Bedacht genommen wird, die unmittelbar auf den Vollzug des Wirtschaftens gerichtet sind". Ebd., S. 19 f.

Der - "personenbezogen zu ermittelnde"¹⁾ - Spielraum der Interessenbefriedigung (der nach Weisser den "Wert der Lebenslage" ausmacht²⁾) wird dargestellt durch zahlreiche einzelne Merkmale, die gemeinsam die Gesamtlage kennzeichnen. Und diese Merkmale, als Ausdruck der Möglichkeit realer Interessenbefriedigung, beziehen sich sowohl auf mittelbare wie auf unmittelbare Interessen.

Durch die Möglichkeit der Herausstellung bestimmter Bedürfnisse (Interessen) als Lebenslage-Merkmale wird der Lebenslage-Begriff operational und damit brauchbar für die explikative wie die normative (beratende) Sozialwissenschaft, insbesondere die Sozialpolitik.³⁾

-
- 1) Ebd., S. 21. - Nicht die Gesellschaft, nicht eine Gruppe, sondern nur physische Personen können Träger von Interessen sein! Vgl. ebd., S. 15. - Außerdem u. a. G. Weisser: Über die Unbestimmtheit des Postulats der Maximierung des Sozialprodukts. A.a.O., S. 153, S. 160 f. - Ähnlich auch T. Geiger in: Die Klassengesellschaft im Schmelztiegel. A.a.O., S. 123 ff., wo er sich zum sog. "Klasseninteresse" äußert; sowie M. Weber: Wirtschaft und Gesellschaft. A.a.O., S. 532 f, zum gleichen Thema.
 - 2) Die Größe des Spielraums (d. h. das Maß, in dem - unter Berücksichtigung der "äußeren Umstände" - die Erfüllung der Grundanliegen möglich ist) bestimmt den Wert der Lebenslage eines Menschen. Ein "Wert" ist - nach Weisser - ein "Gegenstand der Schätzung" und als solcher mit Interessen verbunden. - Vgl. u. a. G. Weisser: Einige Grundbegriffe der Sozialpolitiklehre. A.a.O., S. 8. - Ders.: Bemerkungen zur anthropologischen Grundlegung ... A.a.O., S. 17. - Ders.: Über die Unbestimmtheit ... A.a.O., S. 152.
 - 3) Vgl. G. Kleinhenz: Probleme wissenschaftlicher Beschäftigung mit der Sozialpolitik. A.a.O., S. 72. - T. Thiemeyer: Die Überwindung des wohlfahrts-ökonomischen Formalismus bei Gerhard Weisser. A.a.O., S. 140 f.

Die für die Sozialpolitik relevanten sozial schwachen Schichten lassen sich z. B. herausheben, indem man vorher anhand von "wichtigen Merkmalen der Lebenslage" versucht, die Gesamtbevölkerung zu "breiten Gruppen gleicher oder verwandter Lebenslagetypen zusammenzufassen", womit sich "ein allgemeines Bild der Schichten der Lebenslagen (z. B.) in der Bundesrepublik" entwerfen läßt.¹⁾

Über das Wirtschaftssystem werden nicht nur Einkommen und Vermögen verteilt.²⁾ Vielmehr, wie Weisser immer wieder betonte: "Verteilt werden Lebenslagen."³⁾ Entsprechend beurteilen die Gesellschaftsmitglieder gewöhnlich ihre Gesamt-Situation: "Was sie als Gesamt-Situation schätzen oder ablehnen, sind nicht einfach Versorgungsgrade, schon gar nicht Ausstattungen mit Marktwert habenden Dingen. Es sind schlechthin Lebenslagen."⁴⁾

-
- 1) G. Weisser: Einige deskriptive Angaben über die Lebenslage der sozial Schwachen. A.a.O., S. 12, S. 21.
 - 2) Vgl. G. Weisser: Bemerkungen zur anthropologischen Grundlegung der für die Sozialpolitiklehre erforderlichen Lebenslagen-Analysen. A.a.O., S. 19. - Ders.: Grundsätze der Verteilungspolitik. (Zuerst in: Grundsatzfragen der Wirtschaftsordnung. Berlin 1954.) In: Soziale Sicherheit. Hrsg. B. Külp und W. Schreiber. Köln-Berlin 1971, S. 111.
 - 3) G. Weisser: Artikel "Distribution II. (Politik)". A.a.O., S. 635. - Theo Thiemeyer hob die Bedeutung dieser Erkenntnis Weissers hervor. Er stellte sie den "wohlfahrts-ökonomischen Versuchen" gegenüber, "nationalökonomische Forschung auf 'rein wirtschaftliche' Größen zu beschränken", wogegen "das Wort Lebenslage von vornherein den Anspruch auf die Erfassung einer Vielzahl verteilungspolitisch relevanter Phänomene deutlich macht". - Vgl. T. Thiemeyer: Die Überwindung des wohlfahrtsökonomischen Formalismus bei Gerhard Weisser. A.a.O., S. 139 f.
 - 4) G. Weisser: Bemerkungen zur anthropologischen Grundlegung ... A.a.O., S. 4.

Sozialpolitik soll nicht nur wirtschaftliche Daten beeinflussen, sie ist vielmehr "sehr vielseitiger Natur" und soll auf die wirtschaftliche und soziale Stellung von Personengruppen einwirken.¹⁾ Gerade für sozialpolitische Erörterungen ist deshalb der Ansatz des Weisser'schen Lebenslage-Begriffs besonders wertvoll, weil bei seiner Verwendung die wirtschaftliche Lage der untersuchten Menschen weder eigentlich noch ausschließlich Objekt der Betrachtung ist, sondern nur Teil einer weiter gesteckten Gesamt-Analyse der Lage der Menschen.

3.4 Ein "pragmatischer" Lebenslage-Begriff

Unsere Ausgangsüberlegung ist die, daß in unserem Gesellschaftssystem "Lebenslagen" verteilt werden und daß die Menschen ihre Gesamtsituation als "Lebenslage schlechthin" sehen.²⁾

Viele Autoren, die in ihren Arbeiten zu einer Weiterentwicklung des Lebenslage-Begriffs (insbes. des Weisser'schen) beitrugen, sahen wie Ingeborg Nahnsen die "Lebenslage" als eine Einheit an, in der möglichst alle - materielle und immaterielle - Aspekte der sozialen Existenz eines Menschen (oder einer Mehrzahl von Menschen) zusammengefaßt sind.³⁾ Ein solcher Begriff kommt den Bedürfnissen der Sozialpolitik sehr entgegen,

1) G. Kleinhenz: Probleme wissenschaftlicher Beschäftigung mit der Sozialpolitik. A.a.O., S. 73.

2) Vgl. dazu unsere Ausführungen in Kap. 3.1 und 3.3.

3) I. Nahnsen: Der systematische Ort der Sozialpolitik in den Sozialwissenschaften. A.a.O., S. 106. - Ähnlich die im folgenden zitierten Arbeiten von O. Blume, H. Büscher, S. Münke, W. D. Piel, C. Schäfer und T. Thiemeyer.

die ja "die Gesamtheit aller Bedingungen der sozialen Existenz derjenigen, denen sie sich zuwendet, ins Auge zu fassen und unter Umständen umzugestalten (hat)".¹⁾ Wir legen darüber hinaus Wert auf eine weitere Eigenschaft des Begriffs: Seine Tauglichkeit für die empirische Sozialforschung.

Der von uns benötigte Begriff soll klar (eindeutig) und praktisch anwendbar (operationalisierbar) sein: "Pragmatischer" Lebenslage-Begriff. Wenn wir - wie auch alle im folgenden zitierten Autoren - von der Weisser'schen Begriffsbildung ausgehen, so müssen wir zunächst die Begriffbestandteile "Interessen",²⁾ "Lebenslage-Merkmale" und "äußere Umstände" im Hinblick auf die soeben aufgestellten Forderungen beleuchten. Im Anschluß daran kann eine eigene Definition vorgenommen und schließlich gezeigt werden, wie bei einer Untersuchung praktisch vorzugehen ist.

1) I. Nahnsen: Ebd., S. 100.

2) Ein Festhalten an dem Terminus "Interesse" bzw. "Interessen" als Ausdruck für Bedürfnisse oder Anliegen halten wir für sinnvoll, vor allem, weil er in dieser Bedeutung bereits vielfach Anwendung findet (z. B. bei den auf Seite 78 in Fußnote 3 genannten Autoren). Außerdem ist der Terminus in den Sozialwissenschaften seit langem gebräuchlich als "Strukturbegriff subjektiver Handlungsorientierung". (H. Neuendorff: Der Begriff des Interesses in den Theorien der bürgerlichen Gesellschaft von Hobbes, Smith und Marx. Diss. Frankfurt 1971. - Gedr. Frankfurt/M. 1973. - S. 27.) Max Weber z. B. sah den Grund für die Regelmäßigkeit sozialer Abläufe in der Tatsache, daß die Gesellschaftsmitglieder sich ständig an ihren Interessen orientieren. (M. Weber: Wirtschaft und Gesellschaft. A.a.O., S. 15 f., S. 21, S. 177, S. 531 f.) Und Karl Marx sprach von den individuellen Interessen jedes Kapitalisten und jedes Arbeiters, durch die zugleich das Klasseninteresse aller Kapitalisten bzw. aller Arbeiter verwirklicht werden. (Im einzelnen vgl. die bereits erwähnte Arbeit von H. Neuendorff über den Begriff des Interesses, insbes. S. 106 ff.)

Den grundsätzlichen Vorteil des Terminus "Interesse" hob Wolf-Dieter Piel hervor: Mit ihm ist es nicht nur möglich, einer Lebenslage den "Grad der Befriedigung zuzuordnen, der von dem sozialökonomischen Teilbereich 'Markt'" gewährt wird, sondern außerdem die "Gesamtheit aller Befriedigungsmöglichkeiten, die dem einzelnen in seiner Beziehung zur Umwelt" zuteil werden.¹⁾

Eine Rückführung der Interessen und damit eine Beschränkung des Lebenslage-Begriffs auf bestimmte letzte Ziele (Grundanliegen, unmittelbare Interessen), wie sie in Anlehnung an Weisser außer Piel²⁾ z. B. auch Willi Schäfer³⁾ und Horst Büscher⁴⁾ in ihren Arbeiten vornahmen, erscheint uns aber nicht zweckmäßig:⁵⁾ Denn die Zuordnung eines (mittelbaren) Interesses zu einem oder mehreren unmittelbaren Interessen (Grundanliegen), wie überhaupt der empirische Nachweis von unmittelbaren Interessen ist noch nicht möglich;

-
- 1) W. D. Piel: Zur sozialen Bedingtheit und politischen Bestimmbarkeit des sozialen Existenzminimums. Diss. Köln 1968, S. 25.
 - 2) Ebd., S. 22 ff.
 - 3) W. Schäfer: Probleme der Politik sozialer Sicherung. Diss. Köln 1967, S. 39, S. 49 ff.
 - 4) H. Büscher: Sozial schwache Bevölkerungsschichten und Gesellschaftspolitik in Entwicklungsländern. Dargestellt am Beispiel der Industriearbeiter in Afghanistan. Diss. Köln 1967 (Gedr. Meisenheim am Glan 1969.), S. 33, S. 42 ff.
 - 5) Wenn auch logisch ein strenger Unterschied zwischen mittelbaren und unmittelbaren Interessen besteht! (Siehe oben in Kap. 3.3 Weissers Konzeption.)

außerdem dürfte eine Trennung von mittelbaren und unmittelbaren Interessen häufig sehr schwierig sein, weil bestimmte Dinge sowohl mittelbar wie unmittelbar geschätzt werden können.¹⁾

Vor allem Gründe der Operationalität, also der "Möglichkeit der Zuordnung von Erfahrungstat-sachen zum Begriff der Lebenslage",²⁾ veranlassen uns somit, generell nur von "Interessen" zu sprechen, wie es auch Gerhard Kleinhenz ausdrücklich³⁾ und z. B. Ingeborg Nahnsen in mehreren Arbeiten implicit tat.⁴⁾ Es können dann grundsätzlich alle Interessen der jeweils untersuchten Menschen gemeint sein, "materielle" wie "immaterielle" Interessen.⁵⁾

Dabei sollen in Anlehnung an Weisser die Interessen (Anliegen, Bedürfnisse)⁶⁾ prinzipiell unabhängig davon berücksichtigt werden können, ob

-
- 1) Vgl. hierzu ebenfalls unsere Ausführungen in Kap. 3.3. - Außerdem: G. Kleinhenz: Probleme wissenschaftlicher Beschäftigung mit der Sozialpolitik. A.a.O., S. 73 f.
 - 2) Vgl. G. Kleinhenz: Probleme ... A.a.O., S. 73.
 - 3) Ebd., S. 73 f.
 - 4) I. Nahnsen: Der systematische Ort der Sozialpolitik ... A.a.O., S. 101. - Dies.: Einige Gesichtspunkte zum Begriff und zur Politik der sozialen Sicherheit. Diss. Köln 1956, S. 162.
 - 5) I. Nahnsen: Einige Gesichtspunkte ... A.a.O., S. 7 f. - Dies.: Der systematische Ort ... A.a.O., S. 101. - W. Schäfer: Probleme ... A.a.O., S. 39. - H. Büscher: Sozial schwache Bevölkerungsschichten ... A.a.O., S. 42 f., S. 51
 - 6) Wie G. Weisser (siehe oben Kap. 3.3) behandeln z. B. auch T. Thiemeyer (Die Überwindung des wohlfahrtsökonomischen Formalismus bei Gerhard Weisser. A.a.O., S. 146) und O. Blume (Möglichkeiten und Grenzen der Altershilfe. Tübingen 1968, S. 19) diese Ausdrücke synonym.

die betreffenden Personen sie tatsächlich selbst verfolgen.¹⁾ Eine Beschränkung auf die 'nachhaltig' vorhandenen Interessen²⁾ soll nicht vorgenommen werden, um möglichst auch kurzfristige Änderungen berücksichtigen zu können.³⁾

Die für eine operationale Definition des Begriffs Lebenslage erforderlichen "geeigneten Indikatoren"⁴⁾ sind die "Lebenslage-Merkmale". Durch diese wird das Maß der gegebenen Möglichkeiten zur Befriedigung der Interessen konkretisiert. Jedes untersuchte Merkmal ist ein Indikator für das Maß der Verwirklichung des betreffenden Interesses.

Während allerdings z. B. bei Büscher alle "tatsächlich gegebenen Lebensbedingungen" (die er mit Weissers "äußeren Umständen" gleichsetzte)⁵⁾ den "Wert" einer Lebenslage ausmachen, wollen wir zwischen zwei Gruppen von Lebenslage-Determinanten unterscheiden: einmal den im Hinblick

-
- 1) O. Blume: Möglichkeiten und Grenzen der Altershilfe. A.a.O., S. 3. Blume wies darauf hin, daß auch das Bundessozialhilfegesetz entsprechendes vorsieht. - Vgl. auch W. Schäfer: Probleme ... A.a.O., S. 39. - H. Büscher: Sozial schwache Bevölkerungsschichten ... A.a.O., S. 42, S. 44. - H. W. Piel: Zur sozialen Bedingtheit ... A.a.O., S. 22 f. Piel sprach von "tatsächlich gehegten" und "tatsächlich möglichen" Interessen!
 - 2) Vgl. I. Nahrßen: Der systematische Ort ... A.a.O., S. 101. - W. D. Piel: Zur sozialen Bedingtheit ... A.a.O., S. 22.
 - 3) Siehe auch unsere Stellungnahme zu Weisser, oben in Kap. 3.3.
 - 4) K. D. Opp: Methodologie der Sozialwissenschaften. Reinbek 1970, S. 130 ff. - R. Mayntz, K. Holm, P. Hübner: Einführung in die Methoden der empirischen Soziologie. Köln und Opladen 1969, S. 18 ff.
 - 5) H. Büscher: Sozial schwache Bevölkerungsschichten ... A.a.O., S. 46 f. - Ähnlich W. Schäfer: Probleme der Politik sozialer Sicherung. A.a.O., S. 39.

auf die persönlichen Interessen zu ermittelnden Lebenslage-Merkmalen im engeren Sinn, zum anderen den gesellschaftlich bedingten ("in einem bestimmten Raum und zu einer bestimmten Zeit gegeben"¹⁾) äußeren Verhältnissen.²⁾

Die Interessen (Bedürfnisse) der Menschen sind sozial geprägt, sie werden wie Handlungen gelernt, zum Teil manipuliert ("Anpassungszwänge", z. B. "Konsumzwang").³⁾ Weitreichende Auswirkungen, nicht nur auf die Bedürfnisbefriedigung, können die aktuellen gesamtwirtschaftlichen Gegebenheiten haben: Eine durch sie erzwungene plötzliche Lebenslageänderung kann "den Betroffenen in einen Zustand der Orientierungslosigkeit gegenüber seiner sozialen Umwelt stürzen",⁴⁾ dies vor allem dann, wenn eine Konformität mit den durch die eigene Gruppe gesetzten Erwartungen (Normen) nicht mehr gegeben ist.⁵⁾

-
- 1) G. Kleinhenz: Probleme wissenschaftlicher Beschäftigung ... A.a.O., S. 98.
 - 2) W. D. Piel: Zur sozialen Bedingtheit ... A.a.O., S. 25 f., S. 94 f. - T. Thieme: Die Überwindung des wohlfahrtsökonomischen Formalismus ... A.a.O., S. 141 ff. - G. Weisser: Siehe oben Kap. 3.3.
 - 3) T. Thieme: Die Überwindung ... A.a.O., S. 146 f. - W. D. Piel: Zur sozialen Bedingtheit ... A.a.O., S. 98 f. - K. H. Hillmann: Soziale Bestimmungsgründe des Konsumentenverhaltens. Stuttgart 1971, S. 34 ff.
 - 4) W. D. Piel: Zur sozialen Bedingtheit ... A.a.O., S. 99.
 - 5) Ebd., S. 105. - Vgl. G. Scherhorn: Artikel "Verbrauch, Verbraucher". In: Wb. der Soziologie. 2. Aufl., Hrsg. W. Bernsdorf. Stuttgart 1969, S. 1226.

Nur eine bewußte Berücksichtigung der äußeren Verhältnisse (neben den individuellen Lebenslage-Merkmalen) erlaubt eine verlässliche Aussage über die Lebenslage von Menschen.¹⁾

Die Lebenslage ist dann der Spielraum, den ein Mensch zur Verwirklichung seiner Interessen hat. (Entsprechendes gilt für eine Mehrzahl von Menschen.)

Konkreter Ausdruck für den Spielraum zur Interessenbefriedigung ist die faktische Ausprägung der einzelnen Lebenslage-Merkmale im Rahmen bestimmter äußerer Verhältnisse.

Die Lebenslage ist also definiert als die C h a n c e einer bestimmten Lebensgestaltung;²⁾ dabei spielt es primär keine Rolle, in welchem Umfang die Möglichkeiten der Interessenbefriedigung wirklich wahrgenommen werden. Der Forschung steht hier eine "in gewissem Maße objektive Größe" für die Darstellung der Gesamtlage von Menschen zur Verfügung.³⁾

Der pragmatische Wert eines solchen Lebenslage-Begriffs für die explikative Forschung liegt darin, daß aus der komplexen Vielzahl der Gesamtheit der Interessen ein Katalog derjenigen Interessen zusammengestellt werden kann, die im

-
- 1) Zu den äußeren Bedingungen gehören strenggenommen auch die Bedürfnisse der anderen Menschen, insbesondere der Menschen, deren Bedürfnisbefriedigung die Lebenslage des (der) betrachteten Menschen beeinflussen kann!
 - 2) Vgl. I. Nahnsen: Einige Gesichtspunkte zum Begriff und zur Politik der sozialen Sicherheit. A.a.O., S. 162.
 - 3) Vgl. G. Weisser: Einige Grundbegriffe der Sozialpolitiklehre. A.a.O., S. 8 f.

Hinblick auf die gegebene Gesellschaft und auf das Untersuchungsziel aussagekräftig sind,¹⁾ sowie darin, daß der Grad der Verwirklichung dieser Interessen mit den Methoden der empirischen Sozialforschung untersucht werden kann.

Eine Untersuchung wird zweckmäßig in folgenden Stufen abgewickelt:

1. Entscheidung über die zu untersuchende Gruppe.²⁾ Denn in der Regel interessieren nicht die Lebenslagen einzelner Personen, sondern die bestimmter sozialer Gruppen.³⁾ Die Analyse der Lebenslagen sozial schwacher Gruppen führt über die Feststellung bestimmter typischer Lebenslagen zu Vergleichen mit anderen Gruppen bzw. Schichten.⁴⁾ Wichtig für den sozialpolitisch orientierten Forscher ist immer wieder "der Abstand bestimmter Gruppen von Gesellschaftsmitgliedern vom sozialen Existenzminimum".⁵⁾

-
- 1) T. Thiemeyer: Die Überwindung ... A.a.O., S. 140. - W. Schäfer: Probleme der Politik ... A.a.O., S. 40.
 - 2) Diese Entscheidung wird meist mit der Festlegung des Untersuchungszieles getroffen.
 - 3) H. Büscher: Sozial schwache Bevölkerungsschichten ... A.a.O., S. 44.
 - 4) Vgl. I. Nahnsen: Einige Gesichtspunkte ... A.a.O., S. III f. - S. Münke: Die Armut in der heutigen Gesellschaft. A.a.O., S. 29 f. - H. Büscher: Sozial schwache Bevölkerungsschichten ... A.a.O., S. 42 ff. - W. Schäfer: Probleme der Politik ... A.a.O., S. 98. - G. Kleinhenz: Probleme wissenschaftlicher Beschäftigung ... A.a.O., S. 46. - G. Weisser: Siehe oben Kap. 3.3.
 - 5) W. Schäfer: Probleme der Politik ... A.a.O., S. 41. - Vgl. auch S. Münke: Die Armut in der heutigen Gesellschaft. A.a.O., S. 29. - H. Büscher: Sozial schwache Bevölkerungsschichten ... A.a.O., S. 44 ff. - W. D. Piel: Zur sozialen Bedingtheit ... A.a.O., passim.

2. Aufstellung des Katalogs der als relevant (im Hinblick auf das Untersuchungsziel) angesehenen Interessen. Der Forscher wird in der Regel aus der Vielzahl der möglichen Interessen diejenigen auszuwählen haben, von denen er "auf Grund von Erfahrungen" annehmen kann, daß sie möglichst vielen Menschen der zu untersuchenden Gruppe gemeinsam sind und daß deren Verwirklichung von diesen Menschen "als wesentlich für ihre Lebenslage" angesehen wird.¹⁾ Interessen, die nur für einzelne oder wenige Personen wesentlich sind, müssen vernachlässigt werden.²⁾ - Eine gewisse Möglichkeit, der Gefahr der "Willkür" bei der Aufstellung des Interessen-Katalogs zu begegnen, besteht darin, vor der eigentlichen Erhebung mit Hilfe eines Vortests die Schwerpunkte und Trends in der Bedürfnisstruktur der Untersuchungsgruppe zu prüfen.

Daß die Auswahl der Interessen durch den Forscher Werturteile implizieren kann, ist unerheblich; denn: "Daß Werturteile zur Auswahl bestimmter Untersuchungsobjekte

1) H. Büscher: Sozial schwache Bevölkerungsschichten ... A.a.O., S. 50. (Auf die von Büscher in Anlehnung an Weisser vorgenommene Zurückführung der Interessen auf letztlich maßgebende Grundanliegen wollen wir aus den früher genannten Gründen verzichten.)

2) Ebd., S. 47.

führen, heißt nicht, daß Werturteile in die Untersuchung eingehen."¹⁾

Für den Untersuchungsansatz ist es unerheblich, ob die untersuchten Personen die ausgewählten Interessen tatsächlich haben. Es geht um die Feststellung des Spielraumes einer möglichen Interessenbefriedigung.²⁾ (Der Grad der Ausnutzung des vorhandenen Spielraumes wird erst im Rahmen sozialpolitischer Maßnahmen bedeutungsvoll.)

Wegen der überragenden Bedeutung ökonomischer Faktoren für jede Lebenslage beschränken sich bisher die meisten Untersuchungen auf solche Interessen, die sich auf das Wirtschaften beziehen, und zwar sowohl auf die Ergebnisse des Wirtschaftens ("wirtschaftliche Güter") wie auf den Vollzug des Wirtschaftens ("wirtschaftliche Tätigkeiten").³⁾

-
- 1) T. Thiemeyer: Die Überwindung des wohlfahrts-ökonomischen Formalismus bei Gerhard Weisser. A.a.O., S. 141. - Vgl. auch H. Albert: Wertfreiheit als methodisches Prinzip. In: Logik der Sozialwissenschaften. Hrsg. E. Topitsch. Köln-Berlin 1967, insbes. S. 189. - Vgl. M. Weber: Der Sinn der Wertfreiheit. In: Methodologische Schriften. Frankfurt 1968, S. 229 ff. - Ders.: Diskussionsbeitrag zur Verhandlung des Vereins für Socialpolitik in Wien 1909. In: Schriften des V. f. S., Bd. 132. Leipzig 1910, S. 603. - Vgl. außerdem R. Dahrendorf: Sozialwissenschaft und Werturteil. In: Gesellschaft und Freiheit. München 1962, S. 27 ff.
 - 2) Vgl. H. Büscher: Sozial schwache Bevölkerungsschichten ... A.a.O., S. 50. - Im übrigen s. unsere Ausführungen oben S. 84.
 - 3) Vgl. H. Büscher: Sozial schwache Bevölkerungsschichten ... A.a.O., S. 51 f., passim. - W. Schäfer: Probleme der Politik ... A.a.O., S. 40. - G. Weisser: siehe oben Kap. 3.3. - G. Scherhorn: Werbung II: Die Grenzen der Manipulation. In: Wirtschaftswoche. Nr. 9/1972, S. 31.

3. Feststellung der Lebenslage-Merkmale. Nach Maßgabe des Interesses-Katalogs sind nun in umfangreichsten Teil der Untersuchung die einzelnen Lebenslage-Merkmale zu erforschen, um festzustellen, ob und in welchem Umfang die Bedingungen zur Befriedigung der Interessen gegeben sind.¹⁾ Dabei finden die Methoden der empirischen Sozialforschung Anwendung.

Die Bestimmung der Lebenslagen wird umso genauer, je mehr quantitative Daten zur Verfügung stehen. Zahlreiche Komponenten sind jedoch einer Quantifizierung nur sehr schwer oder gar nicht zugänglich.²⁾ Ein Beharren auf quantitativen Forschungsmethoden kann andererseits unfruchtbar sein,³⁾ weil die dadurch ermittelten Informationen für den sozialpolitisch Tätigen nicht aussagefähig genug sind. Eine "verbale Schilderung" bestimmter Aspekte von Lebenslagen dürfte deshalb oft unzugänglich sein.⁴⁾

-
- 1) Außer G. Weisser (siehe oben Kap. 3.3) vgl. vor allem H. Büscher, Sozial schwache Bevölkerungsschichten ..., der eine Darstellung der Lebenslage der afghanischen Industriearbeiter versuchte.
- 2) H. Büscher: Sozial schwache Bevölkerungsschichten ... A.a.O., S. 48 f.
- 3) W. D. Piel: Zur sozialen Bedingtheit ... A.a.O., S. 27 ff., S. 36, S. 53.
- 4) Ebd., S. 37 f.

In der Forschungspraxis muß ein Kompromiß zwischen beiden Wegen gefunden werden.¹⁾ Stephanie Münke z. B. hat das in ihrer Studie über die Armut versucht: Sie hat sich "zunächst auf die quantitativ exakt bestimmbaren, also vorwiegend auf die von materiellen Voraussetzungen abhängigen Interessen" konzentriert,²⁾ um anschließend in ausführlichen Monographien charakteristische Lebenslagen zu beschreiben ("Lebenslagebilder").³⁾

Zu beachten ist stets, daß jede Lebenslage einen individuellen Bezug hat. Ausschlaggebend sind immer die Interessen der jeweils zu untersuchenden Einzelmenschen, nicht dagegen die Maßstäbe von außenstehenden Dritten.⁴⁾

Der festgestellte Wert einer Lebenslage (also der "Spielraum") kann identisch sein mit dem "subjektiv empfundenen" Wert der Lebenslage, dem Grad der Zufriedenheit. Häufig werden aber Diskrepanzen bestehen, z. B. wird eine

-
- 1) F. Zweig: The Worker in an Affluent Society. S. XII: Von den möglichen Methoden muß die geeignetste Methode oder die geeignetste Kombination von Methoden ausgewählt werden: "The approximation to the truth may in fact be found in the compromise made here between depth and scope, between quantitative analysis and qualitative observation."
 - 2) S. Münke: Die Armut in der heutigen Gesellschaft. A.a.O., S. 30.
 - 3) Ebd., S. 84 ff.
 - 4) W. Schäfer: Probleme der Politik ... A.a.O., S. 40.

unverschuldete Lebenslage-Verschlechterung härter empfunden als eine von vornherein ungünstige Lebenslage.¹⁾

Zur Untersuchung von Lebenslagen gehört deshalb auch die Beantwortung der Frage, wie die Personen der untersuchten Gruppe selbst ihre Lage einschätzen, absolut und im Vergleich zu anderen.²⁾ Darüber hinaus wird es für eine Lebenslagen-Untersuchung meist unerlässlich sein, weitere Einstellungen der Befragungspersonen in Bezug auf den jeweils angesprochenen Themenkomplex zu ermitteln,³⁾ wobei allerdings die Problematik jeder Einstellungsmessung gesehen werden muß.⁴⁾

-
- 1) W. D. Piel: Zur sozialen Bedingtheit ... A.a.O., S. 22. - H. Büscher: Sozial schwache Bevölkerungsschichten ... A.a.O., S. 44. - S. Münke: Die Armut in der heutigen Gesellschaft. A.a.O., S. 58 f., S. 84 ff. (S. Münke unterschied zwischen objektiver und subjektiver Armut.) - G. Weisser: Einige Grundbegriffe der Sozialpolitiklehre. A.a.O., S. 9 f.
 - 2) T. Thiemeyer: Die Überwindung des wohlfahrts-ökonomischen Formalismus ... A.a.O., S. 141: Die Lebenslage des Einzelnen hängt auch ab von der "Art und Weise, wie die Lebenslage anderer Gesellschaftsmitglieder eingeschätzt wird".
 - 3) Vgl. dazu K. Lukasczyk: Artikel "Einstellungen". In: Wb. der Soziologie, 2. Aufl., Hrsg. W. Bernsdorf. Stuttgart 1969, S. 211 ff.
 - 4) In sehr vielen Fällen darf von Einstellungen nur im Sinn von "verbalen Einstellungen" gesprochen werden; verbales und nichtverbales Verhalten können stark voneinander abweichen: "Die gemessenen Einstellungen können - wenn überhaupt - zur Erklärung eines nur geringen Teils der Varianz des gemessenen Verhaltens herangezogen werden." H. Benninghaus: Soziale Einstellung und soziales Verhalten. Zur Kritik des Attitüdenkonzepts. In: Soziologie. Sprache, Bezug zur Praxis, Verhältnis zu anderen Wissenschaften. René König zum 65. Geburtstag. Hrsg. G. Albrecht, H. J. Daheim und F. Sack. Opladen 1973, S. 18.

Personen mit ähnlich ausgeprägten und beurteilten Lebenslage-Merkmalen, also mit gleichartiger Lebenslage, können schließlich als Lebenslagetypen zusammengefaßt werden.¹⁾

4. Feststellung der die Lebenslage beeinflussenden äußeren, d. h. politischen, ökonomischen, regionalen usw. Verhältnisse. Dies wird in der Regel vor der eigentlichen Erhebung der Lebenslage-Merkmale geschehen.
5. Gegenüberstellung der als wesentlich angesehenen Interessen und der erhobenen, die Lebenslage kennzeichnenden tatsächlichen Lebensbedingungen.²⁾ Es wird geprüft, "inwieweit die Lebenslagen dieser Menschen den Anliegen ... entsprechen bzw. nicht entsprechen".³⁾
6. Folgerungen für wirtschafts- und sozialpolitische Aussagen. Diese können der Lebenslagen-Untersuchung angefügt werden. Der Forscher kann aber auch darauf verzichten und sie den Praktikern der Politik überlassen.

Die mit den Methoden der Sozialforschung ermittelten "absoluten und relativen Höhen der Lebenslagen der Gesellschaftsmitglieder" sind für den

-
- 1) Es hat in der Vergangenheit zahlreiche Ansätze zur Untersuchung der Lebenssituation bestimmter, insbesondere sozial schwacher Gruppen gegeben, nicht nur die berühmten englischen Enquêtes um die Jahrhundertwende. Der Verf. hatte die Vorbereitung zur vorliegenden Arbeit zum Anlaß genommen, eine große Zahl dieser Untersuchungen zu studieren. Sie sind im Literaturverzeichnis am Ende der Arbeit mit aufgeführt.
 - 2) O. Blume: Möglichkeiten und Grenzen der Altershilfe. A.a.O., S. 5, S. 25, S. 27 ff.
 - 3) Ebd., S. 5.

Sozialpolitiker generell interessant.¹⁾ Ihre eigentliche Bedeutung erhalten sie für ihn aber durch diese Gegenüberstellung von Interessen (Anliegen) und tatsächlichen Gegebenheiten. Denn nun besitzt er Anhaltspunkte für "Maßnahmen sozialpolitischer oder sozialpädagogischer Art"²⁾ und vielleicht auch "für die Realisierungschance der sich ihm anbietenden sozialpolitischen Maßnahmen".³⁾

Friedrich Fürstenberg und Renate Wald betonen, jeweils am Beginn ihrer Studien,⁴⁾ daß es befriedigende Untersuchungen zur betrieblichen Lage bzw. außerbetrieblichen Situation der Arbeiter trotz des vorliegenden Interesses bislang relativ selten gebe. Das liegt (etwa nach R. Wald) sicher auch an der Schwierigkeit des externen Beobachters, die richtigen Maßstäbe sowie Möglichkeiten der Kommunikation zu finden. Damit sind auch die permanenten Operationalisierungsprobleme der empirischen Sozialforschung angesprochen. Eine sinnvolle Erleichterung für die Forschung wird dadurch erreicht, daß man - vor dem Eintritt in die Phase der methodisch-technischen Erfordernisse - Klarheit über die Struktur des Forschungsgegenstandes

-
- 1) W. Schäfer: Probleme der Politik sozialer Sicherung. A.a.O., S. 98.
 - 2) H. Rüsch: Sozial schwache Bevölkerungsschichten und Gesellschaftspolitik in Entwicklungsländern. A.a.O., S. 50.
 - 3) O. Blume: Möglichkeiten und Grenzen der Altershilfe. A.a.O., S. 128.
 - 4) F. Fürstenberg: Die Soziallage der Industriearbeiter. A.a.O., S. 1. - R. Wald: Industriearbeiter privat. A.a.O., S. V, S. 4, S. 8 f.

und über das Vorgehen bei seiner Erforschung schafft. Hier bietet sich, zumindest für den sozialpolitisch orientierten Forscher, ein Begriff mit einem darauf ausgerichteten Merkmale-Gerüst an: eben der Lebenslage-Begriff.

2. Teil: Empirische Untersuchung über Auswirkungen
=====
eines Arbeitsplatzverlustes auf die
=====
Lebenslage betroffener Arbeitnehmer
=====

1. Methode der Untersuchung

In dem nun folgenden Teil dieser Arbeit soll für eine Gruppe von Arbeitnehmern untersucht werden, wie sich bestimmte, von ihnen weitgehend nicht beeinflussbare Ereignisse auf ihre Lebenslage ausgewirkt haben.

Es handelt sich um 444 ehemalige Arbeitnehmer zweier Betriebe, die 1967 und 1968 stillgelegt wurden: 234 von einer Steinkohlenzeche in Oberhausen/Rhld. und 210 von einem Textilwerk in Epe/Westf. Alle hatten ihren Arbeitsplatz während des letzten halben Jahres vor der Stilllegung verlassen müssen. (Für die Belegschaften jeweils des letzten halben Jahres kann die Stichprobe als repräsentativ angenommen werden - nicht mit Sicherheit auch für die Gesamtheit aller Personen, die einmal in den beiden Betrieben gearbeitet haben.)

Die Personen wurden im Februar und März 1969 durch Interviewer des Instituts für angewandte Verbraucherforschung e.V. Bonn/Köln befragt. Verwendet wurde ein standardisierter Fragebogen. Die Auswertung erfolgte im Institut bzw. im Rechenzentrum der Universität Köln.

Die Ergebnisse der Befragung wurden in einem Untersuchungsbericht vorgelegt; auf ihn geht das hier verwendete Material zurück.¹⁾

Bei der Untersuchung der Auswirkungen des Arbeitsplatzverlustes auf die Lebenslage der genannten Gruppe wird nun so vorgegangen, daß zunächst die relevanten "äußeren Verhältnisse" in Betracht gezogen werden: Die gesamtgesellschaftliche Situation, die Komponenten der Wirtschaftsentwicklung als Determinanten der Arbeitsmarktverhältnisse sowie im konkreten Fall dann die regionalen Gegebenheiten und die Umstände der Betriebsschließungen.

Danach wird die Lebenslage der untersuchten Personen durch eine Reihe von Grundmerkmalen näher charakterisiert. Auswirkungen des Verlustes der Arbeitsplätze werden dann an zahlreichen Veränderungen im Bereich der Einkommenserzielung deutlich gemacht, anschließend an den Konsequenzen für die Einkommensverwendung (wobei den Haushalten der Befragten besonderes Interesse zukommt). Auswirkungen auf den sozialen Status der Befragten wie auch auf ihre Einschätzung der wirtschaftlichen Situation werden ebenfalls betrachtet.

Bei der Auswahl der als relevant angesehenen Interessen und damit der überprüften Lebenslage-Merkmale der Personen, denen diese Untersuchung

1) Der Berichtsband nebst umfangreichem Tabellenband liegt u. a. im Archiv des Instituts für angewandte Verbraucherforschung e.V. in Köln. Der Bericht ist inzwischen unter gleichem Titel als Forschungsbericht des Landes Nordrhein-Westfalen im Druck erschienen, K.B. Hillen: Arbeitnehmer nach einem Arbeitsplatzverlust. Auswirkungen von Unsicherheit über Wirtschaftsentwicklung und Arbeitsplatzsicherung. Opladen 1971. - Dort auch nähere Angaben zur Methode, vgl. ebd., S. 8, S. 20 f.

gilt, diene als Orientierung u. a. Weissers Katalog von Interessen, die auf den Vollzug und auf das Ergebnis des Wirtschaftens gerichtet sind.¹⁾ Maßgebend für die Auswahl war letztlich der Bezug auf die spezielle Situation (Betriebsschließung) sowie die Beschränkung durch das gewählte Erhebungsverfahren (standardisierter Fragebogen).

Da bei der Anlage der Studie vermutet werden konnte, daß zumindest ein Teil der hier untersuchten Personen und Familien infolge der äußeren Entwicklungen in eine ungünstigere Lebenslage geraten würde (was von den Betroffenen gerade durch die Vergleichsmöglichkeit mit dem "Vorher" gewöhnlich als besonders hart empfunden wird²⁾), erfolgte die Überprüfung der Lebenslage-Merkmale unter einem vorwiegend sozialpolitischen Aspekt; die Ergebnisse sind dann am ehesten geeignet, den Politikern Hinweise für Maßnahmen und Einrichtungen zu geben, die dazu bestimmt und geeignet sind, in Schwierigkeit geratenen oder in Zukunft von vergleichbaren Schwierigkeiten bedrohten Gesellschaftsmitgliedern eine (von ihnen subjektiv auch als solche empfundene) Situationsverbesserung zu gewährleisten.³⁾

1) Siehe oben 1. Teil, Kap. 3.3.

2) Vgl. H. Büscher: Sozial schwache Bevölkerungsschichten und Gesellschaftspolitik in Entwicklungsländern. A.a.O., S. 44. - G. Weisser: Einige Grundbegriffe der Sozialpolitiklehre. A.a.O., S. 10.

3) Vgl. G. Weisser: Artikel "Sozialpolitik". In: Wb. der Soziologie, Hrsg. W. Bernsdorf, 2. Aufl., Stuttgart 1969, S. 1041 f.

2. Die äußeren Verhältnisse

2.1 Gesamtgesellschaftliche Situation

Nach Weisser hat es die Sozialpolitik "mit dem Vollzug der Gesellschaft der Menschen in einem bestimmten Ordnungsraum, mit der Struktur der Ordnung dieser Gesellschaft, mit den der Ordnung dienenden Einrichtungen und mit den Haltungen der Menschen in diesem Ordnungsraum zu tun".¹⁾ Der soziale Raum, in dem die Lebenslagen der zu untersuchenden Personen eingebettet sind und dessen Berücksichtigung für die Beurteilung dieser Lebenslagen unerlässlich ist, ist die hochentwickelte Industriegesellschaft, die häufig als "Konsumgesellschaft" gekennzeichnet wird.²⁾ Dieser Begriff beschreibt eine Gesellschaft, deren bestimmendes Merkmal der Konsum ist: er wird "für ihre Mitglieder zum Leitbild und für ihre Wirtschaft zur antreibenden Kraft".³⁾

In diesem System haben die Verbraucher und ihre Haushalte eine wichtige Rolle, denn auf Grund der wachsenden Möglichkeit, über die Ausgabe ihres Einkommens nach eigenem Ermessen zu verfügen, können sie sektorale und temporäre Verschiebungen auf den Märkten verursachen und damit die ökonomische Entwicklung beeinflussen.⁴⁾ Diese

1) Ebd., S. 1039.

2) David Riesman hat wohl als erster eingehend auf dieses Phänomen verwiesen. Vgl. D. Riesman: Die einsame Masse. Reinbek 1968.

3) D. Claessens, A. Klönne und A. Tschoepe: Sozialkunde der BRD. Düsseldorf-Köln 1968, S. 271.

4) Vgl. E. Zahn: Soziologie der Prosperität. München 1964, S. 58, S. 70. - Vgl. G. Katona: Die Macht des Verbrauchers. Düsseldorf 1962.

"Macht" gilt für die Verbraucher als Gesamtheit, für die Masse der privaten Lebensentscheidungen.¹⁾

Der einzelne Verbraucher ist jedoch infolge mangelnder Sachkenntnis und fehlender Marktinformation abhängig "von jenseits seiner Macht liegenden Umständen"²⁾ (Massenproduktion, Werbung, monopolistische Teilmärkte, Konjunkturschwankungen).³⁾

Zu diesen sachlichen Orientierungsschwierigkeiten tritt soziale Unsicherheit und Abhängigkeit. Die Menschen, die sich zwar den traditionellen Gruppenbindungen weitgehend entzogen haben, unterliegen aber (bei grundsätzlicher Geltung der Bedarfsautonomie) weiterhin bestimmten für sie wesentlichen Gruppennormen.⁴⁾ "Was die Mitglieds- oder Bezugsgruppe für wichtig hält, das ist auch für den einzelnen erstrebenswert."⁵⁾ Der "neue Gruppenzwang",⁶⁾ häufig warnend oder resignierend

-
- 1) E. Zahn: Wirtschaftliche Entwicklung und gesellschaftliche Erwartungen. In: KZfSS, 19. Jg. (1967), S. 239, S. 242.
 - 2) E. Egner: Studien über Haushalt und Verbrauch. Berlin 1963, S. 188.
 - 3) Ebd., S. 188 ff.
 - 4) Ebd., S. 197 ff. - Vgl. auch F. Scherke: Der Verbrauchercharakter. Nürnberg 1964, insbes. S. 48 ff. - Außerdem T. Veblen: Theorie der feinen Leute. Köln 1957, S. 116. - K. Chr. Behrend: Konformität des Verbraucherverhaltens. In: Handelsbetrieb und Marktordnung. Festschrift für Carl Ruberg. Wiesbaden 1962, S. 43 ff. - K. H. Hillmann: Soziale Bestimmungsgründe des Konsumentenverhaltens. Stuttgart 1971. Passim.
 - 5) G. Scherhorn: Werbung II. Die Grenzen der Manipulation. A.a.O., S. 33.
 - 6) E. Egner: Studien ... A.a.O., S. 199.

als "Konsumzwang" apostrophiert, ist ein Kennzeichen unserer Gesellschaft. Konsumgüter sind "typische Güter der Zeit",¹⁾ denen eine "spezifische soziale Funktion"²⁾ zukommt. David Caplowitz hat in seiner Untersuchung über das Verhalten der einkommensschwachen Schichten in New York z. B. auch für diese Bevölkerungsgruppe festgestellt, eine wie wichtige Rolle der Konsum spielt "in order to win the respect of others and to maintain their self-respect".³⁾

Eine Verschlechterung der Lage, verbunden mit Unsicherheit und konsumschmälernder Einkommensverringerung, kann sich unter den Voraussetzungen dieser gesellschaftlichen Verhältnisse⁴⁾ sehr nachteilig nicht nur auf die objektive, sondern vor allem auch auf die subjektiv empfundene Lebenslage der betroffenen Menschen auswirken.

2.2 Einflußfaktoren der Wirtschaftsentwicklung

Die Lebenslage der Gesellschaftsmitglieder, insbesondere der Arbeitnehmer, ist unmittelbar abhängig von der konjunkturellen und der strukturellen Entwicklung der Gesamtwirtschaft.

1) E. Zahn: Soziologie der Prosperität. A.a.O., S. 76.

2) Ebd.

3) D. Caplowitz: The Poor Pay More. London 1963, S. 180.

4) Helmut Schelsky spricht von der "hochindustriellen Freizeit- und Verbrauchergesellschaft", in der "die Verbraucherposition zur zentralen Determinante aller Verhaltensformen" zu werden scheint. H. Schelsky: Auf der Suche nach Wirklichkeit. Köln-Düsseldorf 1965, S. 341.

Eine wachsende Wirtschaft wird getragen von dem Handeln vieler Individuen, die als Produzenten und Konsumenten beteiligt sind.¹⁾ Menschliche Unzulänglichkeiten führen auch in einer wachsenden Wirtschaft immer wieder zu konjunkturellen Einbrüchen; dabei kommt es in zeitlichem Zusammenhang zu einer analog verlaufenden "Entwicklung von Preisen, Umsatzmengen, Produktions- und Beschäftigungsmengen".²⁾ In der konjunkturellen Entwicklung liegt eine mögliche Ursache für eine schwankende Nachfrage nach Arbeitskräften.³⁾

Von mindestens gleich großer Bedeutung sind die strukturellen Wandlungen in der Wirtschaft und die damit verbundenen Verschiebungen in der Struktur des Arbeitsbedarfs.⁴⁾

Dabei soll der Strukturbegriff (mit F. W. Fröhlich) hier auf den der "Produktionsstruktur", d. h. "die Verteilung der gesamten Produktion auf die verschiedenen Wirtschaftsbereiche"⁵⁾ eingegrenzt werden.

-
- 1) Vgl. B. Biervert: Der Beitrag der privaten Haushalte zum wirtschaftlichen Wachstum. Berlin 1969, S. 17 ff.
 - 2) A. Paulsen: Allgemeine Volkswirtschaftslehre, Teil IV. Berlin 1960, S. 103.
 - 3) G. Schmölders weist sogar darauf hin, daß "die Kurve der Arbeitslosigkeit" eine der aussagefähigsten Konjunkturkurven ist. Vgl. G. Schmölders: Konjunkturen und Krisen. Hamburg 1955, S. 25.
 - 4) Vgl. F. W. Fröhlich: Wachstumsbedingte Strukturwandlungen und ihre Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt. Diss. Köln 1969, S. 1 ff.
 - 5) Ebd., S. 2.

Bei Strukturwandlungen, die den wirtschaftlichen Wachstumsprozeß kennzeichnen, verschieben sich die relativen Anteile der einzelnen Bereiche zur Gesamtproduktion. Strukturelle Wandlungen können ausgelöst werden durch Änderungen in der Güternachfrage (ungleiche Zunahme der Nachfrage bei wachsendem Einkommen, Reaktion auf unterschiedliche Preisentwicklung) und durch Änderung im Güterangebot (technischer Fortschritt, Substitution von Arbeit durch Kapital).¹⁾

Der Arbeitsmarkt, bestimmt durch das Arbeitsangebot und die Arbeitsnachfrage, ist in seiner Strukturierung indirekt abhängig von der Produktionsstruktur.²⁾ Arbeitskräfte wandern von "kontraktiven" Branchen zu "expansiven" Branchen ab.³⁾ (Zu den Branchen mit stark "kontraktiver Tendenz" gehören der Bergbau und die Textilindustrie.)⁴⁾

1) Ebd., S. 16. - H. Kern und M. Schumann: Soziale Voraussetzungen und Folgen des technischen Wandels. In: Wirtschaftliche und soziale Aspekte des technischen Wandels in der Bundesrepublik Deutschland. Hrsg. RKW. 1. Bd., 2. Aufl., Frankfurt/Main 1970, S. 292, S. 296. - L. Uhlmann und G. Huber: Gesamtwirtschaft (Ökonomischer Untersuchungsteil, Abschn. 1). In: Ebd., S. 25 ff.

2) Vgl. F. W. Fröhlich: Wachstumsbedingte Strukturwandlungen ... A.a.O., S. 2, S. 16.

3) Vgl. ebd., S. 39 ff., S. 100.

4) Ebd., Tabelle 8, S. 58. - H. Baumann und andere: Industrie (Ökonomischer Untersuchungsteil, Abschn. 2). In: Wirtschaftliche und soziale Aspekte des technischen Wandels. A.a.O., S. 51 f., S. 86 f., S. 96 f. - F. Stooß: Die Veränderungen der beruflichen Gliederung der Erwerbspersonen nach Wirtschaftszweigen in der Bundesrepublik 1950-1961. In: Mitteilungen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung Erlangen. Heft 4 (1968), S. 259.

Die Arbeitssituation der Arbeitnehmer wird außerdem bestimmt durch den Standort des Arbeitsplatzes.¹⁾ Auch hier vollziehen sich strukturelle Wandlungen, die "regionalen Produktionsstrukturen" unterscheiden sich stark voneinander und von der "Struktur der Gesamtwirtschaft". "Im wirtschaftlichen Wachstumsprozeß wandelt sich die Bedeutung vieler Regionen, und es kommt zu erheblichen Veränderungen im regionalen Bedarf an Arbeitsleistungen."²⁾

Aus der angedeuteten Dynamik der gesamtwirtschaftlichen Prozesse ergibt sich die sozialpolitisch bedeutsame Folgerung, daß auf dem Arbeitsmarkt der Mensch als das eigentliche Subjekt der Wirtschaft "zugleich ihr Objekt" ist!³⁾

Diese generellen Feststellungen über die durch die Wirtschaftsentwicklung bedingten Einflußfaktoren finden ihren konkreten Niederschlag in dem hier zu untersuchenden empirischen Spezialfall. Schlüsselereignisse sind die rigorosen Veränderungen der Arbeitsplatzverhältnisse an zwei Orten, ausgelöst durch die Stilllegungen des Textilwerkes in Epe (Juli 1967) und der Zeche in Oberhausen (März 1968).

Den konjunkturellen Hintergrund bilden die Rezessionsjahre 1966/1967, in denen das Wirtschaftswachstum der Bundesrepublik zum Stillstand kommt. Besonders stark wirkt sich die

1) Vgl. F. W. Fröhlich: Wachstumsbedingte Strukturwandlungen ... A.a.O., S. 81 ff.

2) Ebd., S. 82.

3) E. Willeke: Artikel "Arbeitsmarkt". In: HdSW, 1. Bd., Stuttgart-Tübingen-Göttingen 1956, S. 321.

Krise auf die wirtschaftliche Situation in Nordrhein-Westfalen aus. Hier geht die Zahl der Beschäftigten wie auch die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden rapide zurück; die durchschnittliche Arbeitslosigkeit pro Monat steigt in Nordrhein-Westfalen von 1965 bis 1967 auf das Vierfache (im Bundesdurchschnitt auf das Dreifache).¹⁾

In Nordrhein-Westfalen, das mit seinem Zentrum Ruhrgebiet lange Zeit als wirtschaftlich besonders begünstigt galt, wird der konjunkturelle Rückschlag durch ein schon seit Jahren bestehendes Ungleichgewicht in der Wirtschaftsstruktur verstärkt. "Erst in Verbindung mit dem Konjunkturrückgang 1966/67 wurden die strukturellen Schwächen dieses hochindustriellen Wirtschaftsraumes auch für die breite Öffentlichkeit durch überdurchschnittlich negative Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt deutlich erkennbar."²⁾ "Die strukturellen Schwierigkeiten in einzelnen Branchen wurden nun nicht mehr durch das konjunkturelle Wachstum der Gesamtwirtschaft

-
- 1) Weitere Einzelheiten hierzu siehe K. B. Hilten: Arbeitnehmer nach einem Arbeitsplatzverlust. A.a.O., S. 7 f. - Quellen: Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland, 1967 bis 1969 (1969: S. 128, S. 496). - Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung Essen, Hrsg.: Die Wirtschaft im Ruhrgebiet. Die konjunkturelle Entwicklung im Jahre 1967. Essen 1968, S. 9 f., S. 39. - Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 23. 4. 1968, 5. 8. 1968, 5. 3. 1969. - Bundesministerium für Wirtschaft, Hrsg.: Wirtschaftspolitik in Daten (Von Dezember 1966 bis Mai 1968).
 - 2) R. Meise: Strukturwandel und Arbeitsmarktentwicklung in Nordrhein-Westfalen. In: Bundesarbeitsblatt 7/9, S. 402 ff., hier S. 402.

gemildert, sondern durch die konjunkturelle Flaute verstärkt."¹⁾ Der Anteil der Branchen mit überdurchschnittlichem Wachstum ist in Nordrhein-Westfalen während der letzten 10 Jahre bis 1967 in bedrohlichem Maße zurückgegangen. Es fehlen also die neuen Arbeitsplätze, um Arbeitskräfte aus den schrumpfenden Wirtschaftszweigen zu übernehmen. Zu letzteren gehören in Nordrhein-Westfalen vor allem der Steinkohlenbergbau und die Textilindustrie. Da aber diese beiden Branchen schwerpunktmäßig in bestimmten Gebieten angesiedelt sind, in Nordrhein-Westfalen somit "Strukturveränderungen hauptsächlich im Ruhrgebiet und in den Textilbezirken" vor sich gehen,²⁾ gibt es gleichzeitig während der Rezession in den vom Bergbau und der Textilindustrie geprägten Gemeinden die höchsten Arbeitslosenquoten.³⁾

Der deutsche Steinkohlenbergbau befindet sich seit 10 Jahren in einer Absatzkrise,⁴⁾ die ihre Ursache in der zunehmenden Verlagerung der Nachfrage auf andere Energieträger hat (vom gesamten Energieverbrauch der Bundesrepublik be-

-
- 1) Rhein.-Westf. Institut für Wirtschaftsforschung Essen: Die Wirtschaft im Ruhrgebiet. A.a.O., S. 9.
 - 2) R. Meise: Strukturwandel und Arbeitsmarktentwicklung in NRW. A.a.O., S. 403.
 - 3) Weitere Einzelheiten hierzu wiederum: K. B. Hillen: Arbeitnehmer nach einem Arbeitsplatzverlust. A.a.O., S. 9 f.
 - 4) Vgl. F. Spiegelberg: Energiemarkt im Wandel. 10 Jahre Kohlenkrise an der Ruhr. Baden-Baden 1970.

stritt 1955 die Steinkohle 70 %, das Mineralöl 9 %; bis 1968 sinkt der Anteil der Kohle auf 33 %, steigt der des Mineralöls auf 50 %).¹⁾ Die Zahl der fördernden Schachtanlagen ist während dieser Zeit beträchtlich zurückgegangen, auch die Belegschaft hat sich um mehr als die Hälfte verringert.

Die Ursachen für die strukturellen Schwierigkeiten bei der Textilindustrie liegen im erhöhten internationalen Wettbewerb, im veränderten Rohstoffeinsatz, vor allem aber in den Veränderungen der Produktionstechnik (zunehmende Technisierung und damit steigende Kapitalintensität, aber ungenügende Kapazitätsauslastung).²⁾ Auch in der Textilindustrie hat sich während der vergangenen 10 Jahre die Zahl der Betriebe wie die Zahl der Beschäftigten verringert, jedoch bei weitem nicht in dem Ausmaße wie im Steinkohlenbergbau; stattdessen hatten die Arbeitnehmer dieser Branche beinahe regelmäßig mit konjunkturell bedingter Kurzarbeit und entsprechendem Einkommensausfall fertig zu werden.

-
- 1) Ausführliche Darstellung von Struktur und Entwicklung des Steinkohlenbergbaus und der Textilindustrie vgl. K. B. Hillen: Arbeitnehmer nach einem Arbeitsplatzverlust. A.a.O., S. 10 ff.
 - 2) Vgl. W. Wunden: Die Textilindustrie der Bundesrepublik im Strukturwandel. Basel und Tübingen 1969. - Die sozialen Auswirkungen der Rationalisierung in der Textilindustrie. Hrsg. Gewerkschaft Textil-Bekleidung. Düsseldorf, o. J. (etwa 1965). - Außerdem: K. B. Hillen: Arbeitnehmer nach einem Arbeitsplatzverlust. A.a.O., S. 14 ff.

2.3 Regionale und betriebliche Gegebenheiten

Die Befragten dieser Untersuchung sind in Gemeinden sehr unterschiedlicher Struktur und Größe zu Hause. Oberhausen, die Stadt mitten im urbanen Großgefüge des Ruhrreviers, hat gut 250.000 Einwohner und ist von der Montanwirtschaft geprägt. Das Dorf Epe, relativ isoliert im westlichen Münsterland, zählt rund 11.000 Einwohner und ist bis 1967 wirtschaftlich fast ausschließlich von der Textilindustrie abhängig (dies ist gleichermaßen kennzeichnend für den größten Teil des westlichen Münsterlandes).

Jede Gemeinde unterscheidet sich von anderen durch ihre historische gewachsene "individuelle Einzigartigkeit".¹⁾ Für Oberhausen gilt (wie für andere Ruhrgemeinden), daß es sich relativ schnell entwickelt hat, indem verschiedene Bevölkerungssteile "durcheinander gesiedelt" haben.²⁾

Bei Epe handelt es sich hingegen um ein in 1.000 Jahren herangewachsenes Dorf, dessen Bevölkerung (trotz zahlreicher Pendler und zeitweiliger Anwesenheit ausländischer Arbeitskräfte) noch eher als homogen bezeichnet werden kann. Wenn Epe auch keine "Landgemeinde" im gebräuch-

-
- 1) R. König: Einige Bemerkungen zur Soziologie der Gemeinde. In: Soziologie der Gemeinde. Sonderheft 1 der KZfSS (1956), Hrsg. R. König. 3. Aufl., Köln-Opladen 1966, S. 8.
 - 2) Ebd. - H. Croon und K. Utermann (Zeche und Gemeinde, Tübingen 1958) haben in einem anderen Ruhrgebietsort die Bedeutung der verschiedenen Gruppen in der Gemeinde, der Ortsteile und der Vereine sowie die sozialen Kontaktschwierigkeiten zugewanderter Bergleute beschrieben.

lichen Sinne dieses Wortes mehr ist,¹⁾ so kann die Bevölkerung doch wegen der abgelegenen Lage als Landbevölkerung angesehen werden, die in ihrer Dorfgemeinde eine "globale Gesellschaft" mit entsprechenden ländlichen Verhaltensweisen bildet²⁾ (jedenfalls brauchen bestimmte "Siedlungsgrößen nicht immer relevant für den ländlichen Charakter einer Gemeinde zu sein"³⁾). Wie in vielen ländlichen Gemeinden besteht auch in Epe die Bevölkerung aus einem bäuerlichen Kern, einem ausschließlich im gewerblichen Sektor tätigen sowie einem Bevölkerungsteil, der neben der gewerblichen Berufstätigkeit noch landwirtschaftlichen Nebenerwerb betreibt.

Es könnte naheliegen, die angedeuteten regionalen Unterschiede zwischen den beiden Befragungsgruppen für eventuell auftretende Abweichungen in den festzustellenden Fakten und Meinungen verantwortlich zu machen. Ein weiterer Unterschied kommt aber hinzu. Die Angehörigen der beiden Gruppen haben in Unternehmen gearbeitet, die sich nach Wirtschaftszweig, Größe, Arbeitsanforderung, Arbeitssituation usw. sehr stark voneinander unterschieden. Das Textilwerk in Epe,

1) Landgemeinden im engeren Sinne haben höchstens 2.000 Einwohner, Landgemeinden im weiteren Sinne haben 2.000 - 5.000 Einwohner. Vgl. U. Planck: Die Landfamilie in der Bundesrepublik Deutschland. In: Soziologie der Familie. Sonderheft 14 der KZfSS (1970), S. 407, Anm. 1.

2) Vgl. H. Kötter: Die Gemeinde in der ländlichen Soziologie. In: Soziologie der Gemeinde. Sonderheft 1 der KZfSS (1956), 3. Aufl. 1966, S. 12.

3) H. Kötter: Ebd., S. 17.

seit Generationen der größte Arbeitgeber des Ortes mit zuletzt etwa 700 Beschäftigten (darunter zahlreichen Frauen), war ein Zweigbetrieb eines Unternehmens aus einer benachbarten Stadt und arbeitete "vollstufig" mit Spinnerei, Weberei, Färberei und Druckerei. Die Zeche in Oberhausen, ebenfalls ein alter und bedeutender Arbeitgeber der Stadt, hatte mit allen Veredelungsbetrieben (Kokereien, Brikettfabrik, Kraftwerk) zeitweilig fast 6.000, zuletzt rund 4.000 Beschäftigte. Textilwerk wie Kohlenzeche waren immer um die Erhaltung einer mit dem Unternehmen sich verbunden fühlenden Belegschaft bemüht und haben entsprechende Maßnahmen getroffen (Werkswohnungen usw.); lange Betriebszugehörigkeiten waren in Epe wie in Oberhausen deshalb keine Seltenheit.

Im Leben der Befragten haben beide sozialen Gebilde, also der ehemalige Betrieb wie die Gemeinde eine wichtige Rolle gespielt; beide haben die Verhaltensmuster geprägt, und beide kommen als Verhaltensdeterminanten in Betracht. Sie lassen sich aber nicht trennen; deshalb müssen beide Bestimmungsgrößen jeweils gemeinsam berücksichtigt werden.

2.4 Die Stilllegung der Betriebe

Ende Juli 1967 wird das Textilwerk in Epe endgültig stillgelegt, nachdem der Personalbestand bereits seit Sommer 1966 verringert worden ist. (Die einsetzenden Zahlungsschwierigkeiten sind - außer auf konjunkturelle und außenwirtschaftliche Ursachen - auf eine Unrentabilität infolge

ungünstiger Produktivitätsverhältnisse und chronischer Kapitalknappheit zurückzuführen.) Der Stilllegungsbeschluß für die Oberhausener Zeche wird 1967 gefaßt und Ende März 1968 vollendet. (Die Ursachen liegen in der ständig verschlechterten Absatzlage, die trotz vergleichsweise günstiger Produktivitätsverhältnisse zu erheblichen Verlusten führte.) Ein größtenteils über die staatliche Stilllegungsprämie finanzierter Sozialplan sieht in Oberhausen Abfindungsbeträge in unterschiedlicher Höhe vor.¹⁾

Die Umstände der Stilllegungen, so wie sie sich in der Reaktion der befragten ehemaligen Betriebsangehörigen niederschlagen, sind wichtig für die Beantwortung der Frage, ob sich die Betroffenen gerecht behandelt fühlen oder nicht. Sind sie z. B. der Meinung, rechtzeitig über die bevorstehende Betriebsstillegung informiert worden zu sein? Auf eine entsprechende Frage, die eine Präzisierung des Wortes "rechtzeitig" enthält (rechtzeitig, um sich nach einem neuen Arbeitsplatz umzusehen), geben nur 57 % aller 444 Befragten eine positive Antwort. Nun zeigt sich allerdings ein erheblicher Unterschied zwischen den Antworten der beiden Untergruppen. Während drei Viertel (73 %) der ehemaligen Zechenangehörigen die Ansicht äußern, sie seien rechtzeitig informiert worden, trifft dies nur für annähernd halb so viele (39 %) der ehemaligen Beschäftigten des Textilwerkes zu. 55 % der Eperaner monieren,

1) Es sei auch hier darauf hingewiesen, daß nähere Einzelheiten dem Untersuchungsbericht: K. B. Hillen: Arbeitnehmer nach einem Arbeitsplatzverlust. A.a.O., S. 17 ff., zu entnehmen sind.

daß sie nicht rechtzeitig von dem bevorstehenden Kündigungsereignis informiert worden sind, in Oberhausen nur 25 %. (Der Rest macht jeweils keine Angabe.)

Rechtzeitig informiert glauben sich die meisten derjenigen Befragten (74 %), die länger als ein halbes Jahr vorher von der Stilllegung Kenntnis erhalten haben; von denen dagegen, die höchstens 3 Monate vorher Bescheid wußten, hält sich ein ähnlich großer Teil (69 %) für nicht rechtzeitig informiert. Eine allzu kurze Informationsfrist ist aber wiederum in Epe zu registrieren: Dort haben 45 % maximal 3 Monate vorher die Information erhalten, 31 % erst in den letzten 1 - 4 Wochen. In Oberhausen wußten mehr als zwei Drittel länger als ein halbes Jahr vorher Bescheid.

Die Tatsache, daß die "Kohlenkrise" die Öffentlichkeit beschäftigte und auch zu zahlreichen staatlichen Maßnahmen führte, hat sich offenbar auch auf die Unternehmenspolitik gegenüber den vom Arbeitsplatzverlust bedrohten Arbeitnehmern ausgewirkt. Die Situation der vom gleichen Schicksal bedrohten Arbeitnehmer im ebenfalls krisenerschütterten, jedoch weniger öffentlich "kontrollierten" Textilbereich war offenbar ungünstiger, denn zur vorhandenen Unsicherheit (Kurzarbeit usw.) kam häufig bis zuletzt die Unklarheit über das weitere Schicksal des Betriebes und damit der eigenen Existenz.

Besonders häufig beklagen sich wegen unzureichender Information die Befragten mit besonders langer Betriebszugehörigkeit. Dies sind meist auch diejenigen mit höherem Alter (über 50 Jahre), die besonders große Schwierigkeiten bei der Beschaffung eines neuen Arbeitsplatzes zu erwarten haben.

Wie beurteilen die befragten Arbeitnehmer das Verhalten ihrer ehemaligen Unternehmensleitung? Ein Drittel meint an beiden Orten, sie habe sich "anständig" verhalten, allerdings sind in Epe doppelt so viele wie in Oberhausen der Meinung, die Firmenleitung sei "rücksichtslos" gewesen (29 % bzw. 15 %). (Die übrigen meinen jeweils, die Firmenleitung habe sich so verhalten, wie es ihre Pflicht war.) Und zwar nennen 4 von 10 derjenigen Befragten die Firma rücksichtslos, die sich nicht rechtzeitig informiert glauben, während von den rechtzeitig Informierten nur einer aus 10 diese Antwort gibt.

Das Bild der Befragten über ihre ehemaligen Arbeitgeber wird vervollständigt durch die folgenden Aussagen: 43 % in Oberhausen und sogar 57 % in Epe sind der Ansicht, daß es nicht zur Betriebsstillegung hätte kommen müssen, wenn "eine tüchtige Unternehmensführung" dagewesen wäre! Hier wird deutlich, wie sehr die vom Arbeitsplatzverlust betroffenen Personen einen für sie "greifbaren" Schuldigen an der ungünstigen Entwicklung vor Augen haben. Denn diese Antwort ist die bei weitem häufigste auf eine Frage nach den vermuteten Ursachen für die Stilllegungen.¹⁾ Eine weitere, die Unternehmer aber eher in ihrer Gesamtheit betreffende Aussage zeigt die gesellschaftskritische Einstellung

1) Text der Frage: "Es gibt sicherlich unterschiedliche Meinungen darüber, wie es zu der Betriebsstillegung kommen konnte. Wir haben auf dieser Karte einige Äußerungen zusammengestellt. Bitte geben Sie uns alle Punkte an, die auch nach Ihrer Meinung bei der Stilllegung eine Rolle gespielt haben." Vorgegebene Antwortkategorien.

der ehemaligen Zechenangehörigen: 59 % von ihnen, gegenüber 26 % in Epe, verurteilen das "Profitdenken" der Unternehmer. Von allen Befragten sind demgegenüber nur 5 % der Meinung, die Unternehmensführung habe wirklich alles getan, was sie in der kritischen Situation tun konnte.

Ein Bild von der Verteilung der Äußerungen zu der Schuldfrage gibt die Tabelle 1.

Tabelle 1: Ursachen der Betriebsstillegung
(Nach Sachgruppen)

	%	OB %	Epe %
Eine tüchtige Unternehmensführung hätte es nicht soweit kommen lassen	50	43	57
Die Unternehmer denken nur an ihren eigenen Profit	43	59	26
Außerdem: Die Unternehmensführung hat alles getan, was sie konnte	5	6	4
Die Regierung kümmert sich nicht genug um die Lage der Arbeiter	27	25	28
Ein starker Mann in Bonn hätte das verhindert	22	29	15
Ausländische Produkte überschwemmen den Markt	25	26	24
Die Gastarbeiter nehmen den Einheimischen die Arbeitsplätze weg	16	11	22
Unsere Wirtschaft ist zu sehr von ausländischem Kapital abhängig	13	20	4
Die Gewerkschaften lassen sich von den Unternehmern zu viel gefallen	15	17	13
Die Arbeiter haben nicht genug zusammengehalten	9	14	4
(Mehrfachnennungen)	225	250	197
N =	444	234	210

3. Demographische Kennzeichnung der Lebenslage der betroffenen Arbeitnehmer

3.1 Altersstruktur

Ohne auf die Problematik der Generationseinteilungen und der altersspezifischen Eigenarten eingehen zu wollen, soll hier im Hinblick auf das Ziel dieser Arbeit lediglich die besondere Relevanz der Variablen "Alter" festgehalten werden: Wir können davon ausgehen, daß das Kriterium Alter eine Determinante für soziales Verhalten und Verhaltensabweichungen ist. (Gruppen unterschiedlichen Alters weichen in ihrem Verhalten eher voneinander ab als Gruppen gleichen Alters. Mit zunehmendem Alter verringert sich die Fähigkeit, sich an veränderte soziale Verhältnisse adäquat anzupassen.)¹⁾

Die von uns untersuchte Gruppe ist altersmäßig heterogen. Im Vergleich zum Altersaufbau aller Erwerbstätigen in der Bundesrepublik²⁾ sind die jüngeren Jahrgänge (bis 30) unter- und die mittleren Jahrgänge (zwischen 30 und 50) überrepräsentiert.

1) Vgl. hierzu B. Buchhofer, J. Friedrichs und H. Lüdtkke: Alter, Generationsdynamik und soziale Differenzierung. In: KZfSS, 22. Jg. (1970), S. 300 ff. - W. Bernsdorf: Artikel "Generation". In: Wb. der Soziologie, Hrsg. W. Bernsdorf, 2. Aufl., Stuttgart 1969, S. 340 ff. - S. N. Eisenstadt: Von Generation zu Generation. Altersgruppen und Sozialstruktur. München 1966.

2) Vgl. Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 1969, S. 124.

Tabelle 2: Alter der Befragten

	%	OB %	Epe %
Bis 20 Jahre	3	3	3
21 - 30 Jahre	15	10	21
31 - 40 Jahre	28	36	19
41 - 50 Jahre	28	35	21
51 - 60 Jahre	15	12	19
61 Jahre und älter	11	5	18
	100	101	101
N =	444	234	210

Die beiden Teilgruppen unterscheiden sich ihrerseits erheblich voneinander: In Oberhausen dominieren eindeutig die mittleren Altersgruppen,¹⁾ in Epe sind dagegen mehr jüngere, aber auch erheblich mehr ältere Befragte vertreten.²⁾

Während die Oberhausener Stichprobe fast zu 100 % aus Männern besteht (nur 4 Frauen), ist genau ein Viertel der Befragten in Epe weiblichen Geschlechts. Die Frauen gehören überwiegend den jüngeren Jahrgängen an. (Der Anteil der Frauen an der Gesamtheit der Befragten beträgt 13 %.)

- 1) Dieser Altersaufbau der ehemaligen Zechenangehörigen aus Oberhausen entspricht annähernd dem Altersaufbau aller Arbeiter im Ruhrbergbau Mitte 1969. Vgl. Statistik der Kohlenwirtschaft e.V.: Zahlen zur Kohlenwirtschaft, Heft 85. Essen Sept. 1969, S. 51.
- 2) Den 37 % der über 50jährigen Befragten aus Epe stehen im Bundesdurchschnitt rund 25 % aller Erwerbstätigen gegenüber.

Ein besonderes Charakteristikum der ehemaligen Beschäftigten des Eper Textilwerkes ist ihre im Durchschnitt sehr lange Ansässigkeit am Wohnort: Vier Fünftel von ihnen wohnen seit mehr als 20 Jahren in Epe, über die Hälfte wohnt schon seit mehr als 30 Jahren hier. Von den ehemaligen Zechenbeschäftigten wohnt gut ein Drittel länger als 20 Jahre in Oberhausen, jeder zweite ist in den letzten 10 bis 20 Jahren zugezogen, 12 % haben ihren jetzigen Wohnungsort erst seit 1967 (das sind die Personen, meist Facharbeiter, die nach Verlassen der Zeche an einem anderen Ort Arbeit und Wohnung gefunden haben).¹⁾

3.2 Berufliche Verhältnisse

Die meisten der Befragten hatten dem alten Betrieb sehr lange angehört, drei Viertel länger als 10 Jahre, 15 % sogar länger als 25 Jahre. In Epe finden sich, analog der dortigen Altersgruppierung, die meisten Personen mit langer, aber auch etwa gleich große Gruppen mit mittlerer und kürzerer Betriebszugehörigkeit. In Oberhausen blickt der überwiegende Teil der Befragten auf eine 10 - 25jährige Tätigkeit innerhalb der Zechenbelegschaft zurück.

Zum Zeitpunkt der Interviews ist über ein Viertel der Befragten nicht oder nicht mehr berufstätig. 12 %, davon die meisten in Epe, sind jetzt Rentner. Von diesen hat nur ein Drittel

1) Während alle 210 ehemaligen Beschäftigten des Textilwerkes an ihrem Wohnort in Epe interviewt werden konnten, mußten 30 der 234 Interviews mit den ehemaligen Zechenangehörigen in Orten außerhalb von Oberhausen durchgeführt werden.

das "normale" Rentenalter von 65 Jahren erreicht. Zwei von drei Rentnern haben - größtenteils weil für sie kein neuer Arbeitsplatz zu finden war - vorzeitig aus dem Erwerbsleben ausscheiden müssen. Das ist mit spürbaren Einkommenseinbußen (gegenüber einem Arbeitslohn, aber auch gegenüber der vollen Rente) verbunden, darüber hinaus mit psychischen und sozialen Schwierigkeiten.

Tabelle 3: Berufliche Selbsteinordnung
("Berufskreis")

	%	OB %	Epe %
Ungelernter Arbeiter	13	14	13
Angelernter Arbeiter	28	29	27
Facharbeiter	22	25	19
Vorarbeiter, Meister	4	3	5
Angestellter	6	6	5
Nicht mehr berufstätig	5	1	8
Rentner	12	5	20
Arbeitslos	6	11	2
In Ausbildung, Umschulung	4	6	1
Keine Angabe	0	0	0
	100	100	100
N =	444	234	210

6 % der Befragten, meist Oberhausener, sind zur Zeit der Interviews arbeitslos; in Oberhausen liegt der Zeitpunkt der Betriebsschließung noch nicht sehr weit zurück. Fast zwei Drittel der Arbeitslosen sind älter als 50 Jahre, die Hälfte ist über 55 Jahre alt.

Bei den Personen, die "nicht mehr berufstätig" sind, handelt es sich größtenteils um Frauen aus Epe, die einer Teilzeitbeschäftigung nachgegangen waren und die weder rentenberechtigt sind noch als arbeitslos geführt werden. Ein weiterer Teil der Befragten (4 %) befindet sich "in Ausbildung"; es handelt sich dabei überwiegend um Oberhausener zwischen 30 und 50 Jahren, die Umschulungskurse besuchen. Die Umschüler sind weitgehend identisch mit denen, die bereits über eine bessere Schulbildung (meist Realschulabschluß) verfügen.¹⁾

Drei von vier Befragten sind wieder berufstätig, jeder Zehnte davon ist eine Frau. Nur 10 % der Berufstätigen sind als Angestellte oder als Vorarbeiter bzw. Meister tätig.

Die Übrigen sind Arbeiter, von denen sich ein Drittel als Facharbeiter bezeichnet (obwohl nur jeder zweite davon eine Lehre gemacht hat). Die angelernten Arbeiter (von denen die meisten in einer vergleichsweise kurzen Anlernzeit auf ihre Tätigkeit vorbereitet worden sind) bilden die größte Gruppe. Die Übergänge zwischen Facharbeitern und angelernten Arbeitern ist fließend; qualifizierte Arbeitskräfte mit langer Berufserfahrung, die "nur" angelernt worden sind, bezeichnen sich teils als Facharbeiter und teils nicht.²⁾ Im folgenden sollen die beiden Gruppen

-
- 1) Eine Realschule haben 5 % aller Befragten, fast ausschließlich Oberhausener, besucht; die übrigen haben die Volksschule besucht.
 - 2) Im Textilbereich sind verschiedene Berufe gar nicht als Lehrberufe eingerichtet. Daran mag es liegen, daß in Epe 37 % der "Facharbeiter" sagten, sie seien angelernt, in Oberhausen dagegen nur 15 %.

trotz der genannten Einschränkungen getrennt geführt werden, um dadurch die in der Zuordnung zu einer der beiden Kategorien enthaltene berufliche Selbsteinordnung der Befragten für die Untersuchung nutzbar zu machen.

Der Anteil der ungelernten Arbeiter ist bei den über 50jährigen besonders groß, der Anteil der Facharbeiter besonders niedrig. Ohne Ausbildung für ihren jetzigen Beruf sind 44 % der Befragten über 50 Jahre, jedoch nur 17 % der bis 30jährigen. Je höher das Alter, um so schwieriger ist es offenbar, den Arbeitskräften nach Verlust des angestammten Arbeitsplatzes eine ihren Kenntnissen und ihrer Ausbildung entsprechende Tätigkeit zu vermitteln; für die älteren ist die Wahrscheinlichkeit besonders groß, daß ihre beruflichen Kenntnisse obsolet oder unzureichend werden. Zugleich ist es für ältere Arbeitnehmer wegen ihrer oft begrenzten Anpassungsfähigkeit schwieriger, eine neue, den veränderten Verhältnissen entsprechende Berufsausbildung zu erhalten.¹⁾

1) Über die Situation älterer Arbeitnehmer in Nordrhein-Westfalen liegen aus jüngerer Zeit zwei empirische Untersuchungen vor: Paul Kaser (Ältere Arbeitnehmer in der Industrie Nordrhein-Westfalens. Köln-Opladen 1966) untersuchte mit Hilfe von Interviews die "Einstellungen und Verhaltensweisen (der älteren Arbeitnehmer) innerhalb und außerhalb des Betriebes" in verschiedenen Industriezweigen. Dabei werden neben allgemeinen Angaben über Familiensituation, Ausbildung usw., nicht zuletzt auch über Alter und Gesundheit, hauptsächlich Fragen der Berufstätigkeit, der Arbeitssituation, der zwischenmenschlichen Kontakte und vor allem der Einstellung zur Altersgrenze behandelt. - Diese Untersuchung wird in einigen Punkten ergänzt und weitergeführt durch die Arbeit von Wilfried Viebahn: Wiedereingliederung älterer Arbeitsloser in die Wirtschaft Nordrhein-Westfalens. Verv. Manuskript (Arbeits- und Sozialminister des Landes NRW). Düsseldorf 1969.

3.3. Haushalt und Einkommen

85 % aller Befragten bezeichnen sich als Haushaltsvorstand (in Oberhausen 94 %, in Epe 76 %).¹⁾

Die Haushalte der Befragten umfassen durchschnittlich 4 Personen (in Oberhausen zeigt sich ein Schwergewicht bei 3 - 4 Personen, in Epe eine gleichmäßigere Verteilung auf Haushalte mit 2 - 7 Personen).

Entscheidend für den Stand der Lebenshaltung einer Person ist nicht so sehr ihr persönliches Einkommen, sondern das Gesamteinkommen des Haushalts (in Beziehung zur Zahl der Haushaltsmitglieder).²⁾ Denn an die "Kaufsumme" (d. h. Nettoeinkommen der Haushaltsmitglieder abzüglich Sparsumme)³⁾ müssen die Bedürfnisse der einzelnen Haushaltsmitglieder angepaßt

-
- 1) Es ist nicht geprüft worden, ob diese Angaben in jedem Einzelfall nach dem üblichen Sprachgebrauch (z. B. des Statistischen Bundesamtes) gerechtfertigt sind. Es kommt hier ausschließlich darauf an, Auskünfte über die Haushalte der Befragten zu erhalten. Deshalb werden die Antworten aller "Haushaltsvorstände" berücksichtigt.
 - 2) Vgl. F. Fürstenberg: Die Sozialstruktur der Bundesrepublik Deutschland. Köln-Opladen 1967, S. 119. - S. Münke: Die mobile Gesellschaft. Einführung in die Sozialstruktur der BRD. Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz 1967, S. 160 f.
 - 3) Vgl. M. Nicolas: Artikel "Lebenshaltung und Lebensstandard". In: Wb. der Soziologie. 2. Aufl., Hrsg. W. Bernsdorf, Stuttgart 1969, S. 625.

werden. (Aus der Anpassung der Bedürfnisstruktur an die Kaufsumme ergibt sich die "Verbrauchsstruktur" des Haushalts.)¹⁾

Auch Gerhard Weisser, der für Lebenslagenuntersuchungen fordert, daß dabei grundsätzlich von Einzelmenschen und Gruppen von Einzelmenschen ausgegangen wird,²⁾ gesteht zu, daß es gelegentlich zweckmäßig ist, unmittelbar von Familien und ihren Haushalten auszugehen.³⁾

Tabelle 4: Haushaltseinkommen
(monatlich netto)

	%	OB %	Epe %
Bis 500 DM	9	5	15
501 - 750 DM	22	15	32
751 - 900 DM	21	23	19
901 - 1200 DM	20	24	15
1201 - 1500 DM	16	19	11
Über 1500 DM	6	7	5
Keine Angabe	5	6	4
	99	99	101
N (Haush.-Vorst.) =	378	219	159

1) Ebd.

2) Siehe oben, Teil 1, Kap. 3.3.

3) Vgl. G. Weisser: Einige Grundbegriffe der Sozialpolitiklehre. A.a.O., S. 11. -
Ders.: Einige deskriptive Angaben über die Lebenslage der sozial Schwachen. A.a.O., S. 21.

Die Tabelle 4 zeigt, daß im Durchschnitt jeweils ein Fünftel der Haushalte¹⁾ zur Einkommensgruppe über 1200 DM netto und den drei darunter liegenden Einkommensgruppen gehört; knapp ein Zehntel der Haushalte hat monatlich maximal 500 DM netto zur Verfügung. Die Durchschnittseinkommen der Haushalte nehmen mit wachsender Haushaltsgröße zu, allerdings nur bis zum 4-Personen-Haushalt; während die Einkommen dieser Haushalte noch die Größenordnung der Durchschnittseinkommen aller "4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalte" der Bundesrepublik erreichen,²⁾ bleiben die Einkommen der größeren Haushalte mit 5 und mehr Personen im Durchschnitt auf diesem Niveau stehen. Die meisten dieser Haushalte, die überwiegend zu Epe gehören, dürften damit unter dem Betrag bleiben, der nach dem allgemeinen Urteil in der Gesell-

1) Fragen zum Haushalt wurden nur von Haushaltungsvorständen erhoben.

2) 1968 hatte ein 4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalt im Durchschnitt 1.042,- DM monatlich zur Verfügung. Vgl. Wirtschaft und Statistik, Heft 7, 1969.

schaft als notwendiges Mindest-Soll für den Lebensunterhalt ("soziales Existenzminimum") angesehen wird.¹⁾ Dies gilt allerdings auch für einen erheblichen Teil der anderen Haushalte, wie sich bei einem Vergleich der verschiedenen Einkommenslagen mit dem jeweiligen Durchschnittseinkommen²⁾ zeigt:

-
- 1) Da das soziale bzw. konventionelle Existenzminimum nicht exakt definiert ist, läßt sich auch ein entsprechender Einkommensbetrag nur schwer fixieren (vgl. hierzu auch die Bemerkungen der Sozialenquôte-Kommission in ihrem Bericht: Soziale Sicherung in der Bundesrepublik Deutschland. Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz, o. J., S. 121). - Gerhard Scherhorn hat in einem Gutachten (Die Belastbarkeit der Haushalte mit Wohnkosten unter Berücksichtigung wohnungs- und sozialpolitischer Zielsetzungen. Verv. Manuskript, Hamburg 1970) versucht, ein dem sozialen Existenzminimum entsprechendes Mindest-Nettoeinkommen für verschiedene Haushaltsgrößen festzustellen (Ebd., S. 25 ff.). Er stützt sich dabei auf die Auskünfte von Budget-Beraterinnen der Verbraucherzentralen aus 50 Städten; deren Angaben werden kritisch überprüft und um bestimmte Zuschläge ergänzt, außerdem werden die Unterschiede zwischen "jungen" und "alten" Haushalten nach Möglichkeit eliminiert. Scherhorn kommt so im Jahre 1970 - also nur kurze Zeit nach unserer Erhebung - zu folgenden Vorschlägen für die Mindestnettoeinkommen (Bruttoeinkommen nach Abzug der Steuern und gesetzlichen Versicherungen, zuzüglich etwaiger Transferzahlungen): für den Haushalt mit einer Person 438,- DM, für 2 Personen 653,- DM, für 3 Personen 844,- DM, für 4 Personen 1020,- DM, für 5 Personen 1175,- DM (S. 32). Der Faktor Ortsgröße spielte bei der Ermittlung des Existenzminimums keine Rolle.
- 2) Näherungsweise errechnet durch Gegenüberstellung der Angaben über Haushaltsgröße und Netto-Haushaltseinkommen.

Von den Haushalten mit 1 - 2 Personen (Durchschnittseinkommen ca. 695,- DM) haben 30 % ein Haushaltseinkommen von maximal 500,- DM, von den Haushalten mit 3 Personen (Durchschnittseinkommen ca. 885,- DM) haben 33 % ein Haushaltseinkommen von maximal 750,- DM, von den Haushalten mit 4 Personen (Durchschnittseinkommen ca. 1020,- DM) haben 43 % ein Haushaltseinkommen von maximal 900,- DM, von den Haushalten mit 5 und mehr Personen (Durchschnittseinkommen ca. 1030,- DM) haben 40 % ein Haushaltseinkommen von maximal 900,- DM.

Besonders ungünstig ist die Einkommensstruktur der Befragungsgruppe aus Epe; dort hat fast die Hälfte der Haushalte höchstens ein Einkommen von 750,- DM im Monat zur Verfügung. Besser ist die finanzielle Lage der Oberhausener Haushalte, von denen drei Viertel über ein monatliches Nettoeinkommen von mehr als 750,- DM verfügen, die Hälfte sogar über mehr als 900,- DM. (Entsprechend ist die Situation bei den persönlichen Einkommen der Befragten: In Epe 74 % mit maximal 750,- DM und nur 18 % mit mehr als 750,- DM monatlich, in Oberhausen 39 % mit maximal 750,- DM und 59 % mit höherem Einkommen.)

Zwei Drittel der Haushaltsvorstände müssen (im Durchschnitt zwei) Kinder ohne abgeschlossene Berufsausbildung versorgen.

Die Hälfte aller Befragten gehört einem Haushalt mit einem Erwerbstätigen an, 40 % einem Haushalt mit 2 oder mehr Erwerbstätigen, andererseits 10 % einem Haushalt ohne Erwerbs-

einkommen (Rentner, Arbeitslose oder Umschüler ohne einen berufstätigen Angehörigen). Von den verheirateten Männern der Stichprobe (Drei Viertel aller Befragten) geben 15 % an, daß ihre Ehefrauen berufstätig seien; ein Drittel davon hat die Berufstätigkeit 1967 oder 1968 aufgenommen, also im (zeitlichen) Zusammenhang mit der Betriebsstillegung.

Hinsichtlich der Wohnsituation unterscheiden sich die beiden Hauptgruppen der Untersuchung wieder sehr stark: Während 65 % der Eper Haushaltungsvorstände über Wohnungseigentum verfügen, gilt dies in Oberhausen nur für 16 %, die übrigen wohnen zur Miete.¹⁾ Die in Epe zu zahlenden Mieten liegen im Schnitt spürbar unter denen der Oberhausener.

Persönliches Wohlbefinden und soziale Einstufung eines Menschen und seiner Familie sind abhängig von der Ausstattung des Haushalts mit Gütern des täglichen und vor allem des längerfristigen Bedarfs. In ihrer Ausstattung mit längerlebigen Gebrauchsgegenständen unterscheiden sich die befragten Haushalte nur unwesentlich von der anderer Arbeitnehmerhaushalte in der Bundesrepublik.²⁾

Vor allem in Oberhausen ist für zahlreiche Gegenstände (Gas- bzw. Elektroherde, Fernsehgeräte, Staubsauger, Kühlschränke) eine annähernde Sättigung der Haushalte (95 %) festzustellen;

1) Bundesdurchschnitt: 34 % aller "Wohnparteien" sind Wohnungseigentümer. Vgl. Wirtschaft und Statistik. Heft 5, 1970, S. 231.

2) Einzelheiten hierzu siehe K. B. Hillen: Arbeitnehmer nach einem Arbeitsplatzverlust. A.a.O., S. 90 ff.

aber auch bei Waschautomaten (74 %) und z. B. elektrischen Küchenmaschinen (48 %) oder kleineren Geräten wie elektrischen Kaffeemühlen (85 %) wird ein auch im Vergleich zur Gesamtbevölkerung hoher Ausstattungsgrad sichtbar. Der Versorgungsstand der Eper Haushalte mit den genannten Geräten ist durchweg etwas niedriger, jedoch ist der Nachholbedarf hier nicht mehr allzu groß. Charakteristisch für ländliche Haushalte sind die zahlreichen Tiefkühltruhen (51 % in Epe gegenüber 6 % in Oberhausen). Während in beiden Gruppen etwa drei von vier Haushalten über ein Bad verfügen, besteht hinsichtlich des Komforts der Wohnungsausstattung noch ein gewisses Gefälle: In Oberhausen gehören Wohnzimmerschrank, großer Teppich und Klubmöbel für drei Viertel der Haushalte zur Einrichtung, in Epe nur für die Hälfte der Haushalte.

Ein eigenes Auto (Pkw) besitzen 36 % der Haushalte; allerdings sind auch hier die Oberhausener mit 46 % deutlich im Vorteil (Epe 22 %). Die Auto-Besitzer sind überwiegend Facharbeiter, Angestellte und Umschüler.

Menge und Art der Haushaltsausstattung ist selbstverständlich stark abhängig von der Höhe des Haushaltseinkommens. Jedoch zeigt sich auch in einer zunehmenden Haushaltsgröße eine gewisse Barriere; am besten ausgerüstet sind die mittelgroßen Haushalte mit 3 oder 4 Personen.

Zur weiteren Charakterisierung der Situation der Befragten werden noch folgende Angaben gemacht: Jeder Zweite von ihnen verfügt in irgendeiner Form über Ersparnisse: Rund ein Drit-

tel über maximal 1.000,- DM, ein Drittel über 1.000,- bis 3.500,- DM und ein weiteres Drittel über mehr als 3.500,- DM. In Oberhausen ist die Zahl der Sparer wie auch die durchschnittliche Höhe der Ersparnisse größer.

In den letzten 5 Jahren hat von allen Befragten jeder zweite nicht ein einziges Mal einen längeren Urlaub (von mindestens 2 Wochen) gemacht, in Epe gilt das für 73 %, in Oberhausen nur für 30 %. Regelmäßig in Urlaub gefahren sind fast nur Oberhausener (20 %, in Epe 2 %).

Auf vereinsgebundene Geselligkeit wird in beiden Stichproben weitgehend verzichtet. Nur wenige Befragte gehören einem Sportklub oder einem anderen Verein an. Lediglich die Mitgliedschaft in Gewerkschaften ist von Bedeutung: 64 % gehören in Oberhausen und 55 % in Epe einer Gewerkschaft an.

4. Veränderungen im Bereich der Einkommenserzielung

"Das Dasein eines Menschen wird in unserer Gesellschaft entscheidend durch jenen Komplex von Tätigkeiten und damit verbundenen Pflichten und Rechten mitgeprägt, den man als Beruf, Berufsposition oder Berufsrolle bezeichnet."¹⁾
Für die meisten Menschen bedeutet die Berufstätigkeit

1. als kontinuierliche Versorgungs- und Erwerbschance: Ökonomische Grundlage ihres Daseins,
2. durch Bereitstellung von Fähigkeiten und Fertigkeiten für von der Gesellschaft geforderte Leistungen: Bindeglied zwischen Individuum und Gesellschaft,
3. durch Bereitstellung der finanziellen Basis sowie sozial-relevanter Indikatoren (Berufsposition): Wichtige Determinante einer gesellschaftlichen Position und gesellschaftlichen Ansehens.²⁾

Berufstätigkeit vermittelt den Menschen das Gefühl, als nützliche Mitglieder in die Gesell-

-
- 1) K. M. Bolte, K. Aschenbrenner, R. Kreckel und R. Schultz-Wild: Beruf und Gesellschaft in Deutschland. Opladen 1970, S. 7. - Vgl. auch W. Arnold und R. Bergler: Psychologische Gründe der Arbeitslosigkeit älterer Angestellter. Lüneburg, o. J. (1956).
 - 2) Vgl. A. Schwarzlose: Artikel "Beruf und Berufserziehung". In: Wb. der Soziologie. 2. Aufl., Hrsg. W. Bernsdorf. Stuttgart 1969, S. 98. - K. M. Bolte und Mitarb.: Beruf und Gesellschaft in Deutschland. A.a.O., S. 236 ff.

schaft eingeordnet zu sein.¹⁾ Eine durch äußere Umstände erzwungene entscheidende Veränderung der mit der Berufstätigkeit verbundenen Umstände stellt einen schwerwiegenden Eingriff in die Lebenslage der betroffenen Menschen dar. Das gilt erst recht dann, wenn die Veränderung vor dem Hintergrund bereits bestehender gesamtwirtschaftlicher Unsicherheit eintritt, zumal wenn sie - wie teilweise im konkreten Fall - ohne ausreichende Vorbereitung hereinbricht.

Die Auswirkungen des durch die Betriebsschließung erzwungenen Arbeitsplatzverlustes werden zunächst an den unmittelbaren Folgen offenbar: Arbeitslosigkeit und Wechsel zu einem anderen Betrieb. Hierauf wird nun zuerst eingegangen. Danach wird die Umstellung auf die neue Tätigkeit behandelt und die veränderte berufliche Situation beleuchtet. Es folgt eine Betrachtung der sozialen Position der Befragten sowie eine Analyse möglicher Veränderungen. Die Auswirkungen auf das Einkommen werden am Schluß des Kapitels untersucht.

4.1 Arbeitslosigkeit

Die Betriebsschließungen in Epe und Oberhausen haben für eine große Anzahl der Betriebsangehörigen Arbeitslosigkeit zur Folge. Von den Personen unserer Stichprobe werden im Zusammenhang mit der Stilllegung ihres Betriebes (d. h. entwe-

1) K. M. Bolte und Mitarb.: Beruf und Gesellschaft in Deutschland. A.a.O., S. 237. - G. Weisser: Grundsätze der Verteilungspolitik. A.a.O., S. 111.

der unmittelbar im Anschluß an ihr Ausscheiden oder nach einer vorübergehenden Zwischenbeschäftigung) 31 % arbeitslos: in Epe 27 %, in Oberhausen 35 %.

Tabelle 5: Arbeitslosigkeit

	%	OB %	Epe %
Insgesamt	31	35	27
Davon sind mittler- weile: x)			
Wieder berufstätig	13	19	7
Rentner	12	5	18
Noch arbeitslos	6	11	2
N =	444	234	210

x) d. h. zur Zeit der Befragung

Zwei Fünftel dieser Personen sind inzwischen wieder berufstätig. Zwei Fünftel sind jetzt Rentner (die meisten in Epe, wo die Stilllegung länger zurückliegt und wo viele Betroffene nach einjähriger Arbeitslosigkeit vorgezogenes Altersruhegeld beziehen). Ein Fünftel, überwiegend Oberhausener, ist noch arbeitslos.

Überproportional von der Arbeitslosigkeit betroffen sind ältere Befragte. Während im Zusammenhang mit den Stilllegungen von den bis zu 30jährigen nur 14 % arbeitslos wurden, war die Arbeitslosenquote bei den über 50jährigen dreimal so hoch (45 %). Auch von den noch Arbeitslosen sind zwei Drittel über 50 Jahre alt. Hiermit wird die Erfahrung bestätigt, daß ältere Arbeitnehmer

(insbes. Männer) weit häufiger als jüngere von Arbeitslosigkeit bedroht sind; außerdem sind sie durchweg länger arbeitslos als die Jüngeren.¹⁾ Im Geschäftsbericht 1970 des zur Vermögensverwertung weitergeführten Zechenunternehmens in Oberhausen steht z. B., daß von allen Betriebsangehörigen im April 1969 noch 130 arbeitslos sind und daß bei diesen "wegen fortgeschrittenen Alters oder verminderter Einsatzfähigkeit die Vermittlung schwierig ist". Als "ältere" Arbeitnehmer müssen in diesem Zusammenhang bereits Personen über 45 Jahre gelten, weil bereits von diesem Alter ab, vor allem bei der Arbeitsvermittlung, altersbedingte Schwierigkeiten auftreten.²⁾

Als Gründe für die größere Gefährdung älterer Arbeitnehmer durch Arbeitslosigkeit können genannt werden: Persönlich bedingte Faktoren wie geringere Leistungsfähigkeit, geringeres Anpassungs- und Umstellungsvermögen, stärkere Krankheitsanfälligkeit; außerdem gesellschaftlich bedingte Faktoren wie höheres Risiko der Arbeitgeber bei Einstellung Älterer, höhere Personalkosten bei altersbezogener Lohnstruktur, Vorurteile im Hinblick auf eine generell verminderte Leistungsfähigkeit Älterer.³⁾

-
- 1) Vgl. hierzu: M. Hofbauer, L. Schuster, W. Dadzio: Die Arbeitsuchenden in der Bundesrepublik Deutschland im Frühjahr 1968. In: Mitteilungen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung Erlangen. Nr. 4 (1968), S. 182 ff. - H. Hofbauer, U. Bintig, W. Dadzio: Materialien zur Arbeitslosigkeit älterer Arbeitnehmer in der Bundesrepublik Deutschland. In: Mitteilungen ... Nr. 5 (1968), S. 358 ff.
 - 2) H. Hofbauer u. a.: Materialien ... (Nr. 5, 1968), S. 386, S. 361.
 - 3) H. Hofbauer u. a.: Materialien ... (Nr. 5, 1968), S. 357 f. - Dort auch Literaturhinweise.

Auch in der vorliegenden Untersuchung sind vor allem ungelernte Kräfte arbeitslos; ungelernt wiederum sind am häufigsten die Älteren.¹⁾

Arbeitslosigkeit traf Haushaltungsvorstände mit unterstützungsbedürftigen Kindern genauso wie Kinderlose. (Von den 39 Haushaltungsvorständen mit 2 oder mehr Kindern, für die das zutrifft, war jeder zweite länger als 1/4 Jahr ohne Stelle.)

Von allen Betroffenen war (bzw. ist) über die Hälfte länger als 1/2 Jahr arbeitslos. Die durchschnittliche Arbeitslosigkeitsdauer war in Epe größer als in Oberhausen (in Oberhausen hatten 45 % nach spätestens 3 Monaten eine neue Stelle, in Epe erst 10 %).

Arbeitslosigkeit, vor allem wenn sie länger dauert, zieht zwangsläufig eine Veränderung des Lebensrhythmus, und damit des gesamten Lebensstils nach sich. Es werden Fragen der Freizeitgestaltung relevant, auf die die Menschen nicht vorbereitet sind; hinzu kommen psychische Verunsicherungen von Personen, die ihre gewohnte Funktion nicht mehr ausüben können: Hilflosigkeit, Abhängigkeit, Überflüssigkeit, Tätigkeitslosigkeit werden persönlich genauso unangenehm empfunden wie finanzielle Sorgen.²⁾

1) Vgl. H. Hofbauer u. a.: Die Arbeitsuchenden ... (Nr. 4, 1968), S. 197.

2) E. W. Bakke: (The Unemployed Man. New York 1934) hat sich bereits in der Weltwirtschaftskrise eingehend mit diesen Problemen der Arbeitslosigkeit befaßt. - Vgl. außerdem u. a. M. Jahoda, P. F. Lazarsfeld und H. Zeisel: Die Arbeitslosen von Marienthal. (Leipzig 1933.) 2., unveränd. Aufl., Allensbach-Bonn 1960.

Bei den Antworten auf unsere Frage nach der Betätigung während der Arbeitslosigkeit, auf die wir durchschnittlich zwei Antworten erhalten,¹⁾ fällt auf, daß jeder Befragte mindestens eine Tätigkeit nennt, die "produktiv" oder doch nach seiner Vermutung positiv sanktioniert ist: Jeder Dritte hat sich ständig um eine neue Stelle bemüht; jeder Zweite sagt, er habe am Haus bzw. an der Wohnung gearbeitet; jeder Dritte hat "im Haushalt geholfen"; jeder Vierte hat sich "mehr (als sonst) um die Kinder gekümmert". Außerdem haben 14 % (allerdings fast nur Oberhausener) "etwas für die Weiterbildung getan". 17 % geben dann an, daß sie sich stärker ihrem Hobby gewidmet haben; 22 %, daß sie sich erholt haben und 15 %, daß sie viel geschlafen haben. Sich "ziemlich gelangweilt" zu haben, geben nur 6 % der Befragten zu.

4.2 Umstellung auf neue Betriebe und Arbeitsplätze

Allgemein wird in den Sozialwissenschaften "die Bewegung von Personen aus einer Position in eine andere innerhalb jeder möglichen Gliederung der Gesellschaft (oder eines sozialen Gebildes überhaupt)" als Mobilität bezeichnet.²⁾ Wie viele andere Arbeitnehmer wird auch der größte Teil der Untersuchungsgruppe während

1) 10 mögliche Antworten sind im Fragebogen vorgegeben.

2) K. M. Bolte: Artikel "Mobilität". In: Fischer-Lexikon Bd. 10, Soziologie. Hrsg. R. König. Frankfurt/M. 1967, S. 224.

der Rezession 1966/67 erstmalig mit Problemen der Mobilität konfrontiert. Sie werden zu räumlicher Veränderung gezwungen, zur Anpassung an neue Gegebenheiten (Arbeitsplätze) und sehr häufig zur Wahrnehmung neuer Funktionen (Aufgaben, Tätigkeiten).¹⁾

Mehr als drei Viertel derjenigen Eperaner (78 %), die wieder zur Arbeit gehen, sind erneut in einem Textilbetrieb beschäftigt. Der Rest verteilt sich auf zahlreiche andere Branchen. Dieses Resultat ist zugleich charakteristisch für die immer noch einseitige Branchenstruktur im westlichen Münsterland.

Von den Oberhausenern arbeitet zwar auch knapp die Hälfte der wieder Berufstätigen im Montanbereich, von diesen allerdings nur jeder Dritte (16 %) im Bergbau, die übrigen in der Eisen- und Stahlindustrie (31 %). Die andere Hälfte

1) Vgl. hierzu: H. Dederling, K. Gülden, H. J. Harhoff: Die Mobilität der Arbeitnehmer bei Betriebsstillegungen. Teil A: Theoretische Grundlagen. RKW-Projekt A 56. (Als Manuskript gedruckt.) Frankfurt/M. 1970. (Die Fragestellung konzentriert sich auf Auswirkungen im Bereich der Einkommenserzielung: Fallstudie 1 und 2 = Stillgelegter Betrieb aus dem Stahlbau bzw. aus der eisenschaffenden Industrie.) - F. Landwehrmann: Das Ruhrrevier - Sein sozialer Hintergrund. (Textband.) Essen 1970, insbes. S. 65 ff. - L. Schuster: Die Mobilität der Arbeitnehmer - Eine vergleichende Analyse von vier Erhebungen. In: Mitteilungen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung Erlangen. Nr. 7 (1969), S. 521 ff. - K. Krahn: Mobilitätsorientierung und Fluktuationsbereitschaft. Eine empirisch-soziologische Untersuchung in einem Hüttenwerk. Berlin 1971.

der Oberhausener hat in zahlreichen weiteren Branchen einen Arbeitsplatz gefunden, der größte Teil allerdings in zwei seinerzeit expansiven Wirtschaftszweigen: der Chemischen Industrie (16 %) und der Bauindustrie (12 %). Personen, die wieder in der alten Branche, Textilindustrie bzw. Bergbau, arbeiten, sind seltener als andere arbeitslos gewesen. Es handelt sich in diesen Fällen überwiegend um gut ausgebildete Fachkräfte (Facharbeiter, Vorarbeiter, Angelernte), für die am ehesten die Chance bestand, auf dem Arbeitsmarkt einer Nachfrage zu begegnen.

Eine gewisse, begrenzte Entfernung zwischen Wohnung und Beschäftigungsbetrieb muß von jedem Erwerbstätigen akzeptiert werden. Wird jedoch dieser Abstand in einem spürbaren Maße überschritten, so ergibt sich eine "wichtige Beeinträchtigung" der Lebenslage.¹⁾ Der erzwungene Arbeitsplatzwechsel hatte für zahlreiche Personen eine derartige Beeinträchtigung zur Folge. Vier von fünf (berufstätigen) Befragten müssen heute einen weiteren Weg zum Arbeitsplatz zurücklegen, für 63 % ist die Entfernung sogar "viel weiter" geworden. Dies gilt für Oberhausener genau so wie für Eperaner, von denen die meisten zu einem Textilbetrieb in einen Nachbarort fahren müssen.

Auch wenn ein objektiver Maßstab zur exakten Entfernungsmessung fehlt, werden aus dieser Feststellung die mit dem neuen Arbeitsplatz verbundenen erhöhten Unannehmlichkeiten und damit die Lageverschlechterungen deutlich.

1) Vgl. G. Weisser: Einige Grundbegriffe der Sozialpolitiklehre. A.a.O., S. 6.

Subjektive Faktoren sind dafür, wie die Menschen ihre Lage unter den veränderten betrieblichen Bedingungen beurteilen, von großer Bedeutung. Auch die Frage, wie die Präferenzen auf den alten und den jetzigen Betrieb verteilt werden (d. h. wo gefiel bzw. gefällt es den Befragten besser?), kann hier Aufschlüsse bringen.

14 %, in Epe mehr als in Oberhausen, sehen keinen Unterschied. Jeweils gut zwei Fünftel erklären jedoch, es habe ihnen im alten Betrieb besser gefallen (41 %) bzw. es gefalle ihnen im jetzigen Betrieb besser (43 %). Dabei ist bemerkenswert, daß Zufriedenheit mit dem neuen Betrieb vor allem dann geäußert wird, wenn die Befragten in einen anderen als den bislang gewohnten Wirtschaftszweig abgewandert sind; Personen dagegen, die in der gewohnten Branche (Textilindustrie, Bergbau) auf einen anderen Betrieb übergewechselt sind, geben in ihrer Mehrzahl dem alten, stillgelegten Betrieb den Vorzug. Dies gilt gerade auch für die Befragten aus Epe, obwohl vor allem dort das Verhalten der ehemaligen Firmenleitung Anlaß zur Unzufriedenheit gegeben hatte. (Die Mehrheit derjenigen - meist Eperaner -, die zuvor eine unzureichende Informationspolitik bemängeln, äußern nun trotzdem eine Präferenz für den alten Betrieb.) Dieses Verhalten ist ein Indiz dafür, daß diese Personen sich nun in einer verschlechterten beruflichen Situation glauben.

Außer den "branchentreuen" Personen geben besonders viele Ältere über 50 Jahre und auch viele ungelernte Arbeiter dem alten Betrieb

den Vorzug. Erlittene Arbeitslosigkeit reduziert dagegen stark die positiven Äußerungen für den alten Betrieb.

Von nachhaltiger Wirkung für die Situation der Arbeitnehmer, die ihren Stellenwechsel meist ohne größere Bedenkzeit und Wahlmöglichkeit vornehmen mußten, können die in einem neuen Betrieb erlebten Veränderungen vor allem dann sein, wenn dieser eine bis dahin ungewohnte Größe hat. Für rund die Hälfte der Oberhausener entspricht die Beschäftigtenzahl der neuen Betriebe der von der Zeche gewohnten Größenordnung, ein Drittel arbeitet allerdings in zum Teil erheblich kleineren Betrieben. Etwa gleich viele Eperaner haben sich auf kleine Betriebe (einschließlich Kleinstbetriebe) umstellen müssen, ein Drittel ist wieder in Betrieben der von ihrer alten Firma gewohnten mittleren Größenordnung, ein Drittel arbeitet jetzt in einem Großbetrieb mit über 1000 Beschäftigten.

Alle Befragten unserer Stichprobe haben während des gesamten Berufslebens (die Stilllegungsfolgen mit einbezogen) im Durchschnitt je etwa 2,5 mal die Arbeitsplätze gewechselt.

Von den wieder Berufstätigen hat jeder Sechste im Zusammenhang mit der Stilllegung den Arbeitsplatz öfter als einmal gewechselt, d. h. die Arbeit im jetzigen Betrieb erst nach einer Zwischenstation aufgenommen. Wichtigster Grund dafür ist die Tatsache, daß nur 41 % auf der ersten Arbeitsstelle nach dem Ausscheiden aus dem stillgelegten Betrieb die Möglichkeit hatten,

weiter ihren alten Beruf auszuüben. (Drei Viertel derjenigen, die dann die Stelle noch einmal gewechselt haben, hatten eine solche Möglichkeit auf der ersten neuen Stelle nicht.)

Die Einweisung in die neue Tätigkeit erhielt der größte Teil der Befragten direkt am Arbeitsplatz. 12 % aller Befragten erhielten (erhalten zum Teil noch zur Zeit der Befragung) eine Vorbereitung durch Umschulungskurse; es sind meist Oberhausener.

(Personen mit abgeschlossener Umschulung beziehen überdurchschnittlich hohe Einkommen; mehr als die Hälfte von ihnen kommt auf über 900,- DM monatlich, von den übrigen Befragten nur jeder zehnte. Von den Berufstätigen mit Umschulung geben zwei Drittel und damit erheblich mehr als von den übrigen an, im jetzigen Betrieb gefalle es ihnen besser als in dem stillgelegten.)

In welchem Maße die Befragten durch die wirtschaftliche Entwicklung dem Zwang zu beruflicher Veränderung unterworfen sind, wird einmal daran deutlich, daß mehr als die Hälfte der Berufstätigen seit dem Ausscheiden aus dem stillgelegten Betrieb nicht mehr im alten Beruf arbeiten kann; zum anderen an der Tatsache, daß 59 % der Berufstätigen vor dem jetzt ausgeübten einmal einen anderen Beruf gelernt haben (Lehre oder Anlernzeit). Das gilt für alle beruflichen Kategorien, von den ungelernten Arbeitern haben sogar 71 % einmal eine Berufsausbildung (für eine andere als die jetzige Tätigkeit) gehabt. Lediglich die Facharbeiter

bilden hier eine Ausnahme, denn sie sind in ihrer Mehrzahl (56 % gegenüber 34 % der anderen Gruppen) noch in dem ursprünglich erlernten Beruf tätig.

Die Facharbeiter hatten auch die wenigsten Schwierigkeiten, sich auf die Tätigkeit am neuen Arbeitsplatz umzustellen. Ähnliches gilt für die Personen, die wieder in ihrer alten Branche arbeiten. Insgesamt geben 37 % der Befragten an, die größte Schwierigkeit bei der Umstellung am neuen Arbeitsplatz habe im Erlernen der Tätigkeit bestanden; vor allem Personen, die jetzt in kleinen Betrieben und der chemischen Industrie arbeiten, machen diese Angabe. 17 % hatten die meisten Schwierigkeiten damit, Kontakt zu den neuen Kollegen, 8 % damit, eine Einstellung zu den Vorgesetzten zu finden; hier treten wiederum die Befragten aus kleineren Betrieben hervor, außerdem diejenigen, die wieder in der alten Branche tätig sind.

Nach den bisherigen Feststellungen ist es interessant zu erfahren, wie die befragten Arbeitnehmer 1 - 2 Jahre nach dem erzwungenen Stellenwechsel ihre neue Arbeitsplatzsituation einschätzen. An beiden Untersuchungsorten ist mit jeweils 7 von 10 Befragten (69 %) eine klare Mehrheit der Meinung, sie sei bei ihrer augenblicklichen Arbeit unter Berücksichtigung von Ausbildung und Erfahrung "richtig eingesetzt". Nur 22 % der Befragten sind gegenteiliger Meinung, 9 % wissen keine Antwort auf die Frage.

Dieses wegen der vielen positiven Antworten etwas überraschende Ergebnis muß unter der in der Frage enthaltenen Einschränkung (auf berufliche Ausbildung und Erfahrung) gesehen werden; die Befragten müssen versuchen, objektive Kriterien in ihre Antworten einzubeziehen. Es sind dann auch die von der zurückliegenden Entwicklung besonders benachteiligten Personen, die sich besonders häufig am Arbeitsplatz nicht richtig eingesetzt glauben: Personen, die im Anschluß an den Arbeitsplatzverlust nicht wieder im alten Beruf arbeiten konnten (32 %), ungelernte Arbeiter (31 %).

4.3 Beurteilung der beruflichen Lage

Weitergehende Aufschlüsse über die berufliche Lageeinschätzung der Befragten sind ihren Äußerungen über die "Arbeitszufriedenheit" zu entnehmen. Der Tenor der Antworten ist wiederum eindeutig und entspricht der vorausgezeigten Tendenz: 75 % aller Befragten sind "mit ihrer jetzigen Arbeit im großen und ganzen zufrieden", nur 23 % würden "lieber eine andere Arbeit ausüben". (Konsequenterweise gehört die Mehrzahl derer, die sich am jetzigen Arbeitsplatz nicht richtig eingesetzt glauben, zur Gruppe der Unzufriedenen, die lieber eine andere Arbeit hätten.)

Bei der Behandlung des Problems der Arbeitszufriedenheit (bzw. Arbeitsfreude), über das

in der Literatur zahlreiche Abhandlungen vorliegen, sind wir uns der Strittigkeit der Problemstellung wie auch der Begriffsbildung bewußt.¹⁾

Tabelle 6: Arbeitszufriedenheit

	%	OB %	Epe %
Mit Arbeit zufrieden	75	79	71
Lieber andere Arbeit	23	18	28
Keine Angabe	2	3	1
	100	100	100
N (Berufstätige) =	325	180	145

Wir unterstellen, daß die Menschen mit bestimmten Grunderwartungen an ihre Arbeit herangehen, deren Realisierung sich in der "relativ allgemeinen Erfahrung" (von Ferber) der Arbeitszufriedenheit (Arbeitsfreude) ausdrückt; Arbeitszufriedenheit beeinflußt das Verhalten und die Lage der Menschen (z. B. den Leistungswillen und die soziale Stellung) und stellt insofern ein wichtiges Element des "sozialen Wohlbefin-

1) Vgl. hierzu vor allem C. v. Ferber: Arbeitsfreude. Wirklichkeit und Ideologie. Stuttgart 1959, S. 1 ff. Von Ferber weist auf die vielfache Verwendung der Begriffe in mehr oder weniger umfassender Bedeutung hin, wobei in den meisten Fällen eine Definition nicht vorliegt.

dens" dar.¹⁾ Das ergibt sich aus der "Bedeutung der Berufsarbeit jenseits der Sicherung des elementaren Lebensunterhalts".²⁾

Der bei unserer Befragung festgestellte sehr hohe Prozentsatz derjenigen, die mit ihrer Arbeit "im großen und ganzen" zufrieden sind, könnte als Indiz für eine gesellschaftliche Situation gedeutet werden, in der die Einstellung zu Arbeit und Arbeitsplatz (anders als das Verhältnis zum Lohn) nur wenig problematisch, weil "weitgehend habitualisiert" ist.³⁾ Man kann aber auch, wie Fürstenberg in einer Studie mit vergleichbaren Ergebnissen, das hohe Maß der Arbeitszufriedenheit so interpretieren, daß die Mehrzahl der befragten Arbeitnehmer "sich nicht nur mit den Arbeitsgegebenheiten abgefunden hat, sondern sie auch positiv bewertet".⁴⁾

-
- 1) Vgl. C. v. Ferber: Arbeitsfreude. A.a.O., S. 16 f., S. 21. - Ders.: Artikel "Arbeitsfreude". In: Wb. der Soziologie. 2. Aufl., Hrsg. W. Bernsdorf. Stuttgart 1969, S. 45. - T. Hahn: Arbeitsfreude - Eine soziologische Studie. In: Soziologische und psychologische Erfahrungen aus Forschung und Praxis. Hrsg. G. Müller. Berlin 1965, S. 77. - R. Stollberg: Arbeitszufriedenheit - Theoretische und praktische Probleme. Berlin 1968, S. 11.
 - 2) C. v. Ferber: Artikel "Arbeitsfreude". A.a.O., S. 45. - Vgl. auch R. Darendorf: Industrie- und Betriebssoziologie. Berlin 1962, S. 113 ff. - Vgl. außerdem die differenzierten Darlegungen zu diesem Thema in H. Kern und M. Schumann: Industriearbeit und Arbeiterbewußtsein. I. A.a.O., S. 31 ff. (Literaturdiskussion), S. 183 ff. (Forschungsergebnisse).
 - 3) C. v. Ferber: Arbeitsfreude. A.a.O., S. 3. V. Ferber unterstreicht "die Divergenz von Lohn- und Arbeitszufriedenheit, wie sie einige neuere Erhebungen zeigen". Ebd., S. 2. - Vgl. H. Kern und M. Schumann: Industriearbeit und Arbeiterbewußtsein. I. A.a.O., S. 184.
 - 4) F. Fürstenberg: Die Soziallage der Chemiewerker. A.a.O., S. 204.

Obwohl vermutlich gewisse unreflektierte, auf verbreitete Wertvorstellung zurückgehende Einflüsse bei den Äußerungen eine Rolle spielen, scheint uns doch die Annahme gerechtfertigt, daß in den Antworten eine echte "Entscheidung" der Befragten enthalten ist. Das vor allem deshalb, weil durch den erlebten Arbeitsplatzverlust das kritische Urteilsvermögen der Befragten geschärft worden ist; außerdem gibt die allen Befragten gemeinsame Kenntnis mehrerer Arbeitsstellen in jedem Einzelfall konkrete Möglichkeiten zur Unterscheidung.

Überdurchschnittlich viele qualifizierte Arbeitskräfte sowie Personen, die sich am Arbeitsplatz richtig eingesetzt glauben, sind mit der neuen Arbeit zufrieden. Demgegenüber äußern überdurchschnittlich viele ungelernte Arbeiter, Personen mit niedrigem Einkommen, und vor allem die, die sich nicht richtig eingesetzt glauben, sie würden gern eine andere Arbeit ausüben.

Für die insgesamt sehr hohe Zufriedenheitsquote ist sicher noch ein weiterer Gesichtspunkt ausschlaggebend: Die Genugtuung über die wiedergewonnene (relative) Sicherheit des Arbeitsplatzes. Denn auch sehr viele ungelernte Arbeiter (61 %), von denen der größte Teil seinen alten Beruf nicht mehr ausüben kann, und viele Personen (67 %), deren Einkommen sich nach der Stilllegung verringert hat,¹⁾ äußern eine positive Einstellung zum jetzigen Arbeitsplatz.

1) Einzelheiten zur Einkommensentwicklung werden im späteren Kapitel 4.5 behandelt.

Die Bereitschaft der Befragten zur Differenzierung wird daran deutlich, daß bei Gegenüberstellung der Betriebe die für den jetzigen Betrieb geäußerte Präferenz erheblich seltener ist als die Zufriedenheit mit dem Arbeitsplatz. Ein großer Teil (30 %) derjenigen, die sich auf Grund der unabänderlichen Gegebenheiten mit ihrer jetzigen Arbeit zufrieden äußern, würden doch - vor die Alternative gestellt - den alten Betrieb bevorzugen (vor allem viele, die eine neue Stelle in der alten Branche haben).

Bei einem Vergleich ihres beruflichen Schicksals mit dem ihrer ehemaligen Kollegen aus dem stillgelegten Betrieb meinen 15 % der befragten Berufstätigen, es sei ihnen schlechter gegangen; rund zwei Fünftel (41 %) meinen, es sei ihnen genauso gegangen, und zwei Fünftel (38 %) glauben, es sei ihnen besser ergangen als den ehemaligen Kollegen. Es besteht eine starke Korrelation zwischen der Meinung von Befragten, es sei ihnen besser ergangen einerseits und positiven Äußerungen über Arbeitszufriedenheit, richtigen Einsatz am Arbeitsplatz sowie Präferenz für den jetzigen Betrieb andererseits. Ältere Befragte über 50 Jahre geben nur selten an, es sei ihnen besser (18 %) oder schlechter (9 %) gegangen, sie meinten überwiegend (71 %), es sei ihnen genauso gegangen wie ihren Kollegen.

Es soll nun untersucht werden, welches Bild die befragten Arbeitnehmer von ihrer neuen beruflichen Situation haben. Die meisten Menschen hegen nicht nur bestimmte Erwartungen in bezug auf den Arbeitsplatz, sondern auch Zielvorstellungen in bezug auf ihre berufliche Entwicklung.

Das Maß, in dem eine Verwirklichung dieser Vorstellungen bereits geschehen ist, noch erstrebt wird oder aufgegeben werden mußte, ist ein wichtiges Kennzeichen jeder Lebenslage. Wie die Untersuchungspersonen selbst ihre berufliche Situation unter diesem Aspekt beurteilen, soll die Frage klären, ob sie der Meinung sind, bisher ihre Berufsziele realisiert zu haben.¹⁾

Tabelle 7: Beruf: Vorgenommenes erreicht?

	%	OB %	Epe %
Ja	29	23	36
Nein	67	71	61
Keine Angabe	5	6	3
	101	100	100
N (Berufstätige) =	325	180	145

Genau zwei Drittel der Befragten, die nach der Betriebsschließung wieder einen Beruf ausüben, geben an, beruflich bisher nicht erreicht zu haben, was sie sich vorgenommen hatten. Die Antwort fällt besonders häufig in Oberhausen.

1) Text der Frage: "Wenn Sie einmal betrachten, wie weit Sie beruflich bisher gekommen sind: Haben Sie das erreicht, was Sie sich vorgenommen hatten, oder haben Sie das noch nicht erreicht?" (In dieser allgemeinen Form sollen die zum Teil schwer erfaßbaren Einzelkriterien zusammengefaßt werden, um dadurch die Artikulierung einer offenen oder latenten Meinung zu ermöglichen.)

Erwartungsgemäß wird die Feststellung, berufliche Ziele bisher nicht erreicht zu haben, besonders oft von denen getroffen, die sich am Arbeitsplatz nicht richtig eingesetzt glauben und von denen, die lieber eine andere als die jetzige Arbeit ausüben würden; folgerichtig ist auch bei den ungelernten Arbeitern der Prozentsatz dieser Antworten überproportional hoch. Zu dieser von der beruflichen Entwicklung benachteiligten Gruppe tritt eine andere: Von den Beziehern hoher Einkommen über 900,- DM (Oberhausen!) sowie von den jüngeren Befragten unter 30 geben jeweils drei Viertel an, beruflich Vorgenommenes noch nicht erreicht zu haben. Während sich die Aussagen z. B. der ungelernten Arbeiter durchweg auf die jetzige Lage beziehen, dürften in den Antworten der Jüngeren Zukunftserwartungen enthalten sein: Gesteckte Ziele wurden wegen der Stilllegung zunächst aufgeschoben, sind aber nicht aufgegeben.

Im Kontext dazu müssen die Antworten der älteren Befragten gesehen werden, von denen ein überdurchschnittlich großer Teil angibt, die beruflichen Ziele erreicht zu haben. Hierzu dürften viele gehören, die, entsprechend den veränderten Chancen, ihre Erwartungen reduziert haben. Vorgenommene Berufsziele erreicht zu haben, geben außerdem besonders viele Textilbeschäftigte aus Epe an sowie die Angehörigen der beiden niedrigen Einkommensgruppen (bis 750,- DM), die ebenfalls in Epe überwiegen. Auch hier könnte die positiv erscheinende Antwort Ausdruck einer gewissen Resignation sein, genährt aus der Einsicht, sich bereits

am Ende der beruflichen Laufbahn zu befinden. (Ähnliche Aussagen finden sich auch in anderen Untersuchungen. Renate Wald stellt z. B. fest, daß viele (auch jüngere) von ihr befragte Arbeiter eines Textilwerkes glaubten, "daß der Höhepunkt der beruflichen Laufbahn nach Ansehen und Einkommen schon erreicht war".¹⁾)

Eine der wichtigsten Fragen nach dem erzwungenen Arbeitsplatzwechsel ist die nach den jetzt bestehenden Aussichten, beruflich vorwärtszukommen.

Tabelle 8: Aufstiegschancen

		OB %	Epe %
Größer	25	26	23
Gleich	43	37	50
Geringer	29	33	24
Keine Angabe	3	3	3
	100	99	100
N (Berufstätige) =	325	180	145

43 % der Befragten nehmen an, daß ihre Chancen vorwärtszukommen, unter den jetzigen Bedingungen die gleichen sind wie unter den Bedingungen des stillgelegten Betriebes. Unveränderte Chancen

1) R. Wald: Industriearbeiter privat. A.a.O., S. 84. - Vgl. hierzu auch R. F. Hamilton: Einkommen und Klassenstruktur. A.a.O., S. 280 f.

sehen in erster Linie diejenigen, die wieder in einem Unternehmen der alten Branche tätig sind (Epe!), eine Verbesserung wird von diesen Befragten fast gar nicht gesehen.

Für einen von vier Befragten sind die Aussichten besser geworden. Es sind in der Mehrzahl Personen, die für die jetzige Tätigkeit eine besondere Ausbildung (Fachschule, Kurse, Umschulung) haben, auch ein großer Teil der obersten Einkommensgruppe gehört dazu. Ein Drittel der Befragten bis 40 Jahre stellt eine Verbesserung der Chancen fest, von den älteren über 50 nur 7 %; die meisten älteren (58 %) sehen ihre berufliche Lage unverändert.

Für 29 % haben sich die Aufstiegschancen verringert. Die bei weitem ungünstigsten Erwartungen (40 %) sind bei den Personen zu verzeichnen, die bei der Stilllegung arbeitslos geworden sind, insbesondere wenn sie länger als 3 Monate arbeitslos waren (43 %); hierzu gehören in erster Linie die jetzt in der Stahlindustrie und beim Bau tätigen ungelernten Arbeiter.

Zur realistischen Einschätzung der beruflichen Situation gehört schließlich der Aspekt der Mobilität. Wird erwartet, daß ein Wechsel des Arbeitsplatzes oder auch des Berufes im Laufe des zukünftigen Berufslebens noch einmal notwendig wird?¹⁾ An beiden Orten gibt jeder Zehnte keine Antwort auf diese Frage. Während 44 % einen erneuten Wechsel für wahrscheinlich halten, äußern mit 47 % etwa genauso viele die gegenteilige Erwartung.

1) Text der Frage: "Halten Sie es für wahrscheinlich, daß Sie vor Ihrer Pensionierung noch einmal den Arbeitsplatz oder den Beruf wechseln müssen?"

Vor allem in Epe ist der Anteil derer überraschend hoch (50 %), die damit rechnen, in Zukunft noch einmal den Arbeitsplatz oder den Beruf wechseln zu müssen. Hier wird Skepsis gegenüber der wirtschaftlichen Entwicklung insbesondere in der dominierenden Textilindustrie sichtbar. (Die Erwartung unfreiwilliger Mobilität ist am höchsten bei den Eper Textilbeschäftigten.)

In Oberhausen, wo 84 % der Befragten nach der Zechenstillegung die Branche gewechselt haben, ist die Erwartung künftiger Mobilität geringer (40 %). Allerdings sind die Beschäftigten in der Stahlindustrie (fast ein Drittel der Oberhausener Berufstätigen) beinahe ebenso oft wie die Textilbeschäftigten aus Epe der Meinung, ein neuer Arbeitsplatz- oder Berufswechsel sei zu erwarten. In der Stahlindustrie arbeiten aber überdurchschnittlich viele, die ihr Berufsziel nicht erreichen konnten und die eine Verringerung der Aufstiegschancen festgestellt haben.

Der Wille zu beruflicher Verbesserung ist das andere Motiv für eine Bejahung erneuter Mobilität. (Es besteht eine Korrelation mit den verschiedenen Äußerungen über Unzufriedenheit hinsichtlich Arbeitsplatz und Berufsentwicklung.) Die enge Abhängigkeit dieser Einstellung vom Alter der Befragten stützt unsere Annahme: 66 % der Befragten bis 30 Jahre, aber nur 20 % der Befragten über 50 halten einen erneuten Stellenwechsel für wahrscheinlich.

4.4 Einschätzung der sozialen Position

Es wird nun versucht, die Position der Befragten in der sozialen Hierarchie sowie die darauf bezogenen Auswirkungen der erzwungenen Arbeitsplatzmobilität zu bestimmen.¹⁾

Wir bedienen uns dabei des Instruments der "Sozialen Selbsteinstufung" (SSE), das Gerhard Kleining und Harriet Moore entwickelt und eingehend auf Verlässlichkeit und Gültigkeit überprüft haben.²⁾ SSE dient als Instrument für die Messung sozialer Schichtung. Mit Hilfe von Berufssymbolen wird - unabhängig von anderen Faktoren - die Platzierung der Gesellschaftsmitglieder auf einer gedachten senkrechten Prestige-Achse erfaßt.³⁾ Beim Interview wählen die Befragten aus 9 Gruppen mit je 4 Berufen die Gruppe aus, die ihrem

-
- 1) Hinweis: Die Ergebnisse dieses Abschnitts werden hier zum ersten Mal vorgetragen, sie sind nicht in dem Untersuchungsbericht "Arbeitnehmer nach einem Arbeitsplatzverlust", a.a.O., enthalten.
 - 2) G. Kleining und H. Moore: Soziale Selbsteinschätzung (SSE). In: KzfSS, 20. Jg. (1968), S. 502 ff. - Vgl. auch G. Kleining: Struktur- und Prestigemobilität in der Bundesrepublik Deutschland. In: KzfSS, 23. Jg. (1971), S. 1 ff.
 - 3) Man geht davon aus, daß der Beruf der am besten diskriminierende Einzelindikator für sozialen Status ist (G. Kleining und H. Moore. Soziale Selbsteinstufung [SSE]. A.a.O., S. 511). Ein Platz in der Gesellschaftshierarchie "ist ein der Berufsposition zugeschriebener, nicht dem Beruf objektiv eigener Wert"; Prestige-Ordnungen von Berufen zeichnen sich durch große Stabilität aus (G. Kleining: Struktur- und Prestigemobilität in der BRD. A.a.O., S. 21, S. 5 ff.).

eigenen Beruf am ähnlichsten ist; sie stufen sich damit selbst in eine bestimmte Position in der Gesellschaftshierarchie ein.¹⁾

Wir haben zunächst um die Einordnung des jetzigen Berufes gebeten und danach um die des Berufes bei der stillgelegten Firma. Die Aufeinanderfolge der beiden Fragen hat einige Befragte überfordert, die Verweigerungs-Quote ist beim zweiten Schritt sehr hoch (14 %). Das wird leider zu gewissen Verzerrungen bei der Gegenüberstellung der beiden Einstufungsbilder führen. Auch die erste Frage nach der Einstufung des jetzigen Berufes weist einige Angabeverweigerungen auf, durch die der Ausgewert der Resultate jedoch nur begrenzt geschmälert wird.²⁾

Von den im System von Kleining und Moore vorgesehenen 7 Schichten sind in unserer Stichprobe die beiden obersten (Oberschicht und Obere Mittelschicht) nicht vertreten. Die folgende Tabelle zeigt die durch Selbsteinstufung erfolgte Aufteilung in Mittlere Mittelschicht (MM), Untere Mittelschicht (UM), Obere Unterschicht (OU), Untere Unterschicht (UU) und Sozial Verachtete (SV). Untere Mittelschicht

-
- 1) Text der Frage: "Hier habe ich eine Karte mit Berufen. Lesen Sie sich diese Karte doch bitte einmal durch und sagen Sie mir: Welche Gruppe enthält die Berufe, die Ihrem jetzigen Beruf am ähnlichsten sind, ich meine am ähnlichsten im Sinne der Tätigkeit, des Ansehens, der Bezahlung, der Verantwortung usw."
 - 2) Eine Korrektur der Verweigerungen durch Nachbefragung oder andere methodische Mittel (z. B. Fremdeinstufung) war im Rahmen des Gesamtprojektes leider nicht möglich.

und Obere Unterschicht sind zusätzlich getrennt in einen "industriellen" (i) und einen "nicht-industriellen" (ni) Teil.¹⁾

Tabelle 9: Soziale Selbsteinstufung

	Position vor der Stilllegung	Jetzige Position		
	%	%	OB %	Epe %
MM	2	3	4	1
UM i	16	15	15	14
UM ni	5	9	6	12
OU i	28	31	34	27
OU ni	7	6	7	4
UU	18	22	25	19
SV	10	9	5	15
Keine Angabe	14	6	5	8
	100	101	101	100
N (Berufstätige) = 325		325	180	145

Ein Viertel der Befragten ordnet sich ("Jetzige Position") der Mittelschicht zu, und zwar mit wenigen Ausnahmen der Unteren Mittelschicht; ihr Anteil ist in Oberhausen (25 %) und in Epe (27 %) annähernd gleich groß. Der Schwerpunkt liegt mit 37 % bei der Oberen Unterschicht, allerdings mit einem Übergewicht der Oberhausener. Knapp ein

1) Dadurch sollen die Personen getrennt werden, "die sich entweder mehr industrieller oder mehr nicht-industrieller Tätigkeit verbunden fühlen". G. Kleining und H. Moore: Soziale Selbsteinstufung (SSE). A.a.O., S. 518.

Drittel der Befragten stuft sich tiefer ein, dabei fällt besonders der hohe Anteil der "Sozial Verachteten" unter den Eperanern auf.¹⁾

Eine Gegenüberstellung der jetzigen Gruppierung mit der aus dem stillgelegten Betrieb (Tabelle 9) gibt wegen der relativ hohen Quote der Angabeverweigerungen bei der zweiten Frage keine exakt schlüssige Auskunft darüber, ob sich zwischen den Schichten Gewichtsverlagerungen ergeben haben. Gewisse Aufschlüsse über Einzelentwicklungen lassen sich jedoch gewinnen, wenn man die jetzigen Schichten einzeln auffächert nach den Ausgangsschichten (Position vor der Stillegung), vgl. Tabelle 10.

Dann können die Befragten, von denen eine Angabe über die jetzige Position vorliegt (94 % = 306), im Hinblick auf die Entwicklung ihrer sozialen Position seit Ausscheiden aus dem stillgelegten Betrieb folgendermaßen unterteilt werden:

Stabile	64 %
Aufwärtsmobile	16 %
Abwärtsmobile	12 %
Keine Angabe	8 %.

(Von den Mobilien hat sich jeweils ein Drittel um mehr als eine Stufe nach oben bzw. nach unten verändert.)

Die Zahlen lassen eine beträchtliche soziale Mobilität innerhalb der Untersuchungsgruppe erkennen! Durch die möglichen Aussagen der Angabenverweigerer könnte dieses Ergebnis modifiziert werden, an der Feststellung einer starken sozialen Mobilität würde sich grundsätzlich nichts ändern.

1) Gastarbeiter, die nach G. Kleining (A.a.O., S. 22) im heutigen Schichtsystem der Bundesrepublik zum großen Teil "Sozial Verachtete" sind, gehören nicht zu unserer Stichprobe.

Den 16 % der Aufwärtsmobilen, also derjenigen, deren soziale Position jetzt eine oder mehrere Stufen über ihrer Position vor der Stilllegung liegt, stehen 12 % Abwärtsmobile gegenüber; da die Zahl der Angabeverweigerungen in den beiden untersten Schichten (UU und SV, jetzige Position) besonders hoch ist, kann vermutet werden, daß die Quote der Abwärtsmobilität einige Punkte höher liegt und dem Umfang der Aufwärtsmobilität entspricht.

Während sich für etwa zwei Drittel die soziale Position nicht verändert hat, halten sich bei den übrigen Befragten Aufstieg und Abstieg ungefähr die Waage; sie fallen auch bei einer Gegenüberstellung der Schichtungsbilder der beiden Zeitpunkte (Tab. 9) wegen des rechnerischen Ausgleichseffekts kaum ins Gewicht. Gerade unter sozialpolitischem Aspekt ist aber eine Detailbetrachtung erforderlich, die sich vor allem den Absteigern widmen muß; sozialer Abstieg kann mit materiellen Härten und mit schwerer psychischer Not verbunden sein. (Die Erhebung zu diesem Problem ist beschränkt auf die Befragten, die wieder berufstätig sind. Würde die gesamte Stichprobe einbezogen, so erhöhte sich die Zahl der sozialen Absteiger! Denn es darf unterstellt werden, daß in vielen Fällen Arbeitslosigkeit und auch vorzeitiger Ruhestand als sozialer Abstieg aufgefaßt werden.)

Jeder Schicht gehörten etwa zwei Drittel der Schichtangehörigen auch schon vor der Betriebs-schließung an, mit Ausnahme der Unteren Unterschicht (UU), wo das nur für die Hälfte gilt. Bei letzteren ist der Anteil der Absteiger,

auch über zwei Stufen, besonders hoch. Die meisten Aufsteiger befinden sich jetzt in der Unteren Mittelschicht (UM) und der Oberen Unterschicht (OU).

Tabelle 10: Einstufung der jetzigen und der früheren Position

SSE (Pos.vor der Stilllegung)	SSE (jetzige Position)				
	MM %	UM %	OU %	UU %	SV %
MM	<u>70</u>	-	1	-	-
UM	20	<u>67</u>	6	17	3
OU	-	16	<u>72</u>	14	-
UU	-	7	10	<u>49</u>	21
SV	-	4	7	6	<u>62</u>
Keine Angabe	10	7	4	14	14
	100	101	100	100	100
N =	10	75	121	71	29

Wie die Gruppen verschiedener Mobilität ihre jetzige Berufssituation beurteilen, geht aus folgenden Sätzen hervor. Während für mehr als die Hälfte der sozial Stabilen die Aufstiegschancen unverändert geblieben sind, haben sie sich für je ein Drittel (und damit für jeweils überdurchschnittlich viele) Aufwärtsmobile erhöht bzw. verringert. Von den Absteigern ist jeder Zweite (Durchschnitt: 29 %) der Meinung, die beruflichen Chancen seien seit der Stilllegung gesunken! Gleichzeitig nehmen aber auch überdurchschnittlich viele Absteiger an, ein erneuter Berufs- oder Arbeitsplatzwechsel sei nicht wahrscheinlich; die Mehrzahl der Aufsteiger dagegen erwartet für sich einen weiteren Wechsel.

Betrachtet man die Meinung aller Befragten zur Möglichkeit eines erneuten Stellenwechsels, so sieht man, daß ein erneuter Wechsel um so seltener erwartet wird, je höher die soziale Position ist. (Ausnahme: Die Untere Unterschicht, in der ebenfalls nur relativ wenige einen neuen Wechsel erwarten; zu dieser Schicht gehören besonders viele Absteiger.)

Welche Relation zwischen den sozialen Positionen der Befragten und den von ihnen angegebenen "Berufskreisen"¹⁾ besteht, zeigt die nächste Tabelle.

Tabelle 11: Berufliche und soziale Einstufung

SSE (jetzige Position)	Jetziger Beruf ("Berufskreis")				
	Ungel. Arb.	Angel. Arb.	Fach- arb.	Vorarb./ Meister	Angest.
	%	%	%	%	%
MM	2	1	3	-	12
UM	14	18	18	43	65
OU	12	35	60	47	8
UU	34	29	11	12	4
SV	31	6	3	-	4
Keine Angabe	8	11	4	-	8
	101	100	99	102	101
N (Berufst.)=	59	124	98	16	26

1) G. Kleining (Struktur- und Prestigemobilität in der BRD. A.a.O., passim) verwendet diesen Terminus im Gegensatz zur "Berufsposition", die Gegenstand der SSE ist.

Ein deutlicher Zusammenhang zwischen Schichtzugehörigkeit und Berufskreis wird sichtbar. Zwei Drittel der ungelernten Arbeiter ordnen sich erwartungsgemäß den beiden untersten Schichten zu, die angelernten Arbeiter befinden sich eindeutig darüber, die Mehrzahl der Facharbeiter stuft sich als Obere Unterschicht ein, und drei Viertel der Angestellten ordnen sich der Mittelschicht zu. Allerdings dürfen einige bemerkenswerte Ausnahmen nicht übersehen werden, die kennzeichnend für die Unruhe und Unsicherheit innerhalb der Befragungsgruppe sind: mehr als ein Viertel der ungelernten Arbeiter ordnet sich (wahrscheinlich determiniert durch eine frühere Berufsposition) zum Teil erheblich über dem erwarteten Schichtniveau ein, ähnliches gilt für zahlreiche Angelernte; umgekehrt sind viele angelernte Arbeiter, Facharbeiter und Angestellte unter dem erwarteten sozialen Niveau zu finden. Hervorzuheben ist außerdem, daß zwischen den Einstufungen der Facharbeiter und der angelernten Arbeiter (die, wie weiter oben gezeigt, auf Grund ihrer Ausbildung häufig nicht klar zu trennen sind) graduelle Unterschiede bestehen: Facharbeiter ordnen sich im Durchschnitt sozial etwas höher ein.

Unbeschadet der Frage nach der Zuverlässigkeit der erfolgten sozialen Einstufung der Befragten: Für den Zweck unserer Arbeit sehr bedeutsam ist die Feststellung der Veränderungen, die die Befragten in ihrem eigenen Sozialprestige glauben konstatieren zu müssen, also wichtige Veränderungen der Lebenslagen, die durch noch so präzise andere Daten nicht ermittelt werden können.

4.5 Einkommensänderungen

Von allen Berufstätigen beziehen zum Zeitpunkt der Befragung 40 % einen höheren Lohn als zuletzt im stillgelegten Betrieb. Vor allem die Personen, die nach der Stilllegung wenigstens noch einmal die Stelle gewechselt haben, haben eine Verbesserung verbucht. Die Befragten aus Epe, deren Arbeitsplatzverlust weiter zurückliegt, konnten häufiger eine Möglichkeit zum erneuten Stellenwechsel bei gleichzeitiger Einkommensverbesserung nutzen.

Tabelle 12: Einkommen (im Vergleich zum stillgelegten Betrieb)

	%	OB %	Epe %
Höher	40	34	47
Gleich	25	22	30
Niedriger	34	43	23
Keine Angabe	1	1	1
	100	100	101
N (Berufstätige) =	325	180	145

Für ein Drittel der Befragten, überwiegend Oberhausener, haben sich die Bezüge in der Zwischenzeit verringert. Gerade dieses Ergebnis muß gesehen werden im Zusammenhang mit der wieder erheblich verbesserten allgemeinen Wirtschaftslage (Frühjahr 1969). Außerdem ist zu berücksichtigen, daß der Vergleichszeitraum kurz vor der Stilllegung

bereits durch ungünstige Einkommen (z. B. infolge Kurzarbeit oder Feierschichten) gekennzeichnet war.¹⁾

Ein Drittel der Berufstätigen hat durch Verringerung des Einkommens als Folge des Arbeitsplatzverlustes eine Verschlechterung der Lebenslage erfahren. Wir weisen auch an dieser Stelle auf die Arbeitslosen und die (vorzeitigen) Rentner hin, denen die mit der Betriebschließung verbundene Entlassung gleichfalls eine Verschlechterung der finanziellen Lage gebracht hat. (Unter Einschluß dieser Gruppe haben ein bis zwei Jahre nach den Stilllegungen rund 40 % aller Befragten Einkommenseinbußen zu verzeichnen!)

Eine Verringerung des Einkommens ist bei einer großen Zahl (44 %) derjenigen Berufstätigen festzustellen, die jetzt über ein relativ niedriges Einkommen von maximal 750,- DM verfügen. Niedrige Einkommen sind also zu einem beträchtlichen Teil eine unmittelbare Konsequenz des Arbeitsplatzverlustes. (Entsprechendes gilt umgekehrt für die Bezieher hoher Einkommen von mehr als 900,- DM, von denen nahezu zwei Drittel eine Einkommenserhöhung seit der Stilllegung angeben.)

Ein sehr hoher Prozentsatz negativer Einkommensentwicklungen ist bei den Angehörigen der beiden unteren Schichten zu verzeichnen, sowie bei un-

1) Da die Bergleute traditionell an der Spitze der Einkommenspyramide standen, konnten beim Übergang auf andere Berufe bzw. Branchen leicht Einkommensverluste auftreten. (Ein zusätzlicher, nicht zu unterschätzender Einkommensausfall ergab sich durch den Wegfall von Naturaleinkommen: Deputatkohle der Bergleute. Dieser Ausfall schlägt sich nicht in den genannten Zahlen nieder.)

gelernten Arbeitern, außerdem bei den Personen, die im Zusammenhang mit der Stilllegung arbeitslos waren (46 %).

Tabelle 13: Einkommen (netto monatlich)

	%	OB %	Epe %
Bis 500 DM	9	2	18
501 - 750 DM	43	31	57
751 - 900 DM	29	38	18
Über 900 DM	17	26	6
Keine Angabe	2	3	1
	100	100	100
N (Berufstätige) =	325	180	145

Die Tabelle zeigt das außerordentlich niedrige Einkommensniveau der Berufstätigen aus Epe.¹⁾ Drei Viertel der Eperaner haben ein monatliches Einkommen von maximal 750,- DM, in Oberhausen gilt das nur für ein Drittel. Diese Feststellung ist gerade deshalb bemerkenswert, weil beinahe die Hälfte der Befragten aus Epe angibt, seit der Stilllegung sogar noch eine Einkommenserhöhung erfahren zu haben.

(Von den Rentnern und Arbeitslosen der Stichprobe haben 90 % maximal 750,- DM monatlich zur Verfügung, 54 % höchstens 500,- DM monatlich.)

1) Auch die Haushaltseinkommen liegen in Epe erheblich unter denen in Oberhausen (vgl. Kap. 3.3).

Die Höhe der Einkommen ist abhängig vom angegebenen Beruf. Die ungelernten Arbeiter haben die niedrigsten, die Facharbeiter, Vorarbeiter und Angestellten die höchsten Einkommen. Auch die soziale Schichtung spiegelt sich in den Einkommen wider. Sozial Verachtete und Untere Unterschicht haben den größten Anteil an den Einkommen bis maximal 750,- DM, die Obere Unterschicht ist am stärksten vertreten in der Einkommensgruppe 750,- - 900,- DM, die Untere Mittelschicht in der obersten Einkommensgruppe. Angehörige der Unteren Mittelschicht, zu denen häufig soziale Aufsteiger gehören, finden sich aber relativ oft auch in den unteren Einkommensgruppen bis 750,- DM. Eine Erklärung dafür liegt darin, daß auch sehr viele soziale Aufsteiger wie die Absteiger eine Einkommensverringerung gegenüber dem stillgelegten Betrieb hingenommen haben. Nur sozial Stabile können überproportional Einkommensverbesserungen verzeichnen.

Der einer Person für persönliche Ausgaben zur Verfügung stehende Betrag ist vielleicht das Merkmal, an dem sie am unmittelbarsten eine Veränderung ihrer Lebenslage spürt. Ein Viertel aller Befragten kann seit der Stilllegung über ein erhöhtes Taschengeld verfügen, ein Drittel allerdings (überwiegend nicht mehr Berufstätige) über weniger. Vergleicht man bei den Berufstätigen die Entwicklung der Einkommen und der Privatbeträge, so zeigt sich, daß sich das Einkommen erheblich öfter nach oben oder nach unten gewandelt hat als das Taschengeld. Nur 25 % der Berufstätigen haben seit der Stilllegung ein unverändertes Einkommen,

48 % haben aber noch ein Taschengeld in der gewohnten Höhe (ein niedrigeres Taschengeld haben 24 %, ein niedrigeres Einkommen aber 34 %). Das bedeutet offenbar, daß Einkommensveränderungen in beiden Richtungen sich häufig nicht unmittelbar auf die Einkommensbezieher selbst auswirken, sondern vielfach zugunsten oder zuungunsten anderer Ausgabenträger, z. B. der Haushalte der Befragten.

5. Konsequenzen im Bereich der Einkommensverwendung

Zwischen der privaten und der beruflichen Sphäre der Menschen bestehen zahlreiche Wechselbeziehungen. Veränderungen in einem Bereich wirken sich zwangsläufig auf den anderen aus.¹⁾

Da in der Existenz sehr vieler Arbeitnehmer, insbesondere Arbeiter, der Haushalt und das Familienleben die zentrale Stelle einnehmen,²⁾ sollen nun die Betriebsschließungen und die damit verbundenen Arbeitsplatzverluste unter dem Aspekt ihrer Auswirkung auf die Einkommensverwendung, insbesondere im Rahmen der Haushalte der befragten Arbeitnehmer, betrachtet werden. Es werden einige Fragen der Zusammensetzung und Veränderung der Nachfrage nach Konsumgütern sowie der Spartätigkeit erörtert, außerdem Fragen der darauf bezogenen Einstellungen und Erwartungen.

Einkommenserzielung ist in den meisten Fällen die Voraussetzung des Konsums, der als "die Gesamtheit der gekauften und verzehrten Konsumgüter (Gebrauchsgüter, Verbrauchsgüter und Dienste)"³⁾ bezeichnet werden kann.

1) Vgl. F. Zweig: The Worker in an Affluent Society. Family Life and Industry. London-Melbourne-Toronto 1961, S. IX. - E. Zahn: Soziologie der Prosperität. München 1964, S. 45. - Vgl. G. Katona: Die Macht des Verbrauchers. Düsseldorf 1961. - Ders.: Der Massenkonsum. Eine Psychologie der neuen Käufer-schichten. Wien-Düsseldorf 1965. Katonas Haushaltsbegriff umfaßt den privaten und den beruflichen Bereich!

2) Vgl. R. Wald: Industriearbeiter privat. A.a.O., S. 55. - F. Zweig: The Worker in an Affluent Society. A.a.O., S. 205 ff.

3) G. Scherhorn: Artikel "Verbrauch, Verbraucher". In: Wb. der Soziologie, Hrsg. W. Bernsdorf. 2. Aufl., Stuttgart 1969, S. 1224.

Veränderungen der Einkommenshöhe wie auch der Umstände der Einkommenserzielung haben Folgen für den Verbrauch. Da der größte Teil des Verbrauchs in der "Bedarfsdeckungsgemeinschaft"¹⁾ der Haushalte (Familienhaushalte) getätigt wird,²⁾ müssen die Haushalte der Befragten in die Untersuchung einbezogen werden.

Durch die Zunahme des frei disponierbaren Teils der Einkommen in der Vergangenheit und die damit verbundene Möglichkeit zur Befriedigung solcher Bedürfnisse, die "nicht lebensnotwendig" sind, hat sich die Lebenslage auch der unteren Bevölkerungsschichten verbessert. Es handelt sich bei der gesteigerten Nachfrage, vor allem nach langlebigen Gebrauchsgütern, durchweg um Zusatzbedarfe, deren Realisierung oft ohne größere Schwierigkeit aufgeschoben werden kann. Veränderungen in den Motiven, Stimmungen und Erwartungen der Verbraucher wirken sich schnell in Form von Nachfrageschwankungen auf dem Gebrauchsgütermarkt aus.

Die Nachfrage der Verbraucher ist nicht nur abhängig von ihrem Einkommen, sondern ebenso von ihrem Kaufwillen.³⁾ Stimmungen, Meinungen und Erwartungen beeinflussen den Kaufwillen oder die

-
- 1) E. Egner: Studien über Haushalt und Verbrauch. A.a.O., S. 13.
 - 2) F. Fürstenberg: Wirtschaftssoziologie. Berlin 1961, S. 63 f. - H. Coordt: Die Ausgaben des privaten Haushalts im Lebenszyklus der Familie. Diss. Köln 1962, S. 212.
 - 3) Vgl. B. Biervert und B. Strümpel: Konjunkturprognosen aus Konsumentenstimmungen. In: Der Volkswirt, 23. Jg. (1969), Nr. 34, S. 28 ff. - E. Zahn: Soziologie der Prosperität. A.a.O., S. 45 ff. - G. Katona: Die Macht des Verbrauchers. Düsseldorf 1962.

Sparbereitschaft; sie sind ihrerseits abhängig von gesamtgesellschaftlichen Daten, insbesondere der wirtschaftlichen Entwicklung.¹⁾

Wir untersuchen zunächst die unmittelbare Reaktion der befragten Verbraucher in der Krise, behandeln dann am Beispiel der Haushalts-Anschaffungen das wirtschaftliche Verhalten nach der konjunkturellen Erholung, um schließlich auf einige Äußerungen über Verhaltensänderungen und Erwartungen einzugehen.

Das Ausgabeverhalten der Befragten - wie aller Verbraucher - wird bestimmt durch Einkommen und Situation, durch Gewohnheiten, Gruppenzugehörigkeit und soziale Kontakte, nicht zuletzt durch irrationale Motive. Diese Determinanten wirken zusammen, der Einfluß einer einzelnen ist kaum isolierbar.²⁾ Trotzdem erscheint es im vorliegenden Fall sinnvoll, den durch die Betriebsschließungen verursachten erheblichen Situationsänderungen einen besonderen Einfluß auch auf das Kaufverhalten zuzuschreiben.

1) Vgl. F. Fürstenberg: Wirtschaftssoziologie. A.a.O., S. 63.

2) Vgl. G. Katona: Economic Psychology. In: R. G. Holloway and R. S. Hancock, Eds.: The Environment of Marketing Behavior. New York 1965, S. 93. - W. J. Bilkey: A Psychological Approach to Consumer Behavior Analysis. In: Journal of Marketing, Jg. 18 (1953), Nr. 1, S. 18-25. - L. H. Clark (Ed.): Consumer Behavior. Research in Consumer Reactions. New York 1958. - J. S. Duesenberry: Income, Savings and the Theory of Consumer Behavior. Cambridge, Mass. 1949. - E. Mueller: The Desire for Innovations in Household Goods. In: L. H. Clark (Ed.), s. o., S. 13 ff. - G. Katona: Psychological Analysis of Economic Behavior. New York 1951. - T. Veblen: Theorie der feinen Leute. Köln 1959. - K. H. Hillmann: Soziale Bestimmungsgründe des Konsumentenverhaltens. Stuttgart 1971. - F. Fürstenberg: Wirtschaftssoziologie. Berlin 1961, S. 63 ff.

5.1 Umstellungen in der Krise

Die ungünstigen Erwartungen der Verbraucher hinsichtlich ihrer eigenen und der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung führten während der Rezession 1966/67 in der Bundesrepublik zu einer Änderung der Ausgabenstruktur der Haushalte, insbesondere zu einer spürbaren Drosselung der Ausgaben für Gebrauchsgüter. Gleichzeitig wurde in dieser Konjunkturperiode, die zwar keine Verringerung der Masseneinkommen, aber doch auch für die Gesamtbevölkerung eine Abflachung der Einkommenszuwächse brachte, in einer Art "Sparpsychose" intensiver gespart (der Sparguthabenzuwachs blieb unverändert hoch).¹⁾

Im Konsumverhalten der Befragten dieser Untersuchung, für die die Auswirkungen des wirtschaftlichen Rückschlags besonders hart waren, zeigen sich auch besonders ausgeprägte Reaktionen. Es kam zu umfangreichen Ausgabeverringerungen; zusätzlich wurde auf Kosten von Ersparnissen gelebt.

1) Vgl. hierzu B. Biervert und B. Strümpel: Konjunkturprognosen aus Konsumentenstimmungen. A.a.O., S. 29 f. - Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung: Stabilität im Wachstum. Jahresgutachten 1967/68. Stuttgart 1967, S. 68. - Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 1969, S. 353 f.

Auf die Frage¹⁾ nach ihrer oder ihrer Haushalte Reaktion in der durch die Stilllegung gekennzeichneten Krise äußert rund ein Viertel der befragten Personen in beiden Befragungsorten, daß es bei ihnen zu Verhaltensänderungen nicht gekommen sei.

Tabelle 14: Konsumreaktion

	%	OB %	Epe %
Weniger Ausgaben ...			
.. für Essen	9	7	12
.. für Getr., Tabak, Vergnügen	24	20	29
.. für Kleidung	26	22	30
.. für Urlaub, Reisen	32	40	24
Verschiebg. größ. Anschaffg.	42	44	40
Verkauf o. Abmeldg. d. Autos	2	2	2
Mehr Ratenkäufe als früher	1	2	0
Kredit-Aufnahme	5	6	4
Darlehen von Verwandten	2	3	1
Mehr gespart	3	4	1
Weniger gespart	31	32	29
Rückgriff auf Ersparnisse	20	23	18
Keine Verhaltensänderung	26	26	27
Keine Angabe	3	0	5
(Mehrfachnennungen)	226	231	222
N =	444	234	210

1) Text der Frage: "Von den wirtschaftlichen Schwierigkeiten im Jahre 1967 (Oberhausen: und 1968) wurden viele Arbeitnehmer betroffen. Sie haben auf die Ereignisse, z. B. eine Betriebsschließung, ganz unterschiedlich reagiert. Ich habe hier eine Liste mit möglichen Verhaltensweisen: Bitte sagen Sie mir im einzelnen, wie Sie oder Ihr Haushalt damals reagiert haben."

71 % der Befragten machen aber im Durchschnitt zwei Angaben über Umstellungen ihres Verhaltens.

Am häufigsten wurde die Befriedigung von Bedürfnissen nach langlebigen Gebrauchsgütern zurückgestellt: 42 % verschoben bereits geplante Anschaffungen. (Darunter wird sich ein Teil befinden, der durch die erhebliche Verschlechterung der konkreten Einkommensverhältnisse, z. B. bei Arbeitslosigkeit, unabhängig von subjektiven Einflüssen auch objektiv an der Durchführung von Anschaffungsvorhaben gehindert wurde.)

Ein Drittel der Befragten hat die Ausgaben für Urlaub und Reisen verringert. Ein Viertel aller Befragten hat weniger Geld für Kleidung, ein weiteres Viertel weniger für Genußmittel (Getränke, Tabak) und Vergnügen ausgegeben. Ein Zehntel hat die Ausgaben für das Essen reduziert.

Während größere Anschaffungen in gleichem Umfang von Oberhausenern wie von Eperanern zurückgestellt wurden, haben an Urlaubsreisen vor allem Oberhausener gespart (da jedoch in Epe auch in früheren Jahren nur relativ wenige in Urlaub fuhren, ist der Umfang der Einsparungen auf diesem Gebiet auch in Epe beachtlich¹⁾), Ausgaben für Kleidung, für Genußmittel und Vergnügungen, außerdem Ausgaben für Lebensmittel sind zu einem stärkeren Teil in Epe gedrosselt worden.

1) In den letzten 5 Jahren haben in Oberhausen 70 %, in Epe nur 27 % eine längere Urlaubsreise von wenigstens 2 Wochen gemacht.

Die Zurückstellung geplanter größerer Anschaffungen dürfte in keinem Fall zu einer echten Notlage geführt haben. Auch Einschränkungen bei den verschiedenen Verbrauchsgütern sind in den meisten Fällen möglich, weil diese Bedürfnisse in bestimmten Grenzen grundsätzlich flexibel sind. Der Konsum von Tabakwaren, Getränken und kleineren Vergnügungen wie auch die Durchführung von Urlaubsreisen und der Kauf von Kleidung sind in den meisten Fällen "nicht lebensnotwendig" und insofern prinzipiell entbehrlich. Es darf jedoch nicht übersehen werden, daß die Befriedigung derartiger Bedürfnisse durchweg als Bestandteil einer durchschnittlichen Lebenshaltung betrachtet wird und deshalb nur unter Zwang eingeschränkt wird.¹⁾

Der erzwungene Verzicht auf gesichert geglaubte Konsummöglichkeiten und Annehmlichkeiten hatte nicht nur für sehr viele Befragte eine spürbare Verschlechterung der Lebenslage, teilweise ein Absinken unter das soziale Existenzminimum²⁾ zur Folge, sondern eine zusätzliche Verschlechterung der Stimmung und der subjektiven Lagebeurteilung.³⁾

1) Vgl. F. Fürstenberg: Wirtschaftssoziologie. A.a.O., S. 65 f.

2) Siehe die ungünstige Einkommenssituation vieler Haushalte noch zur Zeit der Interviews (Kap. 3.3).

3) Paul F. Lazarsfeld und Mitarbeiter haben schon 1933 in ihrer Untersuchung über die Arbeitslosen in Marienthal festgestellt, daß selbst beim physischen Existenzminimum ein gewisser "Luxuskonsum" (z. B. Kaffee) realisiert wird, weil er selbstverständlicher Bestandteil der Existenz geworden ist. - M. Jahsda, P. F. Lazarsfeld, H. Zeisel: Die Arbeitslosen von Marienthal. 2., unv. Aufl., Allensbach-Bonn 1960.

Obwohl etwa jeder Vierte zur fraglichen Zeit ein Auto besaß, haben doch nur die wenigsten (2 %) es verkauft oder abgemeldet.

Nur wenige Befragte haben sich während der Krise verschuldet (6 % Kreditaufnahme oder zusätzlicher Ratenkauf, 2 % Darlehen von Verwandten). Allerdings: Von den 19 % aller Befragungspersonen, die zur Zeit der Betriebs-schließung Ratenverpflichtungen hatten, hatte jeder Vierte mindestens einmal Schwierigkeiten, die Raten rechtzeitig zu bezahlen.

In ihrem Sparverhalten unterschieden sich die Befragten vom Verhalten der Gesamtbevölkerung. Es wurde nicht mehr gespart (nur 3 % der Befragten), sondern entspart oder doch weniger als früher gespart. Insgesamt 51 % der ehemaligen Arbeitnehmer der beiden stillgelegten Betriebe geben an, sie hätten in der Krise vorhandene Ersparnisse aufgelöst oder Beträge, die früher gespart worden waren, für den Konsum verwendet.

Das auf zusätzliche finanzielle Sicherung zielende Verhalten der Gesamtheit der Bevölkerung¹⁾ in der Rezession war beeinflusst von pessimistischen Wirtschaftserwartungen; eine objektive Verschlechterung der Lage war jedoch nicht gegeben, denn die Einkommen stagnierten, sanken aber nicht. Das Verhalten der Befragungsgruppe dagegen war bestimmt durch eine unmittelbare individuelle Erfahrung der Krise, zu der außer beruflichen Problemen in sehr vielen Fällen eine Einkommensverringerung gehörte. Diese spezifi-

1) S. oben S. 165

sche Erfahrung innerhalb der miterlebten Gesamtentwicklung führte dazu, daß abweichend vom Durchschnitt der übrigen Bevölkerung entspart oder zumindest weniger gespart wurde.

Die Befragten mit den niedrigsten Einkommen von maximal 500,- DM, also vor allem viele Ungelernte, Rentner und noch Arbeitslose, deren ungünstige finanzielle Verhältnisse ja größtenteils eine Folge des Arbeitsplatzverlustes sind, waren in der Krise auch bei weitem am häufigsten zu Anpassungsmaßnahmen gezwungen: allein 21 % von ihnen gaben weniger für Nahrungsmittel aus, öfter als andere mußten sie auch die Ausgaben für Tabak und Getränke sowie für Kleidung verringern und Ersparnisse auflösen.

Sämtliche Verhaltensänderungen, mit denen die Befragten sich auf die Krisensituation einstellten, wurden häufiger als von allen anderen von den Personen vorgenommen, die im Zusammenhang mit der Stilllegung arbeitslos geworden waren; am häufigsten von denen, die besonders lange Zeit arbeitslos waren oder die zur Zeit der Befragung noch arbeitslos sind. 86 % dieser Befragten haben ihr Konsum- und Sparverhalten geändert, gegenüber 69 % der übrigen Befragten. Von der Arbeitslosen-Gruppe haben 65 % entspart bzw. weniger gespart, von den anderen 43 %; die Arbeitslosen-Gruppe hat sich außerdem stärker verschuldet (13 % gegenüber 5 %). Im Konsumbereich waren die Arbeitslosen ebenfalls erheblich häufiger als die anderen zu Änderungen, d. h. Ausgabenverringeringen gezwungen: Bei Urlaubs-

reisen 41 % (die übrigen 29 %), Kleidung 34 % (23 %), Genußmittel und Vergnügungen 31 % (21 %).

Die Personen, die als Folge der wirtschaftlichen Entwicklung Arbeitslosigkeit erlitten haben, sind, im beruflichen wie im privaten Bereich, eindeutig die am nachhaltigsten negativ betroffene Gruppe.

5.2 Anschaffungen der Haushalte

Eine an die Haushaltungsvorstände gerichtete Frage¹⁾ ergibt, daß 39 % von ihnen vor der Stilllegung größere Anschaffungen geplant hatten, die dann wegen der weiteren Entwicklung nicht mehr realisiert werden konnten. Es handelte sich um Möbel von verschiedenem Umfang und Wert (28 %), außerdem um einen Pkw (17 %) - beide außerordentlich oft in Oberhausen. Zur Planung gehörten dann eine automatische Waschmaschine (14 %) sowie andere elektrische Geräte einschließlich Fernsehgerät (17 %) - diese besonders oft in Epe. Darüber hinaus waren sehr oft Veränderungen an Haus und Wohnung geplant, die auch nicht durchgeführt wurden.²⁾ Entsprechend der vorhandenen Ausstattung der verschiedenen Haushaltsgruppen bestand der (gescheiterte) Plan zum Kauf einer automatischen Waschma-

-
- 1) Als Kontrollfrage an anderer Stelle im Fragebogen als die zuvor besprochene.
 - 2) Die Prozentsätze beziehen sich auf die Haushaltungsvorstände, die seinerzeit einen Anschaffungsplan hatten. Von jedem liegt nur eine Angabe (über das wichtigste Projekt) vor.

schine um so häufiger, je niedriger das Einkommen, dagegen der Plan zum Kauf eines Autos um so häufiger, je höher das Einkommen der Haushalte ist. (Wir setzen hier wie auch im folgenden das gesamte Haushaltseinkommen als charakteristisches Merkmal der einzelnen Haushalte ein, obwohl das gesamte Einkommen sicher nicht in jedem Fall dem Haushalt zur Verfügung steht.¹⁾)

Es soll nun - nach Feststellung der konsumbezogenen Anpassungsreaktionen während der Krise - untersucht werden, wie sich die Situationsänderung, d. h. das Auslaufen der Krise und ihr Umschlagen in eine Aufwärtsentwicklung (was für die meisten Befragten gleichfalls verbunden war mit einer Normalisierung der beruflichen Lage), auf das Anschaffungsverhalten der Haushalte ausgewirkt hat.

Bereits zum Jahresübergang 1966-67 zeichnete sich in der Bevölkerung ein beträchtliches Anwachsen der optimistischen Erwartungen zur gesamtwirtschaftlichen Lage ab;²⁾ das Jahr 1968 brachte eine stark expandierende Nachfrage nach langlebigen Gebrauchsgütern, die sich 1969 in einen Konsumgüterboom steigerte.³⁾ Die Befriedigung zahlreicher Bedürfnisse, in der Rezessi-

-
- 1) "Mitverdiener sind selten vollständig integriert, nur ein Teil ihres Einkommens unterliegt der gemeinsamen Beschlußfassung." G. Scherhorn: Artikel "Verbrauch, Verbraucher". A.a.O., S. 1225.
 - 2) Vgl. B. Biervert und B. Strümpel: Konjunkturprognosen aus Konsumentenstimmungen. A.a.O., S. 29.
 - 3) Vgl. Die wirtschaftliche Lage in der Bundesrepublik Deutschland. Monatsberichte des Bundeswirtschaftsministeriums. Nr. 6/68, 9/68, 3/69.

onsphase aufgeschoben, wurde nun verstärkt nachgeholt. Besonders spürbar waren die Auswirkungen im Automobilbereich, wo 1966/67 die Aufwendungen für Neuanschaffungen wie auch für den laufenden Unterhalt stark zurückgingen, umgekehrt aber auch 1967 (Automobilumsätze) bzw. 1968 (Unterhaltsaufwendungen) überproportional stark anstiegen.¹⁾

Die Inlandsumsätze von Automobilen, zusammen mit den optimistischen bzw. pessimistischen Erwartungsäußerungen der Verbraucher, stellen den wichtigsten Schlüssel für Konjunkturprognosen dar.^{2) 3)} Hohe Anschaffungsquoten bei Gebrauchsgütern, vor allem bei Automobilen, lassen zuverlässig den Schluß auf eine optimistische Lagebeurteilung der Bevölkerung oder einer Bevölkerungsgruppe zu. Denn die Verbraucher sind dann am ehesten geneigt, ihre vorhandenen Bedürfnisse in wirksam werdende Nachfrage umzuwandeln, wenn sie Vertrauen in die Zukunft der Wirtschaft haben.⁴⁾

-
- 1) Vgl. B. Biervert und B. Strümpel: Konjunkturprognosen aus Konsumentenstimmungen. A.a.O., S. 29. - Die laufenden Aufwendungen für das Kraftfahrzeug in ausgewählten Arbeitnehmerhaushalten. In: Wirtschaft und Statistik, Heft 3/1970, S. 166. - Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 1969, S. 316, S. 474 f.
 - 2) Vgl. B. Biervert und B. Strümpel: A.a.O., S. 30.
 - 3) Beobachtungen des Statistischen Bundesamtes haben außerdem gezeigt, daß zumindest die Vier-Personen-Arbeitnehmer-Haushalte der mittleren Einkommensgruppe "nicht nur bei der Anschaffung neuer Fahrzeuge, sondern auch bei den laufenden Aufwendungen für die Kraftfahrzeughaltung auf konjunkturelle Schwankungen relativ empfindlich zu reagieren (scheinen)". (Die laufenden Aufwendungen für das Kraftfahrzeug in ausgewählten Arbeitnehmerhaushalten. A.a.O., S. 166.)
 - 4) Vgl. G. Katona: Economic Psychology. A.a.O., S. 92 ff.

Die nun zu betrachtenden Anschaffungen innerhalb unserer Stichprobe sind haushaltsbezogen, sie wurden von den Haushaltsvorständen erhoben. Mit Anschaffungen sind alle darunter subsumierbaren Aktivitäten gemeint, wie Erstkauf, Ersatzbeschaffung oder Modernisieren durch Modellwechsel.

Erfaßt werden die Anschaffungen "in den letzten zwei Jahren"; der Zeitraum soll für die Befragten den Krisenhöhepunkt (Zeit um den Arbeitsplatzverlust) und vor allem die Periode danach (in den meisten Fällen berufliche Konsolidierung) umfassen, die zeitlich parallel verläuft mit dem gesamtwirtschaftlichen Aufschwung und zunehmendem wirtschaftlichen Optimismus.¹⁾

Jeder Haushalt hat innerhalb des zurückliegenden Zeitraums von höchstens zwei Jahren im Durchschnitt zwei der zwanzig erfaßten, zur Haushaltsausstattung gehörenden Gegenstände angeschafft. In Oberhausen wie in Epe ist diese durchschnittliche Zahl der Anschaffungen gleich groß, wenn sie sich im einzelnen auch auf unterschiedliche Objekte bezieht (vgl. Tabelle 15).

1) Der einheitliche Zeitraum von zwei Jahren mußte gewählt werden, um eine feste Bezugsgröße zu haben, die Vergleiche ermöglicht. Innerhalb dieses Zeitraums - allerdings zu verschiedenen Zeitpunkten - waren sämtliche Entlassungen. Sicher sind einzelne Anschaffungen auch vorher, d. h. vor einem späteren Arbeitsplatzwechsel getätigt worden. Im Anschluß an die zuvor dargestellte starke Tendenz zur Ausgabendrosselung und analog der Entwicklung in der Gesamtbevölkerung kann aber der Hauptteil der Anschaffungen und damit der Verhaltenstrend zurückgeführt werden auf die Zeiträume, die mit den jeweils subjektiv realisierten Lageverbesserungen einsetzten (was in Einzelfällen - bei günstigen Berufsaussichten - auch schon vor dem Arbeitsplatzwechsel gewesen sein kann).

Tabelle 15: Anschaffungen

	Haushalts- ausstattung	Anschaffungen in den letzten 2 Jahren		
	%	%	OB %	Epe %
Gas-/El.-Herd	91	14	11	18
Fernsehgerät (s.w.)	91	21	23	19
Staubsauger	89	11	9	13
Kühlschrank	85	15	12	18
El.Kaffeemühle	83	10	10	9
Bad	75	6	2	11
Nähmaschine	66	7	6	7
Wohnzimmerschrank	65	13	15	11
Großer Teppich	65	22	24	19
Aut.Waschmasch.	65	25	28	21
Club-Garnitur	59	14	16	10
El.Küchenmasch.	45	7	6	8
Auto (Pkw)	36	15	20	8
Tiefkühltruhe	25	7	2	14
Toaströster	22	3	5	1
Zentralheizg.	13	4	2	6
Tee/Servierwagen	9	4	3	4
El. Grill	7	2	3	1
Hausbar	7	1	0	2
(Mehrfachnennungen)	998	201	197	200
N=(Haushaltsvorst.)	378	378	219	159

Die Befragungshaushalte besitzen im Durchschnitt 10 der insgesamt erhobenen 20 Objekte. In den letzten zwei Jahren ist ein Fünftel aller erfaßten Gegenstände der Haushaltsausstattung der Be-

fragungshaushalte angeschafft worden. In jedem Haushalt ist mindestens ein Gegenstand während dieser Zeit hinzugekommen.

Jeder vierte Haushaltungsvorstand hat in der gerade zurückliegenden Zeit eine automatische Waschmaschine angeschafft, jeder fünfte einen (großen) Teppich bzw. Teppichboden, ebenfalls jeder fünfte ein Fernsehgerät. 15 % haben während dieser Zeit einen Kühlschrank gekauft, 15 % einen Personenwagen. Jeweils mehr als 10 % haben andere große Haushaltsgegenstände hinzubekommen, wie Gas-/Elektroherd, Staubsauger, Wohnzimmerschrank, Club-Garnitur.¹⁾

Der Umfang der Anschaffungen war bei vielen Gegenständen und Einrichtungen in beiden Untersuchungsorten sehr verschieden. In vielen Fällen wurde der Ausstattungsvorsprung durch Anschaffungen weiter vergrößert, so in Oberhausen gegenüber Epe bei Fernsehgeräten, Wohnzimmerschränken, Teppichen, automatischen Waschmaschinen, Club-Garnituren und besonders bei Autos; so in Epe gegenüber Oberhausen bei Nähmaschinen und besonders bei Tiefkühltruhen. In anderen Fällen konnten die Eperaner ihrem Nachholbedarf nachkommen und den Vorsprung der Oberhausener ausgleichen (Gas-/Elektroherde) oder verringern (Staubsauger, Kühlschränke, elektrischer Küchenmaschinen, Bäder).

1) Möbel, Automobile und automatische Waschmaschinen, die bereits zu den häufigsten Anschaffungen der letzten zwei Jahre gehörten, stehen auch weiterhin an der Spitze der Anschaffungswünsche: Von den Haushaltungsvorständen, die noch Anschaffungspläne haben (66 %), möchten 50 % Möbel (verschiedene Einzelangaben), 22 % ein Auto, 19 % eine automatische Waschmaschine kaufen.

Bei einer Betrachtung der Haushalte nach ihrer Größe und Einkommenskategorie zeigt sich, daß es sich in sehr vielen Fällen um "normale" Neuanschaffungen bzw. Ersatzbeschaffungen handelt: Zwei-Personen-Haushalte z. B., zu denen viele jüngere Befragte gehören, konzentrierten sich vor allem auf solche Objekte, mit denen die Ausstattung der Haushalte insgesamt bereits sehr hoch ist (Herd, Fernsehgerät, Staubsauger, Kühlschrank), außerdem haben sie öfter als andere eine automatische Waschmaschine gekauft. Noch wesentlich öfter allerdings gehörte eine automatische Waschmaschine zum Beschaffungsprogramm der Haushalte mit 5 und 6 Personen, die darüber hinaus sehr oft ihre Wohnungseinrichtung vervollständigten (Wohnzimmerschrank, Teppich, Club-Garnitur). Zur Anschaffung eines Autos kam es vor allem in Haushalten mit 3 oder 4 Personen.

Ein Auto wurde erwartungsgemäß überwiegend von Haushalten mit (jetzt) hohem Einkommen angeschafft; jeder vierte der Haushaltsvorstände mit mehr als 1.200,- DM Haushaltseinkommen hatte in der fraglichen Zeit ein Auto gekauft, von den darunter liegenden Einkommensgruppen über 500,- DM nur halb so viele. Von den Haushalten mit höchstens 500,- DM im Monat hatte keiner während der zwei Jahre ein Auto bekommen (besaß auch keiner eines).

Größe und Wert, aber auch Zahl der Anschaffungen stieg mit dem Haushaltseinkommen. Möbel und Teppiche sind in den letzten zwei Jahren um so häufiger gekauft worden, je mehr Einkommen zur Verfügung steht. Ähnliches gilt für zahlreiche Gegenstände mit relativ hohem Sättigungsgrad (wie

Herde, Kühlschränke, Staubsauger), wobei es sich für diese Haushalte in den meisten Fällen um Ersatzbeschaffungen gehandelt haben wird. Im Gegensatz zu den ebenfalls zahlreichen Anschaffungen der gleichen Geräte durch Haushalte mit 500,- bis 750,- DM Haushaltseinkommen, bei denen es sich vermutlich öfter um Erstkäufe handelte. Der wahrscheinlich schon vorhandene höhere Ausstattungsgrad der einkommensstärkeren Haushalte dürfte der Grund dafür sein, daß niedrigere Einkommensgruppen beträchtlich häufiger als diese eine Anschaffung von Fernsehgeräten und Waschautomaten vornahmen.

Die Zahl der Ratenschuldner unter den Befragten ist heute mit 22 % um 3 % höher als zur Zeit des Arbeitsplatzverlustes. Das ist - trotz der verbreiteten Vorbehalte gegenüber Abzahlungskäufen in der Bundesrepublik - keine sehr ungewöhnliche Steigerung. (Über die Höhe der geschuldeten Beträge können wir nichts aussagen.) Unsere Untersuchung ergibt aber, daß Haushalte mit Ratenschulden mehr und wertvollere Gegenstände angeschafft haben als Haushalte ohne Ratenverpflichtungen (deutliche Unterschiede bestehen bei Autos, Waschautomaten und Möbeln).

Betrachtet man die unmittelbare Beziehung zwischen Ausstattungsgrad und Umfang der Anschaffungen, also die "Anschaffungsquote" je Gegenstand innerhalb des Zwei-Jahres-Zeitraums, so läßt sich die Beschaffungsdichte für bestimmte Produkte feststellen. Es zeigt sich u. a., daß

einen Kühlschrank	18 %,
ein Fernsehgerät	23 %,
einen elektrischen Grill	29 %,
eine automatische Waschmaschine	38 %,
eine Club-Garnitur	24 %,
einen Teppich bzw. Teppichboden	34 % und
ein Auto sogar	42 %

aller Haushalte, die einen solchen Gegenstand jeweils besitzen, in der letzten Zeit angeschafft haben. Bei anderen Objekten, vor allem solchen, für die schon ein hoher Sättigungsgrad der Haushalte besteht, ist die "Anschaffungsquote" erheblich niedriger.

Zu den häufigsten Anschaffungen der letzten zwei Jahre gehören auch einige Gegenstände, für die insgesamt ein hoher Ausstattungsgrad besteht: Fernsehgeräte, Kühlschränke. An der Spitze der Anschaffungen befinden sich jedoch vor allem solche Objekte, die in ihrer Wichtigkeit für die Haushalte hinter verschiedenen anderen, zuerst angeschafften, stehen, die also in der Besitzaufstellung der Untersuchungshaushalte etwa in der Mitte rangieren: automatische Waschmaschinen, Teppiche, Club-Garnituren, Autos. Diese Gegenstände wurden während der letzten zwei Jahre in beträchtlichem Umfange angeschafft; vor allem ist jedoch die Relation dieser Anschaffungen zur Gesamtausstattung der Haushalte mit denselben Gegenständen ("Anschaffungsquote") sehr hoch. Ein beträchtlicher Teil der Haushalte, die Waschautomaten, Teppiche, Club-Garnituren oder Autos besitzen, haben diese erst in der Zeit zwischen Krise und Befragung erhalten.

Alle diese Gegenstände mit hoher "Anschaffungsquote" gehören zwar zu der von jedem Haushalt begehrten Ausstattung, sind aber "nicht lebensnotwendig", sie dienen der Bequemlichkeit und vielleicht - im Rahmen der hier zu beschreibenden Haushalte - einem gewissen Luxus. Gerade die Anschaffung solcher Gegenstände jedoch ist meist leicht aufschiebbar, sofern ein solches Verhalten den Wirtschaftssubjekten sinnvoll erscheint. Auf der anderen Seite muß dann aber die Tatsache, daß derartige Gegenstände an der Spitze von Anschaffungen standen, die in so engem Zusammenhang mit dem Höhepunkt und dem Auslaufen der Krise vorgenommen wurden, den Schluß rechtfertigen, daß sehr viele Befragte nach Stilllegung und Arbeitsplatzverlust schon bald wieder eine positivere Einstellung gegenüber der eigenen und der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung fanden!¹⁾

Eine solche Aussage gilt insbesondere für das Drittel der Befragungspersonen, die im Zusammenhang mit der Betriebsschließung Arbeitslosigkeit erlitten hatten, die aber in der Mehrzahl dieses Schicksal überwunden haben.²⁾ Diese Personen und ihre Haushalte kauften in der Zeit vor der Befragung genau so oft wie die

1) Dies entspricht der Annahme von R. F. Hamilton, "daß Angehörige der Arbeiterklasse im großen und ganzen ihre zukünftigen 'Markenchancen' sehr genau perzipieren" und daß sie entsprechend reagieren, d. h. "ihr Konsumverhalten ihrem gegenwärtigen und erwarteten Einkommen anpassen". R. F. Hamilton: Einkommen und Klassenstruktur. A.a.O., S. 273. - Vgl. auch G. Katona: Economic Psychology. A.a.O., S. 92 ff.

2) Ein Fünftel ist zur Zeit der Interviews noch arbeitslos (vgl. Kap. 4.1).

übrigen Befragten eine automatische Waschmaschine, das insgesamt am meisten angeschaffte Gerät; sie kauften ein Auto geringfügig häufiger; einen Kühlschrank aber und Objekte, die zur Wohnungseinrichtung gehören, also Club-Garnitur, Teppich und Wohnzimmerschrank, kauften sie erheblich häufiger als ihre ehemaligen Kollegen!

5.3 Anschaffungen im Vergleich zur Gesamtbevölkerung

Im Hinblick auf die mit dem Konjunkturaufschwung 1967/68 in der Gesamtwirtschaft wieder stark gestiegene Nachfrage nach Gebrauchsgütern folgt nun die Prüfung der Frage, in welchem Größenverhältnis die Anschaffungen der Befragten-Haushalte zu den Anschaffungen vergleichbarer Haushalte in der Bundesrepublik stehen. Aufschlußreich ist dazu die folgende Gegenüberstellung: Einerseits Anschaffungen der Untersuchungshaushalte in den zurückliegenden zwei Jahren (also Anfang 1967 bis Anfang 1969) - andererseits Anschaffungen ausgewählter Vier-Personen-Arbeitnehmer-Haushalte der mittleren Einkommensgruppe in den Jahren 1967 und 1968 (vgl. Tabelle 16).

Aus dieser Gegenüberstellung wird einmal deutlich, daß die Ausstattung der Haushalte der Befragten nicht ungünstiger ist als die der (vom Statistischen Bundesamt für Budgetaufstellungen ausgewählten) vergleichbaren Haushaltsgruppe.¹⁾ Interessant ist aber vor allem, daß die Befrag-

1) Einzelne Abweichungen (Tiefkühltruhe, Kühlschrank) sind u. a. darauf zurückzuführen, daß unsere Stichprobe zur Hälfte aus ländlichen Haushalten besteht, die des Statistischen Bundesamtes dagegen überwiegend aus städtischen.

ten-Haushalte bei fast sämtlichen hier erfaßten Gegenständen eine höhere "Anschaffungsquote" aufweisen als die "Normalhaushalte". (Es sei darauf hingewiesen, daß die in der Tabelle 16 enthaltenen Ausstattungsgegenstände nicht nach ihrer Aussagefähigkeit für diese Gegenüberstellung selektiert wurden, sondern daß alle Objekte genommen wurden, die zugleich in beiden Quellen - unserer Untersuchung und der des Statistischen Bundesamtes - enthalten sind.)

Tabelle 16: Haushaltsausstattung und Anschaffungen der letzten 2 Jahre: Befragten-Haushalte und ausgewählte Vier-Personen-Arbeitnehmer-Haushalte mit mittlerem Einkommen^{*)}

	Haushalte der Befragten (Feb./Mrz. 1969)		Vier-Personen- Arbeitnehmer- Haush. mit mitt- leren Einkommen (Dez. 1968)	
	Aus- stat- tung	Davon Anschaf- fung	Aus- stat- tung	Davon Anschaf- fung
	%	%	%	%
Fernsehgerät (s.w.)	91	23	83	20
Staubsauger	89	12	88	12
Kühlschrank	85	18	93	7
El.Kaffeemühle	83	12	64	7
Aut.Waschmaschine	65	38	32 ^{*)}	29
El.Küchenmaschine	45	16	22	10
Pkw	36	42	43	38
Tiefkühltruhe	25	28	7	66
El.-Grill	7	29	6	35
N =	378		353	

*) Waschvollautomat

**) Quelle: Die Budgets ausgewählter privater Haushalte 1968. In: Wirtschaft und Statistik. Heft 7/1969, S. 395.

Die relative Höhe der Anschaffungen der letzten zwei Jahre im Vergleich zur Ausstattung liegt bei den Befragten über der entsprechenden Größe bei vergleichbaren Arbeitnehmer-Haushalten: Sowohl bei "notwendigen" Gegenständen mit insgesamt hohem Sättigungsgrad (Kühlschränke, Fernsehgeräte) wie auch bei "Komfort"-Gegenständen mit insgesamt noch niedrigem Ausstattungsgrad (Autos, Waschautomaten¹⁾, elektrische Kaffeemühlen und Küchenmaschinen). - Die höhere Anschaffungsquote der "Durchschnittshaushalte" bei Tiefkühltruhen und Grillgeräten ist mit der geringeren Ausstattung dieser Haushalte zu erklären.

Der hier vorgenommene Vergleich soll als Anhalt dienen, um die bereits aufgezeigte Verhaltens-tendenz zu verdeutlichen. Die Haushalte dieser Untersuchung, die durch einen Arbeitsplatzverlust von den Auswirkungen einer Depression besonders hart betroffen wurden, zeigten nach einer Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse noch stärker als andere Haushalte die Neigung, große Gebrauchsgegenstände anzuschaffen. Dieses Ergebnis verdient vor allem auch deshalb Beachtung, weil auch die besonders einkommensschwachen Rentner- und Arbeitslosen-Haushalte der Stichprobe in den Vergleich mit den durchschnittlichen Arbeitnehmer-Haushalten einbezogen sind.

Hatten die Umstände der Betriebsschließungen zu Arbeitslosigkeit geführt, so war nach Eintritt einer Lageverbesserung die Neigung zu Anschaffungen noch stärker als bei sonstigen Betroffenen!

1) Ein Vergleich ist in diesem Fall wegen der unterschiedlichen Benennung nur bedingt möglich.

Die Zunahme der Ausgaben für Anschaffungen kann den gewachsenen optimistischen Wirtschaftserwartungen zugeschrieben werden. Einkommensverbesserungen hat nur ein Teil der Befragten erfahren, ein etwa gleich großer Teil dagegen eine Einkommensverringerung.¹⁾

5.4 Einstellungsänderung zum Konsum

Unbeschadet der verstärkten Anschaffungskäufe, bei denen nicht zuletzt Nachholbedarfe eine wichtige Rolle spielten, ist ein Einfluß der Krisenereignisse auf das Konsumverhalten der Befragten festzustellen. Das äußert sich einmal in einer kritischeren Einstellung gegenüber Ausgaben überhaupt und außerdem in Ausgabenverringerungen auf wichtigen Sektoren des Familienlebens.

Durch eine Frage²⁾ vor die Alternative gestellt, ob man jetzt - nach überstandenen Arbeitsplatzverlust, bei unverändertem Einkommen - mit dem Geldausgeben vorsichtiger als früher sein oder sich unverändert verhalten solle, stimmen vier von fünf Befragten (79 %) der Auffassung zu, daß jetzt eine größere Zurückhaltung beim Umgang mit dem Geld angemessen sei. Ein Fünftel (18 %) ist nicht dieser Meinung. Vor allem die Befragten aus Epe (85 %) sprechen sich für mehr Vorsicht auf dem finanziellen Sektor aus.

1) Vgl. Kap. 4.5.

2) Die Frage ist in indirekter Form gestellt: Zwei ehemalige Kollegen aus dem alten Betrieb, die arbeitslos waren, äußern unterschiedliche Ansichten zum Kaufverhalten.

Trotz der gebotenen Zurückhaltung gegenüber Ergebnissen aus derartigen Fragen drückt sich doch in dem sehr hohen Prozentsatz der explizit geäußerten Stellungnahmen für ein vorsichtigeres Verhalten eine Tendenz zu verändertem Marktdenken aus.

Tabelle 17: Beim Geldausgeben ...

	%	OB %	Epe %
... vorsichtiger	79	73	85
... unverändert	18	23	13
Weiß nicht, keine Angabe	3	4	2
	100	100	100
N =	444	234	210

Die Antworten sind abhängig von der Höhe des Einkommens. Je höher das Einkommen, um so mehr wird für ein unverändertes Verhalten, je niedriger das Einkommen, um so mehr wird für größere Zurückhaltung beim Geldausgeben gesprochen. Viele Befragte werden ihre Einstellung auf Grund der mit den zurückliegenden Ereignissen verbundenen Erfahrungen gewandelt haben; sehr viele niedrige Einkommen sind eine direkte Folge des Arbeitsplatzverlustes. Weit stärker als für andere ist deshalb für diese Gruppe die Änderung des Ausgabeverhaltens eine Konsequenz, zu der sie durch die ungünstige Entwicklung gezwungen worden ist.

Ausgaben für Weihnachtsgeschenke sind ein Posten des Haushalts-Budgets, der zwar prinzipiell sehr flexibel ist, der aber trotzdem nur sehr ungern beschnitten wird. Das erst kurz zurückliegende Weihnachtsfest (1968) ist für die meisten Befragten dadurch gekennzeichnet, daß die größten beruflichen Schwierigkeiten überwunden und auch die finanziellen Verhältnisse wieder übersehbar sind. Ein Jahr zuvor dagegen waren für sehr viele die beruflichen wie die finanziellen Folgen des Arbeitsplatzverlustes noch nicht abzusehen. Für die Befragungsgruppe kann insgesamt von einer Lageverbesserung ausgegangen werden.

Tabelle 18: Ausgaben für Weihnachtsgeschenke

	%	OB %	Epe %
Mehr als im Vorjahr	22	21	23
Unverändert	45	44	47
Weniger	33	35	30
Keine Angabe	1	1	0
	101	101	100
N =	444	234	210

22 % aller Befragten haben Weihnachten 1968 mehr Geld für Geschenke ausgegeben als im Vorjahr. Die Mehrzahl (45 %) hat die Ausgaben unverändert gehalten. Genau ein Drittel (33 %) hat die Geschenkausgaben gegenüber dem Vorjahr verringert!

Erwartungsgemäß werden Ausgabenverringerungen überproportional oft und Erhöhungen sehr selten von den Personen angegeben, die von den zurückliegenden Ereignissen besonders benachteiligt wurden: Es sind unter den Berufstätigen diejenigen mit zwischenzeitlich gesunkenem Einkommen; es sind die meisten Nicht-Berufstätigen, deren Angaben sich zugleich in denen der niedrigen Einkommensgruppen und der älteren Befragten widerspiegeln.

Aber auch zahlreiche Befragte mit höheren Einkommen und sozial höher eingestuften Berufspositionen haben ihre Ausgaben herabgesetzt oder doch unverändert gelassen. (Beispiel: Auch von den Personen mit inzwischen gestiegenem Einkommen haben nur durchschnittlich viele mehr Geld für Weihnachtsgeschenke ausgegeben, 58 % haben den Betrag unverändert gelassen, 19 % ihn sogar gesenkt.)

Durch das relativ maßvolle Kaufverhalten vieler Befragter zu einer Zeit, als der Konsumgüterboom von 1969 voll einsetzte, kann die zuvor aufgezeigte Neigung zu einer grundsätzlich vorsichtigeren Einstellung gegenüber dem Geldausgeben bekräftigt werden. Personen, die sich für größere finanzielle Zurückhaltung aussprechen (vorhergehende Frage), haben seltener als die anderen ihre Ausgaben für Weihnachtsgeschenke erhöht (18 %) und sie häufiger reduziert (36 %); umgekehrt sind bei denen, die sich für unverändertes Konsumverhalten aussprechen, in größerer Zahl Mehrausgaben für Geschenke (33 %) und seltener Ausgabeverringerungen (21 %) festzustellen.

5.5 Lagebeurteilung und Erwartungen

In diesem Kapitel werden abschließend die Meinungen der Befragten über ihre eigene wirtschaftliche Lage und die gesamtwirtschaftliche Situation festgestellt und mit den Meinungen der übrigen Bevölkerung der Bundesrepublik konfrontiert. Abweichungen werden, als der vermuteten Ursache, den extremen Umständen und Ereignissen zugeschrieben, denen die Befragten - anders als der Durchschnitt der Gesamtbevölkerung - ausgesetzt waren und deren Folgen noch nicht bewältigt sind.

Sechs Fragen werden in diesem Zusammenhang gestellt. Sie beziehen sich auf die zurückliegende wie die erwartete wirtschaftliche Entwicklung, jeweils der Bundesrepublik und des eigenen Haushalts, außerdem auf die eigene mittelfristige Einkommenserwartung sowie die Erwartungen zur Preisentwicklung.

Derartige Fragen werden zur Analyse der Konsumentenstimmung herangezogen und sind - seit George Katona - ein nützliches Instrument für Wirtschaftsprognosen.¹⁾ Die Forschungsstelle für empirische Sozialökonomik in Köln bedient sich dieses Instruments, um in bestimmten Abständen aus den Einstellungen der Verbraucher Aufschlüsse über das "Konsum-Klima" zu erlan-

1) Vgl. B. Biervert und B. Strümpel: Konjunkturprognosen aus Konsumentenstimmungen. A.a.O., S. 34.

gen. Sechs Fragen aus dem Fragebogen der Forschungsstelle¹⁾ entsprechen im Wortlaut unseren Fragen; der Befragungszeitpunkt der zweiten Befragungswelle ist der gleiche wie der Zeitpunkt unserer Erhebung. Die Stichprobe der Verbraucher-Befragung der Forschungsstelle (1.128 Befragte) ist repräsentativ für die Bevölkerung der Bundesrepublik.

Auf jede Frage ist eine eher optimistische, eine eher pessimistische und eine indifferente (neutrale) Antwort möglich. Nimmt man, um einen groben Überblick über die Antworten und damit die Stimmung unserer Befragten zu erhalten, eine Zusammenfassung der Resultate vor, so ergibt sich folgendes: 31 % aller Befragten aus Oberhausen und Epe äußern sich tendenziell optimistisch (3 und mehr optimistische Antworten), 36 % tendenziell indifferent, 17 % tendenziell pessimistisch.

Befragte mit tendenziell optimistischen Äußerungen zur eigenen und gesamtwirtschaftlichen Situation sind in hohem Grade mit denen identisch, die (auf eine andere Frage) ihre "eigene Lage ... ganz allgemein" im Vergleich zur Lage von Bekannten als besser bezeichnen. Entsprechend besteht eine große Wahrscheinlichkeit für eine Identität von Befragten mit tendenziell negativen Äußerungen zur Wirtschaftslage mit Antworten, die ihre Lage allgemein als im Vergleich zu anderen schlechter beurteilen. Bei Vorhandensein der folgenden Merkmale ist die Abgabe optimistischer Antworten zur Wirtschaftssituation und zugleich eine besonders günstige

1) Forschungsstelle für empirische Sozialökonomik e.V., Köln: Verbraucher-Befragung, 2. Befragungswelle, März 1969. Randauszählung. Unveröff. vervielf. Manuskript 1969.

allgemeine Beurteilung der eigenen Lage am wahrscheinlichsten: niedriges Alter, hohes Einkommen, Erhöhung des privat verfügbaren Einkommensteils und Verbesserung der Aufstiegschancen seit der Stilllegung. Bei jeweils konträrer Merkmale-Ausstattung kommt es mit großer Wahrscheinlichkeit zu pessimistischen Äußerungen und ungünstigen Lagebeurteilungen.

Daß die Einstellungen und Erwartungen unserer Befragtengruppe in Bereichen, die keine oder allenfalls geringfügige Beziehung zu den von ihnen erlebten Arbeitsplatzverlusten haben, sich nicht von denen der übrigen Bevölkerung unterscheiden, zeigt ihre Stellungnahme zur erwarteten Preisentwicklung. Die Antworten der Befragten aus Oberhausen und Epe (im Febr./März 1969) sind nur geringfügig verschieden von denen der übrigen Bevölkerung (März 1969); vgl. Tabelle 19.

Tabelle 19: Erwartungen zur Preisentwicklung

	Befragte	Gesamtbevölkerung
	%	%
Im nächsten Jahr werden die Preise für Lebensmittel und Dinge des täglichen Bedarfs		
... sinken	3	2
... gleichbleiben	11	13
... steigen	82	80
Weiß nicht, keine Angabe	5	5
	101	100
N =	444	1.128

Tabelle 20: Beurteilung der wirtschaftlichen Lage in der Bundesrepublik

	Befragte %	Gesamtbevölkerung %
a) Die wirtschaftliche Lage in der Bundesrepublik ist heute <u>im Vergleich zum Vorjahr</u> ...		
... besser	53	55
... genauso	33	37
... schlechter	10	4
Weiß nicht, keine Angabe	4	5
	100	101
N =	444	1.128

	Befragte %	Gesamtbevölkerung %
b) Die wirtschaftlichen Verhältnisse in der Bundesrepublik werden sich <u>im kommenden Jahr</u> ...		
... verbessern	31	23
... gleichbleiben	39	59
... verschlechtern	14	7
Weiß nicht, keine Angabe	16	11
	100	100
N =	444	1.128

In der Beurteilung der wirtschaftlichen Gesamtlage in der Bundesrepublik zeigen sich dagegen bereits deutliche Differenzen (Tabelle 20). Diese

äußern sich insbesondere in den Erwartungen für das kommende Jahr. Die Entwicklung der Gesamtwirtschaft während des zurückliegenden Jahres stellt sich im Frühjahr 1969 für mehr als die Hälfte der Befragten wie der übrigen Bevölkerung in positivem Licht dar. Doch ist jeder zehnte Befragte unserer Untersuchung (im Gegensatz zu nur 4 % der Gesamtbevölkerung) noch zu diesem Zeitpunkt der Meinung, die Gesamtlage habe sich verschlechtert. Bei dieser Antwort, aber auch bei der positiven, ist der Anteil der Oberhausener größer; die Umstände der gerade ein Jahr zurückliegenden Zechenschließung dürften hier noch einen stärkeren Einfluß auf die Meinungen ausgeübt haben.

Für das kommende Jahr erwarten die Befragten erheblich seltener als die Gesamtheit (39 % gegenüber 59 %) einen unveränderten Verlauf der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. Sie zeigen demgegenüber einen überdurchschnittlichen Optimismus, denn fast ein Drittel sieht eine Verbesserung der Wirtschaftslage voraus. Mit 14 % ist aber auch der Anteil der Personen mit negativer Wirtschaftserwartung doppelt so hoch wie in der Gesamtbevölkerung; hinzu kommt der sehr hohe Prozentsatz derer, von denen keine Äußerung zu dieser Frage zu erhalten ist.

Auch die beiden analog gestellten Fragen zur eigenen finanziellen Lage (unter Einschluß der Familie) verdeutlichen die durch die Folgen der Arbeitsplatzverluste bedingten Unterschiede zwischen den Befragten und der Gesamtbevölkerung (Tabelle 21). Die im zurückliegenden Jahr größtenteils erfahrene berufliche Konsolidierung äußert sich in einer vergleichsweise häufigeren

Verbesserung der finanziellen Verhältnisse der Befragten und ihrer Familien. Die erhebliche Benachteiligung dieser Gruppe wird aber erneut daran sichtbar, daß es noch im zurückliegenden Jahr für 29 % von ihnen zu einer finanziellen Verschlechterung gekommen ist (Gesamtbevölkerung: 10 %). Dies gilt in besonderem Maße für Oberhausener (38 %), aber auch weit überdurchschnittlich (21 %) für Eperaner, deren Betriebs-schließung weiter zurückliegt.

Bei den Zukunftserwartungen für sich selbst und die Familien dominieren in der Gesamtbevölkerung und - wenn auch in geringerem Maße - ebenso unter den Befragten diejenigen, die keine Veränderung erwarten. Optimistische Aussichten hat jeweils ein Fünftel. Die pessimistische Erwartung, daß es ihnen und ihren Familien in einem Jahr finanziell schlechter geht als jetzt, ist jedoch unter den Befragten (und da vor allem in Oberhausen) stärker verbreitet als im Bevölkerungsdurchschnitt. Hinzu kommt die sehr große Zahl derer in Oberhausen und Epe, für die die finanzielle Zukunft so unsicher ist, daß sie keine Antwort geben können - was in der Gesamtbevölkerung nur viel seltener der Fall ist.

Wird die Zeitspanne für eine Prognose über die persönliche Einkommensentwicklung (in einer letzten Frage, jetzt ohne Berücksichtigung der Familienfinanzen) auf 4 Jahre verlängert, so nimmt der Umfang der optimistischen Erwartungen zu (Tabelle 22).

Tabelle 21: Beurteilung der eigenen wirtschaftlichen Lage

	Befragte	Gesamtbe- völkerung
	%	%
a) Es geht mir und meiner Familie finanziell heute <u>im Vergleich zum Vorjahr</u> ...		
... besser	27	21
... genauso	43	68
... schlechter	29	10
Weiß nicht, keine Angabe	1	2
	100	101
N =	444	1.128

	Befragte	Gesamtbe- völkerung
	%	%
b) Es geht mir und meiner Familie finanziell <u>in einem Jahr</u> ...		
... besser	20	19
... genauso	56	69
... schlechter	11	7
Weiß nicht, keine Angabe	13	5
	100	100
N =	444	1.128

Tabelle 22: Einkommenserwartung

	Befragte	Gesamtbevölkerung
	%	%
Mein Einkommen ist <u>in vier Jahren</u> ...		
... höher	44	51
... gleich	30	27
... niedriger	13	7
Weiß nicht, keine Angabe	12	15
	99	100
N =	444	1.128

Allerdings steigern sich auf seiten der Befragten die optimistischen mittelfristigen Erwartungen gegenüber der kurzfristigen Prognose (1 Jahr) weniger stark als bei der Gesamtbevölkerung: Bei den Befragten von 20 % auf 44 %, bei der übrigen Bevölkerung dagegen von 19 % auf 51 %. Mittelfristig (für die nächsten 4 Jahre) zeichnet sich für die hier untersuchte Gruppe also keinesfalls eine überdurchschnittliche Verbesserung ab, sondern sie erwartet im Gegenteil seltener eine Einkommensverbesserung als der Durchschnitt aller anderen Bevölkerungsmitglieder. Hinzu kommt, daß von den Befragten ein erheblich größerer Teil als von der Gesamtheit auch auf längere Sicht mit einem Sinken des Einkommens rechnet.

Zusammenfassend ist festzustellen, daß die Befragten, obwohl die meisten die unmittelbaren Folgen des Arbeitsplatzverlustes überstanden haben und

obwohl auch für sie der positive Trend in der Gesamtwirtschaft (zum Zeitpunkt der Befragung) sichtbar ist, deutlich häufiger als die Gesamtbevölkerung eine Verschlechterung der allgemeinen Wirtschaftslage im zurückliegenden Jahr sehen wie auch für das kommende Jahr erwarten; allerdings sind unter ihnen auch in größerem Ausmaß positive Zukunftserwartungen für die Gesamtwirtschaft vertreten. Die finanzielle Entwicklung der Befragten selbst gegenüber dem Vorjahr ist, neben einem im Vergleich zum Bevölkerungsdurchschnitt etwas größeren Prozentsatz der Verbesserungen (und zugleich einem geringeren Anteil der unveränderten Lagen), vor allem gekennzeichnet durch den hohen Prozentsatz der Verschlechterungen. Im Vergleich zur Gesamtbevölkerung ist aber auch der Anteil der pessimistischen und ungewissen Erwartungen für die eigene finanzielle Zukunft bemerkenswert.

Charakteristisch für die Lageeinschätzung der Befragten ist diese Feststellung: Während die Gesamtbevölkerung für das kommende Jahr etwa in gleichem Umfang eine Verbesserung der gesamtwirtschaftlichen Lage und der eigenen finanziellen Lage erwartet,¹⁾ sehen von den Befragten überdurchschnittlich viele (31 %) eine Verbesserung der Gesamtlage voraus, erwarten aber nur erheblich weniger einen eigenen Anteil daran durch Verbesserung ihrer privaten finanziellen Verhältnisse (20 %).

1) Vgl. Tab. 20 b) und 21 b).

6. Folgerungen für wirtschafts- und sozialpolitische Aussagen

6.1 Aktive Gestaltung der Gesellschaft

Die Untersuchung hat gezeigt, daß ein Verlust des Arbeitsplatzes für die Arbeitnehmer mit zahlreichen, zum Teil schwerwiegenden Folgen verbunden ist.

Die empirische Feststellung von Auswirkungen gesamtwirtschaftlicher und einzelwirtschaftlicher Veränderungen auf die Lebenslagen von Individuen und Gruppen liefert Hinweise für politische Maßnahmen. Im unerläßlichen Wechselspiel zwischen Empirie, Theorie und Praxis können theoretische Ansätze wie politische Postulate überprüft werden.¹⁾

Denn Politik (als die Gesamtheit aller sozialorganisatorischen und sozialpädagogischen Maßnahmen²⁾) muß realistisch sein, "sie muß in ihren Grundlinien und Einzelaktionen die Wirklichkeit mit ihren Kräften und Tendenzen im Auge behalten"³⁾

-
- 1) Vgl. L. Rosenmayr: Ober das wechselseitige Verhältnis von Empirie, Theorie und Praxis. In: KZfSS, 19. Jg. (1967), H. 3, S. 451. - O. Blume: Möglichkeiten und Grenzen der Altenhilfe. A.a.O., S. 128.
 - 2) Vgl. G. Weisser: Artikel "Distribution II". A.a.O., S. 636. - W. D. Piel: Zur sozialen Bedingtheit und politischen Bestimmbarkeit des sozialen Existenzminimums. A.a.O., S. 108.
 - 3) G. Weisser: Artikel "Wirtschaftspolitik". In: Evangelisches Soziallexikon. Hrsg. F. Karrenberg, 5. Aufl., Stuttgart 1965, Sp. 1359.

Da die Lebenslagen der Menschen sich in einem Prozeß bilden, den die Gesellschaft bewirkt,¹⁾ ist die Gesellschaft auch für den Verlauf dieses Prozesses verantwortlich, vor allem dann, wenn durch Veränderungen, die die davon betroffenen sozial schwachen Gesellschaftsmitglieder nicht zu vertreten haben, eine Verschlechterung der Lebenslagen eintritt.²⁾ Also etwa, wenn bei im übrigen wachsendem Sozialprodukt sich Strukturwandlungen vollziehen, die für die Gesamtheit positiv, für einzelne Gruppen aber nachteilig sind.³⁾ Derartigen "Schwächen marktwirtschaftlicher Steuerung"⁴⁾ muß durch angemessene wirtschafts- und sozialpolitische Maßnahmen begegnet werden.

Der Staat als Träger dieser Maßnahmen darf sich aber - wie auch die Bundesregierung in einem ihrer Sozialberichte betont - "nicht darauf beschränken, die bestehenden Leistungen der sozialen Sicherung zu verteidigen", er muß vielmehr bestrebt sein, "angesichts des sozialen und wirtschaftlichen Wandels ... mehr als in der Vergangenheit den sozialen Entwicklungsprozeß

-
- 1) G. Weisser: Artikel "Soziale Sicherheit". A.a.O., S. 403. - Ders.: Artikel "Wirtschaftspolitik". A.a.O., Sp. 1359 f.
 - 2) Vgl. G. Weisser: Grenzen und Probleme der Planung. Athen 1965, S. 56. - International Labour Office: Income Security in the Light of Structural Changes. Genf 1968, S. 4.
 - 3) F. W. Dörge: Strukturpolitik wohin? Opladen 1968, S. 7 f. - Vgl. H. Giersch: Wachstum und Konjunktur. In: G. Brombach, H. Giersch, P. Senf, Hrsg. Wachstum und Konjunktur. Darmstadt-Opladen 1960, S. 138.
 - 4) F. W. Dörge: Strukturpolitik wohin? A.a.O., S. 70.

zu gestalten".¹⁾ Denn "nur so wird es möglich sein, soziale Spannungen und Widersprüche und die damit verbundenen Wachstums- und Entwicklungsstörungen in unserer Gesellschaft zu mindern".²⁾

Die bewußte Gestaltung der gesellschaftlichen Prozesse durch Wirtschaftspolitik und Sozialpolitik hat letztlich immer das Ziel, den Gesellschaftsmitgliedern eine zufriedenstellende Lebenslage zu sichern.³⁾ Wirtschaftspolitik und Sozialpolitik sind wegen ihrer unterschiedlichen Ansatzpunkte nicht das gleiche; wegen ihrer verwandten gesellschaftspolitischen Zielsetzungen ergänzen und durchdringen sie sich

1) Sozialbericht 1970. Teil A: Entwicklungstendenzen und Aufgaben der Sozialpolitik. Hrsg. Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung. S. 13.

2) Ebd.

3) "Sozial- und Wirtschaftspolitik ... sind auf die möglichst reichliche und stetig wachsende, möglichst gerecht verteilte und im Zeitablauf gesicherte Bereitstellung von Bedürfnisbefriedigungsmitteln gerichtet, und für beide ist darunter nicht nur die Versorgung mit Gütern und Leistungen, sondern auch die befriedigende Eingliederung der Menschen in alle Lebensbereiche - Verbrauch und Produktion, Arbeitsplatz und Familienbereich, soziale Gruppe, Familie und Kultur - zu verstehen." Soziale Sicherung in der Bundesrepublik Deutschland. (Bericht der Sozialenquete-Kommission.) 4. Kap.: Wirtschaftspolitische Probleme der sozialen Sicherung (Verf. H. Meinhold). Stuttgart-Berlin-Köln-Mainz, o. J., S. 140.

aber gegenseitig.¹⁾ "Planmäßige Gestaltung des sozialen Lebens muß dieses soziale Leben als Ganzes sehen";²⁾ entsprechend müssen alle Maßnahmen aufeinander abgestimmt sein.³⁾

Den Gestaltern der Politik steht in dem mittlerweile geschaffenen umfangreichen Ordnungsrahmen ein vielfältiges Instrumentarium zur Verfügung, das systemkonform und vorausschauend eingesetzt werden kann. Doch weil trotzdem soziale Härten infolge von Strukturveränderungen oder Konjunktureinbrüchen auch in Zukunft möglich sind, muß vorsorglich eine Kette langfristiger wirkender Maßnahmen wie auch kurzfristig anwendbarer Instrumente bereitgestellt werden, müssen zugleich die Lebenslagen der Arbeitnehmer mit Komponenten ausgestattet werden, die mehr Unabhängigkeit und damit mehr soziale Sicherheit gewähren.

-
- 1) Soziale Sicherung in der Bundesrepublik Deutschland (Sozialenquete). A.a.O., S. 140 f. - S. Wendt: Bemerkungen über das Verhältnis von Wirtschaftspolitik und Sozialpolitik. In: Soziale Sicherheit. Hrsg. B. Kulp und W. Schreiber. Köln-Berlin 1971, S. 76 ff., insbes. S. 85. - I. Nahnsen: Der systematische Ort der Sozialpolitik in den Sozialwissenschaften. A.a.O., S. 100. - H. Büscher: Sozial schwache Bevölkerungsschichten und Gesellschaftspolitik in Entwicklungsländern. A.a.O., S. 28 f. - O. v. Nell-Breuning: Soziale Strukturpolitik. A.a.O., S. 12. - G. Weisser: Artikel "Sozialpolitik". A.a.O., S. 1046.
 - 2) G. Weisser: Artikel "Wirtschaftspolitik". A.a.O., Sp. 1358.
 - 3) Siehe auch: Soziale Sicherung in der BRD (Sozialenquete). Kap. 4: Wirtschaftspolitische Probleme der sozialen Sicherung (Verf. H. Meinhold). A.a.O., S. 140 ff. - Außerdem: Sozialbericht 1970, A.a.O., S. 13.

"Zukünftige Sozialpolitik muß unter anderem darauf ausgerichtet sein, die mit dem sozialen Wandel auftretenden Spannungen und Konflikte durch frühzeitige Steuerungsmaßnahmen zu vermeiden. Dazu braucht der Sozialpolitiker mehr und andersartige Informationen als heute. Er muß in der Lage sein, solche Entwicklungen einschließlich der Hoffnungen und Wünsche der verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen beurteilen und abschätzen zu können. Es müssen Ziele aufgestellt und definiert werden, die sich gegenseitig nicht ausschließen oder behindern. Es müssen neue Methoden zur Messung der qualitativen Aspekte des Lebens erdacht werden. Wir müssen erreichen, daß die Probleme klarer und rechtzeitig erkannt, daß sie rational behandelt und gelöst werden können."¹⁾

6.2 Verringerung der Lebenslage-Risiken

Aus überwiegend sozialpolitischer Perspektive, weil im Kontext überwiegend relevant, soll nun kurz eine Reihe von Lebenslage-Beeinträchtigungen betrachtet werden, die in der vorausgegangenen Untersuchung festgestellt worden sind. Der Ansatz zum Überdenken der aufgetauchten Probleme soll möglichst auf diese empirischen Feststellungen begrenzt bleiben, um den Rahmen der Arbeit nicht zu sprengen.

1) W. Arendt in: Aufgabe Zukunft - Qualität des Lebens. A.a.O., S. 23.

(1) Anlaß für die durch die Stilllegungen entstandenen Schwierigkeiten der Arbeitnehmer war die in der Konjunkturflaute offenbar gewordene Schwäche der Wirtschaftsstruktur in den betreffenden Regionen.

(2) Ein Drittel der befragten Arbeitnehmer wurde im Zusammenhang mit der Stilllegung arbeitslos; die Arbeitslosigkeit dauerte für die meisten länger als 6 Monate. Am stärksten betroffen waren die Älteren über 50 Jahre. - Die Älteren stellten auch den größten Teil der Ungelernten. - Am wenigsten arbeitslos waren Fachkräfte, die wieder eine Stelle in der alten Branche bekommen hatten.

(3) Information und Aufklärung der Arbeitnehmer vor der Betriebs-Stillegung sowie Umstellungshilfen waren unzureichend. - Die größten Schwierigkeiten am neuen Arbeitsplatz brachte die neue Tätigkeit; die Einweisung war überwiegend direkt am Arbeitsplatz erfolgt.

(4) Der derzeitige Arbeitsplatz (2 Jahre nach der Stilllegung) war häufig erst nach einem weiteren Stellenwechsel übernommen worden; er war durchweg weiter von der Wohnung entfernt als der alte im stillgelegten Betrieb. (Die geographische Mobilität ist stark eingeengt durch den Besitz von Eigenheimen.) Es konnte auch sehr oft nicht mehr im alten Beruf (vor der Stilllegung) gearbeitet werden. Generell übten jetzt drei Fünftel einen anderen Beruf aus als einmal gelernt. - Umschulung wirkte sich positiv auf das Einkommen aus, Umschüler verfügten meist über eine bessere Schulbildung. - Die befragten Arbeitnehmer erwarten, daß sie den Arbeitsplatz

erneut wechseln müssen. Sie glauben, daß sich ihre Aufstiegschancen durch die Ereignisse verschlechtert haben.

(5) Für etwa jeden Sechsten hatte die Krise sozialen Abstieg zur Folge. 40 % der Befragten (33 % der Berufstätigen) hatten Einkommensverschlechterungen zu verzeichnen. - Die Haushaltsausgaben wurden in der Krise reduziert. Das Konsumverhalten ist auch danach vorsichtiger. - Die Zukunftserwartungen der Befragten für sich selbst sind schlechter als ihre Erwartungen für die Gesamtbevölkerung.

Eine aktive Sozialpolitik muß vorausschauend wirken, sie ist auf Prävention statt auf Korrektur gerichtet. Unter diesem Aspekt ist vor allem der Bereich der Arbeitsmarktpolitik von Bedeutung, aber auch die Bildungspolitik, die Verteilungspolitik sowie die Sozialpädagogik.

(Zu 1) Mit technischem Fortschritt und strukturellen Veränderungen als den Merkmalen der modernen Wirtschaft ist auch in Zukunft ein Wandel der Beschäftigungsstrukturen verbunden, und damit eine ständige Gefährdung von Arbeitsplätzen.¹⁾ Aufgabe der Politik ist es, diese "unerwünschten Nebenwirkungen der wirtschaftlichen Dynamik durch flankierende und vorsorgende Maßnahmen auf ein Minimum zu reduzieren".²⁾ Es muß also für rechtzeitige berufliche Anpas-

1) Vgl. Sozialbericht 1973. Bundestags-Drucksache 7/1167, S. 7. - International Labour Office: Income Security ... A.a.O., S. 3. - D. Mertens: Rationale Arbeitsmarktpolitik. (RKW-Untersuchung.) Frankfurt/M. 1970, S. 7.

2) D. Mertens: Rationale Arbeitsmarktpolitik. A.a.O., S. 7.

sung bei gleichzeitiger Förderung des Strukturwandels gesorgt werden: Einschaltung der Arbeitsmarktpolitik in die Strukturpolitik durch Maßnahmen der Fortbildung, Umschulung, Arbeitsvermittlung, regionalen Wirtschaftsförderung (Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze und Ausbildungsplätze in wirtschaftsschwachen - ländlichen - Gebieten, Anreize für unternehmerische Initiativen),¹⁾ Kooperation aller beteiligten Stellen (Land, Gemeinden). Auf diese Weise könnte eine aktive Arbeitsmarktpolitik für die Zukunft ihr "vorrangiges Ziel" realisieren, nämlich "die vollwertige Beschäftigung eines jeden Arbeitnehmers"²⁾ zu garantieren, und gleichzeitig eine wachstumsfördernde Wirkung ausüben, indem sie eine "aus mangelnder Anpassung des Arbeitsangebots resultierende Arbeitslosigkeit" verhindern hilft.³⁾

(Zu 2) Da für die system-inhärenten sozialen Risiken, insbesondere Arbeitslosigkeit, der betroffene einzelne Arbeitnehmer nicht verantwortlich ist, muß der Staat durch entsprechende Maßnahmen für die schnelle Beseitigung von unmittelbaren Nachteilen, primär für die Einkommenssicherung sorgen. Seine Hauptaufgabe muß aber die Sicherung der Vollbeschäftigung

-
- 1) Vgl. Sozialbericht 1973. A.a.O., S. 8. - Der Verwirklichung derartiger Ziele soll insbesondere das neue Arbeitsförderungsgesetz dienen (dessen Effektivität jedoch einer gründlichen Überprüfung bedarf).
 - 2) Sozialbericht 1973. A.a.O., S. 8.
 - 3) H.-J. Bodenhöfer: Arbeitsmobilität und regionales Wachstum. Ein Beitrag zur Strukturanalyse von Wachstumsprozessen. Berlin 1969, S. 171 f.

sein, so daß alle anderen Maßnahmen nur unterstützenden und kurzfristigen Charakter haben können.¹⁾ Die finanzielle Absicherung gegen Arbeitslosigkeit ist weitgehend sichergestellt,²⁾ sie behebt aber nicht zugleich auch die mit der Arbeitslosigkeit verbundenen sozialen und psychischen Probleme. Die politischen Maßnahmen müssen vor allem gewährleisten, daß den Arbeitnehmern unverzüglich ein im Hinblick auf das Einkommen, die Qualität des Arbeitsvollzugs und den sozialen Status gleichwertiger neuer Arbeitsplatz bereitgestellt werden kann. Die Lösung dieser Forderung bleibt außerordentlich schwierig angesichts der entwicklungsbedingten "neuen Risiken", die z. B. durch Entqualifizierung (Umsetzung freigesetzter Arbeitskräfte auf "einfachere" Tätigkeiten) oder durch betriebs-spezifische Qualifikation (einseitige, nicht generell verwendbare Qualifizierung) gekennzeichnet sind.³⁾ Wegen der besonderen Gefährdung der älteren Arbeitnehmer (etwa ab 50 Jahre) sind zugunsten dieser Gruppe besondere Maßnahmen erforderlich:⁴⁾ etwa berufliche

-
- 1) Vgl. International Labour Office: Income Security ... A.a.O., S. 5.
 - 2) Neuerdings auch die Sicherung gegen die Zahlungsunfähigkeit des Arbeitgebers (Konkursausfallgeld) durch Erweiterung des Arbeitsförderungsgesetzes.
 - 3) Vgl. F. Böhle und N. Altmann: Industrielle Arbeit und soziale Sicherheit. Frankfurt/M. 1972, S. 21 f., passim.
 - 4) Vgl. hierzu: Sozialbericht 1973. A.a.O., S. 8 f. - Sozialbericht 1972. Bundestagsdrucksache VI/3432, S. 27. - Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl: Probleme der Wiederbeschäftigung älterer und behinderter Arbeitnehmer. Luxemburg 1967.

Anpassungsmaßnahmen für von Entlassung oder unterwertiger Beschäftigung bedrohte ältere Arbeitnehmer; schwerpunktmäßige Bereitstellung der gesetzlichen Förderungsmöglichkeiten;¹⁾ besondere Berücksichtigung von Älteren bei regionalen und betrieblichen Wirtschaftsförderungsmaßnahmen; Einstellungsvorrechte Älterer, erweiterter Kündigungsschutz; spezielle Arbeitsvermittlungsstellen; Schaffung zusätzlicher Anreize für die Betriebe zur Übernahme älterer Arbeitnehmer; schließlich die Einrichtung geeigneter geschützter Arbeitsstellen.²⁾

(Zu 3) Die Bereitschaft der Unternehmen zur rechtzeitigen Information und umfassenden Aufklärung der Belegschaften muß generell verbessert werden, auch im eigenen Interesse der Unternehmen.³⁾ Sie muß aber verpflichtend sein vor wichtigen Ereignissen wie einer Betriebsstillegung, um dem Zeitbedarf der Arbeitnehmer zur Anpassung Rechnung zu tragen.⁴⁾ Erforder-

-
- 1) Insbesondere des Arbeitsförderungsgesetzes: Förderung der beruflichen Fortbildung, Umschulung, Arbeitsplatzbeschaffung für Ältere.
 - 2) Zu letzterem sei auf einen bemerkenswerten Ansatz verwiesen: die Gründung der "Gesellschaft zur Verbesserung der Beschäftigungsstruktur m.b.H. (GVB)", in der nach der Krise von 1967 zahlreiche ältere Arbeitnehmer bis zu 65 Jahren im Ruhrgebiet eine Beschäftigung fanden.
 - 3) Überhaupt gebührt dem Personalbereich (einschl. Personalplanung) in allen Betrieben der gleiche Rang wie dem technischen und dem wirtschaftlichen Bereich einschl. Planungen.
 - 4) "In empirischen Untersuchungen ist immer wieder festgestellt worden, daß das Informationsbedürfnis der Arbeitnehmer insbesondere dann groß ist, wenn sie ihre eigene Arbeit und ihren Status gefährdet sehen." H. Dederling u. a.: Die Mobilität der Arbeitnehmer bei Betriebsstillegungen. A.a.O., S. 55.

lichenfalls müßte der Staat mit individuellen Anpassungsplänen eingreifen, die Bestandteil einer umfassenden sozialen Anpassungsplanung sein könnten, in welcher die zahlreichen Aspekte der Umstellung auf Wachstumsindustrien zu berücksichtigen wären.¹⁾ Es fragt sich zudem, ob Information und Aufklärung durch die staatlichen Stellen über die den Arbeitnehmern zur Verfügung stehenden Möglichkeiten ausreichend sind. Wenn die Arbeitsmarktpolitik die Menschen langfristig in ihrer beruflichen Entwicklung begleiten und anpassungsfähig halten soll,²⁾ dann muß diese Forderung auch für die entsprechende Information einschließlich Berufs- und Bildungsberatung gelten.³⁾ - Die auch in anderen Untersuchungen festgestellte⁴⁾ kurzfristig am Arbeitsplatz erfolgte empirisch-praktische Einweisung in die neue Tätigkeit müßte durch theoretische Einführungen ergänzt werden, um Zusammenhänge

-
- 1) Vgl. hierzu u. a.: W. Gerstenberger, G. Nerb und S. Schittenhelm: Unternehmerische Urteile und Antizipationen über den Bedarf an Arbeitskräften. In: Mitteilungen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung Erlangen. H. 9 (1969), S. 671 ff. - D. Mertens: "Berufsprognosen". Relativierung und Modifikationen. In: Mitteilungen. H. 6 (1969), S. 405 ff. - D. Mertens: Längerfristige Arbeitsmarktprognose bei alternativer Arbeitsmarkt- und Gesellschaftspolitik. In: Mitteilungen. H. 10 (1969), S. 781 ff.
 - 2) Sozialbericht 1973. A.a.O., S. 8. - D. Mertens: Rationale Arbeitsmarktpolitik. A.a.O., S. 14.
 - 3) Die Bundesregierung erwähnt selbst z. B. im Sozialbericht 1973 die Notwendigkeit, bestimmte Arbeitnehmergruppen gezielt auf die Möglichkeiten des Arbeitsförderungsgesetzes hinzuweisen. A.a.O., S. 9.
 - 4) Vgl. Wirtschaftliche und soziale Aspekte des technischen Wandels. RKW-Untersuchung, 1. Band, 2. Aufl., Frankfurt/M. 1970, S. 300.

zu erklären und Orientierungsschwierigkeiten abzubauen. Von den Arbeitnehmern wird in Zukunft neben Fachwissen und Erfahrung immer mehr Flexibilität und kurzfristige Umlern- und Anpassungsfähigkeit verlangt, was wiederum zu einer weiteren Aufwertung der Berufsausbildung führt.^{1) 2)} Daraus aber folgt die dringende Notwendigkeit einer Verbesserung der beruflichen Ausbildung für junge Menschen wie auch der Fortbildung für Erwerbstätige.³⁾ Hier muß in Zusammenarbeit zwischen Betrieben und öffentlichen Einrichtungen ein für die zukünftigen Bedürfnisse angemessener Weg gefunden werden;⁴⁾ die unzureichenden Berufsbildungschancen in wirtschaftsschwachen Gebieten sind besonders zu berücksichtigen.⁵⁾

-
- 1) Wirtschaftliche und soziale Aspekte des technischen Wandels. A.a.O., S. 90 f., S. 215 f., S. 298.
 - 2) "Gelernte zeichnen sich offenkundig stärker als ihre ungelernten Kollegen durch diese Eigenschaften aus": Geistige Wendigkeit, Anpassungsbereitschaft, Aufnahmebemühen; Fähigkeit zu systematischem und rationalem Vorgehen; Leistungsbereitschaft; Gewissenhaftigkeit, Fleiß. (Ebd., S. 298.) Diese Eigenschaften erhalten immer größeres Gewicht im Hinblick auf die Zunahme der geistig-psychischen bei gleichzeitiger Abnahme der körperlichen Arbeitsanforderungen. (Ebd., S. 207 ff., S. 226 f.)
 - 3) Vgl. Sozialbericht 1972. A.a.O., S. 22, S. 54. - Sozialbericht 1973. A.a.O., S. 9.
 - 4) Vgl. Wirtschaftliche und soziale Aspekte des technischen Wandels. A.a.O., S. 221 f. - Sozialbericht 1973. A.a.O., S. 9.
 - 5) Vgl. Sozialbericht 1973. A.a.O., S. 8.

(Zu 4) Die Bildungspolitik mit ihrer "unmittelbaren Bedeutung für die qualitative Struktur des künftigen Arbeitsangebots"¹⁾ ist nicht nur eine wesentliche Voraussetzung für die Mobilitätsbereitschaft der Arbeitnehmer, sondern zugleich eine attraktive Komponente für die Standortdispositionen der Unternehmer ("relative Standortgunst" durch verbessertes Ausbildungsniveau der Arbeitskräfte).²⁾ Den verschiedenen Hemmnissen einer räumlichen Mobilität auf seiten der Arbeitnehmer kann also durch entsprechende Maßnahmen entgegengearbeitet werden. Nichtsdestoweniger ist ein Stellenwechsel nur dann vertretbar, wenn er keine finanzielle und möglichst wenig tätigkeitsbezogene Einbußen mit sich bringt. Deshalb muß planmäßig berufliche Mobilität in Verbindung mit räumlicher Mobilität gefördert werden (z. B. überregionale Arbeitsvermittlung).³⁾ Eine Erhöhung der Wanderungsbereitschaft kann erreicht werden durch möglichst weitgehende Individualisierung der Maßnahmen, durch Information der Betroffenen direkt wie der Gesamtbevölkerung (Erhöhung der Markttransparenz), finanzielle Anreize (Finanzierungsbeihilfen, Erstattung der Umzugskosten usw.), Sicherheitszusagen (Arbeitsplatz, Wohnung, Lebensstandard) wie auch Hilfen bei der sozialen Neueingliederung (einschl. Wohnraumbeschaffung).⁴⁾

-
- 1) H.-J. Bodenhöfer: Arbeitsmobilität und regionales Wachstum. A.a.O., S. 172.
 - 2) Ebd.
 - 3) Soziale Sicherung in der BRD (Sozialenquête). A.a.O., S. 161. - International Labour Office: Income Security ... A.a.O., S. 59.
 - 4) H.-J. Bodenhöfer: Arbeitsmobilität und regionales Wachstum. A.a.O., S. 174. - Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl: Hindernisse für die Beweglichkeit der Arbeitskräfte und soziale Probleme der Anpassung. Luxemburg, o. J. (1967).

Schließlich wäre eine nachhaltige Förderung der Mobilität zu erreichen durch eine gezielte Aufklärung über die Möglichkeiten und Vorteile von Umschulungsmaßnahmen. Dieses "Mittel einer prophylaktischen Sozialpolitik" ist noch weitgehend unbekannt oder mißverstanden.¹⁾ Gerade durch die Möglichkeiten der Umschulung entsteht aber für viele Arbeitnehmer die Chance, auch in Zukunft eine Sinnerfüllung im Arbeitsleben zu finden, wozu nicht zuletzt das Vorhandensein angemessener Aufstiegschancen gehört.²⁾

(Zu 5) Eine grundlegende Verbesserung der Startchancen der sozial schwachen Gruppen wird allerdings nur zu erreichen sein durch weitergehende bildungspolitische Maßnahmen (z. B. Reform des Schulwesens) einerseits sowie insbesondere auch durch Maßnahmen zur Veränderung der Vermögensverteilung;³⁾ das bedeutet, "die relative Höhe der Lebenslage" der Mitglieder dieser Gruppen sollte über die Verteilungspolitik beeinflusst werden.⁴⁾ Verteilt werden ja Lebenslagen, mit allen materiellen und immateriellen Bestandteilen.⁵⁾ Um eine "sozial annehmbare" Verteilung

-
- 1) Auch bei Arbeitgebern und Verwaltungsstellen! Vgl. Soziologisches Forschungsinstitut Göttingen: Analyse der Probleme gegenwärtiger Umschulungs-Praxis. (RKW-Untersuchung.) Frankfurt/M. 1971. Passim. Zit. S. 5.
 - 2) Vgl. W. Schreiber: Sozialpolitik in einer freien Welt. A.a.O., S. 40 f.
 - 3) G. Weisser: Grenzen und Probleme der Planung. A.a.O., S. 26. - Soziale Sicherung in der BRD (Sozialenquete). A.a.O., S. 161.
 - 4) G. Weisser: Artikel "Distribution II". A.a.O., S. 635, S. 645. - O. v. Nell-Breuning: Soziale Strukturpolitik. A.a.O., S. 13 f.
 - 5) G. Weisser: Artikel "Distribution II". A.a.O., S. 635. - Ders.: Grundsätze der Verteilungspolitik. In: Soziale Sicherheit. Hrsg. B. Külpe und W. Schreiber. Köln 1971, S. 110 ff. - Im übrigen siehe oben, 1. Teil. Kap. 3.1 - 3.4.

zu erreichen, muß an die Stelle bloßer Steuerung eine bewußte "Gestaltung der Wirtschaft" treten.¹⁾ "Es ist unmöglich, produktionspolitisch etwas zu konzipieren, ohne daß man zugleich eine Norm über die angemessene Verteilung aufstellt."²⁾ Nach den wirtschaftspolitisch z. T. erwünschten und geförderten Zusammenballungen von Produktiv-Vermögen in wenigen Händen während der Aufbauphase nach dem Krieg muß nun eine stärker sozial orientierte Einkommenspolitik (Lohnpolitik, Vermögenspolitik, Sozialleistungen) zu einer anderen (gerechteren) Verteilung zumindest des neuentstehenden Volksvermögens führen, etwa durch Erhöhung der Einkommen der Arbeitnehmer über die Wachstumsraten hinaus.³⁾ Dies könnten gebundene Investiv-Einkommen sein, die durch Beteiligungsrechte am Produktivvermögen eine breite Vermögensstreuung bewirkten, ohne daß die Volkswirtschaft Investitionsmittel verlore.⁴⁾ Die Sicherheit der Arbeitnehmer gegenüber Notlagen würde wachsen durch Verringerung der "typischen Arbeitnehmerrisiken", charakterisiert insbesondere durch die Abhängigkeit

-
- 1) O. v. Nell-Breuning: Soziale Strukturpolitik. A.a.O., S. 13.
 - 2) G. Weisser: Die Überwindung des Ökonomismus in der Wirtschaftswissenschaft. In: Grundsatzfragen der Wirtschaftsordnung. Berlin 1954, S. 21.
 - 3) R. Schlüter: Wirtschaftspolitik. Mainz 1970, S. 111.
 - 4) Vgl. hierzu: Soziale Sicherung in der BRD (Sozialenquete). A.a.O., S. 161. - Außerdem: Sozialbericht 1973. A.a.O., S. 14.

vom Arbeitseinkommen,^{1) 2)} außerdem könnten die Chancen für eine eigene Lebensgestaltung verbessert werden. Die Verbesserung der materiellen Lebenslage würde langfristig ergänzt durch eine immaterielle Verbesserung: die Verwandlung der "Objektstellung der Arbeitnehmer in eine Subjektstellung".³⁾ Denn das Eigentum an Produktionsmitteln fördert selbstverantwortliches Handeln, vermittelt Dispositionsrechte.⁴⁾

- Auf die bedeutenden verteilungspolitischen Auswirkungen einer aktiven Arbeitsmarkt- und Bildungspolitik kann dabei selbstverständlich nicht verzichtet werden, denn bessere Aufstiegsmöglichkeiten bringen auch verbesserte Einkommenschancen mit sich.

Sollen die politischen Maßnahmen zur Verringerung der Lebenslage-Risiken letztlich wirksam werden, so genügt es nicht, auf Institutionen Einfluß zu nehmen, vielmehr ist es erforderlich, den Zusammenhang "zwischen der äußeren Gestaltung der Gesellschaft und dem inneren Verhalten

1) H. Büscher: Sozial schwache Bevölkerungsschichten ... A.a.O., S. 319. - Soziale Sicherung in der BRD (Sozialenquête). A.a.O., S. 161. - G. Weisser, T. Thiemeyer, O. Blume: Eigentum in der industriellen Gesellschaft. Göttingen 1968.

2) Eine Rezession würde sich nicht mehr für einen Teil der Bevölkerung durch Arbeitslosigkeit besonders hart auswirken, sondern in Form allgemeiner Einkommensminderung.

3) W. Schäfer: Probleme der Politik sozialer Sicherung. A.a.O., S. 150 f.

4) Soziale Sicherung in der BRD (Sozialenquête). A.a.O., S. 161.

der Menschen durch zielbewußte Handlungen" (aufklärende Maßnahmen, auffordernde Einwirkungen) zu beeinflussen.¹⁾

Es müßte also versucht werden, Umfang und Ablauf der Arbeitsmarktprozesse, vor allem die Mobilitätsprozesse in Anpassung an die sich ändernden Bedingungen der Wirtschaft zu lenken.²⁾ Da aber das Verhalten der meisten Arbeitnehmer auf dem Arbeitsmarkt defensiv und tendenziell immobil ist, da außerdem die Arbeitsmarktverhältnisse völlig intransparent und die wenigen erhaltenen Informationen mangels Verständnis nicht verwendbar sind - was die Immobilität noch verstärkt,³⁾ ist eine Anhebung der "Anpassungselastizität des Arbeitsangebots"⁴⁾ nur möglich durch eine grundlegende Verbesserung der Informations- und Aufklärungsarbeit gegenüber Berufsanfängern wie auch den schon Erwerbstätigen.⁵⁾

-
- 1) W. Schäfer: Probleme der Politik sozialer Sicherung. A.a.O., S. 186. - Vgl. auch G. Weisser: Grenzen und Probleme der Planung. A.a.O., S. 54 f. - H. Giersch: Geleitwort zu G. Grope: Die zweitbeste Wirtschaft. Utopien und reelle Chancen der modernen Wirtschaft. Wiesbaden 1970.
 - 2) F. W. Fröhlich: Wachstumsbedingte Strukturwandlungen ... A.a.O., S. 231 ff. - H.-J. Bodenhöfer: Arbeitsmobilität und regionales Wachstum. A.a.O., S. 173.
 - 3) F. Weltz: Bestimmungsgrößen des Verhaltens von Arbeitnehmern auf dem Arbeitsmarkt. (RKW-Untersuchung.) Zusammenfassung. Frankfurt/M. 1971, S. 14, S. 23 ff.
 - 4) F. W. Fröhlich: Wachstumsbedingte Strukturwandlungen ... A.a.O.
 - 5) Eine Hilfe auf diesem Wege werden das von der Bundesregierung geplante Sozialgesetzbuch wie das ebenfalls vorbereitete Arbeitsgesetzbuch sein, die das unübersichtliche Recht zusammenfassen und vereinfachen sollen. Vgl. Sozialbericht 1972. A.a.O., S. 19. - Sozialbericht 1973. A.a.O., S. 15, S. 2.

Darüber hinaus muß aber durch sozialpädagogische Maßnahmen langfristig eine Einstellungsänderung erzielt werden. Es muß generell die Bereitschaft der Arbeitnehmer zur Veränderung¹⁾ gehoben werden und damit die Bereitschaft zu beruflicher Fortbildung und Umschulung,²⁾ außerdem die grundsätzliche Bereitschaft zu pendeln, umzuziehen und den Betrieb zu wechseln. Das aber kann nur erreicht werden, wenn es den Gesellschaftsgestaltern gelingt, nicht nur das Informationsniveau zu heben, sondern Einfluß auf die Wertvorstellungen zu nehmen.

Zu verwirklichen ist dies durch ständige Aufklärung der Arbeitnehmer selbst, vor allem aber auch - da es sich um einen langwierigen Prozeß handelt - durch Ansprechen der informations- und wertvermittelnden Gruppen, wie Eltern, Lehrer usw.

6.3 Schlußbemerkungen

Trotz der zahlreichen durch die technische und wirtschaftliche Entwicklung bedingten Differenzierungen unter den Arbeitnehmern ist ihnen doch allen das Lebenslagemerkmale der Arbeitsplatzunsicherheit und Ersetzbarkeit gemein. Deshalb muß die Sozial- und Wirtschaftspolitik der

1) F. W. Fröhlich: Wachstumsbedingte Strukturwandlungen ... A.a.O., S. 252 ff.

2) Weiterbildung und Umschulung unterliegen gerade bei Arbeitnehmern, die einmal eine Berufsausbildung abgeschlossen haben, "ganz besonderen Orientierungshemmnissen", die vorrangig abgebaut werden müssen. Vgl. F. Böhle und N. Altmann: Industrielle Arbeit und soziale Sicherheit. A.a.O., S. 93.

kommenden Jahre auf eine umfassende soziale Sicherung der Menschen (d. h. Sicherung der gesamten Lebenslage, nicht nur Arbeitsplatzsicherung!) ausgerichtet sein; sie muß ihnen zugleich die Chance zu mehr persönlicher Entfaltung und wirklicher Entscheidungsbeteiligung bieten.

Das verbreitete Unbehagen an dem bisherigen expansiven Wachstum, das sich in der verstärkten Forderung niederschlägt, die "Lebensqualität" in den Mittelpunkt aller gesellschaftspolitischen Überlegungen zu rücken,¹⁾ bietet die Chance einer Neuorientierung der politischen Prioritäten. Selbstverständlich wird eine derartige Neuorientierung, verbunden mit einer erheblich verbesserten gesamtgesellschaftlichen Information (durch umfassende Sozialberichterstattung, soziale Indikatoren) eine besondere Problematik aufwerfen, die darin liegen wird, die individuellen Wünsche mit den Gemeinschaftszielen abzustimmen sowie die Entscheidungen der politischen Eliten zu kontrollieren und mit der "Massenmeinung" zu koordinieren.²⁾ Diese Probleme müssen gelöst werden durch die Kontrollinstanzen unserer "offenen, an sozialer Gerechtigkeit orientierten, reformerischen Gesellschaft", die "nach den Spielregeln der parlamentarischen Demokratie" funktioniert.³⁾ Demokratisch legitimiert und einer

1) Vgl. unsere Darstellung im 1. Teil, Kap. 3.1.

2) Vgl. W. Zapf: Zur Messung der Lebensqualität. A.a.O., S. 372 ff.

3) L. F. Neumann: Das Stabilitätsziel innerhalb gesellschaftlicher Zielsysteme. Verf. Man., Junkersdorf (Köln), o. J. (1974), S. 6.

entsprechenden Kontrolle unterworfen sein muß auch die gesamtwirtschaftliche (bzw. gesamtgesellschaftliche) Planung, die heute jedes stabile politische System braucht. (Da es kaum möglich ist, die von der Planung Betroffenen stets an den Entscheidungsprozessen zu beteiligen, muß versucht werden, politisches Planen und Handeln möglichst transparent zu machen!)¹⁾

Um einen möglichst breiten Konsensus über die zu ergreifenden Maßnahmen zu erreichen, sollte bei möglichst vielen der beteiligten Gesellschaftsgestalter Übereinstimmung über die zugrundeliegenden Prinzipien und Wertvorstellungen herrschen; also etwa das Ordnungsprinzip des marktwirtschaftlichen Systems mit sozialmotivierten Korrekturmöglichkeiten. Dabei wäre mit Weisser besonders herauszustellen die Forderung nach Freiheitlichkeit, Vielgestaltigkeit und Verantwortungs-Streuung als den Gestaltungselementen des sozialen Lebens.²⁾

Maßnahmen der Sozialpolitik und Wirtschaftspolitik sollen jedoch nicht nur zu größerer sozialer Sicherheit "von oben her" führen, sondern Anregungen zu Selbsthilfe und Selbstverantwortung geben.³⁾ Dann könnte neben mehr sozialer Sicherheit auch mehr soziale Mündigkeit

1) Vgl. hierzu K. Lompe: Gesellschaftspolitik und Planung. Probleme politischer Planung in der sozialstaatlichen Demokratie. Freiburg 1971.

2) G. Weisser: Artikel "Distribution II". A.a.O., S. 639.

3) W. Schreiber: Sozialpolitik in einer freien Welt. A.a.O., S. 87. - G. Weisser: Artikel "Distribution II". A.a.O., S. 639 f.

erreicht werden - und damit zugleich eine Gesellschaft, die die Lebenslagen unter ihre Mitglieder gerechter verteilt und so die Chance einer besseren Verwirklichung der Grundwerte von Gerechtigkeit und Freiheit eröffnet.¹⁾

1) In der Regierungserklärung vom 18. 1. 73 heißt es: "Moderne Sozialpolitik ... strebt nach mehr Gerechtigkeit und sie will bewirken, daß in unserer Gesellschaft mehr reale Freiheit herrscht." Vgl. Sozialbericht 1973. A.a.O., S. I.

Literaturverzeichnis

- Achinger, H. Soziale Sicherheit. Stuttgart 1953.
- Achinger, H.,
 Preller, L.,
 Wallraff, H.J.,
 Hrsg. Normen der Gesellschaft. Festgabe für Oswald von Nell-Breuning. Mannheim 1965.
- Albert, H. Wissenschaft und Politik. In: Topitsch, E., Hrsg.: Probleme der Wissenschaftstheorie. Festschrift für Victor Kraft. Wien 1960.
- Probleme der Wissenschaftslehre in der Sozialforschung. In: König, R., Hrsg.: Handbuch der empirischen Sozialforschung, 1. Bd., Stuttgart 1962.
- Theorie und Prognose in den Sozialwissenschaften. In: Topitsch, E., Hrsg.: Logik der Sozialwissenschaften. 4. Aufl., Köln-Berlin 1967.
- Wertfreiheit als methodisches Prinzip. In: Topitsch, E., Hrsg.: Logik der Sozialwissenschaften. 4. Aufl., Köln-Berlin 1967.
- Marktsoziologie und Entscheidungslogik. Ökonomische Probleme in soziologischer Perspektive. Neuwied-Berlin 1967.
- Albrecht, G. Die sozialen Klassen. Leipzig 1926.
- Albrecht, G.,
 Daheim, H.J.,
 Sack, F., Hrsg. Soziologie. Sprache, Bezug zur Praxis, Verhältnis zu anderen Wissenschaften. René König zum 65. Geburtstag. Opladen 1973.
- Alewell, K.,
 Hrsg. Betriebswirtschaftliche Strukturfragen. Festschrift für R. Henzler. Wiesbaden 1962.
- Arbeitsamt
Coesfeld Bericht über die Arbeitsmarktentwicklung im Bezirk des Arbeitsamtes Coesfeld. Februar 1968.

- Arbeitsamt
Dortmund, Hrsg. Wie steht es um die Mobilität
bei arbeitslosen Arbeitneh-
mern? Dortmund, o. J. (1968).
- Arndt, H., Hrsg. Lohnpolitik und Einkommensver-
teilung. Verhandlungen auf
der Tagung des Vereins für
Socialpolitik. Berlin 1968.
(Schriften des Vereins für
Socialpolitik, N.F., Bd. 51),
Berlin 1969.
- Arndt, K.D. Wirtschaftswachstum, Markt-
wirtschaft und langfristige
Programme. In: Gewerkschaft-
Wirtschaft-Gesellschaft.
Köln 1963.
- Arnold, W.,
Bergler, R. Psychologische Gründe der
Arbeitslosigkeit älterer An-
gestellter. Lüneburg, o. J.
(1956).
- Aschenbrenner, K.,
Kappe, D. Großstadt und Dorf als Typen
der Gemeinde. In: Bolte, K.M.,
Hrsg.: Deutsche Gesellschaft
im Wandel. 2., überarb. Aufl.,
Opladen 1967.
- Bahrdt, H.P. Die moderne Großstadt.
Hamburg 1961.
- Bakke, E.W. The Unemployed Man. New York
1934.
- Bandemer, J.D.v.,
Ilgen, H.P. Probleme des Steinkohlenberg-
baus. Basel-Tübingen 1963.
- Barber, B. Social Stratification. New
York 1957.
- Barr, J. Standards of Living. Harmonds-
worth 1969.
- Bauer, R.A.,
Hrsg. Social Indicators. Cambridge
1966.
- Baumann, H. u.a.
(Ifo-Institut für
Wirtschaftsfor-
schung, München) Industrie. Ökonomischer Unter-
suchungsteil, Abschn. 2. In:
Wirtschaftliche und soziale
Aspekte des technischen Wan-
dels in der Bundesrepublik
Deutschland. Hrsg. RKW. 1. Bd.,
2. Aufl., Frankfurt/M. 1970.

- Baumert, G. Deutsche Familien nach dem Kriege. Darmstadt 1954.
- Baumgarten, P., Mücke, W. Wirtschaftspolitische Zielkonflikte in der Bundesrepublik Deutschland. Tübingen 1969.
- Behrend, K.C. Konformität des Verbraucherverhaltens. In: Handelsbetrieb und Marktordnung. Festschrift für Carl Ruberg. Wiesbaden 1962.
- Benninghaus, H. Soziale Einstellung und soziales Verhalten. Zur Kritik des Attitüdenkonzepts. In: Albrecht, G., Daheim, H.J., Sack, F., Hrsg.: Soziologie. Sprache, Bezug zur Praxis, Verhältnis zu anderen Wissenschaften. René König zum 65. Geburtstag. Opladen 1973.
- Bernsdorf, W., Hrsg. Wörterbuch der Soziologie. 2. Auflage. Stuttgart 1969.
- Bernsdorf, W. Artikel "Generation" in: Wörterbuch der Soziologie. 2. Aufl., Hrsg. Bernsdorf, W., Stuttgart 1969.
- Artikel "Gesellschaftsform, herrschaftliche" in: Wörterbuch der Soziologie. 2. Aufl., Hrsg. Bernsdorf, W., Stuttgart 1969.
- Bernsdorf, W., Bülow, F., Hrsg. Wörterbuch der Soziologie. Stuttgart 1955.
- Biervert, B. Der Beitrag der privaten Haushalte zum wirtschaftlichen Wachstum. Berlin 1969.
- Biervert, B., Strümpel, B. Konjunkturprognosen aus Konsumentenstimmungen. In: Der Volkswirt, Nr. 34/1969.
- Bilkey, W.J. A Psychological Approach to Consumer Behavior Analysis. In: Journal of Marketing, Jg. 18 (1953), Nr. 1.

- Blume, O. Über den Lebensabend des Industriearbeiters in der heutigen Gesellschaft. In: Gewerkschaft-Wirtschaft-Gesellschaft. Köln 1963.
Möglichkeiten und Grenzen der Altenhilfe. Tübingen 1968.
- Blume, O.,
Kuhlmeyer, F. Die Ungelernten - ihre Herkunft, ihre Arbeit. Ergebnisse einer Untersuchung über die wirtschaftliche und soziale Lage jugendlicher Arbeitnehmer ohne Lehre und Anlernvertrag. Göttingen 1966.
- Bodenhöfer, H.-J. Arbeitsmobilität und regionales Wachstum. Ein Beitrag zur Strukturanalyse von Wachstumsprozessen. Berlin 1969.
- Böhle, F.,
Altmann, N. Industrielle Arbeit und soziale Sicherheit. Frankfurt/M. 1972.
- Boettcher, E. Sozialpolitik und Sozialreform. In: Ders., Hrsg.: Sozialpolitik und Sozialreform. Tübingen 1957.
- Bogs, W. Artikel "Arbeitslosigkeit (II), Arbeitslosenfürsorge und Arbeitslosenversicherung" in: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, 1. Bd., Stuttgart-Tübingen-Göttingen 1956.
- Bolte, K.M. Die Mobilität in unserer Gesellschaft. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 10. Jg. (1958).
Sozialer Aufstieg und Abstieg. Stuttgart 1959.
Analyse von Schichtungen. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 5 (1961).
Typen sozialer Schichtung in der Bundesrepublik Deutschland. In: Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, 8. Jg. (1963).

- Bolte, K.M. Artikel "Mobilität" in: Fischer-Lexikon Bd. 10, Soziologie. Hrsg. König, R., Frankfurt/M. 1967.
Vertikale Mobilität. In: König, R., Hrsg.: Handbuch der empirischen Sozialforschung, Bd. II., Stuttgart 1969.
Entwicklung und Probleme der Berufsstruktur. In: Ders. u.a., Hrsg.: Deutsche Gesellschaft im Wandel. Bd. II., Opladen 1970.
- Bolte, K.M., Hrsg. Deutsche Gesellschaft im Wandel. 2., überarb. Aufl., Opladen 1967.
- Bolte, K.M.,
Aschenbrenner, K.,
Kreckel, R.,
Schultz-Wild, R. Beruf und Gesellschaft in Deutschland. Opladen 1970.
- Bolte, K.M.,
Kappe, D. Struktur und Entwicklung der Bevölkerung. In: Bolte, K.M., Hrsg.: Deutsche Gesellschaft im Wandel. 2., überarb. Aufl., Opladen 1967.
- Bolte, K.M.,
Kappe, D.,
Neidhardt, F. Soziale Schichtung der Bundesrepublik Deutschland. In: Bolte, K.M., Hrsg.: Deutsche Gesellschaft im Wandel. 2., überarb. Aufl., Opladen 1967.
- Booth, C. Life and Labour of the People in London. 17 Bde. (1. Ausgabe des 1. Bd.: London-Edinburgh 1889.) 3. Aufl., London-New York 1902/3. (Vgl. hierzu: Fried, A., Elman, R.M.: Charles Booth's London.)
- Bottomore, T.B. Die sozialen Klassen in der modernen Gesellschaft. München 1967.
- Bowley, A.L.,
Rowntree, B.S.
u.a. The Third Winter of Unemployment. London (1922).

- Bowley, A.L.,
Burnett-Hurst,
A.R. Livelihood and Poverty.
A Study in the Economic Con-
ditions of Working-Class
Households in Northampton,
Warrington, Stanley, Reading,
and Bolton. London 1915.
- Bowley, A.L.,
Hogg, M.H. Has Poverty Diminished?
A Sequel to 'Livelihood and
Poverty'. London 1925.
- Brentano, L. Versuch einer Theorie der Be-
dürfnisse. In: Ders.: Konkre-
te Grundbedingungen der Volks-
wirtschaft. Leipzig o. J.
(1924).
- Breuer, L. Die Lebenshaltung der Bergar-
beiter im Ruhrgebiet. Eine
haushaltsstatistische Unter-
suchung. Münster 1935.
- Brief, G. Bevölkerungsbewegung und Ar-
beitsmarktentwicklung. In:
Harms, B., Hrsg.: Struktur-
wandlungen der deutschen Volks-
wirtschaft. Berlin 1929.
- Brombach, G.,
Giersch, H.,
Senf, P., Hrsg. Wachstum und Konjunktur.
Darmstadt-Opladen 1960.
- Buchhofer, B.,
Friedrichs, J.,
Lütke, H. Alter, Generationsdynamik
und soziale Differenzierung.
In: Kölner Zeitschrift für So-
ziologie und Sozialpsycholo-
gie, 22. Jg. (1970).
- Büscher, H. Sozial schwache Bevölkerungs-
schichten und Gesellschafts-
politik in Entwicklungsländern.
Dargestellt am Beispiel der
Industriearbeiter in Afghani-
stan. Diss. Köln 1967. (Gedr.
Meisenheim am Glan 1969.)
- Bundesminister
für Arbeit und
Sozialordnung,
Hrsg. Sozialbericht 1970. Teil A:
Entwicklungstendenzen und
Aufgaben der Sozialpolitik.
- Bundesministerium
für Wirtschaft,
Hrsg. Wirtschaftspolitik in Daten.
(Von Dezember 1966 bis Mai
1968.)

Die wirtschaftliche Lage in
der Bundesrepublik Deutsch-
land. Monatsberichte (1968,
1969).

- Burgbacher, F., Hrsg. Ordnungsprobleme und Entwicklungstendenzen in der deutschen Energiewirtschaft. Festschrift für Theodor Wessels. Essen 1967.
- Caplowitz, D. The Poor Pay More. London 1963.
- Claessens, D., Klönne, A., Tschoepe, A. Sozialkunde in der BRD. Düsseldorf-Köln 1968.
- Clar, L.H., Ed. Consumer Behavior. Research in Consumer Reactions. New York 1958.
- Coordt, H. Die Ausgaben des privaten Haushalts im Lebenszyklus der Familie. Diss. Köln 1962.
- Croner, F. Soziologie der Angestellten. Köln 1962.
- Croon, H., Utermann, K. Zeche und Gemeinde. Tübingen 1968.
- Daheim, H.J. Soziale Herkunft, Schule und Rekrutierung der Berufe. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 5. Köln-Opladen 1961.
- Der Beruf in der modernen Gesellschaft. Versuch einer soziologischen Theorie beruflichen Handelns. Köln-Berlin 1967.
- Dahrendorf, R. Soziale Klassen und Klassenkonflikte in der industriellen Gesellschaft. Stuttgart 1957.
- Reflexionen über Freiheit und Gleichheit. In: Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, 4. Jg. (1959).
- Über den Ursprung der Ungleichheit unter den Menschen. In: Recht und Staat in Geschichte und Gegenwart, H. 232, Tübingen 1961.
- Homo Sociologicus. 3. Aufl., Köln-Opladen 1961.

- Dahrendorf, R. Gesellschaft und Freiheit. Zur soziologischen Analyse der Gegenwart. München 1962.
Industrie- und Betriebssoziologie. Berlin 1962.
Arbeiterkinder an deutschen Universitäten. Tübingen 1965.
Gesellschaft und Demokratie in Deutschland. München 1965.
Artikel "Sozialer Status" in: Wörterbuch der Soziologie. 2. Aufl., Hrsg. Bernsdorf, W., Stuttgart 1969.
- Dedering, H. Die Mobilität der Arbeitnehmer bei Betriebsstillegungen. Gülden, K., Teil A: Theoretische Grundlagen. RKW-Projekt A 56 (als Harhoff, H.J. Manuskript gedr.). Frankfurt/M. 1970.
- Deppe, F. Das Bewußtsein der Arbeiter. Studien zur politischen Soziologie des Arbeiterbewußtseins. Köln 1971.
- Dietze, C.v., Lebensverhältnisse in kleingebürgerlichen Dörfern. Hamburg-Rolfes, M., Berlin 1953.
Weippert, G., Hrsg.
- Divo-Institut Der westdeutsche Markt in Zahlen. Frankfurt/M. 1965.
- Dörge, F.W. Strukturpolitik wohin? Opladen 1968.
- Duesenberry, J.S. Income, Savings and the Theory of Consumer Behavior. Cambridge, Mass. 1949.
- Ebner, H., Hrsg. Das Dorf heute und morgen. Stuttgart 1957.
- Edelmann, E. Zahl und Lebenslage der von Geburt oder Kindheit an Erwerbsbeschränkten und Erwerbsunfähigen. Diss. Köln 1958.
- Egner, E. Studien über Haushalt und Verbrauch. Berlin 1963.
- Ehrenberg, H., Lohnpolitik heute. Stuttgart Spiegelhalter, F. 1963.

- Ehrenberg, R.,
Hrsg. Altonaer Arbeiterstatistik.
Veranstaltet durch das
Königl. Kommerz-Kollegium zu
Altona. I: Altonaer Arbeits-
löhne 1891. Hamburg 1893.
- Ehrenberg, R.,
Racine, H. Krupp'sche Arbeiter-Familien.
Entwicklung und Entwicklungsfaktoren von drei Generationen deutscher Arbeiter. Jena 1912.
- Eisenstadt, S.N. Von Generation zu Generation.
Altersgruppen und Sozialstruktur. München 1966.
- Eisermann, G. Die Struktur der sozialen
Klassen in Deutschland. In:
Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie,
Jg. 17 (1965).
- Engel, E. Die Lebenskosten belgischer
Arbeiterfamilien früher und
jetzt. Dresden 1895.
- Engelhardt, W.W. Grundprobleme der Einzelwirtschaftstypologie. Diss. Köln 1957.
- Engels, F. Die Lage der arbeitenden
Klasse in England. Nach eigener Anschauung und authentischen Quellen. (Leipzig 1845.)
Berlin 1964.
- Eucken, W. Die Grundlagen der Nationalökonomie. 7. Aufl., Berlin-Göttingen-Heidelberg 1959.
- Europäische Gemeinschaft für
Kohle und Stahl Probleme der Wiederbeschäftigung älterer und behinderter
Arbeitnehmer. Luxemburg 1967.
Hindernisse für die Beweglichkeit der Arbeitskräfte und soziale Probleme der Anpassung. Luxemburg, o. J. (1967).
- Ferber, C. v. Arbeitsfreude. Wirklichkeit
und Ideologie. Stuttgart 1959.
Sozialpolitik in der Wohlfahrtsgesellschaft. Hamburg 1967.
Artikel "Arbeitsfreude" in:
Wörterbuch der Soziologie.
2. Aufl., Hrsg. Bernsdorf, W.,
Stuttgart 1969.

- Fey, W. Die Wohnungsmiete im Rahmen des gesamten Verbrauchs. Bonn 1954.
- Fischer, K.D. Struktur und Entwicklungstendenzen der Energiewirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland. In: Burgbacher, F., Hrsg.: Ordnungsprobleme und Entwicklungstendenzen in der deutschen Energiewirtschaft. Festschrift für Theodor Wessels. Essen 1967.
- Flohr, H. Probleme der Ermittlung volkswirtschaftlicher Erfolge. Göttingen 1964.
- Forschungsstelle für empirische Sozialökonomik, Köln Verbraucherbefragung, 2. Befragungswelle, März 1969. Randauszählung. Unveröff. vervielf. Manuskript 1969.
- Fried, A., Elman, R.M. Charles Booth's London. London 1969.
- Friedeburg, L.v. Zur Fluktuation im Steinkohlenbergbau. In: Bundesarbeitsblatt. Stuttgart-Köln 1957. Soziologie des Betriebsklimas. Frankfurt/M. 1963.
- Friedeburg, L.v., Weltz, F. Altersbild und Altersvorsorge der Arbeiter und Angestellten. Frankfurt/M. 1958.
- Friedmann, G. Grenzen der Arbeitsteilung. Frankfurt/M. 1959.
- Fröhlich, F.W. Wachstumsbedingte Strukturwandlungen und ihre Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt. Diss. Köln 1969.
- Fürstenberg, F. Probleme der Lohnstruktur. Die wirtschaftliche und soziale Bedeutung der Lohnunterschiede. Tübingen 1958. Wirtschaftssoziologie. Berlin 1961. Das Aufstiegsproblem in der modernen Gesellschaft. Stuttgart 1962.

- Fürstenberg, F. 'Sozialstruktur' als Schlüsselbegriff der Gesellschaftsanalyse. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 18. Jg. (1966).
Die Sozialstruktur der Bundesrepublik Deutschland. Köln-Opladen 1967.
Die Soziallage der Chemiearbeiter. Industriesoziologische Untersuchungen in rationalisierten und automatisierten Chemiebetrieben. Neuwied-Berlin 1969.
- Gablentz, O.H.v.d. Artikel "Ständestaat - Ständische Ordnung" in: Evang. Soziallexikon. Hrsg. Karrenberg, F., 5. Aufl. Stuttgart-Berlin 1965.
- Galbraith, J.K. Die moderne Industriegesellschaft. München 1968.
Gesellschaft im Überfluß. München 1970.
- Gehlen, A. Die Seele im technischen Zeitalter. Sozialpsychologische Probleme in der industriellen Gesellschaft. Hamburg 1957.
- Geiger, T. Zur Theorie des Klassenbegriffs und der proletarischen Klasse. (Ursprünglich in: Schmollers Jahrbuch, Bd. 54, 1930.) In: Trappe, P., Hrsg.: Theodor Geiger. Arbeiten zur Soziologie. Neuwied-Berlin 1962.
Die soziale Schichtung des deutschen Volkes. Soziologischer Versuch auf statistischer Grundlage. Stuttgart 1932.
Die Klassengesellschaft im Schmelztiegel. Köln-Hagen 1949.
Soziale Umschichtungen in einer dänischen Mittelstadt. Aarhus 1951.

- Geiger, T. Artikel "Schichtung" in:
Wörterbuch der Soziologie.
Hrsg. Bernsdorf, W., Bülow,
F., Stuttgart 1955.
- Geisler, W. Die deutsche Stadt. Stutt-
gart 1954.
- Gemeindeverwaltung Epe/Westf. Jahresbericht für das Jahr
1967. Prospekt: Epe in West-
falen.
- Gerstenberger, W.,
Nerb, G.,
Schittenhelm, S. Unternehmerische Urteile und
Antizipationen über den Be-
darf an Arbeitskräften. In:
Mitteilungen des Instituts
für Arbeitsmarkt- und Berufs-
forschung Erlangen. Heft 9
(1969).
- Gewerkschaft
Textil-Bekleidung Die sozialen Auswirkungen der
Rationalisierung in der Tex-
tilindustrie. Düsseldorf,
o. J. (etwa 1965).
- Giersch, H. Allgemeine Wirtschaftspolitik.
1. Bd.: Grundlagen. Wiesbaden
1960.
Wachstum und Konjunktur. In:
Brombach, G., Giersch, H.,
Senf, P., Hrsg.: Wachstum
und Konjunktur. Darmstadt-
Opladen 1960.
Geleitwort zu Grope, G.: Die
zweitbeste Wirtschaft. Uto-
pien und reelle Chancen der
modernen Wirtschaft. Wiesba-
den 1970.
- Glass, G.,
König, R. Soziale Schichtung und sozi-
ale Mobilität. In: Kölner
Zeitschrift für Soziologie und
Sozialpsychologie, Sonderheft
5. Köln-Opladen 1961.
- Göhre, P., Hrsg. Denkwürdigkeiten und Erinne-
rungen eines Arbeiters. (Verf.
Carl Fischer.) Leipzig 1904.
Lebensgeschichte eines mo-
dernen Fabrikarbeiters. (Verf.
Moritz W.T. Bromme.) Jena-
Leipzig 1905.

- Göhre, P., Hrsg. Das Leben eines Landarbeiters. (Verf. Franz Rehbein.) (Jena 1911.) Unveränd. Nachdruck. Darmstadt-Neuwied 1973.
- Goldthorpe, J.H., Lockwood, D., Bechhofer, F., Platt, J. 1. The Affluent Worker: Industrial Attitudes and Behaviour. Cambridge 1968. -
2. The Affluent Worker: Political Attitudes and Behaviour. Cambridge 1968. -
3. The Affluent Worker in the Class Structure. Cambridge 1969.
- Gossen, H.H. Entwicklung der Gesetze des menschlichen Verkehrs und der daraus fließenden Regeln für das menschliche Handeln. 1854.
- Gould, E.R. Die Lage der arbeitenden Klasse in den Hauptkulturländern. In: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, 3. F., 5. Bd., Jena 1893.
- Greiß, F., Herder-Dornreich, Ph., Weber, W. Der Mensch im sozio-ökonomischen Prozeß. Festschrift für Wilfried Schreiber. Berlin 1969.
- Grelling, K. Das Prinzip der Güterverteilungspolitik. In: Neunter Wirtschaftswissenschaftlicher Rundbrief, 1921 (Unveröff.).
- Grosse, F. Die Problematik einer Anpassung des Bergbaus an die veränderte Marktsituation. In: Burgbacher, F., Hrsg.: Ordnungsprobleme und Entwicklungstendenzen in der deutschen Energiewirtschaft. Festschrift für Theodor Wessels. Essen 1967.
- Habermas, J. Dogmatismus, Vernunft und Entscheidung. In: Theorie und Praxis. Neuwied 1963.
- Hahn, T. Arbeitsfreude - Eine soziologische Studie. In: Müller, G., Hrsg.: Soziologische und psychologische Erfahrungen aus Forschung und Praxis. Berlin 1965.

- Halbwachs, M. La classe ouvrière et les niveaux de vie. Recherches sur la hiérarchie des besoins dans sociétés industrielles contemporaines. Paris 1913.
L'évolution des besoins dans les classes ouvrières. Paris 1933.
Das Gedächtnis und seine sozialen Bedingungen. (Or. Paris 1925.) Berlin-Neuwied 1966.
Das kollektive Gedächtnis. (Or. Paris 1950.) Stuttgart 1967.
- Hamilton, R.F. Einkommen und Klassenstruktur. Der Fall der Bundesrepublik. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 20. Jg. (1968).
- Hanhart, D. Arbeiter in der Freizeit. Eine sozialpsychologische Untersuchung. Bern-Stuttgart 1964.
- Hartwich, H.-H. Sozialstaatspostulat und gesellschaftlicher Status quo. Köln-Opladen 1969.
- Heintz, P. Einführung in die soziologische Theorie. Stuttgart 1962.
- Herkner, H. Die oberelsässische Baumwollindustrie und ihre Arbeiter. Straßburg 1887.
Die Arbeiterfrage. 1. Bd.: Arbeiterfrage und Sozialreform. (Zuerst: 1894. Danach ergänzt und verändert.) 8. Aufl., Berlin-Leipzig 1922.
- Herrnstadt, R. Die Entdeckung der Klassen. (Die Geschichte des Begriffs Klasse von den Anfängen bis zum Vorabend der Pariser Juli-revolution 1830.) Berlin 1965.
- Hillen, K.B. Arbeitnehmer nach einem Arbeitsplatzverlust. Auswirkungen von Unsicherheit über Wirtschaftsentwicklung und Arbeitsplatzsicherung. (Forschungsberichte des Landes NRW.) Opladen 1971.

- Hillmann, K.H. Soziale Bestimmungsgründe des Konsumentenverhaltens. Stuttgart 1971.
- Hörning, K.H. Der 'neue' Arbeiter. Zum Wandel sozialer Strukturen. Frankfurt/M. 1971.
- Hofbauer, H. Zur sozialen Gliederung der Arbeitnehmerschaft. Arbeiter und Angestellte in der Gesellschaftshierarchie. Köln-Opladen 1965.
- Hofbauer, H.,
Bintig, U.,
Dadzio, W. Materialien zur Arbeitslosigkeit älterer Arbeitnehmer in der Bundesrepublik Deutschland. In: Mitteilungen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung Erlangen. Nr. 5 (1968).
- Hofbauer, H.,
Schuster, L.,
Dadzio, W. Die Arbeitsuchenden in der Bundesrepublik Deutschland im Frühjahr 1968. In: Mitteilungen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung Erlangen. Nr. 4 (1968).
- Hofstätter, P.R. Gruppendynamik. Die Kritik der Massenpsychologie. Hamburg 1957.
- Einführung in die Sozialpsychologie. 3. Aufl., Stuttgart 1963.
- Holm, K. Zum Begriff der Macht. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 21. Jg. (1969).
- Institut für
Raumforschung e.V. Strukturuntersuchungen über den Landkreis Ahaus. Bad Godesberg 1963.
- Institut für angewandte Verbraucherforschung e.V. (Verf.: Hillen, K.B., Schnelle, H.): Verbrauchergewohnheiten auf dem Gebiet der Ernährung. Bonn 1968.
- Die Gemeinde Epe. Bürger und berufliche Situation. Vervielfältigt. Bonn 1969.

- | | |
|---|---|
| International
Labour Office | Unemployment and Structural
Change. Genf 1962.

Income Security in the Light
of Structural Changes. Genf
1968. |
| Ipsen, G. u.
Mitarb. | Standort und Wohnort. Köln-
Opladen 1957. |
| Jahoda, M.,
Lazardsfeld, P.F.,
Zeisel, H. | Die Arbeitslosen von Marien-
thal. (Leipzig 1933.) 2.,
unveränd. Aufl., Allensbach-
Bonn 1960. |
| Janowitz, M. | Soziale Schichtung und Mobi-
lität in Westdeutschland. In:
Kölner Zeitschrift für Sozio-
logie und Sozialpsychologie,
10. Jg. (1958). |
| Jaspers, H. | Die Lohnstruktur in der Bun-
desrepublik Deutschland. Ver-
such einer Analyse. Diss.
Köln 1965. |
| Jouvenel, B. de | Jenseits der Leistungsgesell-
schaft. Freiburg 1970. |
| Kambli, E.W. | Der Luxus nach der sittlichen
und sozialen Bedeutung. Frau-
enfeld 1890. |
| Karrenberg, F.,
Hrsg. | Evangelisches Soziallexikon.
5. Aufl., Stuttgart-Berlin
1965. |
| Karrenberg, F. | Artikel "Klasse" in: Evang.
Soziallexikon. Hrsg. Karren-
berg, F., 5. Aufl., Stutt-
gart-Berlin 1965. |
| Karrenberg, F.,
Albert, H.,
Hrsg. | Sozialwissenschaft und Gesell-
schaftsgestaltung. Festschrift
für Gerhard Weisser. Berlin
1963. |
| Karrenberg, F.,
Beckmann, J.
Hrsg. | Verantwortung für den Menschen.
Stuttgart 1957. |
| Kaser, P. | Ältere Arbeitnehmer in der In-
dustrie Nordrhein-Westfalens.
Köln-Opladen 1966. |
| Katona, G. | Die Macht des Verbrauchers.
Düsseldorf 1962. |

- Katona, G. Psychological Analysis of
Economic Behavior. New York
1951.
Economic Psychology. In: Hollo-
way, R.G., Hancock, R.S., Ed.:
The Environment of Marketing Be-
havior. New York 1965.
Der Massenkonsum. Eine Psycho-
logie der neuen Käuferschich-
ten. Wien-Düsseldorf 1965.
- Kaufmann, F.X. Sicherheit als soziologisches
und sozialpolitisches Problem.
Stuttgart 1970.
- Kern, H.,
Schumann, M. Soziale Voraussetzungen und
Folgen des technischen Wan-
dels. In: Wirtschaftliche und
soziale Aspekte des techni-
schen Wandels in der Bundesre-
publik Deutschland. Hrsg. RKW.
1. Bd., 2. Aufl., Frankfurt/M.
1970.
Industriearbeit und Arbeiter-
bewußtsein. Eine empirische
Untersuchung über den Einfluß
der aktuellen technischen Ent-
wicklung auf die industrielle
Arbeit und das Arbeiterbewußt-
sein. Teil. I. Frankfurt/M.
1970.
- Klages, H. Berufswahl und Berufsschick-
sal. Empirische Untersuchungen
zur Frage der Berufsumschieb-
tung. Köln-Opladen 1959.
- Kleinhenz, G. Probleme wissenschaftlicher Be-
schäftigung mit der Sozialpoli-
tik. Berlin 1970.
- Kleining, G. Über soziales Image. In: Kölner
Zeitschrift für Soziologie und
Sozialpsychologie, Sonderheft
5 (1961), 4. Aufl. 1970.
Die Veränderung der Mobilitäts-
chancen in der Bundesrepublik
Deutschland. In: Kölner Zeit-
schrift für Soziologie und So-
zialpsychologie, 23. Jg. (1971).
Struktur- und Prestigemobili-
tät in der Bundesrepublik Deutsch-
land. In: Kölner Zeitschrift für
Soziologie und Sozialpsycholo-
gie, 23. Jg. (1971).

- Kleining, G.,
Moore, H. Das Bild der sozialen Wirklichkeit. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 11. Jg. (1959).
Das soziale Selbstbild der Gesellschaftsschichten in Deutschland. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 12. Jg. (1960).
Soziale Selbsteinstufung (SSE). In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 20. Jg. (1968).
- Kluth, H. Sozialprestige und sozialer Status. Stuttgart 1957.
- Kneschaurek, F. Wachstumsbedingte Wandlungen der Beschäftigungsstruktur im industriellen Produktionssektor. In: Neumark, F., Hrsg.: Strukturwandlungen einer wachsenden Wirtschaft. II. Bd., Berlin 1964.
- König, R., Hrsg. Soziologie (Fischer-Lexikon Bd. 10). Frankfurt/M. 1958.
- König, R. Freiheit und Selbstentfremdung in soziologischer Sicht. In: Freiheit als Problem der Wissenschaft. Berlin 1962.
- König, R., Hrsg. Handbuch der empirischen Sozialforschung. 1. Bd., Stuttgart 1962.
- König, R. Beruf oder Job? In: Soziologische Orientierungen. Vorträge und Aufsätze. Köln-Berlin 1965.
Einige Bemerkungen zur Soziologie der Gemeinde. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 1 (1956), 3. Aufl. 1966.
- Kötter, H. Die Gemeinde in der ländlichen Soziologie. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 1 (1956), 3. Aufl. 1966.

- Komarowsky, M. The Unemployed Man and His Family. Diss. New York 1940.
- Krahn, K. Mobilitätsorientierung und Fluktuationsbereitschaft. Eine empirisch-soziologische Untersuchung in einem Hüttenwerk. Berlin 1971.
- Kraus, A. Die Unterschichten Hamburgs in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Entstehung, Struktur und Lebensverhältnisse. (Diss. Hamburg 1965.) Stuttgart 1965.
- Krelle, W. Verteilungstheorie. Tübingen 1962.
- Kruse, A. Technischer Fortschritt und Arbeitslosigkeit. München-Leipzig 1936.
- Kuczynski, J. Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus. Bd. VII: Die Theorie der Lage der Arbeiter. 3. Aufl., Berlin 1955.
- Kuder, D. Die wirtschaftliche und soziale Lage der deutschen Industriearbeiter von 1918 bis zur Gegenwart. Diss. Köln 1960.
- Kühne, K., Hrsg. Karl Marx. Ökonomische Schriften. Stuttgart 1970.
- Külp, B. Lohnbildung im Wechsel zwischen politischen und ökonomischen Kräften. Berlin 1965.
- Grundfragen der Wirtschaft. Eine Einführung in die Sozialökonomie. Köln 1967.
- Argumente gegen den Indikator "Sozialprodukt". In: Wirtschaftswoche. Nr. 27/1972.
- Külp, B.,
Schreiber, W.,
Hrsg. Soziale Sicherheit. Köln-Berlin 1971.
- Lampert, H. Die Lohnstruktur der Industrie. Ein Beitrag zur Theorie der Lohnstruktur. Berlin 1963.

- Lampert, H. Artikel "Sozialpolitik" in: Evangelisches Soziallexikon. Stuttgart 1966.
- Landwehrmann, F. Das Ruhrrevier - Sein sozialer Hintergrund. Schriftenreihe des Siedlungsverbands Ruhrkohlenbezirk, Nr. 31. (Textband.) Essen 1970.
u. Mitarb.
- Lansing, J.B., The Geographic Mobility of Labor. Ann Arbor 1967.
Mueller, E., unter Mitarb. von
Barth, N.,
Lodd, W.,
Lean, J.
- Lawton, D. Soziale Klasse, Sprache und Erziehung. Düsseldorf 1971.
- Lazardsfeld, P.F., Die Arbeitslosen von Marien-
Jahoda, M., thal. (Leipzig 1933.) 2.,
Zeisel, H. unveränd. Aufl., Allensbach-
Bonn 1960.
- Lazardsfeld, P.F. Wissenschaftslogik und empirische Sozialforschung. In: Popitsch, E., Hrsg.: Logik der Sozialwissenschaften. 4. Aufl., Köln-Berlin 1967.
- Lederer, E. Technischer Fortschritt und Arbeitslosigkeit. Tübingen 1931.
- Lenk, K. Artikel "Soziologische Typologie" in: Wörterbuch der Soziologie. Hrsg. Bernsdorf, W., 2. Aufl., Stuttgart 1969.
- Le Play, F. Les Ouvriers Européens. Etudes sur les travaux, la vie domestique et la condition morale des populations ouvrières de l'Europe, précédées d'un exposé de la méthode d'observation. (Paris 1855.) 2. Aufl., Paris 1878.
- Lepsius, M.R. Strukturen und Wandlungen im Industriebetrieb. Industrie-soziologische Forschung in Deutschland. München 1960.

Ungleichheit zwischen den Menschen und soziale Schichtung. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 5 (1961), 4. Aufl. 1970.

- Levenstein, A. Die Arbeiterfrage. Mit besonderer Berücksichtigung der sozialpsychologischen Seite des modernen Großbetriebes und der psycho-physischen Einwirkungen auf die Arbeiter. München 1912.
- Liefmann-Keil, E. Ökonomische Theorie der Sozialpolitik. Berlin-Göttingen-Heidelberg 1961.
- Litt, T. Der Mensch im Betrieb - aus pädagogischer Sicht. In: Der Mensch im Betrieb. Freiheit und Persönlichkeit. Möglichkeiten und Grenzen. Köln-Opladen 1962.
- Lösch, H.P. Die Textilkonjunktur im Rahmen des allgemeinen Wirtschaftsablaufes. Ausmaß und Ursachen der erhöhten konjunkturellen Instabilität der Textilindustrie (Forschungsberichte des Landes NRW, Heft 2020). Köln-Opladen 1969.
- Lohr, K. Die Lebenslage der kleinstädtischen Arbeiter in mittleren Betrieben des Maschinenbaus. Diss. Köln 1957.
- Lompe, K. Gesellschaftspolitik und Planung. Probleme politischer Planung in der sozialstaatlichen Demokratie. Freiburg 1971.
- Lukasczyk, K. Artikel "Einstellungen" in: Wörterbuch der Soziologie. 2. Aufl., Hrsg. Bernsdorf, W., Stuttgart 1969.
- Lutz, B.,
Weltz, F. Der zwischenbetriebliche Arbeitsplatzwechsel - Zur Soziologie und Sozioökonomie der Berufsmobilität. Frankfurt/M. 1966.
- Lux, E. Ausmaß und Ursachen der Fluktuation der Arbeitnehmer in der Industrie der Bundesrepublik Deutschland. Diss. Köln 1965.
- Mackenroth, G. Die Reform der Sozialpolitik durch einen deutschen Sozialplan. (Schriften des Vereins für Sozialpolitik. N.F., Bd. 4.) Berlin 1952.

- Mackenroth, G. Bevölkerungslehre. Theorie, Soziologie und Statistik der Bevölkerung. Berlin-Göttingen-Heidelberg 1953.
- Mallet, S. Die neue Arbeiterklasse. Neuwied-Berlin 1972.
- Marx, K. Das Kapital. Bd. I. (Hamburg 1867.) Berlin 1959. Berlin 1962. Ökonomische Schriften. Hrsg. Kühne, K., Stuttgart 1970.
- Marx, K.,
Engels, F. Die heilige Familie und andere philosophische Frühschriften. Berlin 1953.
- Über den Klassenbegriff. In: Mills, C.W., Hrsg.: Klassik der Soziologie. Frankfurt/M. 1960.
- Manifest der kommunistischen Partei. Berlin 1964 (nach der Ausgabe von 1890).
- Matthes, J. Gesellschaftspolitische Konzeptionen im Sozialhilferecht. Stuttgart 1964.
- Mayntz, R. Soziale Schichtung und sozialer Wandel in einer Industriegemeinde. Stuttgart 1958.
- Gedanken und Ergebnisse zur empirischen Feststellung sozialer Schichten. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 1 (1956), 3. Aufl. 1966.
- Begriff und empirische Erfassung des sozialen Status. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 10. Jg. (1958).
- Artikel "Soziale Schichtung" in: Wörterbuch der Soziologie. 2. Aufl., Hrsg. Bernsdorf, W., Stuttgart 1969.
- Mayntz, R.,
Holm, K.,
Hübner, P. Einführung in die Methoden der empirischen Soziologie. Köln-Opladen 1969.

- Meise, R. Strukturwandel und Arbeitsmarktentwicklung in Nordrhein-Westfalen. In: Bundesarbeitsblatt 7/9.
- Mertens, D. Empirische Grundlagen für die Analyse der beruflichen Flexibilität. In: Mitteilungen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung Erlangen. Heft 5 (1968).
"Berufsprognosen". Relativierung und Modifikationen. In: Mitteilungen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung Erlangen. Heft 6 (1969).
Längerfristige Arbeitsmarktprognose bei alternativer Arbeitsmarkt- und Gesellschaftspolitik. In: Mitteilungen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung Erlangen. Heft 10 (1969).
Rationale Arbeitsmarktpolitik. (RKW-Untersuchung.) Frankfurt/M. 1970.
- Meyer-Dohm, P. Sozialökonomische Aspekte der Konsumfreiheit. Freiburg 1965.
- Mills, C.W., Hrsg. Klassik der Soziologie. Frankfurt/M. 1960.
- Molle, F. Definitionsfragen in der Berufsforschung, dargestellt am Beispiel der Begriffe Beruf und Berufswechsel. In: Mitteilungen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung Erlangen. Heft 3 (1968).
- Moore, H.,
Kleining, G. Das Bild der sozialen Wirklichkeit. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 11. Jg. (1959).
Das soziale Selbstbild der Gesellschaftsschichten in Deutschland. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 12. Jg. (1960).
Soziale Selbsteinstufung (SSE). In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 20. Jg. (1968).

- Mühlmann, W.E. Artikel "Schicht" in: Wörterbuch der Soziologie. 2. Aufl., Hrsg. Bernsdorf, W., Stuttgart 1969.
- Mueller, E. The Desire for Innovations in Household Goods. In: Clark, L.H., Ed.: Consumer Behavior. Research in Consumer Reactions. New York 1958.
- Müller-Armack, A. Stil und Ordnung der sozialen Marktwirtschaft. In: Lagler, E., Messner, J., Hrsg.: Wirtschaftliche Entwicklung und soziale Ordnung. Wien 1952.
- Wirtschaftspolitik in der sozialen Marktwirtschaft. In: Boarmann, P., Hrsg.: Der Christ und die soziale Marktwirtschaft. Stuttgart 1955.
- Münke, S. und Mitarbeiter Die Armut in der heutigen Gesellschaft. Berlin 1956.
- Münke, S. Vorzeitige Invalidität. Untersuchungen ihrer Gründe und ihrer Folgen für die Lebenslage der Rentner. Stuttgart 1964.
- Die mobile Gesellschaft. Einführung in die Sozialstruktur der BRD. Stuttgart-Berlin-Köln-Mainz 1967.
- Mulert, O. Vierundzwanzig ostpreußische Arbeiter und Arbeiterfamilien. Ein Vergleich ihrer ländlichen und städtischen Lebensverhältnisse. Jena 1908.
- Nahnsen, I. Einige Gesichtspunkte zum Begriff und zur Politik der sozialen Sicherheit. Diss. Köln 1956.
- Der systematische Ort der Sozialpolitik in den Sozialwissenschaften. In: Külpe, B., Schreiber, W., Hrsg.: Soziale Sicherheit. Köln 1971.
- Nell-Breuning, O.v. Sinnbestimmung der Wirtschaft aus letzten Gründen. In: Kosiol, E., Paulsen, A., Hrsg.: Grundsatzfragen der Wirtschaftsordnung. Berlin 1954.

- Nell-Breuning, O.v. Soziale Strukturpolitik. In:
Offene Welt, Nr. 40, 1955.
Wirtschaft und Gesellschaft.
Bd. 1 u. 3, Freiburg 1956 u.
1960.
Artikel "Stand und Ständewesen"
in: Wörterbuch der Soziologie.
2. Aufl., Hrsg. Bernsdorf, W.,
Stuttgart 1969.
Artikel "Ständestaat" in: Wör-
terbuch der Soziologie. 2. Aufl.,
Hrsg. Bernsdorf, W., Stuttgart
1969.
- Nell-Breuning, O.v., Zur sozialen Frage. 2. Aufl.,
Sacher, H. Freiburg 1958.
- Neuendorff, H. Der Begriff des Interesses in
den Theorien der bürgerlichen
Gesellschaft von Hobbes, Smith
und Marx. Diss. Frankfurt 1971.
(Gedr. Frankfurt/M. 1973.)
- Neuloh, O., Arbeiter und technischer Fort-
Wiedemann, H. schritt. Köln-Opladen 1960.
- Neumann, L.F. Leonard Nelsons philosophische
Begründung der Politik in ihrer
Bedeutung für die Sozialwissen-
schaften. Vervielf. Man. Köln
1965.
Betrachtungen zum methodologi-
schen Stande der Sozial- und
Wirtschaftswissenschaften unter
besonderer Berücksichtigung der
katalaktischen und morphologi-
schen Betrachtungsweise. In:
Archiv für öffentliche und
freigemeinnützige Unternehmen,
Bd. 8, Heft 1/2 (1966).
Über das Verhältnis von Theorie
und Praxis. Zur Problematik der
wissenschaftlichen Raterteil-
ung. In: Die Fortbildung.
Heft 2, Juni 1966.
Das Beispiel der Stabilisie-
rungspolitik. Die Gewinnung
der Ziele für die Beratung.
In: Archiv für öffentliche und
freigemeinnützige Unternehmen,
Bd. 9, Heft 1 (1969).

Neumann, L.F.

Elemente der "kritischen Philosophie" in der Sozialphilosophie Kants, Fries', Apelts und der Neufries'schen Schule, Göttingen 1969. (Vervielf. Man. im Forschungsinstitut für Gesellschaftspolitik und beratende Sozialwissenschaft e.V., Göttingen.)

Grundlagenprobleme der Sozialwissenschaften im Lichte der "kritischen Philosophie". Habilitationsschrift, Köln 1969.

Zur Problematik der Beeinflussung sozio-ökonomischer Strukturen und Abläufe. In: Helmut Duvernell, Hrsg.: "Der Mensch in der Gesellschaft von morgen", Berlin 1972.

Prologomena zu den sozialphilosophischen, wissenschaftstheoretischen und sozialpsychologischen Grundlagen des freiheitlichen, demokratischen Sozialismus. In: Flohr, H., Lompe, K., Neumann, L.F., Hrsg.: Freiheitlicher Sozialismus. Beiträge zu seinem heutigen Selbstverständnis. Gerhard Weisser zum 75. Geburtstag. Bonn-Bad Godesberg 1973 (1., 2. und 3. Aufl.). Wieder abgedruckt in: Georg Lührs, Hrsg.: Beiträge zur Theoriediskussion. Berlin-Bonn-Bad Godesberg 1973.

Von der Marktrationalität zur Plan- und Organisationsrationalität. In: Bodo B. Gemper: Marktwirtschaft und soziale Verantwortung. Köln 1973.

Probleme der Politik innerer Reformen in der Bundesrepublik Deutschland. In: Schweizerische Zeitschrift für Sozialversicherung, 17. Jg. (1973), Heft 4.

Das Stabilitätsziel innerhalb gesellschaftlicher Zielsysteme. Vervielf. Man., Junkersdorf (Köln), o. J. (1974).

- Neumark, F., Hrsg. Strukturwandlungen einer wachsenden Wirtschaft. (Schriften des Vereins für Socialpolitik, N.F., Bd. 30 I u. II.) Berlin 1964.
Wandlungen in den Auffassungen vom Volkswohlstand. Frankfurt/M. 1964.
- Neurath, O. Diskussionsbeitrag zur Verhandlung des Vereins für Socialpolitik in Wien 1909. In: Schriften des Vereins für Socialpolitik, Bd. 132. Leipzig 1910.
Die Sozialisierung Sachsens. Drei Vorträge. Chemnitz 1919.
Wesen und Weg der Sozialisierung. (Gesellschaftstechnisches Gutachten, vorgetragen in der 8. Vollsitzung des Münchner Arbeiterrates am 25. 1. 1919.) 6. u. 7. Aufl., München 1919.
Betriebsräte, Fachräte, Kontrollrat und die Vorbereitung der Vollsozialisierung. Berlin 1920.
Vollsozialisierung. Jena 1920.
Wirtschaftsplan und Naturalrechnung. Berlin 1925.
Empirische Soziologie. Der wissenschaftliche Gehalt der Geschichte und Nationalökonomie. Wien 1931.
Was bedeutet rationale Wirtschaftsbetrachtung? Wien 1935.
- Neurath, O.,
Schumann, W. Können wir heute sozialisieren? Jena 1919.
- Nicolas, M. Artikel "Lebenshaltung und Lebensstandard" in: Wörterbuch der Soziologie. 2. Aufl., Hrsg. Bernsdorf, W., Stuttgart 1969.
- Opp, K.D. Methodologie der Sozialwissenschaften. Reinbek 1970.

- Oppen, D. v.** Familien in ihrer Umwelt. Äußere Bindungen von Familien im Prozeß der industriellen Verstädterung einer Zechengemeinde. Köln-Opladen 1958.
- Ortmann, H.** Arbeiterfamilie und sozialer Aufstieg. München 1971.
- Osterland, M.,
Deppe, W.,
Gerlach, F.,
Mergner, U.,
Pelte, K.,
Schlösser, M.** Materialien zur Lebens- und Arbeitssituation der Industriearbeiter in der BRD. 5. durchges. Aufl., Frankfurt/M. 1973.
- Pagenstecher, U.** Zur Frage des Wirkungsgrades arbeitspolitischer Maßnahmen. Ein Beitrag zur Theorie der Sozialpolitik. Unveröff. Habil.-Schrift, Köln 1962.
- Paulsen, A.** Allgemeine Volkswirtschaftslehre. Teil IV. Berlin 1960.
- Peisert, H.** Soziale Lage und Bildungschancen in Deutschland. München 1967.
- Peter, H.** 'Reine' Theorie und normative Sozialwissenschaft. In: Soziale Welt, Nr. 7/1956.
Strukturlehre der Volkswirtschaft. Göttingen 1964.
- Peter, R.** Die sozialen Auswirkungen von Entlassungen saarländischer Arbeitnehmer. In: Der Saarländische Arbeitnehmer (Hrsg. Arbeitskammer des Saarlandes), Heft 2/69.
- Pfeil, E.** Die Wohnwünsche der Bergarbeiter. Soziologische Erhebung, Deutung und Kritik der Wohnvorstellungen eines Berufes. Tübingen 1954.
- Piel, W.D.** Zur sozialen Bedingtheit und politischen Bestimmbarkeit des sozialen Existenzminimums. Diss. Köln 1968.

- Planck, U. Die Landfamilie in der Bundesrepublik Deutschland. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 14 (1970): Soziologie der Familie.
- Popitz, H.,
Bahrdt, H.P.,
Jüres, E.A.,
Kesting, H. Das Gesellschaftsbild des Arbeiters. Tübingen 1957.
- Popper, K.R. Prognose und Prophetie in den Sozialwissenschaften. In: Popitz, E., Hrsg.: Logik der Sozialwissenschaften. 4. Aufl., Köln-Berlin 1967.
- Logik der Forschung. 3. Aufl., Tübingen 1969.
- Prais, S.J.,
Houthakker, H.S. The Analysis of Family Budgets. With an Application to two British Surveys Conducted in 1937-39 and their Detailed Results. Cambridge 1955.
- Preiser, E. Artikel "Distribution (I), Theorie" in: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, 2. Bd., Stuttgart-Tübingen-Göttingen 1959.
- Probleme der Wohlstandsgesellschaft. München 1964.
- Theoretische Grundlagen der Vermögenspolitik. Bonn 1964.
- Preller, L. Sozialpolitik. Theoretische Ortung. Tübingen 1962.
- Praxis und Probleme der Sozialpolitik. Bd. I. u. II., Tübingen-Zürich 1970.
- Rationalisierungskuratorium der Deutschen Wirtschaft (RKW),
Hrsg. Wirtschaftliche und soziale Aspekte des technischen Wandels in der Bundesrepublik Deutschland. Erster Band. Sieben Berichte, Kurzfassung der Ergebnisse. 2. Aufl., Frankfurt/M. 1970.
- Reissmann, L. Artikel "Klasse" in: Wörterbuch der Soziologie. 2. Aufl., Hrsg. Bernsdorf, W., Stuttgart 1969.

- Reissmann, L. Artikel "Klassengesellschaft" in: Wörterbuch der Soziologie. 2. Aufl., Hrsg. Bernsdorf, W., Stuttgart 1969.
- Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung Essen, Hrsg. Die Wirtschaft im Ruhrgebiet. Die konjunkturelle Entwicklung im Jahre 1967. Essen 1968.
- Riehl, W.H. Die Naturgeschichte des Volkes als Grundlage einer deutschen Social-Politik. Bd. 1: Land und Leute. 2. Aufl., Stuttgart-Augsburg 1855.
Bd. 2: Die bürgerliche Gesellschaft. 2. Aufl., Stuttgart-Tübingen 1854.
Bd. 3: Die Familie. 3. Aufl., Stuttgart-Augsburg 1855.
- Riesmann, D. Die einsame Masse. Reinbek 1968.
- Rosenmayr, L. Über das wechselseitige Verhältnis von Empirie, Theorie und Praxis. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 19. Jg. (1967).
- Roth, J. Armut in der Bundesrepublik Deutschland. Frankfurt/M. 1971.
- Rowntree, B.S. Poverty: A Study of Town Life. London 1901.
Poverty and Progress: A Second Social Survey of York. London 1936.
- Rowntree, B.S., Lavers, G.R. Poverty and the Welfare State. A third social survey of York dealing only with economic questions. London-New York-Toronto 1951.
- Rüstow, A. Die existentielle Bedeutung der Vitalsituation. In: Offene Welt, Nr. 40, 1955.
Sozialpolitik diesseits und jenseits des Klassenkampfes. In: Külp, B., Schreiber, W., Hrsg.: Soziale Sicherheit. Köln-Berlin 1971.
- Runge, E., Hrsg. Bottroper Protokolle. Frankfurt/M. 1968.

- Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung Stabilität im Wachstum. Jahresgutachten 1967/68. Stuttgart 1967.
- Saitzew, M., Hrsg. Die Arbeitslosigkeit der Gegenwart. (Schriften des Vereins für Socialpolitik, Bd. 185/I-IV.) Berlin-Leipzig 1932, 1933.
- Salomon, A.,
Baum, M. Das Familienleben in der Gegenwart. 182 Familienmonographien. Berlin 1930.
- Schäfer, W. Probleme der Politik sozialer Sicherung. Diss. Köln 1967.
- Scharmann, T. Arbeit und Beruf. Eine soziologische und psychologische Untersuchung über die heutige Berufssituation. Tübingen 1956.
- Scharmann, T., Hrsg. Lebensplanung und Lebensgestaltung junger Arbeiter aus der Metallindustrie der Bundesrepublik und der Schweiz. Bern-Stuttgart 1967.
- Schelsky, H. Arbeitslosigkeit und Berufsnot der Jugend. (Hrsg. Deutscher Gewerkschaftsbund.) 2 Bde. Köln 1952.
- Wandlungen der deutschen Familie in der Gegenwart. Dortmund 1953.
- Arbeiterjugend gestern und heute. Sozialwissenschaftliche Untersuchungen. Heidelberg 1955.
- Industrie- und Betriebssoziologie. In: Gehlen, A., Schelsky, H., Hrsg.: Soziologie. Düsseldorf 1955.
- Die sozialen Folgen der Automatisierung. Düsseldorf-Köln 1957.
- Die Bedeutung des Schichtbegriffs für die Analyse der gegenwärtigen deutschen Gesellschaft (1953). In: Ders.: Auf der Suche nach Wirklichkeit. Düsseldorf 1965.

- Scherhorn, G. Artikel "Verbrauch, Verbraucher" in: Wörterbuch der Soziologie. 2. Aufl., Hrsg. Bernsdorf, W., Stuttgart 1969.
Die Belastbarkeit der Haushalte mit Wohnkosten unter Berücksichtigung wohnungs- und sozialpolitischer Zielsetzungen. Verv. Man., Hamburg 1970.
Werbung II. Die Grenzen der Manipulation. In: Wirtschaftswoche. Nr. 9/1972.
- Scherke, F. Der Verbrauchercharakter. Nürnberg 1964.
- Scheuch, E.K.,
Daheim, H. Sozialprestige und soziale Schichtung. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 5 (1961), 4. Aufl. 1970.
- Schlüter, R. Wirtschaftspolitik. Mainz 1970.
- Schmitthenner, F. Über Pauperismus und Proletariat. Frankfurt/M. 1848.
- Schmölders, G. Konjunkturen und Krisen. Hamburg 1955.
- Schmoller, G. Die soziale Frage. München-Leipzig 1918.
- Schmucker, H. Die langfristigen Strukturwandlungen des Verbrauchs der privaten Haushalte in ihrer Interdependenz mit den übrigen Bereichen einer wachsenden Wirtschaft. In: Neumark, F., Hrsg.: Strukturwandlungen einer wachsenden Wirtschaft. (Schriften des Vereins für Socialpolitik, N.F., Bd. 30 I.) Berlin 1964.
- Schmucker, H.
u. Mitarb. Die ökonomische Lage der Familie in der Bundesrepublik Deutschland. Tatbestände und Zusammenhänge. Stuttgart 1961.
- Schreiber, W. Existenzsicherheit in der industriellen Gesellschaft. In: Boettcher, E., Hrsg.: Sozialpolitik und Sozialreform. Tübingen 1957.

- Schreiber, W. Vermögensbildung in breiten Schichten. Köln 1958.
Artikel "Existenzminimum" in: Staatslexikon, Bd. 3, Freiburg 1966.
Artikel "Sozialpolitik" in: Handbuch der Wirtschaftswissenschaften. Bd. 2, Volkswirtschaft. Hrsg. Hax, K., 2. Aufl., Köln-Opladen 1966.
Soziale Ordnungspolitik heute und morgen. Betrachtungen nach der Sozialenquête. Stuttgart-Berlin-Köln-Mainz 1968.
- Schuster, L. Die Mobilität der Arbeitnehmer - Eine vergleichende Analyse von vier Erhebungen. In: Mitteilungen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung Erlangen. Nr. 7 (1969).
- Schwarzlose, A. Artikel "Beruf und Berufserziehung" in: Wörterbuch der Soziologie. 2. Aufl., Hrsg. Bernsdorf, W., Stuttgart 1969.
- Schwerdtfeger, J. Arbeit-Beruf-Betrieb. Soziologische Materialien. Heidelberg 1967.
- Seidel, B. Artikel "Sozialpolitik (I), Geschichte" in: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, 9. Bd., Stuttgart-Tübingen-Göttingen 1956.
- Senti, R. Das zu niedrige Einkommen. Ursachen und Ursachenbekämpfung. Diss. St. Gallen 1961.
- Sieber, R.,
Richter, H. Die Herausbildung der marxistischen politischen Ökonomie. Berlin 1969.
- Siedlungsverband
Ruhrkohlenbezirk
Essen Zahlenspiegel 1968.
- Simmel, G. Über soziale Differenzierung. Leipzig 1890.

- Simmel, G. Soziologie. Untersuchungen über die Formen der Vergesellschaftung. 3. Aufl., München-Leipzig 1923.
- Sombart, W. Das Proletariat. Bilder und Studien. Frankfurt/M. (1906).
- Sozialenquête-Kommission, Hrsg. Soziale Sicherung in der Bundesrepublik Deutschland. Stuttgart-Berlin-Köln-Mainz, o. J. (1966).
- Soziologisches Forschungsinstitut Göttingen Analyse der Probleme gegenwärtiger Umschulungs-Praxis. (RKW-Untersuchung.) Frankfurt/M. 1971.
- Specht, K.G. Artikel "Ökologie" in: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, Bd. 8. Stuttgart-Tübingen-Göttingen 1964.
- Specht, M.,
Eichler, W.,Hrsg. Leonard Nelson zum Gedächtnis. Göttingen 1953.
- Spiegelberg, F. Energiemarkt im Wandel. 10 Jahre Kohlenkrise an der Ruhr. Baden-Baden 1970.
- Stackelberg, H.v. Möglichkeiten und Grenzen der Wirtschaftslenkung. In: Ordo, 2, 1949.
- Statistik der Kohlenwirtschaft e.V., Hrsg. Die Kohlenwirtschaft der Bundesrepublik im Jahre 1968. Essen 1969.
Zahlen zur Kohlenwirtschaft, Heft 85. Essen 1969.
- Statistisches Bundesamt, Hrsg. Internationaler Vergleich der Preise für die Lebenshaltung. Mainz 1971.
Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland. Versch. Jahrgänge.
Wirtschaft und Statistik. Heft 7, 1969; Heft 3, 1970.
- Stegemann, G. Die statistische Erfassung und die betriebswirtschaftliche Bedeutung des Arbeitsplatzwechsels. Berlin 1965.

- Steinberg, H.G. Die Entwicklung des Ruhrgebiets. Eine wirtschafts- und sozialgeographische Studie. Düsseldorf 1967.
- Stollberg, R. Arbeitszufriedenheit - Theoretische und praktische Probleme. Berlin 1968.
- Stolper, G. Deutsche Wirtschaft seit 1870. Tübingen 1964.
- Stooß, F. Die Veränderungen der beruflichen Gliederung der Erwerbspersonen nach Wirtschaftszweigen in der Bundesrepublik 1950-1961. In: Mitteilungen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung Erlangen. Heft 4 (1968).
- Strang, H. Erscheinungsformen der Sozialhilfebedürftigkeit. Stuttgart 1970.
- Streissler, E.u.M. Konsum und Nachfrage. Köln Hrsg. 1966.
- Sweede, I. Die Lebenshaltung auf dem Lande. Frankfurt/M., o. J. (1959). Vervielf. Man.
- Tautscher, A. Lebensstandard und Lebensglück. Berlin 1963.
- Thiemeyer, T. Die Überwindung des wohlfahrtsökonomischen Formalismus bei Gerhard Weisser. In: Karrenberg, F., Albert, H., Hrsg.: Sozialwissenschaft und Gesellschaftsgestaltung. Festschrift für Gerhard Weisser. Berlin 1963.
- Thier, E. Artikel "Stand" in: Evang. Soziallexikon. Hrsg. Karrenberg, F., 5. Aufl. Stuttgart-Berlin 1965.
- Thomas, K. Die betriebliche Situation der Arbeiter. Stuttgart 1964.
- Thurnwald, H. Gegenwartsprobleme Berliner Familien. Eine Untersuchung an 498 Familien. Berlin 1948.

- Topitsch, E., Hrsg. Logik der Sozialwissenschaften. Köln-Berlin 1967.
- Trappe, P., Hrsg. Theodor Geiger. Arbeiten zur Soziologie. Neuwied-Berlin 1962.
- Tumin, M.M. Schichtung und Mobilität. 2. Aufl., München 1970.
- Tyszka, C.v. Die Lebenshaltung der arbeitenden Klassen in den bedeutenden Industriestaaten (England, Deutschland, Frankreich, Belgien, USA). Jena 1912.
- Uhlmann, L., Huber, G. Gesamtwirtschaft. Ökonomischer Untersuchungsteil, Abschn. 1. In: Wirtschaftliche und soziale Aspekte des technischen Wandels in der Bundesrepublik Deutschland. Hrsg. RKW. 1. Bd., 2. Aufl., Frankfurt/M. 1970.
- UNO, Hrsg. Report on International Definition and Measurement of Standards and Levels of Living. New York 1954.
International Definition and Measurement of Standards and Levels of Living: An Interim Guide. New York 1961.
- Veblen, T. Theorie der feinen Leute. Köln 1957.
- Verein für Socialpolitik, Hrsg. Die Verhältnisse der Landarbeiter. 1.-3. Bd. (Schriften des Vereins für Socialpolitik, Nr. 53-55.) Leipzig 1892.
- Viebahn, W. Wiedereingliederung älterer Arbeitsloser in die Wirtschaft Nordrhein-Westfalens. Vervielf. Man. (Arbeits- und Sozialminister des Landes NRW.) Düsseldorf 1969.
- Wagner, E., Planck, U. Jugend auf dem Land. Ergebnisse einer wissenschaftlichen Erhebung über die Lebenslage der westdeutschen Landjugend. München 1957.

- Wald, R. Industriearbeiter privat.
Eine Studie über Lebensformen
und Interessen. Stuttgart 1966.
- Watrin, C. Zur Grundlegung einer ratio-
nalen Wirtschaftspolitik.
In: Ordo, 13, 1962.
- Webb, S. u. B. Das Problem der Armut. (Or.
London 1911.) 2. Aufl.,
Jena 1929.
- Weber, M., Hrsg. Die Landarbeiter in den evan-
gelischen Gebieten Norddeutsch-
lands. 3. Bd. Tübingen 1902.
- Weber, M. Diskussionsbeitrag zur Ver-
handlung des Vereins für So-
cialpolitik in Wien 1909. In:
Schriften des Vereins für So-
cialpolitik, Bd. 132. Leipzig
1910.
- Methodologische Einleitung für
die Erhebungen des Vereins für
Socialpolitik über Auslese und
Anpassung (Berufswahlen und
Berufsschicksal) der Arbeiter-
schaft der geschlossenen Groß-
industrie (1908). In: Gesammel-
te Aufsätze zur Soziologie und
Sozialpolitik. Tübingen 1924.
- Die 'Objektivität' sozialwis-
senschaftlicher und sozialpo-
litischer Erkenntnis. In: Ge-
sammelte Aufsätze zur Wissen-
schaftslehre. 2. Aufl., Tübin-
gen 1951.
- Wirtschaft und Gesellschaft.
Grundriß der verstehenden So-
ziologie, 2. Hbd., 4. Aufl.,
Hrsg. Winkelmann, J., Tübin-
gen 1956.
- Der Sinn der Wertfreiheit. In:
Methodologische Schriften.
Frankfurt/M. 1968.
- Weisser, G. Bemerkungen zur Theorie der
Zwangswirtschaft. Ein Versuch.
In: Siebter Wirtschaftswissen-
schaftlicher Rundbrief. 1921.
- Wirtschaftspolitik als Wissen-
schaft. Stuttgart 1934.

Weisser, G.

Hauptmerkmale des Begriffs 'Lebenslage' (Erläuterungen zum Ersten Teil meiner Vorlesung über Sozialpolitik). Vervielf. Man. (Seminar für Sozialpolitik der Universität Köln). Köln 1952.

Über die Unbestimmtheit des Postulats der Maximierung des Sozialprodukts. Die Unmöglichkeit des sogenannten "rein ökonomischen Standpunkts".

In: Specht, M., Eichler, W., Hrsg.: Leonard Nelson zum Gedächtnis. Göttingen 1953.

Die Überwindung des Ökonomismus in der Wirtschaftswissenschaft. In: Kosiol, E., Paulsen, A., Hrsg.: Grundsatzfragen der Wirtschaftsordnung. Berlin 1954.

Artikel "Wirtschaft" in: Handbuch der Soziologie, Bd. II. Hrsg. Ziegenfuß, W., Stuttgart 1955.

Normative Sozialwissenschaft im Dienste der Gestaltung des sozialen Lebens. In: Soziale Welt, Nr. 7/1956.

Artikel "Soziale Sicherheit" in: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, Bd. 9. Stuttgart-Tübingen-Göttingen 1956.

Sozialpolitik. In: Brandt, L., Hrsg.: Aufgaben Deutscher Forschung, Bd. I: Geisteswissenschaften. 2. Aufl., Köln-Opladen 1956.

Artikel "Vermögen und Vermögenspolitik" in: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, Bd. 11. Stuttgart-Tübingen-Göttingen 1960.

Bemerkungen zur anthropologischen Grundlegung der für die Sozialpolitiklehre erforderlichen Lebenslagen-Analysen. Vervielf. Man. (Seminar für Sozialpolitik der Universität Köln). Köln 1956, durchges. u. korr. 1962.

Weisser, G.

Einige Grundbegriffe der Sozialpolitiklehre. Vervielf. Man. (Seminar für Sozialpolitik der Universität Köln). Köln 1957.

Der europäische Mensch unter dem Einfluß der Industrialisierung. Göttingen 1957.

Artikel "Distribution (II), Politik" in: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, Bd. 2. Stuttgart-Tübingen-Göttingen 1959.

Einige deskriptive Angaben über die Lebenslage der sozial Schwachen. Vervielf. Man. (Seminar für Sozialpolitik der Universität Köln). Köln 1960.

Logische Bemerkungen über den Begriff 'Genossenschaft'. In: Alewell, K., Hrsg.: Betriebswirtschaftliche Strukturfragen, Festschrift für R. Henzler. Wiesbaden 1962.

Beitrag zur Diskussion über den Begriff 'Gemeinnützigkeit'. In: Archiv für öffentliche und freigemeinnützige Unternehmen, 7. Bd. (1965), H. 1/2.

Artikel "Wirtschaftspolitik" in: Evang. Soziallexikon. Hrsg. Karrenberg, F., 5. Aufl., Stuttgart-Berlin 1965.

Grenzen und Probleme der Planung. Athen 1965.

Artikel "Sozialpolitik" in: Wörterbuch der Soziologie. 2. Aufl., Hrsg. Bernsdorf, W., Stuttgart 1969.

Grundsätze der Verteilungspolitik. (Zuerst in: Grundfragen der Wirtschaftsordnung. Berlin 1954.) In: Kulp, B., Schreiber, W., Hrsg.: Soziale Sicherheit. Köln-Berlin 1971.

Weisser, G.,
Thiemeyer, T.,
Blume, O.

Eigentum in der industriellen Gesellschaft. Göttingen 1968.

- Weltz, F. Bestimmungsgrößen des Verhaltens von Arbeitnehmern auf dem Arbeitsmarkt. (RKW-Untersuchung.) Zusammenfassung. Frankfurt/M. 1971.
- Weltz, F.,
Schmidt, G. Arbeiter und beruflicher Aufstieg. München 1971.
- Wema-Institut Die Sozialen Voraussetzungen beruflicher Mobilität. Köln 1968.
- Wessels, T. Die volkswirtschaftlichen Konsequenzen des Strukturwandels in der Energiewirtschaft. In: Schweizerisches Archiv für Verkehrswissenschaft und Verkehrspolitik, v. 26.8.69.
- Wiedemann, H. Die Rationalisierung aus der Sicht des Arbeiters. 2. Aufl., Köln-Opladen 1967.
- Wiese, L. v. Gesellschaftliche Stände und Klassen. München 1950.
- Willeke, E. Artikel "Arbeitslosigkeit (I), Allgemeines" in: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, 1. Bd., Stuttgart-Tübingen-Göttingen 1956.
Artikel "Arbeitsmarkt" in: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, 1. Bd., Stuttgart-Tübingen-Göttingen 1956.
- Willenborg, G. Die Lebenslage der Blinden. Vervielf. Man. Köln 1964.
- Winckelmann, J. Artikel "Idealtypus" in: Wörterbuch der Soziologie. Hrsg. Bernsdorf, W., 2. Aufl., Stuttgart 1969.
- Wössner, J. Das soziale Feld. Versuch einer soziologischen Grundkategorie. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 21. Jg. (1969).
- Wolf, R. Zur Lebenssituation der Industriearbeiter-Familie. Eine Untersuchung aufgrund von Erhebungen in einer Arbeiter-Wohnsiedlung Münchens. Diss. München 1963.

- Wunden, W. Die Textilindustrie im Strukturwandel. Basel-Tübingen 1969.
- Wurzbacher, G. Leitbilder gegenwärtigen deutschen Familienlebens. Dortmund 1951.
- Wurzbacher, G. und Mitarbeiter Die junge Arbeiterin. Beiträge zur Sozialkunde und Jugendarbeit. München 1958.
- Wurzbacher, G. Artikel "Das Dorf" in Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, Bd. 3. Stuttgart-Tübingen-Göttingen 1961.
- Zahn, E. Soziologie der Prosperität. München 1964.
- Wirtschaftliche Entwicklung und gesellschaftliche Erwartungen. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 19. Jg. (1967).
- Zapf, W. Zur Messung der Lebensqualität. In: Zeitschrift für Soziologie, Jg. 1 (1972), Heft 4.
- Zentrum Berlin für Zukunftsforschung. Strukturentwicklung der Wirtschaft und Gesellschaft von Einzelstaaten und Staatengruppen am Beispiel des Lebensstandards in den EWG-Ländern. Berlin 1969.
- Zetterberg, H.L. Theorie, Forschung und Praxis in der Soziologie. In: Handbuch der empirischen Sozialforschung, 2. Bd., 2. Aufl., Stuttgart 1967.
- Angewandte Sozialforschung in der Praxis. In: Topitsch, E., Hrsg.: Logik der Sozialwissenschaften. 4. Aufl., Köln-Berlin 1967.
- Zühlke, W. Zu- und Abwanderung im Ruhrgebiet 1967. (Schriftenreihe des Siedlungsverbandes Ruhrkohlenbezirk, Nr. 20.) Essen 1968.

- Zweig, F. Labour, Life and Poverty.
 (London 1948.) 3. Aufl.,
 London 1949.
- The Worker in an Affluent
 Society. Family Life and In-
 dustry. London-Melbourne-
 Toronto 1961.
- Zwiedineck-Sünden- Beiträge zur Erklärung der
horst, O.v. strukturellen Arbeitslosig-
 keit. In: Vierteljahreshefte
 zur Konjunkturforschung.
 Ergänzungsheft I, 1927.
- Ohne Hrsg. Lehrbuch der marxistischen
 Philosophie. Berlin 1967.
- Wörterbuch der Ökonomie. So-
 zialismus. 2. Aufl., Berlin
 1969.
- Politische Ökonomie des Sozi-
 alismus und ihre Anwendung in
 der DDR. Berlin 1969.
- Sozialbericht 1972. Bundes-
 tagsdrucksache VI/3432.
- Sozialbericht 1973. Bundes-
 tagsdrucksache 7/1167.
- Aufgabe Zukunft: Qualität
 des Lebens. (Beiträge zur
 4. internationalen Arbeits-
 tagung der IG Metall für
 die Bundesrepublik Deutsch-
 land 11. bis 14. April 1972
 in Oberhausen.) Bd. 1: Quali-
 tät des Lebens. Redaktion:
 G. Friedrichs. Frankfurt/M.
 1973.

E r k l ä r u n g

Ich erkläre, daß diese Dissertation weder in der gegenwärtigen noch in einer anderen Fassung dieser oder einer anderen Fakultät vorgelegen hat.

Ich versichere, daß ich die Dissertation selbstständig angefertigt habe, daß alle Hilfen und Hilfsmittel angegeben, insbesondere die wörtlich oder dem Sinne nach anderen Veröffentlichungen entnommenen Stellen kenntlich gemacht wurden.

Neunkirchen, den 5. November 1975

Karl Beuth. Niemann

Lebenslauf

=====

Karl Bernh. Hillen 5908 Neunkirchen, Hohenseelbachstraße 90

Geboren: Am 14. Januar 1937 in Duisburg

Familienstand: Verheiratet, ein Kind

Schulabschluß: 1956 Abitur am Leibniz-Gymnasium in Duisburg

weitere 1958 Kaufmannsgehilfenprüfung
Prüfungen: 1963 Vorverlegte Rechtsprüfung
 1966 Examen als Diplomkaufmann in Köln

Berufs- und 1956-1958 Großhandelslehre, Firma Rhein-
Bildungsweg: preußen GmbH., Homberg/Ndrh.

 1958-1960 Kaufmännischer Angestellter
 bei derselben Firma, Zentrale
 Tankstellen-Abteilung

WS Immatrikulation an der Wirt-
1960/61 schäfts- und Sozialwiss. Fa-
 kultät der Universität zu Köln

 1960-1966 Studium: Betriebswirtschafts-
 lehre, Volkswirtschaftslehre,
 Sozialpolitik (einschl. Genos-
 senschaftslehre), Soziologie,
 Politische Wissenschaften

 Diplomarbeit bei Prof. G. Weisser,
 Thema: Überschuß und Kapitalver-
 sorgung der finnischen Konsumge-
 nossenschaften

 1966-1971 Wissenschaftlicher Mitarbeiter
 beim Institut für angewandte Ver-
 braucherforschung e.V., Bonn/Köln
 (Direktor: Prof. K.G. Specht)

 Tätigkeit: Bearbeitung und publi-
 zierbare Aufbereitung sozialpoli-
 tischer bzw. verbraucherpoliti-
 scher Probleme, insbesondere
 Durchführung und Auswertung empi-
 rischer Untersuchungen

Jetzige Tätigkeit: Seit 1971 Geschäftsführer der Firma Stein-
 haus & Co. GmbH in Wilnsdorf-
 Niederdielfen bei Siegen, SPAR-
 Lebensmittelgroßhandel und -ein-
 zelhandel.

Neunkirchen, den 5. November 1975

Karl Bernh. Hillen

